



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Meine roten Großmütter

Politische Aktivität aus der KPÖ ausgetretener/ausgeschlossener Frauen

Verfasserin

Vera Schwarz

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.^a phil.)

Wien, 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300 379

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuerin: Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Eva Kreisky

Preguntando caminamos

Fragend schreiten wir voran

(Leitmotiv der EZLN)

Diese Arbeit ist meinen Interviewpartnerinnen Ilse M. Aschner, Hannah
Fischer, Lisa Markstein, Maria Verber und Maria Zottl gewidmet ...

... sowie allen anderen (Ex-)KPÖlerinnen.

Inhalt

1 Einleitung	1
1.1 Zielsetzungen und Aufbau der Arbeit	1
1.2 Sprachliche Konventionen	3
1.3 Queer-feministische Überlegungen	4
2 Historischer und theoretischer Hintergrund	5
2.1 Definitionen und Abkürzungen	6
2.2 Vorgeschichte (Rahmenbedingungen 1945–1968)	11
2.3 Chronologie des Bruchs	30
2.4 Frauen in der KPÖ	48
2.5 Politische Partizipation von Frauen	73
3 Ergebnisse der Interviews	79
3.1 Methodische Vorbemerkungen	79
3.2 „Basisaktivistinnen“: Aschner, Markstein, Zottl	84
3.3 „Interessenvertreterinnen“: Verber, Fischer	111
4 Conclusio	135
Literatur	137
Zitierte Literatur	137
Weitere Literatur	138
Anhang	141

1 Einleitung

1.1 Zielsetzungen und Aufbau der Arbeit

Der Bruch in der KPÖ 1969/70, der zu einem Verlust von gut einem Drittel der Mitglieder führte, war nicht nur für die Partei in ihrer Gesamtheit dramatisch. Viele, die die KPÖ damals verließen beziehungsweise verlassen mussten, hatten davor Jahre oder gar Jahrzehnte ihres Lebens (fast) ausschließlich den Tätigkeiten innerhalb der Partei gewidmet; die KPÖ war oftmals auch Arbeitgeberin. Inhaltlich hatten die Mitglieder schon andere Krisen überstanden und manchen Schwenk in der Linie mitgemacht. Doch was als Folge des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Truppen in der Tschechoslowakei im August 1968 zum Zwecke der Beendigung des Prager Frühlings geschah, war offensichtlich zu viel, um es weiterhin einfach hinzunehmen. Die Intervention in der ČSSR war auslösender Faktor eines handfesten internen Konflikts in der KPÖ, bei dem Fronten aufbrachen und sich verhärteten; von allen Seiten wurde polemisiert, eine Auseinandersetzung, die schon länger geschwelt hatte, fand ihren Katalysator in der Debatte um die Haltung zur Reaktion der UdSSR und der anderen Warschauer-Pakt-Staaten auf die politische Aufbruchstimmung in der Tschechoslowakei. Dabei verließen nicht alle die Partei freiwillig: Ausschlüsse betrafen zunächst vor allem führende Mitglieder an exponierten Stellen, später auch ganze Gruppen. Doch viele hatten gar nicht so lange gewartet, warfen selbst das Handtuch und traten aus.

Die Geschichte dieses Konflikts, seine Ursachen und unmittelbaren Folgen sind einigermaßen aufgearbeitet (allerdings geht es um die KPÖ, also ein „Nischenthema“, für das insgesamt nur wenig Literatur vorhanden ist), den Fokus dieser Arbeit soll daher vielmehr die Frage nach dem „Danach“ darstellen. Was tun Menschen, die über so lange Zeit hinweg nicht nur als ArbeitnehmerInnen sondern auch im Rahmen ihres sozialen Lebens und politischen Alltagshandelns mit der Kommunistischen Partei verbunden waren, wenn dieser wichtige Bezugspunkt unvermittelt wegfällt? Wie sieht ihr künftiges politisches Handeln aus? In welchem Rahmen läuft es ab, wie ist es inhaltlich definiert? – Diesen Fragen soll die Arbeit nachgehen. Im Rahmen einer Diplomarbeit können sie nicht erschöpfend beantwortet werden, aber es soll ein Herantasten an das

Thema stattfinden, es sollen Ausschnitte gezeigt und eine Generalisierung wenigstens versucht werden. Der Fokus soll auch nicht auf *allen* betroffenen ehemaligen KPÖlerInnen liegen, das Forschungsinteresse gilt vielmehr ausschließlich den Frauen. Grund hierfür ist, dass über die weiblichen Ex-KPÖ-Mitglieder noch weniger Literatur existiert als über die männlichen, was einerseits daran liegt, dass weitaus mehr Männer exponierte Stellungen in der KPÖ einnahmen – über die mehr geschrieben wird als über „einfache Parteimitglieder“ (im Gegensatz zu z.B. ZK-Mitgliedern) beziehungsweise Sekretärinnen oder einfache Redaktionsmitglieder (im Gegensatz zu Chefredakteuren) und so weiter; und andererseits natürlich an weiteren Faktoren, die mit der männlichen Hegemonie in Gesellschaft und Wissenschaft zusammenhängen. Wenn also im Rahmen dieser Diplomarbeit schon nicht das ganze Feld aufgearbeitet werden kann, soll zumindest jener Bereich des Felds aufgerollt werden, über den bislang praktisch keine Forschung existiert.

In diesem Zusammenhang lautet die Hypothese der Arbeit, dass es *auch nach dem Bruch weiterhin politische Betätigung der ausgeschiedenen ehemaligen KPÖlerinnen gab, weil das Bedürfnis nach politischem Engagement in ihren Biografien verwurzelt ist*. Wie die politische Aktivität nach der Partei genauer aussah, welche Veränderungen in den Leben der Aktivistinnen feststellbar sind, welche Möglichkeiten sie für sich sahen und mit welchen Strukturen sie konfrontiert waren – das sind einige Fragen, die es darüber hinaus zu klären gilt. Zielsetzung der Arbeit im Gesamten ist es, einen Bereich der österreichischen Politik-Geschichte darzustellen, der bislang in dieser Form nicht bearbeitet und dargestellt wurde. Methodisch greife ich dabei auf offene, themenzentrierte Interviews zurück. Dies ergibt sich schon allein daraus, dass es keine Literatur gibt, mit der allein diese Fragestellung bearbeitbar wäre. Die Interviews sollen einerseits den biografischen Hintergrund der jeweiligen Interviewpartnerin erhellen und nach eigenen Auslegungen und Versionen der Vorfälle rund um den Parteiaustritt/-ausschluss fragen; andererseits wird natürlich ausführlich erforscht, wie die Gestaltung des (politischen) Lebens seit Verlassen der KPÖ aussah, wie sie sich eventuell gewandelt hat und insbesondere, welche Formen der politischen Betätigung seither bestanden/bestehen.

Der erste Teil der Arbeit ist dabei vor allem deskriptiv. Es handelt sich um den historischen und theoretischen Hintergrund, der nötig ist, um die Interviews des zweiten Teils möglichst umfassend zu verstehen. Der erste Teil gliedert sich in folgende Abschnitte: Definitionen, Vorgeschichte, Chronologie des Bruchs, Frauen in der KPÖ (historisch) und Politische Partizipation von Frauen (theoretisch). Am Ende des ersten Teils ist damit klar, auf welchen (gesellschaftlichen) Grundlagen die Auswertung der Interviews im zweiten, empirischen Teil der Arbeit erfolgt. Die Interviewauswertung fokussiert

folgerichtig darauf, das politische Engagement *nach* der KPÖ darzustellen und einer Analyse zu unterziehen. So konnte ich aus den Interviews zwei – grobe – Modelle politischer Aktivität nach der KPÖ entwerfen, denen alle fünf Interviewpartnerinnen zugeordnet wurden.

1.2 Sprachliche Konventionen

Geschlechtergerecht zu formulieren ist mir sehr wichtig; und es ist auch sinnvoll, insbesondere, da es sich um eine Arbeit aus dem Bereich der Frauenforschung handelt. Denn ich bin der Meinung, dass eine Sprache, die Frauen nicht nur (bei Verwendung eines „generischen Maskulins“) „mitmeint“ sondern tatsächlich nennt, zur Sichtbarmachung weiblicher Errungenschaften (aber auch „Verfehlungen“) beiträgt. In diesem Sinne verwende ich, um beteiligte Frauen auch sprachlich zu berücksichtigen, das so genannte „Binnen-I“ oder, je nach Wort, einen anderen Großbuchstaben, außerdem weibliche *und* männliche Artikel beziehungsweise Pronomen. Gleichzeitig vermeide ich die Verwendung von „man“ und allen Worten, die „man“ mit der Bedeutung von „Mensch“ enthalten, etwa „niemand“, „jemand“ . . . (stattdessen „keineR“, „eineR“ usw.). Bei Worten mit „Binnen-I“ gehe ich zudem vom „generischen Feminin“ aus, so dass Formen wie zum Beispiel „JüdInnen“ korrekt sind. Wenn ich die männliche Form verwende, ist eindeutig zu sagen, dass es sich bei den Betroffenen *nur* um Männer handelt. Besteht Unsicherheit darüber, ob es um Männer *und* Frauen geht, wird gesplittet.

Der Großteil der zitierten Literatur ist in alter Rechtschreibung verfasst. In meinen Zitaten behalte ich die Original-Schreibweise bei, ohne im Einzelnen auf die Verwendung alter Formen der deutschen Rechtschreibung hinzuweisen. (Der von mir selbst formulierte Teil der Arbeit hingegen folgt zur Gänze der neuen Rechtschreibung.) Offensichtliche Fehler in Zitaten wurden von mir ohne Hinweis korrigiert (Beistrichfehler, Grammatik-, Tippfehler). Zudem sind Begriffe und Namen, die im Original kursiv gestellt waren, von mir mit einfachen Anführungszeichen versehen worden. Wenn Zitate nicht den oben ausgeführten Regeln für eine geschlechtergerechte Formulierung entsprechen, wird das durch [sic!] deutlich gemacht. An manchen Stellen macht [sic!] auch auf Sexismus in den Zitaten aufmerksam, der sich nicht auf die Verwendung ausschließlich männlicher sprachlicher Formen beschränkt sondern inhaltlich ausdrückt.

Bei den Interviews gibt es eine Ausnahme von diesen Regeln: Die Verwendung von „man“ durch die Interviewpartnerinnen wurde von mir nicht redigiert und auch nicht

kommentiert. Die LeserInnen sollen sich selbst ein Bild davon machen können, für welche Teile der Erzählung „man“ verwendet wird – in den meisten Fällen anstatt „ich“.

1.3 Queer-feministische Überlegungen

Ungeachtet der dekonstruktivistischen feministischen Gedanken, die mich in Theorie und Praxis sonst durchaus beschäftigen, gehe ich in dieser Arbeit von einem bipolaren Geschlechterbild aus, das Frau und Mann als antagonistisch betrachtet. In dieser Konstruktion gibt es eine patriarchal-androzentrische Gesellschaft, die Männer bevorzugt und Frauen benachteiligt. Diesem Bild ist eine Opferrolle der Frauen immanent, der ich mit meiner Arbeit jedoch entgegenzutreten möchte: Diese Arbeit soll Empowerment aufzeigen (und bewirken). Ich sehe gerade den Verzicht einer direkten Gegenüberstellung weiblicher und männlicher Geschichten (also den Verzicht auf Herausarbeitung eines „Gender-Aspekts“) als eine Möglichkeit, Frauen keine Opferrolle zuzuschreiben. Vielmehr waren und sind die Frauen, die ich in meiner Arbeit vorstelle, aktive Gestalterinnen ihres Lebens, die sich trotz aller Widrigkeiten und Missstände nicht davon abbringen ließen/lassen, dieses Leben mit politischem Aktivismus auszufüllen. In dieser Hinsicht sind sie vor allem Opfer männlicher Ignoranz, die ihre Leistungen unsichtbar macht. Diese Unsichtbarkeit will ich mit meiner Arbeit aufheben.

Das von mir hier präsentierte bipolare Geschlechterbild hat noch einen anderen Hintergrund: Das Selbstverständnis eigentlich aller in dieser Arbeit in irgendeiner Form von mir eingebrachten ProtagonistInnen folgt dieser Konstruktion. Die Interviewpartnerinnen sehen und präsentieren sich als Frauen – nicht immer als frauenbewegte Frauen, dafür häufig als Mütter. Die aus der Literatur zitierten Männer sehen und präsentieren Frauen vor allem als Opfer gesellschaftlicher Verhältnisse, wenn sie nicht überhaupt, von der männlichen Norm ausgehend, Frauen völlig vergessen. Eine umfassende queere, antiheteronormative Kritik dieser Umstände wäre eine völlig andere Zielsetzung für diese Arbeit gewesen und musste daher leider ausbleiben. (Das heißt ja nicht, dass sie nicht noch irgendwann geschrieben werden kann!) Eine weitere Konsequenz dieses Zugangs ist die Verwendung geschlechtergerechter Sprache in Form von Binnen-I und Schrägstrich anstatt queerer Sprach-Versuche wie * oder _ (beide Zeichen symbolisieren das, was zwischen den Polen Frau und Mann liegt – also die jeweils gewählte Identität). Bei einem derart ausgeprägten bipolaren Frau-Mann-Verständnis erschiene mir die Verwendung queerer Sprache unpräzise und unehrlich ...

2 Historischer und theoretischer Hintergrund

Zur verwendeten Literatur

Da die vorliegende Arbeit auf der Wiedergabe biografischer Interviews beziehungsweise Erzählungen beruht, die politischem Handeln nachspürt, aber die eigene Einschätzung der Erzählerinnen nicht außer Acht lässt, ist auch die verwendete, beziehungsweise zitierte, Literatur darauf abgestimmt. Die folgenden Beschreibungen, die Hintergrundinformationen liefern sollen, anhand derer die Erzählungen der für diese Diplomarbeit interviewten Frauen verständlicher werden, folgen daher (mit den Ausnahmen Muhri 1995 – blieb KPÖ-Mitglied – und Gärtner 1979 – war kein KPÖler) ausschließlich Schilderungen, die von ebenfalls zum fraglichen Zeitpunkt aus der Partei ausgeschlossenen oder ausgetretenen Männern (selbst) in Buchform veröffentlicht wurden (entsprechende Bücher von Frauen konnte ich nicht ausfindig machen). Leopold Spira etwa (1992: S. 8) schreibt am Anfang seiner „ideologischen Biografie“ „Kommunismus adieu“: „*Ich kann nur für mich sprechen, aber ich bin durchaus kein Einzelfall.*“ Da ich besonders an der Sicht der Betroffenen auf die Ereignisse interessiert bin, finden sich auch im vorliegenden Hintergrundkapitel viele wörtliche Zitate, sozusagen „O-Töne“. Diese Darstellungen geben bereits eine gewisse Grundtendenz der Sicht auf die Ereignisse vor, welche sich in den Interviews fortsetzt.

Beispielhaft für Auseinandersetzungen mit den Ereignissen aus einer anderen Sicht möchte ich an dieser Stelle drei Bücher nennen, aus denen ich in meiner Arbeit nicht zitiere: 1) *Das schwache Immunsystem* von Bruno Furch (1995); untertitelt „Historisch-kritischer Essay über den Niedergang der Kommunistischen Partei Österreichs und seine politischen Hauptursachen“ erschien dieses Werk als Reaktion auf die Veränderungen in der KPÖ nach 1990. 2) *Die Kommunistische Partei Österreichs – Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik*, herausgegeben von der Historischen Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ (2. Auflage 1989); hierbei handelt es sich praktisch um die offizielle Parteigeschichte. 3) *Die Parteikrise der KPÖ*, Dissertation von Elisabeth Reinthaler (1985); diese Arbeit ist extrem ausführlich und kritisiert die KPÖ, allerdings aus einer anderen Richtung als die in meiner Arbeit zusammengefasste Kritik.

2.1 Definitionen und Abkürzungen

KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs

KP...: Die Abkürzungen für die ausländischen Kommunistischen Parteien sind eingedeutscht und setzen sich aus „KP“ und dem Anfangsbuchstaben des jeweiligen (deutschsprachigen!) Landesnamens zusammen.

KPdSU: Kommunistische Partei der Sowjetunion (eigentlich KPSS)

KPTsch: Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (eigentlich KSČ)

KPI: Kommunistische Partei Italiens (eigentlich PCI)

KPF: Kommunistische Partei Frankreichs (eigentlich PCF)

SED: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Kommunistische Partei der DDR

UdSSR: Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, offizieller Name der Sowjetunion

ČSSR: Tschechoslowakische Sozialistische Republik (bis 1960 ČSR – Tschechoslowakische Republik)

Volksstimme: Tageszeitung, Zentralorgan der KPÖ

ZK und Polbüro: Das Zentralkomitee (ZK) ist/war das nominelle Führungsgremium Kommunistischer Parteien, das Politische Büro (Polbüro) das tatsächliche. Meisel schildert (für die KPÖ) Folgendes (1986: S. 58): *„Das Zentralkomitee ist an jedem Parteitag gewählt worden, am Anfang gab es noch die Methode, neben den Mitgliedern zum ZK auch Kandidaten [sic!] zu wählen – etwas, von dem man [sic!] einige Parteitage später dann abgekommen ist [...] Neben dem ZK ist auf jedem Parteitag die unmittelbare Führung der Partei gewählt worden, nämlich das Polbüro und aus den Mitgliedern des Polbüros eine kleinere operative Institution, das Sekretariat des Zentralkomitees. Das Sekretariat hat die Leitung der Parteitätigkeit zwischen den Sitzungen des Polbüros innegehabt, die in der Regel einmal alle ein bis zwei Wochen stattgefunden haben – das war faktisch die Parteiführung.“* In diesem Zusammenhang sei auf ein interessantes Detail hingewiesen, nämlich, dass in der von (ehemaligen) KPÖ-Mitgliedern verfassten Literatur praktisch ausnahmslos die Abkürzung „Polbüro“ (oder die lange Form „Politisches Büro“) vorkommt, nicht jedoch die Abkürzung „Politbüro“, so dass der Schluss naheliegt, dass diese Variante vor allem außerhalb des K-Kontinuums gebräuchlich ist.

Warschauer Pakt: Aus dem Online-Brockhaus: *„1955–91 bestehendes Militärbündnis kommunistischer Staaten Europas unter Führung der Sowjetunion; war neben dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe die wichtigste multilaterale Organisation dieser Staaten. Gegründet wurde der Warschauer Pakt am 14. 5. 1955 in*

Warschau mit dem von Albanien, Bulgarien, der DDR, Polen, Rumänien, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Ungarn unterzeichneten ‚Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand‘ (Warschauer Vertrag).“ Truppen von fünf Warschauer-Pakt-Staaten – UdSSR, Bulgarien, DDR, Polen und Ungarn – überquerten am 21. August 1968 die Grenzen der ČSSR mit dem Ziel, dem „von der Konterrevolution gefährdeten“ Land zu Hilfe zu kommen.

Prager Frühling: Der Online-Brockhaus fasst den Prager Frühling wie folgt zusammen: *„Bezeichnung für den Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozess in der ČSSR von Januar bis August 1968, in dessen Verlauf die neue Parteiführung unter A. Dubček – vorbehaltlich der führenden Rolle der KP – einen ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘ zu verwirklichen suchte, wobei jedoch das Bündnis mit der UdSSR nicht infrage gestellt wurde. Dabei sollte die Wirtschaft nach dem von O. Šik entwickelten ‚Neuen ökonomischen Modell‘ (Verbindung marktwirtschaftlicher Elemente mit staatlicher Wirtschaftsplanung und Arbeiterräten [sic!] im Sinne einer sozialistischen Marktwirtschaft) gestaltet, die Kulturpolitik (v.a. E. Goldstücker) liberalisiert werden, u.a. durch zunehmende Presse- und Meinungsfreiheit, sowie das politisch-gesellschaftliche Leben auch für bürger- [sic!] beziehungsweise zivilgesellschaftliche Initiativen Raum bieten (Milan Lakatos).“* Der Prager Frühling war auf progressiven Ideen (s.u.) aufgebaut und fand daher in Teilen der KPÖ großen Anklang. Es bestanden auch gute Kontakte zwischen Wien und Prag. Ein wichtiges Ereignis für diesen Prozess war der Rücktritt Antonín Novotnýs als Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPTsch und seine Ablösung durch Alexander Dubček Anfang Jänner 1968. Dubček wiederum folgte im April 1969 im Zuge der „Normalisierung“ nach der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten Gustáv Husák.

Progressiv: Für das Verständnis des Hintergrunds zu den Interviews ist es von Vorteil, die Ansichten, die innerhalb der KPÖ im Rahmen der beschriebenen Ereignisse eine Rolle spielten, auf zwei große Positionen zuzuspitzen, auch wenn es zugegebenermaßen ein wenig problematisch ist, von zwei „Gruppen“ zu sprechen (doch auch eine Bezeichnung wie „Richtung“ ist letztendlich nicht zufriedenstellend). Denn eine solche Generalisierung spiegelt Homogenität vor, wo in Wirklichkeit eine große Anzahl sehr heterogener Meinungen und Zugänge gemeint ist. Die beiden „Gruppen“ ergeben sich also vor allem aus einer Vereinfachung und Verallgemeinerung von Gemeinsamkeiten und Differenzen – und damit gerade auch aus der Opposition zueinander. Zudem würde der Großteil der Betroffenen es (wohl zu Recht) ablehnen, sich einer Gruppe zuzuordnen oder zuordnen zu lassen, ungeachtet der Tatsache, dass es einander gegenüberstehende Fronten innerhalb der

KPÖ gab. An dieser Stelle sei darüber hinaus noch angemerkt, dass es weitere Gruppen gab (etwa MaoistInnen), die aber hier für das Verständnis der Hintergründe nicht relevant sind. (Ausführliche Erklärungen zu allen „Richtungen“ innerhalb der Kommunistischen Weltbewegung vergl. Grünwald 1974, „Legende Weltkommunismus“.)

Die eine der beiden wesentlichen Strömungen wird in der vorliegenden Arbeit als *progressiv* bezeichnet, an manchen Stellen auch als „*revisionistisch*“. (Zweiteres dann, wenn besonders auf Zuschreibungen „von außen“ hingewiesen werden soll, beziehungsweise wenn die Verwendung von *progressiv* irreführend wäre.) Der Unterschied zwischen den beiden Begriffen ist, dass „*revisionistisch*“ eine negativ motivierte Fremdbezeichnung ist und sich die Betroffenen wohl niemals selbst so nennen würden (daher in Anführungszeichen). Auch wenn die Existenz einer „progressiven Gruppierung“ innerhalb der KPÖ höchst zweifelhaft ist, ist doch davon auszugehen, dass viele der Betroffenen sich individuell als *ProgressiveR* bezeichnet haben. Inhaltlich bedeutet *progressiv* (grob zusammengefasst): „Kritische Solidarität“ mit der Sowjetunion statt führende Stellung der KPdSU; daraus folgend Autonomie der K-Parteien; Kritik am Stalinismus und dessen mangelnder Aufarbeitung; friedlicher, demokratischer Weg zum Sozialismus; innerparteiliche Demokratie und parlamentarischer Pluralismus; Zusammenarbeit auch mit nicht-kommunistischen Parteien; „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ ... Solche Ideen traten verstärkt seit den 1960ern auf, es gab sie jedoch auch davor schon. Für diese Inhalte waren ebenso andere Begriffe gebräuchlich, beispielsweise *Reformismus* (bzw. *ReformerInnen* für die Personen), ein positiver Begriff, der ähnlich häufig wie *progressiv* vorkommt; *Eurokommunismus*, ein Begriff aus den 1970ern für progressive Ideen und Parteien; sowie *Rechtsopportunistismus*, eine Fremdbezeichnung. Wie hier schon anklingt, wurde die progressive Strömung innerhalb der K-Bewegung als „rechts“ klassifiziert, ihr wurde vorgeworfen, unvermeidlich in die Nähe der Sozialdemokratie zu rücken, beziehungsweise diese bewusst zu suchen (vergl. Prager 1975: S. 180f). Der Großteil der im Hintergrund-Kapitel zitierten Autoren ist in der einen oder anderen Form den Progressiven zuzurechnen, namentlich: Leopold Spira, Theodor Prager, Josef Meisel, Leopold Grünwald, Georg Breuer. Zwei prominente „Revisionisten“, die häufig auch außerhalb des K-Kontinuums wahrgenommen wurden, waren Ernst Fischer (auf den weiter unten, S. 10f, noch eingegangen wird) und Franz Marek. Biografische (und andere) Informationen zu diesen Menschen können in der in diesem Kapitel zitierten Literatur nachgelesen werden.

Marxistisch-leninistisch: Die andere Strömung nenne ich in dieser Arbeit *marxistisch-leninistisch*. Es könnte eingewendet werden, dass die KPÖ als Partei an sich marxistisch-leninistisch ist – diese Tatsache widerspricht jedoch nicht meiner Verwendung des Begriffs. Vielmehr weist sie einerseits darauf hin, dass diese „Richtung“ sich in der KPÖ auf längere Sicht durchgesetzt hat, andererseits darauf, dass es eben kein Selbstverständnis von einer „marxistisch-leninistischen Gruppierung“ gab. Doch es ist davon auszugehen, dass viele der Betroffenen sich individuell als *MarxistIn-LeninistIn* bezeichnet haben. Die Inhalte, die die *MarxistInnen-LeninistInnen* von den Progressiven unterschieden, waren: Bedingungslose Solidarität mit der und Unterstützung für die Sowjetunion; Vormachtstellung der KPdSU innerhalb der K-Bewegung (aufbauend auf dem Glauben an deren Überlegenheit); „demokratischer Zentralismus“ als innerparteiliche Organisationsform; „Diktatur des Proletariats“ als Weg zum Sozialismus; rigorose Ablehnung der Sozialdemokratie; Verharmlosung des Stalinismus (in unterschiedlichem Ausmaß, s.u.) ... Benannt wurde dies unter anderem mit *Konservatismus*, einer sehr häufig vorkommenden Bezeichnung; *Orthodoxie*; *Apparatschiki*; *Pro-Sowjetismus*; *Dogmatismus* (im Übrigen alles Fremdbezeichnungen); als Eigenbezeichnung sei das Adjektiv *revolutionär* genannt (nicht vergessend, dass es ja kein richtiges „Gruppen-Selbstverständnis“ gab). Teilweise und vor allem in späteren Jahren gibt es auch die Zuschreibung *stalinistisch*, wobei zu sagen ist, dass lange Zeit als Stalinismus nur die Maßnahmen zu Stalins Lebzeiten bezeichnet wurden – doch der Vorwurf, den Stalinismus zu beschönigen, zu verteidigen und/oder zurückzuwünschen, kam innerhalb der KPÖ schon früh nach Stalins Tod auf. Der *Marxismus-Leninismus* war die „Generallinie“ der Partei, der *Dogmatismus* hingegen die *linksopportunistische* Abweichung davon, die gefährdet ist, ins SektiererInnentum abzugleiten (vergl. Prager 1975: S. 180f). Der vorliegende Text fasst „LinksabweichlerInnen“ und „Mitte“ zusammen, da beide die Ablehnung des „Revisionismus“ eint. Auch konnten die Linken (ungeachtet ihrer eventuellen Kritik an der „Mitte“) in der Partei verbleiben. Eine (von „progressiver Seite“) in diesem Zusammenhang häufig genannte Persönlichkeit ist Friedl Fürnberg. Franz Muhri war im Gegensatz zu ihm deutlich mehr auf die Wahrung der Einheit der Partei bedacht und nicht an einer Eskalation interessiert. Doch schon die Tatsache, dass er den Parteivorsitz von 1965 bis 1990 innehatte beweist, dass er letztlich die Ausgrenzung der Progressiven mittrug. Ausführlichere Angaben zu den beiden Protagonisten können in der zitierten Literatur nachgelesen werden, Muhri übt in seinem Buch „Kein Ende der Geschichte“ (1995) auch Selbstkritik.

- FÖJ:** Freie Österreichische Jugend, Jugendorganisation der KPÖ (für Jugendliche ab 14), vorwiegend progressiv. Ende 1969 trennte sich die KPÖ von der FÖJ, um eine neue Jugendorganisation aufzubauen (KJÖ – Kommunistische Jugend Österreichs). Die „ursprüngliche“ FÖJ blieb weiterhin aktiv und erweiterte ihren Namen später um „Bewegung für Sozialismus“. Bis heute gibt sie die wöchentliche Publikation „akin“ heraus. (Weitere Informationen zur FÖJ vergl. Makomaski 2002, „Die Freie Österreichische Jugend“.)
- VDS:** Vereinigung Demokratischer Studenten [sic!], KPÖ-StudentInnenorganisation, focht zu Beginn der 1970er interne Richtungsstreitigkeiten aus. 1972 wurde von einigen Ex-VDS-Mitgliedern der KSV (Kommunistischer StudentInnenverband) gegründet.
- GE:** Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit, von der KPÖ ins Leben gerufenene parteiunabhängige linke Gewerkschafts-Fraktion. Anfang der 1970er Spaltung, wobei sich der KPÖ-nahe Teil in GLB (Gewerkschaftlicher Linksblock) umbenannte und die GE im Bereich Alternative/Unabhängige GewerkschafterInnen aktiv blieb.
- (Wiener) Tagebuch:** Das *Tagebuch* war eine (vorwiegend) monatlich erscheinende Zeitschrift der KPÖ für eine intellektuelle Zielgruppe. 1967 wurde seine Finanzierung durch die KPÖ eingestellt, aber vom „Verein der Freunde des Tagebuchs“ übernommen. Eine KPÖ-Verbindung bestand weiterhin (z.B. Druck im Globus-Verlag). Im Zuge der Konflikte rund um den Prager Frühling und die Intervention der Warschauer Fünf wurde von der KPÖ 1969 die Einstellung des Tagebuchs beschlossen. Doch es wurde (mit Franz Marek als Chefredakteur) als eigenständige Publikation außerhalb der Partei weitergeführt, sein Name musste allerdings in *Wiener Tagebuch* (Zusatz „links und unabhängig“) geändert werden. Es war vor allem in den 1970ern eines der Sammelbecken für politische Aktivitäten ehemaliger KPÖ-Mitglieder und beschäftigte sich maßgeblich mit progressiven Ideen beziehungsweise dem Eurokommunismus. Endgültig eingestellt wurde es im Dezember 1989.
- Ernst Fischer:** Ernst Fischer war eine in vielerlei Hinsicht spannende Person. Im April 1934 von der Sozialdemokratie zur Kommunistischen Bewegung übergewechselt, von 1934 bis 1945 im Exil in Moskau, trug er jahrzehntelang den (von der Sowjetunion vorgegebenen) Kurs der KPÖ bedingungslos mit. Als KPÖ-Spitzenfunktionär (u.a. seit 1945 Polbüro-Mitglied) war er Entscheidungsträger und beteiligt an der Umsetzung dieses Kurses. Er war Autor und Journalist, Unterrichtsminister in der Provisorischen Regierung (1945) sowie ein international bekannter Intellektueller und verfügte über eine relativ große Prominenz für einen

Kommunisten. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU begann er zu zweifeln und wurde in der Folge zu einem sehr deutlichen und häufig öffentlich auftretenden Kritiker des „real existierenden Sozialismus“ in seinen damals gängigen Erscheinungsformen. Dabei stieß Fischer teilweise andere KritikerInnen vor den Kopf, da er die meiste Zeit als Einzelgänger agierte, der keine „taktische/strategische Vorsicht“ anwandte und durch seine Zu- und Überspitzungen andere Meinungen und Positionen oft überdeckte wie auch anderen das Agieren erschwerte. Nach der Intervention in der ČSSR wurde Fischers Kritik an der Sowjetunion (und deren Verbündeten) sowie an den UdSSR-Treuen in der KPÖ schärfer. Im Zuge der Auseinandersetzungen in der KPÖ wurde die Person Ernst Fischer als „Inbegriff“ des „Revisionismus“ herausgegriffen, öffentlich attackiert, schließlich aus der Partei ausgeschlossen und völlig abgewertet. (Umfassend informieren – neben der zitierten Literatur – Fetz 2000, „Ernst Fischer – Texte und Materialien“ sowie Fischer selbst in seinen Memoiren: „Erinnerungen und Reflexionen“, 1969 und „Das Ende einer Illusion“, 1973.)

2.2 Vorgeschichte (Rahmenbedingungen 1945–1968)

Es ist unmöglich, im Rahmen dieser Arbeit die gesamte Geschichte der KPÖ und der „kommunistischen Weltbewegung“ wiederzugeben. Als „Vorgeschichte“ (Rahmenbedingungen) für die in weiterer Folge geschilderten Ereignisse in Österreich sowie der ČSSR 1968 (und danach) werden daher hier nur einzelne Aspekte und/oder Ereignisse herausgegriffen, beginnend erst mit dem Ende der NS-Herrschaft 1945. Ausführlichere Darstellungen finden sich in den hier zitierten sowie den weiter oben und im Literaturverzeichnis zusätzlich angegebenen Texten.

2.2.1 „Moskautreue“

Vor allem außerhalb des K-Kontinuums wird oft die Frage gestellt, woher die „Moskautreue“ der KommunistInnen kam, das heißt, warum es eine so bedingungslose Identifikation mit der Sowjetunion und der KPdSU gab. Zwar bestanden finanzielle Verbindungen der KPÖ mit Osteuropa, doch das ist nur ein Teil der Wahrheit. Josef Meisel dazu in „Die Mauer im Kopf“ (1986: S. 145): *„Ich glaube nicht, daß es jemals in der Nachkriegsperiode so gewesen ist, daß wir in der österreichischen Partei auf finanzielle Subventionen seitens der Sowjetunion oder der Oststaaten angewiesen wa-*

ren. Angewiesen waren wir aber auf die Möglichkeit, diesen Firmen [mit der Partei verbundene Firmen, die einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung der Parteitätigkeit leisteten, Anm.] durch den Ost-West-Handel eine Basis für ihre Tätigkeit zu schaffen.“ (Vergl. Muhri 1995: S. 142–145.) Viel wirkungsmächtiger als die finanziellen Verbindungen waren die emotionalen Bindungen an die Sowjetunion. Die Großteil der Spitze der KPÖ war nach der NS-Machtergreifung ins Exil in die UdSSR gegangen. Nach 1945 kehrten diese Funktionäre zurück und führten weiterhin die Partei. (Vergl. ebd.: S. 15–20.) Diese Tatsache mag, gemeinsam mit vielen anderen Aspekten, dazu beigetragen haben, dass vor allem die „offizielle Parteilinie“ so eng an die UdSSR angelehnt war. In „Kein Ende der Geschichte“ schreibt Muhri zur Bindung der KPÖ an die KPdSU beziehungsweise Sowjetunion (1995: S. 99): *„Unter Stalin wurde die zunehmende internationale Autorität der Sowjetunion und die Solidarität mit ihr mehr und mehr in eine Führungsrolle der KPdSU, in ein leitendes Zentrum umgewandelt. Daraus resultierte ein Verhältnis der jahrzehntelangen Unterordnung, der Einmischung, der (zumindest teilweisen) Preisgabe der Selbständigkeit von kommunistischen Parteien. Verstärkt wurden diese Faktoren später in der KPÖ [...] durch die Anwesenheit und den Einfluß der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich von 1945 bis 1955 sowie durch die relative Kleinheit unserer Partei.“*

In seinem Buch „Wandlung“ urteilt Leopold Grünwald rückblickend (1979: S. 113): *„Obwohl wir stalinistisch denkenden Kommunisten [sic!] vom Leben selbst mit der Kompliziertheit und Vielseitigkeit aller gesellschaftlichen Erscheinungen konfrontiert wurden, hatten wir uns einem manichäischen Schwarz-Weiß-Denken unterworfen. Wir erhoben den Alleinanspruch, den Schlüssel zum Verständnis des gesamten Weltgeschehens und Rezept für den Aufbau einer heilen Welt zu besitzen.“* Weiter analysiert er (ebd.: S. 114f): *„Aber was war der tiefere Grund unserer Diszipliniertheit, unserer Unterwürfigkeit? Welche Alternative bestand für uns? Wir sahen uns dem amerikanischen Atombombenmonopol gegenüber. Es diente als Erpressung gegenüber allen Ländern, die sich der US-Führung nicht unterwerfen wollten. Wer konnte übersehen, daß diese Politik eine permanente Quelle einer Kriegsgefahr war? Wir standen einem militanten Antikommunismus gegenüber, der zynisch und unverhohlen die ‚Notwendigkeit‘ eines dritten Weltkrieges zur Zurückdrängung, ja zur Liquidierung der UdSSR propagierte. [...] Wir hatten es mit einem Antikommunismus zu tun, der skrupellos die nazistische Unterwelt reaktivierte und in seinen Dienst stellte, einschließlich der SS und anderer faschistischer Organisationen. Die Schatten der Hexenjagden McCarthys überdeckten jene Stalins. In Österreich kam noch hinzu, daß unser Land von einer Spaltung in Ost und West bedroht war.“* Auch nach Stalins Tod änderte sich nichts am Sowjet-Glauben. So schildert etwa Spira (1992: S. 83), dass die Sowjetunion als *„wahre*

Friedensmacht“ gesehen wurde, da, im Gegensatz zu den USA, „*Chruschtschow und die Sowjetregierung nicht unter dem Druck des Rüstungskapitals*“ stünden. Als erste kritische Gedanken aufkamen, enthielten diese keineswegs die Möglichkeit einer Abwendung von der Sowjetunion, die als Grundbedingung für eine erfolgreiche Kommunistische Bewegung betrachtet wurde. Spira beschreibt für das Jahr 1964 (ebd.: S. 89): „*Wir aber begannen Schlußfolgerungen aus der kritischen Situation, in der sich die eigene Partei aber auch die kommunistische Bewegung insgesamt befanden, zu ziehen. Alle unsere Überlegungen bewegten sich aber noch im Rahmen einer Bewegung, die ohne Sowjetunion nicht denkbar war.*“

Heinz Gärtner (1979) befasst sich in „*Zwischen Moskau und Österreich. Analyse einer sowjetabhängigen KP*“ (seiner überarbeiteten Dissertation) ausführlich mit dem Thema. In der Einleitung schreibt er (ebd.: S. 12): „*Nicht jede einzelne Handlung und Entscheidung der KPÖ kann auf außenpolitische Ziele der Sowjetunion zurückgeführt werden, gleichwohl sie diesen nicht widersprechen dürfen.*“ Und später (ebd.: S. 14): „*Sie [die KPÖ, Anm.] hat seit den zwanziger Jahren alle außen- und innenpolitischen Maßnahmen der Sowjetunion verteidigt und auf jede Kritik an der Sowjetunion verzichtet, sieht man [sic!] von den Versuchen einer Minderheit in der KPÖ seit dem XX. Parteitag der KPdSU ab. Außerdem war die KPÖ bestrebt, eine ‚Mustersektion‘ der Kommunistischen Internationale zu sein. Identifikation und Abhängigkeit sind aber nicht mit einer simplifizierenden ‚Agententheorie‘ [sic!] oder ‚Geld aus Moskau‘-Theorie zu erklären. Die Anziehungskraft der Oktoberrevolution wurde verlängert auf den ‚ersten proletarischen Staat‘, selbst in seiner stalinistischen Entartung [sic!]. Es waren weniger die ‚Befehle‘ aus Moskau, als vielmehr der ‚Mythos‘ des sowjetischen Sozialismus, der gar nicht erst das Bewußtsein von Abhängigkeit aufkommen ließ.*“ Diese Haltung erschwerte der KPÖ allerdings das Politik-Machen in Österreich, wo eine stark antikommunistische Stimmung herrscht(e). Gärtner weiter (ebd.: S. 17): „*Die Bindung an die Sowjetunion ist [...] Ursache für den Konservatismus, die Unbeweglichkeit, für die Starrheit der Kommunistischen Parteien, für die Flächigkeit ihrer Theorie/Ideologie. Der Sowjetzentrismus bleibt oberstes internationalistisches Prinzip, ob vermittelt über ein internationales Zentrum oder ohne zwischengeschaltete Instanz, wengleich zuweilen die nationale Eigenständigkeit der Parteien betont wurde.*“ An anderer Stelle (ebd.: S. 86): „*Die Identifikation mit der Sowjetunion war für alle Kommunistischen Parteien integraler Bestandteil ihrer Strategie. Dazu bedurfte es keiner Überwindung und keiner ‚Befehle‘. An den mit großen Opfern verbundenen militärischen Sieg der Sowjetunion wurden auch moralische und politische Hoffnungen geknüpft.*“

2.2.2 Stalins Tod

Meisel erzählt (1986: S. 129): *„Der Tod Stalins 1953 war vorerst einmal für uns ein außerordentlich schwerer Schlag. Die Tatsache, daß unsere Orientierung eine ausgesprochen stalinistische gewesen ist und wir bedingungslos zu dieser Politik gestanden sind, hat dazu geführt, daß wir den Tod Stalins ähnlich gesehen haben wie 30 Jahre früher den Tod Lenins: als ungeheuren Verlust für die internationale Arbeiterbewegung [sic!]. Das war ein echtes Gefühl des Trauerns, wobei wir überzeugt gewesen sind, daß seine Mitkämpfer [sic!] an der Spitze der KPdSU fähig sein würden, seine Politik weiter fortzusetzen, weil sie von Stalin entsprechend erzogen gewesen sind.“* Es kam in der Folge zu einer „Änderung der sowjetischen Politik“, einer „gewissen Lockerung des Systems in den Volksdemokratien“, was sich etwa in der Beendigung noch offener Schauprozesse sowie in Freilassungen ausdrückte. Weiters berichtet Meisel (ebd.: S. 130ff), dass der Staatsvertrag und die Neutralität letztlich eher überraschend kamen, nachdem sich Chruschtschow innerhalb der Führung der KPdSU (zunächst) durchgesetzt hatte. In der KPÖ bestand die Angst, nach Abzug der Roten Armee schutz- und bedeutungslos zurückzubleiben.

Muhri schreibt zum Thema „Stalinismus“ (1995: S. 52): *„Ich halte es [...] für notwendig, den Begriff ‚Stalinismus‘ zu problematisieren. Für die antikommunistischen, antisozialistischen Ideologen [sic!] ist er ein propagandistisches Schlagwort. Sie verbinden damit eine völlig negative Beurteilung der Oktoberrevolution, der KPdSU, der Geschichte des ersten Versuchs des Aufbaues des Sozialismus in einem Land. Die gesamte Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion und darüber hinaus die kommunistische Bewegung insgesamt wird von ihnen mit diesem Schlagwort pauschal abgestempelt. Innerhalb unserer Bewegung ist mit diesem Begriff natürlich etwas anderes gemeint.“*

2.2.3 XX. Parteitag der KPdSU

1956 hielt Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU (in Abwesenheit der VertreterInnen der ausländischen KPs sowie der Medien) eine „Geheimrede“ über den Stalinismus und seine Wirkung („Personenkult“ um Stalin). Spira (1979: S. 19) kritisiert, dass Chruschtschow *„die verbrecherischen Methoden Stalins anprangerte, ohne eine Analyse zu geben, wie diese möglich gewesen waren und welche Auswirkungen sie auf die KPdSU und die gesellschaftliche Entwicklung der Sowjetunion gehabt hatten [...]“* Der Inhalt dieser Rede war innerhalb der K-Bewegung in Westeuropa weder

davor noch unmittelbar danach offiziell in breitem Rahmen bekanntgegeben und diskutiert worden. Grünwald schreibt über die Auseinandersetzung der KPÖ mit dem XX. Parteitag (1979: S. 118): *„Die innerparteiliche Diskussion über den 20. Parteitag wurde zur Farce. Die Verbrechen des Stalinismus durften nicht konkret dargelegt und ihre Folgen nicht analysiert werden. Sie wurden als ‚Fehler‘ heruntergespielt, die angeblich an den ‚Vorzügen‘ und dem ‚demokratischen Charakter‘ des Sowjetsystems nichts geändert haben.“* Muhri formuliert es so (1995: S. 53): *„Allzugern wollte man [sic!] glauben, daß Stalin selbst nicht gewußt habe, daß die Repressionen Unschuldige trafen und daß doch seine positiven Verdienste überwogen. Man [sic!] berief sich auf die äußerst schwierigen historischen Umstände und internationalen Bedingungen des ersten sozialistischen Versuchs [...]“* Und später (ebd.: S. 105): *„Die Nationalratswahlen vom Mai 1956 spielten in der KPÖ offenbar eine Rolle: Dieser Umstand dürfte das Polbüro zusätzlich dazu bewogen haben, eine umfassendere und tiefer gehende Diskussion zunächst zu vermeiden und in der ersten Berichterstattung über den Parteitag die Erfolge und Fortschritte in der Entwicklung der Sowjetunion [...] in den Vordergrund zu stellen.“* Die Chruschtschow-Rede wurde von verschiedenen internationalen Zeitungen publiziert. Meisel dazu (1986: S. 133): *„Als erster hat in Österreich der ‚Kurier‘ diese Rede veröffentlicht, wir haben sie gelesen und haben sie als Fälschung abgetan.“* Und weiter (ebd.: S. 134): *„Aber nach einigen Wochen und Monaten hat es für uns keinen Zweifel mehr gegeben, daß das, was Chruschtschow über die Person und die Handlungen Stalins mitgeteilt hat, der Realität entspricht und daß wir uns entsprechend darauf einstellen mußten. Es hat ja Anzeichen für einen Wandel in der KPdSU schon länger gegeben, nämlich die Auseinandersetzung innerhalb der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, bevor Chruschtschow Generalsekretär und später auch Ministerpräsident der Sowjetunion geworden ist.“* In der Folge kam es auch zu einer – demonstrativen – Aussöhnung mit Tito/Jugoslawien. Meisel abschließend (ebd.: S. 134f): *„Damals ist es auch vielen von uns wie Schuppen von den Augen gefallen, es hat das erste Mal ein wirkliches Nachdenken über den Inhalt dieser stalinistischen Politik begonnen. Das hat sich Monate und Jahre hingezogen und hat begonnen, seine Auswirkungen zu zeitigen. Für viele war das der Anlaß, die Aktivität für die Partei einzuschränken, für noch mehr der Anlaß, der Partei den Rücken zu kehren.“*

Nach dem XX. Parteitag herrschte in (Teilen) der K-Bewegung große Ernüchterung. Bei manchen begann damals der Prozess, der später zu einer sehr kritischen Haltung und häufig zum Verlassen der Partei (durch Austritt oder Ausschluss) führte. Meisel schreibt (ebd.: S. 155): *„[W]ährend mir auf der einen Seite immer mehr und mehr die Notwendigkeit, bestimmte Erkenntnisse und Schlußfolgerungen zu ziehen, klar wurde, war auf der anderen Seite die Erhaltung der Einheit der Partei und die Treue zur Sow-*

jetunion noch immer bestimmend für unser Denken.“ Und weiter unten auf derselben Seite: *„Es war ein schwerer Kampf, den man [sic!] in sich selbst geführt hat und der dann durch die immer stärkere Zuspitzung explosionsartig gelöst worden ist.“* Meisel weiter (ebd.: S. 155f): *„Unsere Illusion hat damals darin bestanden, daß wir glaubten, daß sich nach dem 20. Parteitag der KPdSU in den sozialistischen Ländern eine neue Politik durchsetzen werde und daß wir im Westen von der schablonenhaften Übernahme der sowjetischen Methoden abkommen würden. Es war aber nur ein Hin und Her, ein Schritt vorwärts und wieder ein Schritt zurück.“* Als erstes Beispiel für das „Hin und Her“ führt er die erneute Distanzierung der UdSSR gegenüber Jugoslawien im Jahr 1960 an. Zweitens: In Österreich habe es zwar Diskussionen über den „Weg Österreichs zum Sozialismus“ (Leitsätze) gegeben, in denen *„neue Wege in bezug auf die Einheitsfrontpolitik, auf die Bündnispolitik, auf die demokratische Entwicklung“* vorgezeichnet wurden, *„aber die führende Rolle der kommunistischen Partei [musste] gewahrt und die positive Haltung zum ersten sozialistischen Staat gesichert bleiben“* (ebd.: S. 156). Über Chruschtschows Agieren als Parteichef schreibt Muhri (1995: S. 54), dass dieser zunächst *„Schritte zur Wiederherstellung der kollektiven Führung unternommen [hatte] – regelmäßige Polbürositzungen, ZK-Sitzungen und Parteitage“*, doch *„sich selbst mehr und mehr über das Kollektiv gestellt [hat] [...] Als Generalsekretär hat er das Polbüro und Zentralkomitee wiederholt vor vollendete Tatsachen gestellt.“* Außerdem hat er *„einen neuen Personenkult um [sich] begünstigt“*. Muhri weiters (ebd.: S. 111f): *„Das Stalinthema hat in unserer Partei [...] ‚geschwelt‘, bei verschiedenen Anlässen ist die Diskussion immer wieder aufgeflammt.“*

Als Beispiel für die *„als politisch notwendig angesehene Verharmlosung und Unterschlagung der Folgen der Massenrepression“* (Spira 1992: S. 78f), die nach Stalins Tod von vielen betrieben wurde, sei an dieser Stelle folgender Inhalt einer Broschüre zum Vierzigsten Jahrestag der Russischen Revolution 1957 wiedergegeben (Spira zit. nach Spira 1992: S. 78): *„In einer Zeit härtester Anspannung aller Kräfte und tödlicher Bedrohung durch den Faschismus entstand das, was der XX. Parteitag der KPdSU als ‚Personenkult‘ verurteilt hat. Die Autorität Stalins, in siegreichen Schlachten erworben und erhärtet, drückte auf die Sowjetgesellschaft, beengte die Demokratie, ersetzte die Diskussion oft durch Weisungen und schuf eine Lage, in der manche Verletzungen der Grundsätze des Sozialismus geschehen konnten. Stalins Leistungen sind von den Erfolgen und Siegen der Sowjetunion nicht zu trennen. Seine Schwächen wirkten sich deshalb so stark aus, weil sie in einer Atmosphäre seiner Unfehlbarkeit nicht korrigiert werden konnten.“*

2.2.4 Ungarn 1956

Beginnend mit Oktober 1956 fand in Ungarn ein „*Volksaufstand*“ statt, der „*letzten Endes nur durch den Einsatz der dort stationierten sowjetischen Truppen niedergeschlagen wurde*“ (Meisel 1986: S. 135). Das Scheitern einer kommunistischen Regierung, die Krise eines volksdemokratischen Systems in so unmittelbarer Nähe war für die KPÖ eine erschütternde Erfahrung (Spira 1979: S. 26). Zusätzlich gab es rund um die Ereignisse in Ungarn eine starke antikommunistische Stimmung in Österreich (Meisel 1986: S. 135f). Es kam „*massenweise*“ zu Parteiaustritten (ebd.: S. 136) – Spira (1979: S. 27f sowie 1992: S. 75) berichtet vom Verlust etwa eines Drittels der Mitglieder. In „Rückblende“ schreibt Georg Breuer dazu (2003: S. 156): „*Einige bekannte Funktionäre [sic!] haben damals die Partei verlassen, andere haben sich stillschweigend von jeder weiteren Aktivität zurückgezogen.*“ Die Mehrheit, die in der Partei verblieben war, hielt die Intervention der Sowjetunion für das „*geringere der Übel*“ (Prager 1975: S. 134; vergl. auch Breuer 2003: S. 156 sowie Spira 1979: S. 26). Beinahe poetisch drückt sich Grünwald aus (1979: S. 121): „*Aber nach der Ungarnrevolte, die mehrere tausend Mitglieder der KPÖ zum Austritt aus der Partei veranlaßte, ist auch der letzte Funke der Begeisterung, der bisher die Partei zusammengehalten hatte, erloschen.*“

2.2.5 XXII. Parteitag der KPdSU

In „Kommunismus adieu“ schreibt Spira (1992: S. 88): „*Mitte Oktober 1961 stellte Chruschtschow auf dem 22. Parteitag der KPdSU die ‚Gruppe Molotow‘ bloß. Damit wurden innerparteiliche Kämpfe in Moskau signalisiert, bei denen Zustimmung oder Ablehnung zum Komplex der ‚Entstalinisierung‘ eine wichtige Rolle spielten. In derselben Rede griff Chruschtschow indirekt China an. Das war das erste für Außenstehende deutliche Signal, daß es zwischen den beiden Ländern machtpolitische Gegensätze gab, die, das gehörte zum Stil der Auseinandersetzungen zwischen kommunistisch geführten Staaten, in den Mantel der Ideologie gehüllt wurden. Ebenso unvermeidlich war, daß der Ideologiestreit die ganze kommunistische Weltbewegung erfaßte. In den immer heftiger werdenden Auseinandersetzungen nahm die KPÖ eindeutig Stellung für die Sowjetunion. [...] China und die maoistischen Gruppen, die sich damals bildeten, eine kleine löste sich auch von der KPÖ los, bekannten sich zu Stalin und dessen Dogmen.*“ In „Ein gescheiterter Versuch“ führt er aus, dass Chruschtschow zudem „*offen auf dem Parteitag [...] erschütternde Beispiele der Stalinschen Willkürherrschaft*“ nannte (Spira 1979: S. 41). Von der KPÖ wurde kritisiert, dass sie (bzw. die west-

europäischen K-Parteien) nicht auf die Inhalte des Parteitags vorbereitet worden war und diese Kritik wurde in einem Brief des Polbüros der KPÖ an das ZK der KPdSU artikuliert. Spira dazu (ebd.: S.42f): *„Dieser Brief ist aus mehrfachen Gründen von Interesse. Er zeigt zunächst den Beginn eines neuen Verhältnisses zur KPdSU, deren überraschende, sprunghafte Stellungnahmen und Handlungen die Kommunisten [sic!] anderer Länder oft in peinliche Situationen gebracht haben. Nun wird diese Art, die Kommunisten [sic!] anderer Länder unvorbereitet vor vollzogene Tatsachen zu stellen, kritisiert. Die neue Atmosphäre zeigt sich auch darin, daß der beginnende Personenkult (im engeren Sinne des Wortes), der mit Chruschtschow getrieben wurde, auf Kritik stößt, während man [sic!] den viel ausgeprägteren Personenkult um Stalin ohne jeden Protest mitgemacht, ja sogar den ganzen Parteistil darauf ausgerichtet hatte. Man [sic!] war jedenfalls in diesem Punkt empfindlicher geworden. In dem Brief kam aber auch zum Ausdruck, daß die Parteiführung auf die Fortsetzung der ‚Entstalinisierung‘ nicht vorbereitet war, daß sehr vielen Funktionären [sic!] die Verbrechen des Stalinismus, die ihnen schon seit Jahren hätten bekannt sein müssen, erst jetzt unleugbar zu Bewußtsein kamen.“*

2.2.6 Chruschtschows Sturz

1964 wurde Chruschtschow seiner Funktion enthoben und in der Sowjetunion war die kritische Auseinandersetzung mit Stalin bald zu Ende. Grünwald (1979: S. 130) bezeichnet den Sturz Chruschtschows als *„Palastrevolte Leonid Breschnjews“* und schreibt weiter: *„Die konservative Sowjetbürokratie hat Breschnjew auf ihren Schild gehoben, weil sie in ihm den Garant für die Rückkehr zur ‚Kontinuität‘, d.h. zur stalinistischen Tradition, ‚Disziplin‘ und ‚Ordnung‘ erblickte. Wie sich herausstellte, mit Recht. Die ganze diktatorische Art der Auswechslung des Parteichefs war eine politische Demonstration. Sie unterstrich, daß auch in Zukunft keine Änderung des Systems erfolgen soll, vor allem nicht durch eine politische Willensbildung ‚von unten‘, durch eine politische Demokratisierung der UdSSR.“*

2.2.7 Palmiro Togliatti

Der Generalsekretär der italienischen KP Palmiro Togliatti entwickelte nach dem XX. Parteitag der KPdSU verschiedene Thesen zum Kommunismus. So kritisierte er etwa die alleinigen Schuldzuweisungen an Stalin beziehungsweise den „Personenkult“ und

hob stattdessen die sowjetische Bürokratie hervor. Auch formulierte er einen italienischen „demokratischen Weg zum Sozialismus“. Insgesamt stand er in der Folge autoritären Erscheinungen in der K-Bewegung äußerst kritisch gegenüber. (Vergl. Gärtner 1979: S. 159 sowie Spira 1979: S. 22f.) Gärtner (1979: S. 160) schreibt über Togliatti: *„[D]ie Person Togliattis [vereinte] zwei für die Entwicklung der Kommunistischen Parteien wesentliche Tendenzen: Einerseits war Togliatti Vertreter und Verteidiger der Politik der Kommunistischen Internationale und der sowjetischen Nachkriegsstrategie gewesen, andererseits schuf er mit der Forderung nach Autonomie die Voraussetzung für eine Neuentwicklung, für eine Überwindung der alten Positionen [...]“* 1964, knapp vor seinem Tod, verfasste Togliatti ein „Memorandum“, einen Text, der häufig als sein „Vermächtnis“ angesehen wird (vergl. Spira 1979: S. 23). Spira dazu (1992: S. 88f): *„Togliatti betonte, daß die meisten kommunistischen Parteien im kapitalistischen Europa nicht imstande wären, ‚eine wirkliche und wirksame politische Aktion zu entfalten, die sie mit der großen Masse der Werktätigen verbindet‘.“* Nach Spira (1979: S. 49ff) war der Grund für die von Togliatti beschriebene Schwäche bei der Mobilisierung der Massen der Demokratie-Mangel in der kommunistischen Bewegung. Togliattis Ideen beeinflussten einige KPÖlerInnen stark und waren (mit) von Bedeutung für die bald erfolgenden Veränderungen in der KPÖ. So Gärtner (1979: S. 18): *„Nach dem XX. Parteitag der KPdSU hat eine Minderheit in der KPÖ im Sog von Togliattis ‚italienischem Weg zum Sozialismus‘ versucht, sich von der Fixierung auf die Sowjetunion zu lösen. Nach dreimaligem Anlauf: zuerst zaghaft mit der Diskussion um den ‚Österreichischen Weg zum Sozialismus‘ 1956/57, dann nach dem sowjetisch-chinesischen Konflikt Anfang der sechziger Jahre und schließlich mit dem Prager Frühling setzte sich die orthodoxe Linie in der KPÖ wieder durch.“*

2.2.8 19. Parteitag der KPÖ

Spira (1992: S. 94) schreibt über das Jahr 1965 (aber noch vor seiner Beschreibung des 19. Parteitags): *„In den geschrumpften Reihen der KPÖ nahmen zu dieser Zeit zwei Gruppierungen schärfere Konturen an, die man [sic!], grob ausgedrückt, als progressiv und konservativ definieren kann, und deren Unvereinbarkeit sich in den nächsten Jahren bis zum Bruch zuspitzen sollte. Es handelte sich nicht bloß um politische, sondern auch um ideologische Grundfragen, um die nach kommunistischer Tradition am härtesten gestritten wird. [...] Noch war es möglich, grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei auszutragen.“* Der 19. Parteitag der KPÖ fand Mitte Mai 1965 statt – und war der erste öffentliche, auch der Presse zugängliche

(Grünwald 1979: S. 139). Theodor Prager schreibt in „Bekenntnisse eines Revisionisten“, dass der Parteitag beeinflusst war von der *„auswärtige[n] Entwicklung (hier China, dort die anhaltenden Nachwirkungen der Chruschtschow-Ära, Togliatti und die KPI)“* (Prager 1975: S. 183). Es gab einige personelle Änderungen, so beendete Johann Kopenig (nach über vierzig Jahren) seine Tätigkeit als Parteivorsitzender und wurde verabschiedet (Grünwald 1979: S. 139). Ihn löste Franz Muhri ab (Spira 1979: S. 53ff). Auch einige Mitglieder des Zentralkomitees wurden durch jüngere Menschen ersetzt und Franz West wurde Chefredakteur der Volksstimme (Meisel 1986: S. 170f). Wie Spira (1992: S. 95) über die Inhalte des Parteitags berichtet, wurden dort *„neue ‚programmatische Leitsätze‘ beschlossen [...] Diese wurden weitgehend von Franz Marek ausgearbeitet und formuliert. Sie bedeuteten eine Wendung im Selbstverständnis der Partei, sind aber, ein Viertel Jahrhundert später betrachtet, nur eine Etappe auf einem Weg, der drei Jahre später von sowjetischen Panzern in Prag verschüttet wurde.“* Schlagworte aus diesen „Thesen über ‚Perspektiven““ (nach Spira 1992: S. 95): „Friedlicher Weg zum Sozialismus“, „Zusammenarbeit mehrerer Parteien“, „Autonomie der KPÖ“ (vergl. auch Meisel 1986: S. 168f sowie Spira 1979: S. 53ff). Als Beispiele für weitere behandelte Themen nennt Grünwald (1979: S. 140) folgende: Eine Infragestellung des „Demokratischen Zentralismus“ (eine These Lenins, auf die sich die KPÖ in organisatorischen Fragen stützte), „Dialog mit den ChristInnen“ und Kritik an der SED/DDR bezüglich des Umgangs mit Robert Havemann. Spira (1979: S. 55ff) führt zusätzlich noch die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus sowie Kritik am Begriff der „Diktatur des Proletariats“ an. (Zur Diskussion um „Diktatur des Proletariats“ vergl. auch Muhri 1995: S. 127f.) Meisel (1986: S. 169) erzählt, dass *„[d]iese neuen Erkenntnisse“* nicht nur in der KPÖ existierten, sondern es dafür auch Beispiele aus anderen europäischen Ländern gab. Schon zuvor war über den „Weg Österreichs zum Sozialismus“ (und damit etwa auch über die Frage der Unabhängigkeit Kommunistischer Parteien von der UdSSR oder über den friedlichen/parlamentarischen Weg zum Sozialismus) diskutiert worden (seit 1956) (vergl. Spira 1979: S. 29 und S. 35f), mit dem Parteitag erreichte diese Diskussion ihren (vorläufigen) Höhepunkt. Gärtner dazu (1979: S. 161): *„Obwohl die Diskussion vor und auf dem 19. Parteitag von der Gruppe um Marek dominiert wurde, hatte diese weder im Polit-Büro noch in der Partei die Mehrheit. Die orthodoxe, auf Rußland orientierte Führung aber war durch den sowjetisch-chinesischen Konflikt völlig paralysiert. Einerseits empfand sie gewisse Sympathien für die chinesischen Stellungnahmen für Stalin, andererseits blieb sie bei ihrer Identifizierung mit der Sowjetunion, war aber wiederum nicht bereit, aus dem XX. Parteitag der KPdSU gewisse Schlußfolgerungen bezüglich einer Erneuerung der Ideologie der kommunistischen Bewegung zu ziehen. Diesen Zwiespalt konnten sich die Reformer [sic!] zunutze machen.“* Spira

(1992: S. 97f) beschreibt, dass die neuen „programmatischen Leitsätze“ „von vielen Debatten begleitet“ waren, auch in Form von Artikeln in der Parteipresse. Doch „[d]iese und die folgenden Diskussionen waren keine akademischen Schattenkämpfe; es ging um handfeste politische Entscheidungen, um die Verteidigung oder Revision der eben erst beschlossenen ‚programmatischen Leitsätze‘.“ (Ebd.: S. 98.)

Grünwald schreibt abschließend zum 19. Parteitag (1979: S. 140): „*War für die KPÖ also eine Sternstunde gekommen? Nun, der ‚Neunzehnte‘ konnte über die Bühne gehen, weil damals das Regime Breschnjews in der KPdSU noch nicht ganz konsolidiert war und weil andererseits der moskauhörige Apparat der KPÖ bereits geistig zu impotent geworden war, um das Eindringen neuer Ideen in die Partei zu verhindern oder ihnen Argumente entgegensetzen zu können. In dieser Lage versteckten sich die Apparatschiki hinter dem Ersten Sekretär Friedl Fürnberg, der ein Lippenbekenntnis zu dem neuen Kurs ablegte und geschmeidig operierte, um die Herrschaft der Dogmatiker [sic!] weiterhin abzusichern. Im neuen Zentralkomitee standen den 33 progressiven Mitgliedern desselben nicht weniger als 53 Konservative gegenüber, die auch letztlich verhinderten, daß ein grundlegender Wandel in der Politik der Partei eintrat.*“ Meisel (1986: S. 169f) hingegen meint, dass einige KPÖ-Funktionäre die Entwicklungen in der Sowjetunion falsch einschätzten und dachten, sich mit dem 19. Parteitag „auf Linie“ zu befinden, wodurch es am Parteitag eine Mehrheit für das neue Parteiprogramm gab (diese Meinung vertritt im Großen und Ganzen auch Spira 1979: S. 52f). Etwas später erzählt Meisel, dass der 19. Parteitag positive Folgen gehabt hätte (1986: S. 178): „*Wir haben den 19. Parteitag in neuer Form durchgeführt, wir haben der Presse und den Medien die Möglichkeit gegeben, am Parteitag teilzunehmen. Man [sic!] hat die Kommunistische Partei mit neuen Augen zu sehen begonnen, wobei für viele sicherlich weniger die neuen Erkenntnisse über den Weg Österreichs zum Sozialismus als die Abkehr von der sowjetischen Orientierung von Interesse war. Die positivere Einstellung uns gegenüber hat sich noch nicht darin ausgedrückt, daß ein Massenzustrom zur Partei erfolgt wäre oder daß die Auflageziffern der Volksstimme gestiegen wären, aber es war eine Aufgeschlossenheit uns gegenüber in der Öffentlichkeit spürbar, die bis dahin überhaupt nicht bestanden hat. Früher hat ein Kommunist [sic!] zu Radio und Fernsehen überhaupt keinen Zugang gehabt. Jetzt war es üblich, daß man [sic!] auch die Erklärungen der Kommunistischen Partei im Radio und im Fernsehen gebracht hat, daß die Zeitungen davon Notiz genommen haben, daß wiederholt Muhri Erklärungen abgeben konnte, daß Ernst Fischer von den Zeitungen zitiert wurde, daß man [sic!] Interviews mit Marek gemacht hat und so weiter. Das alles hat uns ohne Zweifel verstärkte Sympathien insbesondere bei den linksorientierten Kräften und den Linken in der SP gebracht. Es haben*

sich neue Beziehungen, neue Kontakte gebildet, neue Möglichkeiten zu Diskussionen und zur Auseinandersetzung, die bis dahin überhaupt nicht bestanden haben.“

Meisel konstatiert zum Schluss, dass die auf dem 19. Parteitag beschlossenen Neuerungen die Partei nicht wirklich durchdringen konnten (ebd.: S. 181f): *„Das Hauptproblem nach dem 19. Parteitag hat in Wirklichkeit darin bestanden, daß es nicht gelungen ist, die neuen Erkenntnisse in der Partei tatsächlich durchzusetzen. Ein Teil derjenigen, die an der Erarbeitung der Grundsätze mitgearbeitet haben, hat dann in der Praxis durch ihre Haltung verhindert, daß sich diese Erkenntnisse in der Partei durchsetzen konnten. Das war im Prinzip das gleiche Problem, das in der Sowjetunion nach dem 20. Parteitag bestanden hat, wo in der Praxis nichts unternommen worden ist, um den Stalinismus zu beseitigen. Es ist uns erstens nicht gelungen, den Apparat der Partei dazu zu bringen, die neue Linie in der Praxis zu realisieren. Das war das Hauptproblem, und dagegen haben wir viel zu wenig getan. Und zweitens ist es uns nicht gelungen, die Masse der Mitglieder von der Richtigkeit der neuen Orientierung zu überzeugen. Die politischen Diskussionen sind ja in erster Linie nicht von den einfachen Mitgliedern, sondern von den Funktionären [sic!] und Aktivisten [sic!] getragen worden. Die Partei war außerordentlich überaltert, zwei Drittel der Mitglieder waren bereits über 50 Jahre alt, fast die Hälfte bereits über 60. Es war eine Partei, die sich aus Menschen zusammensetzte, die hauptsächlich in der Periode nach 1934 aus der SP zur kommunistischen Partei gekommen sind und die mit dieser neuen Entwicklung nicht mehr Schritt halten konnten. Während wir davon ausgegangen sind, daß wir durch eine neue Politik aus der Isolation ausbrechen müßten, haben viele der alten Mitglieder die einzige Möglichkeit zur Erreichung des Sozialismus – wenn ich es drastisch ausdrücke – darin gesehen, daß die Russen [sic!] wieder einmarschieren. Die Tatsache, daß die konservativen Kräfte in der Partei bis in die Führung hinein an Boden gewonnen haben, daß der Apparat sich völlig in der Hand dieser Kräfte befunden hat – man [sic!] muß sich vorstellen, daß über 400 freigestellte Funktionäre [sic!] innerhalb der Partei tätig gewesen sind, die materiell abhängig gewesen waren – das hat es außerordentlich erschwert, die Erkenntnisse des 19. Parteitages zum Allgemeingut der Partei zu machen.“*

2.2.9 Nationalratswahl 1966

Die Wahlergebnisse der KPÖ bei den österreichischen Wahlen wurden praktisch seit dem Ende des NS von Wahl zu Wahl schlechter. Spira (1979: S. 67): *„Nahezu alle politischen Wahlen, an denen die KPÖ in den letzten Jahren teilgenommen hatte, brachten empfindliche Verluste, die auf die Parteimitglieder entmutigend wirkten und die*

Position der Partei in der Öffentlichkeit weiter schwächten.“ Meisel (1986: S. 178ff) beschreibt folgende Chronologie (der im Großen und Ganzen auch Spira 1979: S. 67ff folgt): 1965 verzichtete die KPÖ bei den Wahlen in Tirol auf eine Landtags-Kandidatur zugunsten einer Wahlempfehlung für die SPÖ, gleichzeitig kandidierte sie erfolgreich für den Innsbrucker Gemeinderat. Bei den BundespräsidentInnenwahlen im selben Jahr erfolgte ein Aufruf, für den SPÖ-Kandidaten Jonas zu stimmen, der dann auch tatsächlich seinen Kontrahenten schlagen konnte. Diese positiven Erfahrungen sowie grundsätzlich die neue Ausrichtung der Partei führten dazu, dass die KPÖ bei der Nationalratswahl im März 1966 nur in einem einzigen Wahlkreis kandidierte (Wien-Nordost, wo das beste Ergebnis und am ehesten die Chance auf ein Grundmandat erwartet wurde), in allen anderen Wahlkreisen jedoch eine Stimmabgabe für die SPÖ empfahl – um ein weiteres Erstarken der ÖVP zu verhindern. Doch die ÖVP erlangte die absolute Mehrheit, SPÖ und KPÖ verloren. Verständlicherweise führte diese durch den Wahlausgang als fehlgeschlagen wahrgenommene Taktik zu innerparteilichen Spannungen und Diskussionen. (Vergl. Prager 1975: S. 184–186 sowie Spira 1979: S. 69.) Spira analysiert die Wahlniederlage folgendermaßen (1992: S. 99): *„Die Wahl ging für die SPÖ verloren, weil die Stimmen, die sie von früheren kommunistischen Wählern [sic!] bekam, nicht ausreichten, um die Stimmen zu kompensieren, die der frühere Gewerkschaftspräsident und Innenminister Franz Olah, der aus der SPÖ ausgeschlossen worden war, der SPÖ abnahm. Bruno Kreisky, der nun an die Spitze der SPÖ trat, distanzierte sich scharf von den Kommunisten [sic!], in der KPÖ fühlten sich all jene bestätigt, die nicht oder nur halbherzig die Wahlempfehlung für die SPÖ mitgetragen hatten.*“ Meisel ergänzt wie folgt (1986: S. 180): *„Das Wahlergebnis ist von den Konservativen dann so ausgelegt worden, daß eine solche Orientierung falsch war und daß die Parteimitglieder verwirrt würden. Bei allen Wahlen danach, die immer schlechter ausgegangen sind, wurde so argumentiert, daß das ein Ergebnis der falschen Orientierung bei der Wahl von 1966 wäre und nicht etwa eine Folge der Wende in der Politik der Partei nach dem ČSSR-Einmarsch.“*

2.2.10 Auseinandersetzung mit den neuen Inhalten

Spira (1979: S. 60): *„Charakteristisch für die Situation, die zwischen dem 19. Parteitag der KPÖ im Mai 1965 und dem Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten in die ČSSR im August 1968 bestand, ist eine Reihe von Grundsatzdiskussionen, die öffentlich geführt wurden und deutlich jene Differenzierungen in der KPÖ erkennen ließen, die nach dem August 1968 explosiven Charakter annahmen. Zum Teil wurden diese Diskussionen*

auch von außen genährt, vor allem von der Führung der SED, die glaubte, sich gegen ‚revisionistische‘ Ansichten wehren zu müssen, die in die DDR hineinstrahlten.“ Große Teile dieser Diskussionen drehten sich um Ernst Fischer, der in personalisierter Form für die „revisionistischen“ Strömungen in der KPÖ stand: „Der Führung der KPÖ war bewußt, daß sich die Angriffe der SED, aber auch anderer Parteien auf Ernst Fischer nicht nur gegen diesen, sondern auch gegen die auf dem 19. Parteitag beschlossene Orientierung der KPÖ richteten. Die Parteispitze war damals bestrebt, die eigene Orientierung zu verteidigen, wenn auch da und dort bereits gewisse Schwankungen spürbar waren, die mit zunehmendem Druck stärker wurden.“ (Ebd.: S.66.)

Folgende Diskussionen nennt Spira in „Ein gescheiterter Versuch“ (1979) konkret:

- Über den von Ernst Fischer verfassten und in der Zeitung der KPI „Rinascita“ erschienenen Artikel „Marxismus und Ideologie“, der die „Ideologisierung“ des Marxismus kritisierte und für (wissenschaftliche) Objektivität eintrat. (Ebd.: S. 60ff)
- Spira (ebd.: S. 62f): *„Die hier geschilderte Diskussion ging nahtlos in Auseinandersetzungen über, an denen auch die Führung der SED beteiligt war. Auch im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen stand Ernst Fischer. Zu seiner damaligen Rolle ist in diesem Zusammenhang einiges zu sagen. Ernst Fischer hatte nach seiner Erkrankung 1959 alle Parteifunktionen zurückgelegt, blieb aber Mitglied des Zentralkomitees. Er wurde intensiv schriftstellerisch und publizistisch tätig, wobei er sich nicht an jene taktische Vorsicht gebunden fühlte, die einem kommunistischen Parteifunktionär zur zweiten Natur geworden war. Da Ernst Fischers Auftreten nicht auf Österreich beschränkt blieb, sondern auch international wirksam war, wurde er schon vor dem schicksalsschweren August 1968 in der Sowjetunion, der DDR usw. als ideologischer Hauptfeind betrachtet, wobei ihm allerdings auch Ansichten angekreidet wurden, die damals offizieller Standpunkt der KPÖ waren.“* Fischers Konflikte mit der DDR begannen 1963 bei der internationalen Kafka-Konferenz in der ČSSR (siehe unten, S. 25). 1966 war eine Aussage Fischers in einem DDR-kritischen Fernsehbericht in der BRD zu sehen, die unter anderem Folgendes enthielt (zit. nach Spira 1979: S. 62): *„Es gibt keine Klassenwahrheit, es gibt keine Parteiwahrheit, sondern es gibt nur die Wahrheit, die anzustreben wir alle bemüht sind, weil ohne Wahrheit der Wahn weiter gedeiht ...“* Das Statement und der Kontext wurden von der SED stark kritisiert und auch innerhalb der KPÖ thematisiert (ebd.: S. 63ff).
- Ebenso diskutiert wurde die Frage der Funktion der Intellektuellen für die Gesellschaft und, damit verbunden, das Thema Antiintellektualismus (in der ArbeiterInnenbewegung) – wieder aufgrund eines Artikels von Fischer. (Ebd.: S. 65)

- Auch anlässlich Fischers Buch „Kunst und Koexistenz“ (1966) meldete die SED Bedenken an. (Ebd.: S. 65f)
- Spira (ebd.: S. 74): *„Im September 1967 beschloß das Zentralkomitee der KPÖ nach einem Referat von Fürnberg Diskussionsgrundlagen zum Thema ‚Demokratie und Sozialismus‘, die weitgehend von Franz Marek ausgearbeitet waren. Referat und Diskussionsgrundlagen wurden in großer Auflage hergestellt und sollten nicht nur in der Partei, sondern auch bei interessierten Außenstehenden Verbreitung finden. Die Diskussion entsprang dem Bedürfnis, die Grundgedanken des 19. Parteitages, die weit davon entfernt waren, von allen Parteimitgliedern und Funktionären [sic!] akzeptiert zu werden, zu vertiefen und zu verankern. Während der Diskussion, die bis Ende März 1968 geführt wurde, erfolgte die Wendung in der ČSSR, durch die die Problematik aktualisiert und konkretisiert wurde.“* Wie Spira in der Folge ausführt (ebd.: S. 74ff), gab es in den Diskussionsgrundlagen neben einer genaueren Ausführung der Thesen vom 19. Parteitag auch neue Gedanken: So etwa die Möglichkeit der Existenz oppositioneller Parteien in einem sozialistischen Staat oder den Vorschlag, auf den Begriff „Diktatur des Proletariats“ zu verzichten. Spira (ebd.: S. 75): *„In der in der ‚Volksstimme‘ geführten Diskussion brachen nun alle Ressentiments durch, die auf dem 19. Parteitag nicht oder kaum zum Ausdruck gebracht worden waren.“*

2.2.11 Die ČSSR bis zum Prager Frühling

Zur Situation in der ČSSR in den 1960ern schreibt Grünwald Folgendes (1979: S. 141): *„Unter dem Eindruck der 1963 bis 1966 immer schärfer werdenden Wirtschaftskrise und des Versagens des bürokratisch-zentralistischen Leitungssystems war in der ČSSR ein machtvoller Strom neuer Erkenntnisse und Ideen in Bewegung geraten, der die morschen Säulen des Novotný-Regimes unterspülte.“* Auf dem 13. Parteitag der KPTsch (1966) war das ebenfalls zu spüren (ebd.: S. 141f). Eine wichtige Rolle für die liberaler werdende Stimmung in der ČSSR spielten auch KünstlerInnen beziehungsweise die Kunst an sich. So wird die „Internationale Kafka Konferenz“ im Jahr 1963 als ein wichtiger Punkt für die Entwicklung zum Prager Frühling gesehen (etwa Grünwald 1979: S. 134 sowie Spira 1979: S. 62f). Auf dieser Konferenz wurde die plakative Forderung nach einem „Dauervisum für Kafka“ aufgestellt. Grünwald schreibt darüber (1979: S. 134): *„Mit Kafkas Rehabilitierung wurde die prinzipielle Frage der Freiheit des Schriftstellers [sic!] und des künstlerischen Schaffens im Sozialismus aufgeworfen und damit das Postulat der Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit. Es ist seither nicht mehr von der Tagesordnung der Weltbewegung verschwunden. Daher ist es nicht verwunder-*

lich, wenn die Ideologen [sic!] des Sowjetblocks die Liblicer Konferenz noch heute als den großen Sündenfall ansehen, den die Führungen der Kommunistischen Parteien nicht hätten zulassen dürfen.“ Über die politische Lage zu jener Zeit (ebd.: S. 134): „Die Erstarrung der Gesellschaft löste sich. Die Menschen, sogar Leute vom Apparat, zeigten sich für die sozialistische Kritik am System immer aufgeschlossener.“ In dieser Phase hatte „[e]in spektakulärer Aufstieg des gesamten kulturellen Lebens [...] eingesetzt“: AutorInnen und Filmschaffende waren sehr aktiv und erlangten auch international Ansehen (ebd.: S. 134f). Grünwald schreibt weiter (ebd.: S. 143): „Das Jahr 1967 war eine einzige Ouvertüre zum Prager Frühling. Man [sic!] atmete nicht nur, man [sic!] redete auch freier.“ Er führt an, dass insbesondere Kritik an der Parteiführung und am System allgemein jetzt offen geäußert wurde (ebd.: S. 143f).

2.2.12 Der Prager Frühling

Unmittelbarer Startpunkt des Prager Frühlings war die Wahl Dubčeks zum Chef der KPTsch Anfang Jänner 1968 statt Novotný, der das Amt bislang innegehabt hatte. Bald darauf wurde „die volle Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit hergestellt“ (Grünwald 1979: S. 146). Grünwald schreibt weiter (ebd.: S. 146f), dass in der Folge in der Bevölkerung großes Interesse für Politik entstand und der Grad des Aktivismus hoch war. Im März trat Novotný als Präsident zurück, auch die restliche Parteispitze wurde danach ausgetauscht (ebd.: S. 149). Zentraler Punkt des Prager Frühling ist das von der KPTsch am 5. April 1968 beschlossene Aktionsprogramm, in welchem, wie Spira (1979: S. 82) schreibt, „die konkreten Schritte auf dem Weg zu einem ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘ zusammengefaßt waren.“ In diesem Zusammenhang nennt er vor allem die Frage der Demokratie, etwa die Kritik an der zentralen Rolle, die die Partei auch im tschechoslowakischen Alltagsleben spielte. Weiters führt er aus (ebd.: S. 82f), dass die Ideen des Prager Frühlings, beziehungsweise das Aktionsprogramm, auch in der KPÖ begrüßt wurden und auf öffentliche Zustimmung stießen. Meisel erzählt Folgendes (1986: S. 182): „Im Zuge des Prager Frühlings sind unsere Kontakte mit der tschechischen Partei enger geworden. Die Politik, die von der KPTsch unter der Führung von Alexander Dubček eingeschlagen worden ist, ist ja mit den Erkenntnissen unseres 19. Parteitags konform gegangen. Die Abkehr vom Stalinismus und die Orientierung auf eine breite demokratische Bewegung unter Beteiligung der Kommunisten waren Elemente der Politik der KPTsch, die uns ganz besonders interessiert haben.“

Gärtner führt aus (1979: S. 162): „Die Bewegung des ‚Prager Frühling‘ verschaffte den Reformbestrebungen noch einmal Auftrieb, nachdem sich die alte Führung 1966 bereits

wieder erholt hatte. Hier entwickelte sich ein Sozialismus mit demokratischer Basis, wodurch die programmatische Ausrichtung des 19. Parteitages der KPÖ bestätigt zu werden schien. Es gab direkte Kontakte zwischen führenden Personen des Prager Frühlings mit den Reformern [sic!] in der KPÖ. Franz Marek und Ernst Fischer waren an der Vorbereitung unmittelbar beteiligt.“ Spira fasst zusammen (1979: S. 83f): „Mit dem ‚Aktionsprogramm‘ schien sich der ‚Prager Frühling‘ zu konsolidieren, die ‚Konservativen‘ in der KPÖ waren verwirrt und beunruhigt. Aber sie wurden wieder zuversichtlicher in dem Maße, in dem sich der Druck der Sowjetunion auf Dubček und seine Mitarbeiter [sic!] verstärkte. [...] Es soll nochmals festgehalten werden: Am Vorabend des 21. August 1968 unterstützte die KPÖ offiziell den ‚Prager Frühling‘, der den eigenen programmatischen Zielsetzungen Glaubwürdigkeit verlieh. Ein sehr wichtiger Teil der Partei – allerdings nicht die Mehrheit –, der Großteil der Betriebsräte [sic!], der Jungen, der Intellektuellen sah in der neuen, autonomen Orientierung den Ausweg aus der mehr als unbefriedigenden Situation der Partei [...] Ein anderer Teil der Partei – die Mehrheit –, ein Großteil der alternden Bezirks- und Sektionsfunktionäre [sic!] und des überdimensionierten Parteiapparats verband das kommunistische Bewußtsein mit der unerschütterlichen Treue zur Sowjetunion, war von Mißtrauen gegenüber den ‚demokratischen Illusionen‘ erfüllt und über die vielen ideologischen Diskussionen der letzten Jahre verärgert, die man [sic!] auf die ‚Störversuche der Revisionisten‘ [sic!] zurückführte.“

2.2.13 Antisemitismus/JüdInnen in der KPÖ

In „Feindbild ‚Jud‘. 100 Jahre politischer Antisemitismus in Österreich“ behandelt Spira (1981) unter anderem auch das Thema KPÖ und Antisemitismus („Sonderproblem KPÖ“, S. 117–131):

In den frühen 1930er-Jahren waren mit der Sowjetunion große Hoffnungen verknüpft was eine zukünftige Überwindung des Antisemitismus und jeglicher Diskriminierung jüdischer Menschen anbelangte. (Und zwar sollten diese Probleme durch die Überwindung von Religion/Gläubigkeit insgesamt gelöst werden.) Doch schon bald wurde klar, dass (latenter) Antisemitismus weiterhin bestand und auch immer wieder deutlich zum Vorschein kam (etwa in der Auseinandersetzung mit Trotzki). Offizielle Linie war, dass die KommunistInnen gleichzeitig mit dem Kapitalismus auch (unter anderem) den Antisemitismus überwunden hätten. Die offenen Manifestationen von Antisemitismus galten allgemein als Verfehlungen von Einzelpersonen. Viele sahen die UdSSR als wichtigste Kämpferin gegen Faschismus und Nazismus, zusätzlich benutzte die Nazi-

Propaganda Schlagworte wie „jüdischer Bolschewismus“, wodurch eine Verbindung von Antisemitismus und Kommunismus noch abwegiger wirkte. Nach 1945 gab es viele jüdische FunktionärInnen in den KP's Österreichs, der Tschechoslowakei, Ungarns und Polens, die überwiegend in der Emigration gewesen waren und so den NS-Terror überleben konnten.

1952 fand in der ČSR ein Schauprozess gegen fünfzehn Spitzenfunktionäre der KP Tsch statt (auch „Slánský-Prozess“ genannt). Von diesen waren elf Juden. Der Prozess trug eindeutig antisemitische Untertöne und die Mehrzahl der Angeklagten wurde hingerichtet. Um den Vorwurf des Antisemitismus zu zerstreuen wurde mit dem Begriff „Zionismus“ operiert, der als bekämpfungswerte bürgerliche Bewegung charakterisiert wurde. „Anti-Zionismus“ sei demnach nicht gegen JüdInnen an sich gerichtet sondern nur gegen jene, die sich „zionistisch“ (und damit feindlich) betätigten. Diese Form des Antisemitismus wurde in der KPÖ ignoriert, denn durch den früheren Kampf der Sowjetunion gegen den Faschismus und den aktuell präsenten Kalten Krieg war die „Wahrung der Einheit“, das heißt, bedingungslose Solidarität mit der Sowjetunion, oberstes Gebot. Zu dieser Zeit setzte sich auch eine Israel-kritischere Haltung durch (im Gegensatz zur Zustimmung zur Staatsgründung 1948). Bald nach dem Slánský-Prozess wurden 1953 in der UdSSR selbst Schauprozesse vorbereitet, in diesem Fall vor allem gegen jüdische Ärzte, denen vorgeworfen wurde, führende Funktionäre ermorden zu wollen (wörtlich in der Volksstimme vom 14. 1. 1953 deren *„Leben [...] durch vorsätzliche schädliche Behandlung zu verkürzen“*). Auch diese „Ärzte-Verschwörung“ wurde öffentlich äußerst antisemitisch abgehandelt, der Großteil der Beschuldigten war jüdisch. Nach Stalins Tod im selben Jahr rehabilitierte die neue Führung die „Angeklagten“ (noch vor Prozess-Beginn).

Mit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 wuchs die Hoffnung auf Veränderung – und der Antisemitismus in der Sowjetunion ging zurück, da er nicht mehr als politisch-ideologisches Mittel Verwendung fand. In Österreich hingegen nahm der Antisemitismus mehr und mehr zu und fand seinen vorläufigen Höhepunkt 1965 im „Fall Boro-dajkewycz“. Der allgemein herrschende Antisemitismus führte auch innerhalb der KPÖ zu einer Auseinandersetzung mit demselben. 1967 fand der israelische „Sechstagekrieg“ statt. Damit wurde der „Antizionismus“ bedeutend für die Außenpolitik der Sowjetunion. Die KPÖ selbst, deren Engagement gegen den österreichischen Antisemitismus eine wichtige Rolle spielte, versuchte (zunächst) den Spagat zwischen einer Verurteilung des „Sechstagekriegs“, in der pazifistischen Tradition stehend und der Vermeidung antisemitischer Untertöne. Die Bruchlinie verlief dabei zwischen Personen mit verschiedenen Einstellungen zur UdSSR, nicht zwischen JüdInnen/Nicht-JüdInnen. Im Zuge

des (Wieder-)Einschwenkens der KPÖ auf die Linie der KPdSU verschwand auch die (pazifistische) vorsichtig kritische Haltung zu Gunsten einer aus der UdSSR übernommenen.

Über den Slánský-Prozess spricht auch Meisel (1986: S. 106f) sehr ähnlich wie Spira. Zusätzlich zieht er eine Verbindung zwischen Intellektuellenfeindlichkeit und Antisemitismus (S. 167). Spannend ist insbesondere auch, was Spira (1992: S. 105) in „Kommunismus adieu“ schreibt: *„Als sich dann [infolge der Intervention der Warschauer Fünf, Anm.] Funktionäre [sic!] von der Partei trennten, der sie jahrzehntlang angehört hatten, machte die Erklärung die Runde, manche von ihnen hätten vor allem wegen der Haltung der Sowjetunion zu Israel die Partei verlassen und man [sic!] könnte leicht auf sie verzichten. Noch Jahre später habe ich von Parteifunktionären [sic!], denen ich das nicht zugetraut hätte, solche Erklärungen gehört oder erzählt bekommen.“*

Meisel (1986: S. 187–191) erzählt zur antisemitischen Stimmung in Polen im Jahr 1968, dass zeitgleich mit dem Prager Frühling in Polen *„eine immer stärkere antisemitische Welle bemerkbar“* geworden wäre. Als Folge dieser Atmosphäre kam es zu beachtlicher Auswanderung jüdischer PolInnen (oftmals über Wien). Eine ausführliche Auseinandersetzung damit in der KPÖ gab es nicht, teilweise wurde diese sabotiert, teilweise waren auch einfach die Konflikte aufgrund der Intervention der Warschauer Fünf in der ČSSR schwerwiegender. Auch Breuer (2003: S. 168–171) und Spira (1979: S. 158–161) berichten davon.

2.2.14 ... die Partei zu verlassen ...

Schon seit den späten 1940er-Jahren gab es größere Bewegung in Bezug auf Austritte aus der KPÖ. 1956 und 1968 wird in Schätzungen von jeweils etwa einem Drittel gesprochen, das die Partei verließ (übrigens ebenso für 1990/91). Seltener waren Parteiausschlüsse, die meistens eher Einzelpersonen betrafen – prominentestes Beispiel hierfür ist Ernst Fischer (vergl. für weitere Beispiele etwa Meisel 1986: S. 106 und S. 156ff). Meisel schildert, dass AktivistInnen wie FunktionärInnen, die zu zweifeln begannen, einen Rückzug von der Partei antraten, der häufig langsam und schrittweise vor sich ging und merkt an (ebd.: S. 106; vergl. auch S. 107f): *„Viele haben möglicherweise gar nicht den Mut gehabt, sich in der sowjetischen Besatzungszone besonders zu exponieren, so haben sie sich aus der aktiven Tätigkeit zurückzuziehen begonnen, ohne große Erklärungen abzugeben.“* Obwohl sich diese Stelle auf den Bruch zwischen Stalin und Tito 1948 bezieht, also vor dem Staatsvertrag datiert, scheint der Rückzug aus

der aktiven Tätigkeit ohne große Erklärungen sich zumindest während des gesamten untersuchten Zeitraums (also bis Anfang der 1970er) als häufige Form des Verlassens der KPÖ erhalten zu haben. Meisel präzisiert (ebd.: S. 138): *„Die ersten Austritte sind erfolgt im Zusammenhang mit den Prozessen in den Volksdemokratien [Kostow 1949, Rajk 1949, Slánský 1952] und dem Aufstand in der DDR 1953. Dann gab es eine Reihe von Austritten unmittelbar nach dem Staatsvertrag, als Leute, die aus Zweckmäßigkeitsgründen bei der KP waren, ausgetreten sind, dann gab es die große Welle nach dem 20. Parteitag der KPdSU und den Ereignissen in Ungarn 1956. Damals hat etwa ein Drittel der Mitglieder die Partei verlassen. Die nächste große Welle war dann nach 1968. Dazwischen gab es immer wieder kleinere Austrittswellen, etwa bei den antimitischen Erscheinungen in Polen.“* 1956 umfassten die Austritte auch einige führende FunktionärInnen der Partei (Meisel 1986: S. 137). Auf die Ereignisse nach 1968 wird in der Folge ausführlich eingegangen.

Ein Charakteristikum des Umgangs der in der KPÖ Verbliebenen mit den Ausgetretenen (Ausgeschlossenen) war, dass diese auch weitgehend aus dem sozialen Umfeld ausgeschlossen wurden, was sich daraus ergab, dass vor allem ParteifunktionärInnen private Kontakte hauptsächlich mit anderen ParteifunktionärInnen unterhielten (vergl. Meisel 1986: S. 89 und S. 198f). So beschreibt Spira (1992: S. 76) (in Bezug auf Ungarn 1956): *„[...] , daß ich die Ausgetretenen, selbst wenn ich lange Zeit mit ihnen persönlich verbunden gewesen war, als Abtrünnige ansah, mit denen ich nichts mehr zu tun haben wollte.“* Grünwald (1979: S. 178) analysiert (rückblickend auf die Ereignisse rund um den Prager Frühling): *„Die Polemiken meiner früheren Parteifreunde [sic!] gegen uns ‚Abtrünnige‘, seien sie öffentlich oder in gelegentlichen Privatgesprächen, tragen stets, getreu ihrem sowjetischen Vorbild, einen defensiven Charakter. An ihren apologetischen Redensarten erkenne ich dabei meine eigene frühere Mentalität wieder. Sie suchen krampfhaft nach ‚Erklärungen‘ und Rechtfertigungen dessen, was nicht sein soll, weil es laut ‚Marxismus-Leninismus‘ nicht sein darf.“*

2.3 Chronologie des Bruchs

2.3.1 Der 21. August 1968

Die KPÖlerInnen haben am Morgen des 21. August 1968 aus dem Radio (bzw. den Medien) von der Intervention der Warschauer-Pakt-Truppen in der ČSSR erfahren. Zuvor war den wiederholten Versicherungen der sowjetischen Führung Glauben geschenkt

worden, es werde keinen Eingriff geben. (Vergl. Meisel 1986: S. 184; Muhri 1995: S. 112; Prager 1975: S. 201; Spira 1979: S. 85 sowie Spira 1992: S. 108.) Daraufhin fand gleich am Vormittag dieses Tags eine Besprechung des Politischen Büros statt, in der es darum ging, eine Presseerklärung vorzubereiten und insbesondere, dem Parteivorsitzenden Franz Muhri Argumente zur Verfügung zu stellen, auf die er sich in zu erwartenden Medien-Interviews stützen konnte (Meisel 1986: S. 184; Spira 1979: S. 85ff). Durch die Intervention in der ČSSR war Medieninteresse (auch) an der KPÖ erwacht. Muhri verurteilte die Intervention an diesem Tag, wie Spira (ebd.: S. 85f) anführt, in einem Radio- und einem Fernsehinterview. Eine große Rolle bei allen frühen Stellungnahmen spielte vor allem der Hinweis auf die Autonomie der Sozialistischen Staaten und Kommunistischen Parteien von der Sowjetunion beziehungsweise der KPdSU. Am selben Tag gab es auch eine Stellungnahme der FÖJ, die Spira (ebd.: S. 88) als „über die Stellungnahme des Polbüros hinausgehend“ bezeichnet, ebenso der StudentInnenorganisation VDS, der Gewerkschaftsfraktion GE, der Tagebuch-Redaktion und anderer (vergl. Prager 1975: S. 202).

Am 22. 8. gab es eine Sitzung des ZK, die nachmittags begann und bis in die späte Nacht dauerte (Spira 1979: S. 89). An dieser nahmen von 84 ZK-Mitgliedern 61 teil (ebd.: S. 89), der Rest war größtenteils auf Urlaub (etwa Fürnberg, Hexmann, Richter, Marek; Scharf war zwar am 21. noch da gewesen, aber am Abend weggefahren). (Vergl. Meisel 1986: S. 184f; Prager 1975: S. 202 und Spira 1992: S. 109.) Die Mehrheit der Anwesenden war entschieden gegen die Intervention. Allerdings gab es heftige Diskussionen über den genauen Inhalt der verurteilenden Stellungnahme. Letztlich wurde ein von Ernst Fischer formulierter und vorgeschlagener Text angenommen. Die TeilnehmerInnen-Anzahl hatte sich im Verlauf der Sitzung (weiter) verringert, auch aufgrund der heftigen Diskussionen, beziehungsweise weil sich eine bestimmte Richtung abzeichnete, die manche nicht mittragen wollten und es daher vorzogen, früher zu gehen. (Vergl. dazu auch Meisel 1986: S. 185 und Spira 1992: S. 109.) Bei der Abstimmung waren noch 46 Menschen anwesend, drei hatten allerdings schriftliche Stellungnahmen zu ihren Positionen hinterlegt (Spira 1979: S. 89). Während 43 ZK-Mitglieder für die Resolution stimmten, waren sechs (wie Muhri 1995: S. 113; Spira 1979: S. 89 anführen; lediglich Meisel 1986: S. 185 spricht von sieben) dagegen. Diese erste Stellungnahme verurteilte die Intervention ziemlich scharf und es wurde auch der Rückzug der Truppen verlangt. (Vergl. Muhri 1995: S. 113.)

Die Stellungnahme der KPÖ im Wortlaut (zit. nach Muhri 1995: S. 113): „Das Zentralkomitee der KPÖ verurteilt die Besetzung der ČSSR durch Truppen von sozialistischen Ländern, die eine direkte Verletzung der Normen der Beziehungen zwischen den kom-

munistischen Parteien und den sozialistischen Ländern darstellt (...) Wir treten für eine friedliche politische Lösung der durch die militärische Besetzung der ČSSR entstandenen Situation ein. Eine solche kann nur das Ergebnis von freien Verhandlungen mit den rechtmäßigen und gewählten Vertretern [sic!] der ČSSR sein. Eine wesentliche Voraussetzung für eine solche politische Lösung ist die volle Freiheit für alle Funktionäre [sic!] und Institutionen des Staates und der Partei, und die Gewährleistung ihrer Arbeitsmöglichkeit. Die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie auf der Grundlage des Aktionsprogrammes der KPTsch und des Regierungsprogrammes muß gewährleistet werden, bei Sicherung gegen die Umtriebe antisozialistischer Kräfte im Inneren und von außen. Es darf kein Zurück zu den Verhältnissen vor dem Jänner geben. Mit Nachdruck verlangen wir den Abzug der fremden Truppen vom Territorium der ČSSR und die Wiederherstellung der vollen Souveränität der sozialistischen Tschechoslowakei (...)“

2.3.2 Langsam bröckelnde Einheit

Zudem wurde Kontakt zu anderen (insbesondere westeuropäischen) Kommunistischen Parteien aufgenommen. Die Intervention konnte auch als Angriff auf jene Parteien beziehungsweise Menschen in den Parteien angesehen werden, die den Prager Frühling als willkommene (Weiter-)Entwicklung des Sozialismus angesehen und begrüßt hatten und politisch ähnliche Inhalte vertraten wie AkteurInnen in der ČSSR. Von der KPÖ aus sollte eine Konferenz westeuropäischer K-Parteien einberufen werden. Doch die KP Frankreich lehnte eine Teilnahme ab, nachdem ein warnendes Schreiben der KPdSU ausgeschickt worden war. Dadurch kam die Konferenz nicht zustande, da die KP Italien ihre Teilnahme an die der KPF geknüpft hatte. (Vergl. hierzu Meisel 1986: S. 185 sowie Spira 1979: S. 100.)

Schon bald begann die (vermeintliche) Einheit der KPÖ zu bröckeln. Dabei spielte auch von Anfang an Propaganda beziehungsweise Interventionen aus der Sowjetunion und der DDR eine Rolle (vergl. Meisel 1986: S. 185; Muhri 1995: S. 117 sowie Spira 1979: S. 101ff und 106ff). Neben diversen Druckwerken gab es, wie Spira (ebd.: S. 103) ausführt, ein Konzept, mit dem Fürnberg aus seinem Urlaub in der UdSSR zurückgekehrt war, nach welchem die Konflikte in der KPÖ um die Intervention in der ČSSR unter der Parole „*Revisionismus als Hauptgefahr*“ mit dem Sündenbock Ernst Fischer zu lösen wären. (Vergl. zur Methode eines solchen Vorgehens auch Spira 1992: S. 110f.) Diese Kursänderung sollte letztlich auch eine endgültige Abkehr von den Beschlüssen des 19. Parteitags der KPÖ (die dann als „revisionistisch“ abgelehnt wurden) beinhal-

ten. (Vergl. dazu auch Meisel 1986: S.191.) Die Abwendung von der Kritik und Hinwendung zur Billigung ging langsam vor sich, um es möglichst vielen KPÖ-Mitgliedern zu ermöglichen, die Wendung mitzumachen. Am Ende stand, wie die weiteren Ausführungen zeigen werden, die vollständige Ablehnung und Ausgrenzung „revisionistischer“ Ideen innerhalb der KPÖ.

Am 12./13. September gab es eine Plenartagung des ZK (mit allen Mitgliedern), in der noch einmal (ausführlicher) über die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten diskutiert und die Stellungnahme vom 22. 8. bestätigt wurde. (Vergl. Muhri 1995: S.114 und auch Spira 1979: S.109.) Die auf dieser Tagung beschlossene Resolution enthält folgende Passage (zit. nach Spira 1979: S.109): *„Das Zentralkomitee gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das Moskauer Abkommen zu einer Normalisierung führt, was – gemäß diesem Abkommen – strikte Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der ČSSR und den raschesten Abzug der Truppen der anderen sozialistischen Länder bedeutet. Dies ist die Grundbedingung, um jenen Demokratisierungsprozeß in der ČSSR fortzusetzen, der unseren Vorstellungen über Österreichs Weg zum Sozialismus nahekommt. Das Zentralkomitee erneuert seine Solidarität mit der tschechoslowakischen Partei- und Staatsführung, mit dem tschechischen und slowakischen Volk.“* Während Fischer von Muhri im Verlauf der Tagung gegen Angriffe in Artikeln der SED-Zeitung „Neues Deutschland“ verteidigt wird, greift Fürnberg Fischer direkt an (vergl. ebd.: S.111ff). Er spricht von *„organisatorischen Maßnahmen“* gegen Fischer, führt aber aus, dass es für diese noch zu früh sei und verweist auf den (20.) Parteitag in drei Monaten, auf dem es (auch) um die *„Zusammensetzung der führenden Gremien der Partei“* gehen würde (ebd.: S.114f). Ebenso gab es Kritik (ebd.: S.121f) an Volksstimme und „Jugend voran“, der Zeitung der FÖJ (in Zusammenhang mit Artikeln, die in diesen Publikationen zur Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der ČSSR erschienen waren).

2.3.3 Delegation in Moskau

Weiters wurde im Dezember 1968 eine Delegation nach Moskau entsendet, die aus Muhri, Fürnberg und Ruschitzka bestand (Spira 1979: S.133). Dies geschah im Rahmen von Besprechungen, die zwischen Vertretern der KPdSU und mehrerer westeuropäischer K-Parteien stattfanden. Die KPÖ-Delegation diskutierte, laut Muhri (1995: S.116f), *„einen ganzen Tag lang“* mit den KPdSU-Funktionären, trotzdem blieben *„grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten“* bestehen. Allerdings erkannte die Delegation, *„daß der Entschluß zur militärischen Intervention tatsächlich aus der Sorge um das Schick-*

sal des Sozialismus in der ČSSR erfolgt war, und nicht, weil man [sic!] eine Aggression beabsichtigt hatte“. Die „Gefährdung des Sozialismus in der ČSSR“ war aus KPÖ-Sicht allerdings eine „Fehleinschätzung“. Meisel (1986: S. 185f) hingegen spricht davon, die Delegation sei „umgefallen“ – Spira (1979: S. 134) meint, sie habe sich „den Wünschen der sowjetischen Gesprächspartner gefügt“: Sie hat einer gemeinsamen Erklärung mit dem ZK der KPdSU zugestimmt, in der die „Normalisierung“ in der ČSSR als richtig bezeichnet wurde. Nach der Rückkehr gab es in der KPÖ „großen Krach“ (Meisel 1986: S. 186), Spira (1979: S. 134), erwähnt – nur wenig spezifischer – Auseinandersetzungen im Politischen Büro. Das Kommuniké wird am 6. Dezember auch in der Volksstimme veröffentlicht, als Ausdruck der Unzufriedenheit einiger KPÖlerInnen mit der Passage über die ČSSR erscheint zusätzlich ein Interview mit Muhri, „in dem er das Festhalten der KPÖ an der Verurteilung der militärischen Intervention in der ČSSR unterstreicht“ (ebd.: S. 134). Einen (ausführlicheren) Bericht über das Treffen lieferte Ruschitzka auf einer ZK-Tagung ab, dieser wurde auch als „Informations-Material für Landes- und Bezirksleitungsmitglieder“ veröffentlicht (ebd.: S. 134ff) und machte deutlich, wie sehr die KPdSU (bzw. die Führung der Sowjetunion) darauf Wert legte, dass die Haltung der KPÖ in Sachen ČSSR revidiert würde.

Innerhalb der Partei hatte sich auf der einen Seite die Zustimmung zu den bisherigen Beschlüssen mehr und mehr vermindert (bedingt u.a. durch die oben, S. 32, erwähnte Propaganda), auf der anderen Seite gab es Gruppen, die eine schärfere Kritik forderten. Insbesondere Ernst Fischer vertrat diese sehr kritische Haltung. In den Massenmedien wurden vor allem die extremen Positionen rezipiert, weil insbesondere die Kritik an der Sowjetunion und KPdSU für diese gut verwertbar war. Der Konflikt spitzte sich – auch dadurch – immer mehr zu (Muhri 1995: S. 117f). Prager (1975: S. 210) formuliert es so: „Es war allerdings längst keine Diskussion mehr, sondern ein fortgesetzter Schlagabtausch zwischen Orthodoxen und Reformern [sic!], die jeweils bemüht waren, die schwankende Mitte zu sich herüberzuziehen. Dabei waren gewisse Untertöne unüberhörbar.“

2.3.4 Der 20. Parteitag der KPÖ

Allem Anschein nach gab es in der Vorbereitung auf den 20. Parteitag auf „beiden Seiten“ Versuche, sich als Gruppe zu organisieren, nach Meisel (1986: S. 191f) gelang dies den „progressiven Kräften“ nicht (weil die meisten sich weigerten, sich im Vorhinein abzusprechen). Breuer (2003: S. 181), Meisel (1986: S. 192f), Prager (1975: S. 211f) und Spira (1979: S. 138ff) führen aus, dass es im Vorfeld des Parteitags Manipulationen

gab, etwa bei der Entsendung (durch Wahl) von Delegierten der Bezirksorganisationen der Partei. Spira (ebd.: S. 128ff) erwähnt eine „Diskussionsgrundlage zur Vorbereitung des 20. Parteitags“, die das ZK im Oktober herausgegeben hatte. Der Inhalt dieses Papiers wich nicht von der bisherigen offiziellen Linie der KPÖ ab und enthielt auch einige Kritik an der Sowjetunion. Doch, wie Spira (ebd.: S. 130) ausführt, „*war es nicht schwer, den Diskussionen in vielen Grundorganisationen eine Wendung zu geben, die von den in der ‚Diskussionsgrundlage‘ dargelegten Überlegungen wegführte*“. Propaganda, die auf eine Abkehr von der bisherigen Parteilinie abzielte, wurde, nach Spira (ebd.: S. 130ff), unter anderem in der Volksstimme veröffentlicht, aber auch in der damals erstmals herausgegebenen Zeitschrift „Standpunkte und Dokumente“. (Vergl. auch Meisel 1986: S. 192.) Deren erste Nummer setzte sich ausschließlich mit Ernst Fischer auseinander, die zweite, die kurz vor dem Parteitag erschien, trug den Titel „Die Ereignisse in der ČSSR aus marxistischer Sicht“. All dies formte grundlegend die Situation, in der letztlich der 20. Parteitag der KPÖ im Jänner 1969 stattfand.

Beim 20. Parteitag, von 3. bis 6. Jänner 1969 in der Wiener Stadthalle, „*prallten die Meinungen heftig aufeinander*“ (Muhri 1995: S. 118). Meisel (1986: S. 193) macht deutlich, dass die erfolgreiche Organisation einer „*konservativen Fraktion*“ unter anderem daran sichtbar war, dass Progressive kaum zu Wort kamen; doch konnten sich die MarxistInnen-LeninistInnen auch auf mehr Unterstützung in der Parteibasis verlassen als die Progressiven, die eher Intellektuelle ansprachen. Meisel (ebd.: S. 193) schätzt, dass mindestens zwei Drittel der Parteimitglieder zum damaligen Zeitpunkt „*eindeutig konservativ*“ eingestellt waren. Dieser Parteitag war keine rein interne Angelegenheit der KPÖ. Er war öffentlich, es waren zahlreiche MedienvertreterInnen anwesend (vergl. Prager 1975: S. 213, Fußnote) und, neben den gewohnten Delegationen der KPdSU und der Parteien der „Volksdemokratien“, auch VertreterInnen der Wiener Botschaften dieser Länder (Spira 1979: S. 141). Gleich zu Beginn gab es, wie Spira (ebd.: S. 141f) ausführt, eine Auseinandersetzung die Wortmeldungen auf diesem Parteitag betreffend. Da aus Zeitgründen insgesamt nicht alle Wortmeldungen berücksichtigt werden konnten (vergl. auch Spira 1992: S. 112), war im Vorfeld von den MarxistInnen-LeninistInnen versucht worden, durch besonders frühe Abgabe von Wortmeldungen die eigenen Redebeiträge zu sichern. Niederschlag fand das darin, dass vor allem die ersten Wortmeldungen stark zur marxistisch-leninistischen Richtung tendierten. Aufgrund der frühen öffentlichen Thematisierung am Parteitag konnte diese Manipulation der RednerInnenliste nicht durchgehalten werden. (Vergl. auch Prager 1975: S. 213.)

Das Thema Intervention in der ČSSR war hoch emotionalisiert und es gab vor allem Angriffe gegen GenossInnen (wie Ernst Fischer), die öffentlich gegen die Intervention

aufgetreten – und dabei über die offizielle KPÖ-Stellungnahme hinausgegangen waren (Spira 1979: S. 142ff). Es wurde deutlich, dass jede Kritik an der Sowjetunion beziehungsweise der KPdSU zu unterlassen ist. Der Konflikt drehte sich dabei (auch) um die grundsätzliche Richtung der KPÖ und damit um den 19. Parteitag. Lautstark wurde gefordert, die für die Probleme verantwortlich gemachten progressiven FunktionärInnen aufzuhalten, zurückzudrängen (vgl. ebd.: S. 144ff sowie S. 148ff). Laut Spira (ebd.: S. 146f) ging es auf diesem Parteitag *„nicht um Kritik an dem einen oder anderen Mitglied des Politischen Büros und des Zentralkomitees und um deren Abwahl, es ging um eine weitgehende Veränderung der Parteiführung als Auftakt für eine grundlegende Änderung der Orientierung der Partei“*.

Auf dem 20. Parteitag erfolgte auch die Wahl eines neuen Zentralkomitees. Diese war normalerweise nur ein Formalakt, da sich die GenossInnen im Großen und Ganzen an die Vorschläge des bisherigen ZKs hielten (ebd.: S. 151), nachdem allfällige Diskussionen bereits vor dem Parteitag im ZK ausgefochten worden waren. Spira erwähnt (ebd.: S. 146 sowie 1992: S. 113), dass es auf diesem Parteitag als Richtlinie für das Abstimmungsverhalten von Seiten der MarxistInnen-LeninistInnen eine Namensliste von ZK-KandidatInnen gab, die als nicht geeignet beurteilt wurden. Daneben griffen natürlich auch die RednerInnen in ihren Wortmeldungen diejenigen an, die ihrer Auffassung nach problematisch waren. Auf diese Art wurde die Wahl vierer Kandidaten ins ZK verhindert: Franz Marek, Egon Kodicek (von der GE), Fred Margulies und Teddy Prager (vergl. auch Prager 1975: S. 208f und S. 214 sowie Spira 1979: S. 151). Prager (1975: S. 214) schildert, was passierte, als das Abstimmungsergebnis bekanntgegeben wurde: *„Pfiffe, Geschrei, die Jugend war außer sich, Verwünschungen prasselten auf Fürnberg nieder, einige riefen im Chor ‚Spalter‘ in den Saal, viele Genossinnen weinten [sic!]. Die anderen sahen eher betreten aus, sie hatten zu gut gesiegt.“*

Infolgedessen drohten einige der gerade gewählten ZK-Mitglieder (vor allem aus der GE und der FÖJ kommende), ihre Funktion nicht auszuüben, gäbe es nicht eine Wahlwiederholung, bei der nicht einzeln über die KandidatInnen sondern der ganze Vorschlag en bloc abgestimmt würde. Nach Abstimmung über die en-bloc-Wahl wurde diese durchgeführt und so alle KandidatInnen als ZK-Mitglieder gewählt (Spira 1979: S. 156f sowie Spira 1992: S. 113). Dadurch – und auch durch die Tatsache, dass bereits durch Kontroversen im alten ZK um den Vorschlag für die neuen ZK-Mitglieder keine bisherigen ZK-Mitglieder gestrichen sondern nur 19 neue (zumeist BetriebsfunktionärInnen und VertreterInnen der Jugendorganisation) der KandidatInnenliste hinzugefügt worden waren (Spira 1979: S. 137; vergl. auch Prager 1975: S. 212) – gab es in diesem ZK eine relativ hohe Anzahl progressiver Mitglieder. Auch Meisel (1986: S. 194) schreibt, dass

das ZK nach dem Parteitag letztlich „[v]on der personellen Zusammensetzung [...] ein sehr gutes“ war und dass darin sowohl MarxistInnen-LeninistInnen als auch Progressive vertreten waren.

In „Ein gescheiterter Versuch“ lauten Spiras abschließende Worte zum 20. Parteitag wie folgt (Spira 1979: S.157): *„Oberflächlich betrachtet hatte der Parteitag mit einer Niederlage jener fraktionellen Gruppe geendet, die für die Manipulation der Wahl zum neuen Zentralkomitee verantwortlich war. Aber die Probleme blieben und die Gegensätze, die für viele bisher nur wenig klar gewesen waren, traten nun mit aller Schärfe in den Vordergrund. Die inneren Spannungen drängten zur Entscheidung, denn diese war nur aufgeschoben worden.“* Auch Meisel (1986: S. 194) schreibt, dass sich, im Gegensatz zum bisherigen Interesse an der Einheit der Partei, ein Bruch in der Partei am Parteitag deutlich abgezeichnet hat. Franz Marek legte seine Funktionen nach diesem Parteitag nieder (ebd.: S. 192; Spira 1992: S. 114), ausgeschlossen wurde er später (siehe unten, S. 42).

2.3.5 Ernst Fischer, „Panzerkommunismus“, Schiedskommission

Kurz nach dem Parteitag bezeichnete Ernst Fischer in einem Fernsehinterview das Vorgehen der Warschauer-Pakt-Staaten als „Panzerkommunismus“. Das ZK beschloss daraufhin mehrheitlich, *„den Fall Ernst Fischer“* an die Schiedskommission, die auf dem 20. Parteitag gewählt worden war, zu übergeben (Spira 1979: S. 162f sowie S. 174). Nachdem im April 1969 die „Normalisierung“ in der ČSSR damit abgeschlossen war, dass Dubček von Husák als Parteivorsitzender der KP Tsch abgelöst wurde, wurde auch das Drängen auf eine „Normalisierung“ in der KPÖ, das heißt, volle Wiedereingliederung in die Linie der KPdSU, immer stärker (ebd.: S. 166 und Spira 1992: S. 110). Das Abweichen von der ursprünglichen verurteilenden Haltung hatte, nach Meisel (1986: S. 186f), eine verheerende Wirkung auf die Stellung der KPÖ in der Öffentlichkeit. Auch Spira (1979: S. 166) erwähnt die katastrophalen Wahlergebnisse der KPÖ im Jahr 1969 (aber auch schon 1967 und im März 1968) als einen der Hintergründe für den wachsenden Druck. Ob die kritische Haltung zur Intervention in der ČSSR oder deren laufendes Aufweichen schuld an der Misere war, darüber stritten die beiden „Richtungen“ innerhalb der KPÖ (ebd.: S. 167f). Insgesamt wurde allerdings *„[d]ie Tendenz, sich mit der ‚Realität‘ in der ČSSR abzufinden, [...] immer deutlicher, aber die Verurteilung der militärischen Intervention in der ČSSR war noch immer die offizielle Haltung der Partei“* (ebd.: S. 169).

Spira (1979: S. 174) erläutert den Hintergrund, vor dem die Schiedskommission entstanden war und vor dem sie in weiterer Folge mit der Behandlung von Fischers öffentlicher Äußerung zum „Panzerkommunismus“ betraut wurde: Die Schiedskommission war im neuen Statut der KPÖ verankert, das gegen Ende des 20. Parteitags (einstimmig!) beschlossen, aber nicht mehr diskutiert worden war. Das Statut stand unter dem Motto des „demokratischen Zentralismus“. Im Statut war *„die Schiedskommission als autonome Körperschaft definiert, deren Beschlüsse vom Zentralkomitee nicht angefochten werden können. Eine solche Konstruktion hätte in der Vergangenheit kaum besondere Probleme ausgelöst, in der nun zugespitzten Situation war das anders.“* (Ebd.: S. 174)

Anfang Mai 1969 beschloss die Schiedskommission mehrheitlich, Ernst Fischer wegen „parteischädigenden Verhaltens“ aus der KPÖ auszuschließen (Spira 1979: S. 175). Ende Mai beschäftigte sich das ZK mit dem Beschluss der Schiedskommission. Wie Spira (ebd.: S. 176) ausführt, wäre ein Ausschluss Fischers zu diesem Zeitpunkt Muhri, Fürnberg und anderen (Ungenannten) zu früh gekommen. Daher beschloss das ZK, der Schiedskommission zu empfehlen, diesen Entschluss aufzuheben, da er *„als unrichtig“* betrachtet würde. Drei ZK-Mitglieder wurden darüber hinaus bestimmt, mit Fischer zu sprechen. Doch dies war nur ein Aufschub: Die Schiedskommission schloss das „Parteiverfahren gegen Ernst Fischer“ am 13. Oktober 1969 ab (ebd.: S. 183). Der Beschluss vom Mai, Ernst Fischer auszuschließen, blieb aufrecht, da sich keine Mehrheit für seine Aufhebung gefunden hatte. (Vergl. auch Spira 1992: S. 117.)

Zwei Tage nach diesem endgültigen Beschluss der Schiedskommission gab es eine öffentliche Erklärung von 27 Mitgliedern des ZKs gegen den Ausschluss Ernst Fischers (vergl., neben Spira 1979: S. 183, auch Meisel 1986: S. 195 sowie Spira 1992: S. 117). Spira (1979: S. 183) schildert die Zusammensetzung dieser 27 folgendermaßen: *„Unter den 27 waren zwölf Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre [sic!], fünf der sechs Vertreter [sic!] der Jungen im Zentralkomitee, je zwei führende Mitglieder der Leitung der Wiener und niederösterreichischen Parteiorganisation und die Mitglieder des Politischen Büros Maria Urban und Egon Kodicek.“* In der Erklärung wurde der Beschluss der Schiedskommission als *„unannehmbar“* bezeichnet. Am selben Tag richteten auch 30 RedakteurInnen und redaktionelle MitarbeiterInnen der KPÖ-Presse eine sinngleiche briefliche Stellungnahme an das Polbüro (ebd.: S. 184). Der Ausschluss Fischers wurde in der Öffentlichkeit (innerhalb wie außerhalb des K-Kontinuums) stark rezipiert. Er wurde allgemein als Sieg des Marxismus-Leninismus über den „Revisionismus“ gesehen, in den österreichischen Medien auch als der KPÖ schadend. (Vergl. ebd.: S. 184ff.)

2.3.6 Ernst Fischers Parteiausschluss

Am 27. und 28. Oktober 1969 fand eine weitere ZK-Sitzung statt, auf der auch über Fischers Parteiausschluss (sowie die „Erklärung der 27“) diskutiert wurde. Es ging zwar erst am zweiten Tag um das Schiedskommissions-Urteil, am ersten Tag gab es aber eine Art Abrechnung mit der Jugendorganisation FÖJ, die sich zuvor in der ČSSR-Frage eindeutig („revisionistisch“) positioniert hatte. Das ZK beschloss, eine neue Jugendorganisation aufzubauen (da es nicht möglich war, die politische Richtung der FÖJ zu ändern) und die FÖJ-Zeitung künftig nicht mehr zu finanzieren sondern eine neue Jugendzeitung herauszugeben (Spira 1979: S. 195; vergl. auch Prager 1975: S. 217). Dadurch (unter anderem) war die Stimmung am zweiten Sitzungstag entsprechend angespannt. Die Meinungen standen bereits fest, wie Spira (1979: S. 187) es ausdrückt, war das Zentralkomitee *„im Grunde genommen nicht mehr die leitende Körperschaft einer Partei, sondern umfaßte zwei Gruppierungen mit divergierenden Ansichten. Niemand [sic!] nahm sich mehr ein Blatt vor den Mund, die Zeit der taktischen Rücksichtnahmen war vorbei.“*

Wie Spira (1979: S. 187) weiter ausführt, wurde Fischer als „Feind der kommunistischen Weltbewegung“ charakterisiert – was seiner Entfernung aus der K-Bewegung einen Freibrief ausstellte. Zwei Resolutionen wurden vorgeschlagen: Eine von Fürnberg, die eine Begründung für Fischers Ausschluss und eine Verurteilung der „Erklärung der 27“ beinhaltete (ebd.: S. 188); und eine von West und Lauscher, Mitglieder des Polbüros, die aber die Erklärung nicht unterzeichnet hatten, die eine (erneute) Ablehnung der Entscheidung der Schiedskommission als *„unrichtig“* enthielt (ebd.: S. 188f). Spira (ebd.: S. 188) erläutert weiters, dass Fürnberg versucht habe, „die 27“ aufzuspalten, insbesondere um die Betriebs- und GewerkschaftsfunktionärInnen für die Partei zurückzugewinnen. Doch nur einer der 27 ließ sich wieder integrieren (den Namen des Betreffenden erwähnt Spira nicht). Schließlich wurde die Resolution von West/Lauscher abgelehnt, die Resolution von Fürnberg angenommen (ebd.: S. 189; vergl. auch Meisel 1986: S. 195).

„Die 27“ veröffentlichten infolgedessen Anfang November eine weitere Erklärung. In dieser vertraten sie die Meinung, dass *„die Minderheit, auch wenn sie wesentliche Teile der Partei umfaßt, vor die Alternative gestellt [wird], sich unterzuordnen oder aus den Leitungen der Partei ausgeschaltet zu werden“* (Volksstimme, 27. 11. 1969, zit. nach Spira 1979: S. 191) Außerdem formulierten sie drei Forderungen – *„1. Offene Diskussion und Vertretung kontroversieller Meinungen in der Parteipresse; 2. Lösung der ‚Ju-*

gendfrage‘ nach den Vorstellungen der Jungen selbst und Aufhebung des Beschlusses auf Einstellung von ‚Jugend 69‘; 3. Wahl des Sekretariats der Partei in der vorgeschlagenen Zusammensetzung“ – und kündigten an, falls diese nicht erfüllt würden, die Mitarbeit im Zentralkomitee (vorübergehend) einzustellen (ebd.: S.191). Ernst Fischer war in der (verbleibenden) KPÖ noch über seinen Tod (am 3. August 1972) hinaus diskreditiert, wie Spira (ebd.: S.192) zum Schluss des Kapitels „Das Zentralkomitee zum Ausschluss von Ernst Fischer“ schreibt.

2.3.7 Der Bruch passiert

Am 24. und 25. November fand eine „Krisensitzung“ des Zentralkomitees statt, in der sich dieses mit der „Erklärung der 27“ befasste – und den Konflikten, die sich darum bewegten. Muhri (und einige andere) versuchten, einen Kompromiss zu präsentieren, durch den die Einheit der Partei erhalten bleiben konnte. In diesem Zusammenhang beklagte Muhri (zit. nach Spira 1979: S.197) unter anderem: *„Ein großes Problem bei unserer Neuorientierung besteht darin, daß wir noch nicht imstande gewesen sind, das Gedankengut des 19. und 20. Parteitags zum Gemeingut der gesamten Partei zu machen ...“* An der Ablehnung der militärischen Intervention hielt er fest, wenn auch abgeschwächt. Weiters stellte er in Aussicht (nach Spira 1979: S.198), kontroverielle Positionen öffentlich in den Parteimedien zu diskutieren, wie es „die 27“ wünschten (es wurde jedoch lediglich ausführlich über die „Krisensitzung“ berichtet, danach fand eine solche Auseinandersetzung nicht mehr statt). Auch sprach er sich gegen ein Schiedsverfahren gegen „die 27“ aus, *„denen Bruch der Parteidisziplin vorgeworfen wurde“* (Spira 1992: S.117). Spira (1979: S.199f) führt aus, dass es auf diese Art hätte möglich sein sollen, den Bruch zu vermeiden, beziehungsweise weiter hinauszuzögern, so wie es beim 20. Parteitag gelungen war.

Die marxistisch-leninistische Mehrheit jedoch ging dem Bruch nicht aus dem Weg und stimmte für einen Antrag, Fritz Zapf (FÖJ; „Verantwortlicher für Jugendarbeit“ im Polbüro) solle aus dem Polbüro ausscheiden, da er *„nicht bereit ist, den Standpunkt der Partei bezüglich der Jugend operativ zu vertreten“* (zit. nach Spira 1979: S.200). Nach dieser Abwahl Zapfs gab es Funktionsniederlegungen der Polbüro-Mitglieder Maria Urban, Egon Kodicek und Franz West (der auch die Leitung der Volksstimme abgab) und etwa 15 Mitglieder des ZK verließen spontan den Sitzungssaal. Das war der Bruch. (Vergl. dazu auch Meisel 1986: S.195 und Prager 1975: S.217.) Zeitgleich wurde auch das tschechoslowakische Parlament „gesäubert“, wie Spira (1979: S.200) die „Presse“ zitiert. Als Konsequenz traten bereits zu diesem Zeitpunkt *„[z]ahlreiche Mitglieder und*

Funktionäre [sic!], nicht zuletzt in den Betrieben“ (ebd.: S.201) aus der Partei aus, beziehungsweise lehnten die weitere aktive Mitarbeit ab, so zum Beispiel die Mehrheit der Leitung des Globus-Verlags (Parteiverlag der KPÖ). An anderer Stelle erwähnt Spira (1992: S.118), dass damals „etwa zwei Dutzend [...] Mitglieder des Zentralkomitees“ sich „damit abfanden, in dieser oder jener Form die Partei zu verlassen“. Prager schreibt (1975: S.218): „Am 21. Dezember 1969 schickte ich Muhri meine Austrittserklärung.“ Bei der folgenden Nationalratswahl am 1. März 1970 erreichte die KPÖ ihr bisher schlechtestes Wahlergebnis seit 1945. Spira (1979: S.203): „Die KPÖ hatte in ganz Österreich 46.693 Stimmen erhalten, ungefähr ein Prozent aller abgegebenen Stimmen, und war damit auf einen Stand reduziert worden, der ungefähr jenem in der Ersten Republik entsprach. Besonders empfindlich waren die Verluste in Wien.“

2.3.8 Weitere Ausschlüsse, ein neues ZK

Am 28. Mai 1970 fand der 21. Parteitag statt, der laut Spira (1979: S.206) vorzeitig einberufen worden war. Seine Aufgabe war hauptsächlich, ein neues Zentralkomitee zu wählen, nicht die Veränderung der inhaltlichen Linie. Insbesondere Muhri versuchte nach wie vor, so viele „RevisionistInnen“ wie möglich in der Partei zu halten. Doch Spira (ebd.: S.206) führt auch an, dass „jene Tendenzen, die auch programmatisch auf eine ‚Normalisierung‘ der KPÖ nach tschechoslowakischem Beispiel abzielten [unübersichtbar waren]. Die Diskussion in der Parteipresse [zur Vorbereitung des Parteitags, Anm.] und auf dem Parteitag hatte drei Schwerpunkte: die programmatische Orientierung, die ‚Wahlempfehlung‘ bei den Nationalratswahlen 1966 und die Verurteilung der militärischen Intervention in der ČSSR im August 1968.“ An dieser Diskussion beteiligten sich die meisten Progressiven jedoch nicht mehr, sofern sie überhaupt in der Partei verblieben waren (vergl. ebd.: S.206 sowie S.208).

Die Zusammensetzung des neuen ZKs stellte sich so dar, dass 50 der bisherigen Mitglieder wieder kandidierten, 32 bisherige (progressive) Mitglieder aus „politischen Gründen“ (Spira 1979: S.208) ausschieden. Da die meisten Progressiven ihre aktive Mitarbeit ohnehin schon beendet hatten, waren auf dem Parteitag nur „einige ‚progressive‘ Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre [sic!], die noch Funktionen in der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit hatten, und auch Peter Zottl, der noch Landesobmann von Niederösterreich war. Der Großteil der 320 stimmberechtigten Delegierten, von denen nur 60 weniger als 40 Jahre zählten, betrachtete den Parteitag als Abrechnung mit den ‚Revisionisten‘ [sic!].“ (Ebd.: S.208f.) Im Gegensatz zum 20. Parteitag wurden diesmal die Delegierten der „Bruderparteien“ mit starkem Beifall bedacht. Wie Spira (ebd.: S.210)

anführt, nahm der Parteitag unter anderem einen Antrag an, *„ein Parteiverfahren gegen Franz Marek einzuleiten, das einige Monate später zu seinem Ausschluß aus der KPÖ führte. Vor ihm war noch der Jugendfunktionär Hans Margulies von seiner Bezirksleitung ausgeschlossen worden.“* Im Gegensatz dazu vertritt Muhri (1995: S. 118) den Standpunkt, dass sich eine Gruppe um Fischer, Marek und Kodicek *„abgespaltet“* habe. Weiters streicht er heraus, dass nur *„einige wenige“* ausgeschlossen wurden, der *„größte Teil“* hingegen *„[...] selbst den Bruch mit der Partei [vollzog]“*. An anderer Stelle (ebd.: S. 124) artikuliert er die Meinung, dass am 21. Parteitag (für den er als Datum März [sic!] 1970 angibt) eine *„Stabilisierung und Beruhigung der innerparteilichen Situation erreicht [wurde], nachdem schon vorher die Gruppe um Ernst Fischer aus der Partei ausgeschieden war und sich der bereits erwähnte Meinungsumschwung in der Partei vollzogen hatte“*.

Spira (1979: S. 211f) schließt das Kapitel *„Das Zentralkomitee wird ‚gesäubert‘“* folgendermaßen ab: *„Im Namen jener Funktionäre [sic!], für die nun die Tätigkeit in der KPÖ zu Ende gegangen war, erklärte Maria Urban, die von der christlichen Arbeiterbewegung [sic!] zur KPÖ gekommen war, auf dem Parteitag: ‚Die am 19. Parteitag beschlossene Neuorientierung der Politik der Partei, die mit den Traditionen unseres Landes und der österreichischen Arbeiterbewegung [sic!] verbunden ist, war die Grundlage meiner Tätigkeit. Vor und nach dem 20. Parteitag wurde die Partei immer mehr auf einen anderen Weg gedrängt. Neue Gedanken, Vorschläge, Überlegungen von Genossen [sic!] wurden immer weniger geachtet und beachtet, und immer mehr und intensiver zusammengezählt und organisiert jene, die bereit waren, einfach ihre Stimme herzugeben für einen erstarrten, an Dogmen festhaltenden Kurs. Wo liegen die Ursachen, wenn hunderte Genossen [sic!] freiwillig oder unfreiwillig die Funktionen aufgeben oder die Partei verlassen? Liegen sie bei diesen Menschen, die sich zum Sozialismus mit österreichischem Antlitz bekennen, oder bei Parteiführungen, die diese Genossen [sic!] zu Revisionisten [sic!], Antisowjetisten [sic!], bürgerlichen Handlangern [sic!] stempeln?‘* Doch Appelle dieser Art fanden wenig Widerhall, und manche glaubten wirklich, daß es nun, da die ‚Revisionisten‘ [sic!] ausgeschaltet wurden und die ‚revolutionäre Linie‘ gesiegt hatte, mit der Partei wieder aufwärts gehen werde.“

2.3.9 Nach dem Bruch: Normalisierung

Der Höhepunkt war mit diesen Ereignissen eigentlich überschritten, nun wandte sich die Partei ihrer „Normalisierung“ zu. Spira (1979: S. 215) erläutert, dass Anfang Februar 1971 eine KPÖ-Delegation einer Einladung des ZKs der KPTsch nach Prag folgte.

Ergebnis dieses Treffens war ein gemeinsames Kommuniqué, in dem die Intervention eigentlich gutgeheißen wurde und mit dem, wie Spira (ebd.: S. 215) es formuliert, „*im Grunde genommen von der Spitze der KPÖ eine Wendung um 180 Grad vollzogen worden [war]*“. Weitere Folge der Reise nach Prag war ein Beschluss des Zentralkomitees der KPÖ im März, der eine noch weitaus deutlichere Zurücknahme der früheren Verurteilung der Intervention darstellte. In dem Beschluss hieß es unter anderem, dass „*das Eingreifen der fünf Warschauer-Pakt-Staaten am 21. August 1968 eine bittere Notwendigkeit*“ und „*eine große Hilfe bei der Überwindung der Krise und der Abwehr der revisionistischen und antisozialistischen Kräfte*“ gewesen sei (Volksstimme, 13. 3. 1971, zit. nach Spira 1979: S. 215; vergl. auch Muhri 1995: S. 118). Die „Verdammung“ der politischen Richtung des Prager Frühlings bedeutete gleichzeitig auch eine Abkehr von den programmatischen Grundsätzen, die die KPÖ am 19. Parteitag verabschiedet hatte. Doch das wurde zu diesem Zeitpunkt nicht thematisiert (vergl. Spira 1979: S. 216). Harte Worte findet Gärtner (1979: S. 163): „*Die unmittelbare Konsequenz der ‚Restalinisierung‘ der KPÖ war, daß der größte Teil der Anhänger [sic!] des Reformkommunismus aus der KPÖ durch Ausschlüsse und Austritte ausschied oder die Mitarbeit in der Partei einstellte. Im März 1971 schließlich hob das ZK der KPÖ den 1968 gefaßten Beschluß gegen die militärische Intervention auf. Die KPÖ hat zur blinden Identifizierung mit der Sowjetunion zurückgefunden und jede Form des eigenständigen Denkens abgelegt. Es hat eine Restauration des Sektierertums [sic!] stattgefunden. Die ‚Reisebüropropaganda‘, die Verteidigung jeder Maßnahme und Entscheidung der Sowjetunion, hat in der KPÖ wieder Einzug gehalten.*“

Meisel (1986: S. 197) stellt fest: „*Im Jahr 1970 [sic!] wurden dann auch diejenigen aus der Partei ausgeschlossen, die eine weitere Tätigkeit in der Gewerkschaftlichen Einheit, der FÖJ oder beim ‚Wiener Tagebuch‘ entfaltet haben. Das waren etwa 45 Leute, darunter Franz Marek, Leopold Spira, Egon Kodicek, Fred Margulies, Peter Zottl, Maria Urban, die führenden Funktionäre [sic!] der FÖJ und ich.*“ Spira (1979: S. 216f) führt das näher aus: „*Sicherlich war es kein zufälliges Zusammentreffen, daß zur selben Zeit, da die Verurteilung der militärischen Intervention in der ČSSR zurückgenommen wurde, der Parteiausschluß einer ganzen Reihe von Funktionären [sic!] erfolgte. Im Frühjahr 1971 [sic!] wurden ausgeschlossen: der Vorsitzende der FÖJ, Fritz Zapf, und der niederösterreichische FÖJ-Funktionär Herbert Brunner, der frühere niederösterreichische Landesobmann Peter Zottl und der Wiener Neustädter Gemeinderat Karl Flanner, die früheren ZK-Mitglieder Maria Urban, Dipl.-Ing. Fred Margulies und Leopold Spira, die Tochter Johann Koplenigs, Lisa Markstein, der ‚Volksstimme‘-Redakteur Leopold Grünwald, die langjährige Sekretärin Koplenigs Antonia Lehr und etwas später die Gewerkschafter Egon Kodicek, Wilhelm Schaubmair, Gustav Zickler, Walter Marek*

und Franz Heinisch. Weitere Ausschlüsse folgten. Andere Funktionäre [sic!], darunter frühere Mitglieder des Zentralkomitees, traten aus der Partei aus. Es gibt in Westeuropa kein andres Beispiel für einen solchen Aderlaß einer kommunistischen Partei in der nachstalinistischen Zeit.“ Und auf Seite 223: „Nach dem 21. Parteitag gab es keinen Funktionär [sic!] der KPÖ mehr, von dem man [sic!] eine kritische oder nachdenkliche Stimme zur Situation und zur Entwicklung in der Sowjetunion und in den Volksdemokratien hören konnte. [...] Die KPÖ und ihre Presse verteidigte und verteidigt [...] jede Handlung oder Haltung der Sowjetunion oder der Volksdemokratien.“

2.3.10 Verkleinerte Partei, neue Gruppen

Nach Meisel (1986: S.197) gab es unter den als „RevisionistInnen“ Abgestempelten Diskussionen über die Frage Austritt oder Warten auf den Ausschluss: „[...] wir haben die Auffassung vertreten, daß man [sic!] nicht selber austreten soll. Es hat wohl Erklärungen von Marek, West, Urban und Kodicek über die Zurücklegung ihrer Funktionen im Polbüro gegeben, aber aus der Partei sind sie nicht ausgetreten, sondern ausgeschlossen worden. Die meisten Mitglieder, die die KPÖ damals verloren hat, sind aber ausgetreten oder haben nicht mehr bezahlt [ihre Mitgliedsbeiträge, Anm.], da ist das Verhältnis eingeschlafen. Dann hat es noch eine Gruppe von Leuten gegeben – die bekanntesten davon waren Josef Lauscher und Franz West –, die die Auffassung vertreten haben, daß man [sic!] in der Partei bleiben und in ihr eine Wartestellung beziehen muß.“ Spira erzählt, dass er mit Jahresende 1969 seine Anstellung im Parteiapparat kündigte und jede Tätigkeit einstellte (1992: S.119) und führt weiter aus: „Formal blieb ich aber Parteimitglied und zwar mit der Überlegung, daß Ausgetretene sehr rasch jeden Einfluß auf die Zurückgebliebenen verlieren. Als ich einen Brief der Organisation meines Wohnbezirks, Hietzing, erhielt, datiert mit 25. März 1971, in dem mir der Ausschluß aus der Partei mitgeteilt wurde, änderte sich nichts an meiner Situation.“ Meisel (1986: S.198) schätzt weiter, dass der KPÖ damals mindestens ein Drittel der Mitglieder verlorenging: „Das war im Verlauf der Parteigeschichte sicher der schwerste Aderlaß, auch deshalb, weil wichtigste Parteifunktionäre [sic!], ein Teil des Polbüros, ein Großteil der Redakteure [sic!] und so weiter ausgeschieden sind.“

Zuletzt fasst Meisel (ebd.: S.199) zusammen, was aus den Ausgetretenen/Ausgeschlossenen geworden ist: Ein nicht unbeträchtlicher Teil habe sich aus der politischen Tätigkeit zurückgezogen, bei der SPÖ waren nur wenige gelandet (Unkenrufen zum Trotz). Einige JournalistInnen arbeiteten auch außerhalb der Partei ohne Schwierigkeiten weiterhin in diesem Beruf. Den meisten war jedenfalls ihr reges politisches Interesse nicht

abhanden gekommen, so gab es öffentliche Veranstaltungen, etwa um das Wiener Tagebuch. Was Meisel (ebd.: S.198) bezüglich seiner politischen Positionierung formuliert, gilt – zumindest in Abstufungen – durchaus auch für andere: *„Die [...] Schlußfolgerung, die ich gezogen habe, war, daß ich meiner Grundeinstellung treu zu bleiben versucht habe. Ich bezeichne mich nach wie vor als Kommunist, ich möchte nur mit der Politik der KPÖ heute weniger denn je irgendetwas zu tun haben oder mit ihr identifiziert werden.“* Die aktivsten Menschen kamen aus den Reihen der GE, der FÖJ und des Tagebuchs. Die GE etwa schloss sich mit den „Alternativen Gewerkschaften“ zusammen und existiert auf diese Art irgendwie bis heute. (Vergl. auch Spira 1992: S.122f.) Prager erklärt, warum die SPÖ (für ihn) keine attraktive Alternative war (1975: S. 219f): *„[Die SPÖ] ist eben die traditionelle Partei der österreichischen Arbeiterschaft [sic!], und was an Reformen und kleinen Schritten zu erhoffen und durchzusetzen ist, geht wohl nur über sie und mit ihr – wobei auch kleine Schritte sehr wichtig sind! Aber daraus eine ganze Philosophie zu machen, das geht mir zu weit. Sozialpartnerschaft [sic!] als Dogma, das paßt mir nicht. Große Schritte für tabu zu erklären, weil das die anderen vor den Kopf stoßen könnte, nein! Wenn schon Leitbilder, dann lieber Allende. [...] Der Mensch ist ein gesellschaftliches Wesen, ein zoon politikon [...]. Um wirksam zu sein, muß er [sic!] wo dabei sein, außer er [sic!] ist ein Genie, und selbst Marx war wo dabei. Aber muß es eine Partei sein? Mitnichten. Es kann auch eine Ad-hoc-Gruppe sein, eine pressure group, da ist meistens mehr Bewegung drin und mehr Dynamik. Ich bin nicht gegen Parteien, ich bin sogar sehr dafür. Nur, für meine Person habe ich genug von Parteidisziplin, Parteistatuten, Parteibüchern und überhaupt von Vereinsmeierei.“*

Wie Spira (1992: S.122) ausführt, unterschied sich der neue Umstand, dass die Ex-KPÖlerInnen jetzt „normal“ arbeiten mussten und nicht mehr *„politische Tätigkeit und Beruf zusammenfielen“* empfindlich von dem, was sie gewohnt waren. Es war aber nach Spira (ebd.: S.123f) nicht möglich, sich jetzt *„in eine Art Schrebergartendasein zurück[zu]ziehen“* und sich aus allem (bzw. dem tagespolitischen Geschehen) herauszuhalten. Doch der *„organisatorische Rahmen für die politische Tätigkeit“* war weggefallen und auch die *„ideologischen Bedingungen [waren] komplizierter geworden, denn der Kampf richtet[e] sich nicht nur gegen kapitalistische Verhältnisse und Verhaltensweisen, sondern auch gegen jene Tendenzen, die im Namen des Sozialismus diesen in Frage stellen“*. Das Wiener Tagebuch etwa beschäftigte nur noch einen Redakteur und eine Sekretärin. Zwischen den oben erwähnten Gruppen wurde auch über die Gründung einer neuen Partei diskutiert, doch diese wurde schließlich abgelehnt, da die Vorzeichen zu schlecht stünden. Schon die KPÖ bekam, trotz ihrer beachtlichen Ressourcen (finanziell, personell) nur einen marginalen Anteil der Stimmen und zusätzlich hatten die

ersten Jahre der Kreisky-Regierung für einige Aufbruchstimmung gesorgt, was der SPÖ nützte. Die FÖJ aber – aus der die meisten BefürworterInnen der Idee einer Parteigründung kamen – kandidierte bei der Wahl 1971 (allerdings erfolglos) als „offensiv links“. (Vergl. Breuer 2003: S. 183; Meisel 1986: S. 196 und S. 198 sowie Spira 1992: S. 122.)

2.3.11 ČSSR-Solidaritätskomitee

An dieser Stelle möchte ich noch eine Initiative vorstellen, die einen direkten Bezug zum Prager Frühling, der Intervention dagegen, deren Nachwirkungen und damit auch zum Bruch in der KPÖ hat – und in der sich nicht zuletzt meine Interviewpartnerinnen Ilse M. Aschner und Maria Zottl (Urban) engagierten (vergl. unten S. 84ff und S. 103ff). Die Entstehung des ČSSR-Solidaritätskomitees beschreibt Georg Breuer folgendermaßen (2003: S. 188f): *„Im Sommer 1972 versandte das ‚Wiener Tagebuch‘, das nun von aus der Partei ausgetretenen Reformkommunisten [sic!] herausgegeben wurde, eine Mitteilung, dass sich in Frankreich ein internationales Solidaritätskomitee für die Verfolgten in der Tschechoslowakei gebildet habe. Zu seinen Mitgliedern zählten der Schriftsteller Jean-Paul Sartre, der Komponist Mikis Theodorakis, der Filmregisseur Costa-Gavras sowie Artur London, einer der drei Überlebenden des Slánský-Prozesses. Dieses Komitee verbreitete Postkarten mit einer Solidaritätserklärung für die Ideen des Prager Frühlings und führte zugleich eine Geldsammlung für die Verurteilten in neuen politischen Prozessen durch, die in der Tschechoslowakei seit 1970 wieder begonnen hatten. Als ich das gelesen hatte, fühlte ich mich sofort gefordert. Da konnte ich wesentlich mehr tun, als bloß selbst Geld zu spenden. Ich bestellte eine größere Zahl dieser Postkarten und sandte sie an Vertreter [sic!] verschiedener Gruppierungen, mit denen ich im Ostermarsch zusammengearbeitet hatte, mit der Bitte, sie in ihrem Kreis zu verbreiten. Aber konnte man [sic!] nicht noch mehr tun? Hätte man [sic!] nicht schon längst etwas tun können? Wenn man [sic!] in Frankreich ein Solidaritätskomitee für die Verfolgten in der ČSSR gegründet hatte, warum nicht auch in Österreich? Ich verspürte beinahe so etwas wie ein Schuldgefühl, dass ich nicht schon früher auf diese Idee gekommen war.“* Breuer besprach sich in der Folge mit dem ehemaligen Volksstimme-Redakteur Leopold Grünwald, der zu einer ersten Besprechung noch die österreichische Amnesty-International-Funktionärin Irmgard Hutter und einen ehemals inhaftierten tschechoslowakischen Sozialdemokraten dazuholte. Breuer weiter (ebd.: S. 189): *„Ich schlug vor, ein Komitee mit einem Kern von Personen zu gründen, die für ihr Engagement in der Friedensbewegung und ähnliche Aktivitäten bekannt waren und die man [sic!] nicht als ‚Kalte Krieger‘ [sic!] abtun konnte. Zugleich sollten wir*

aber ein breites politisches Spektrum anstreben und nicht nur Vertreter [sic!] der Linken einladen wie das Pariser Komitee. [...] Irmgard Hutter regte an, Erika Weinzierl einzuladen. Ich wandte mich an Robert Jungk und an Walter Hacker, der dann auch noch zwei damalige ‚Nachwuchspolitiker‘ gewinnen konnte – [...] Heinz Fischer und den späteren Innenminister Karl Blecha. Auch Paul Blau, ehemaliger Chefredakteur der ‚Arbeiterzeitung‘, und der junge Politologe Anton Pelinka sagten zu. Hildegard Goss sagte mir, dass sie offiziell leider nicht mitmachen könne, weil der Versöhnungsbund noch immer Kontakte in Prag habe, die sie nicht gefährden wolle. Ich konnte aber die Unterstützung des bekannten katholischen Publizisten und Wissenschaftlers Friedrich Heer gewinnen, den ich noch von meiner Tätigkeit im Ostermarsch kannte. So hatten wir also ein Initiativkomitee mit einer wirklich breiten Basis und konnten unsere Werbung beginnen, die recht erfolgreich verlief. Später hat Erika Weinzierl auch noch einige Funktionäre [sic!] der ÖVP-Jugend gewinnen können.“ Erika Weinzierl wurde auch Vorsitzende des Komitees, das seine Gründungsversammlung am 26. März 1973 hatte (ebd.: S. 190).

Die Arbeit des Komitees beruhte voll und ganz auf unentgeltlicher freiwilliger Arbeit unzähliger HelferInnen. Etwas von dem gesammelten Geld benutzte das Komitee etwa viermal jährlich um ein Mitteilungsblatt herauszugeben, der überwiegende Großteil ging aber direkt an die Verfolgten. (Ebd.: S. 192f.) Breuer beschreibt, wem wie geholfen wurde (ebd.: S. 193): *„Seit 1970 gab es in der ČSSR wieder politische Prozesse gegen bekannte Personen, aber ausschließlich wegen Handlungen nach 1968. Es wurde in diesen Verfahren niemals ein Todesurteil ausgesprochen und es gab auch keine frei erfundenen Beschuldigungen wie in der Stalin-Zeit. Aber was in solchen Prozessen als ‚Straftat‘ angesehen und mit mehrjährigen Gefängnisstrafen geahndet wurde, war manchmal geradezu grotesk. So wurden ehemalige hohe Parteifunktionäre [sic!] verurteilt, weil sie anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung 1971 Flugblätter verbreitet hatten, auf denen zu lesen war, dass die Wahlberechtigten laut der geltenden Verfassung berechtigt seien, der Wahl fernzubleiben oder auch einzelne Kandidaten [sic!] von der Liste zu streichen. Wie konnten wir am besten helfen? Eine dauernde Patronanz über einige Opfer zu übernehmen, wie das Gruppen von Amnesty International tun, schien uns nicht sinnvoll. Aber gerade in Wien hatten wir die Möglichkeit, sehr bald zu erfahren, was sich in der ČSSR abgespielt hatte, und darauf rasch und unbürokratisch zu reagieren. So konnten wir vielen Menschen, die in Not geraten waren, sofort ‚erste Hilfe‘ leisten.“* Das Geld wurde teilweise von Personen mitgenommen, die aus irgendwelchen Gründen in die ČSSR reisten, teilweise wurden Pakete an Häftlinge gesandt. Andere Hilfeleistungen waren Warengutscheine oder Medikamente. Eine Bilanz: *„Im Lauf der Zeit hat sich unser Empfängerkreis [sic!] auf mehr als 250 Personen ausgeweitet, die*

einmal oder einige Male von uns Unterstützung erhalten haben, und einige Empfänger [sic!] waren überdies Personen, die das Geld ihrerseits an weitere Hilfsbedürftige verteilten. Sicherlich haben wir nicht immer alle erreicht, denen wir hätten helfen können, aber wir haben uns jedenfalls bemüht, unsere Hilfe breit zu streuen. Insgesamt haben wir im Verlauf von 18 Jahren mehr als 1,2 Millionen Schilling (über 87 000 Euro) aufgebracht und davon über eine Million an Opfer der Repression weitergeleitet.“ (Ebd.: S. 194.) Das Komitee bestand bis Ende 1990 (ebd.: S. 260ff).

2.3.12 Das Ende

Spira beendet sein Buch „Ein gescheiterter Versuch“ damit, zu berichten, wie sozusagen jede Erinnerung an die Progressiven und ihre politischen Zugänge endgültig ausgeschaltet wurde (Spira 1979: S. 224–227). Am 22. Parteitag der KPÖ im Jänner 1974 wurde (von Muhri) hervorgehoben, dass die *„rechtsopportunistische Gruppierung [...] einen totalen politischen Bankrott erlitten [hat] ...“* (ebd.: S. 224). Eine enge Orientierung an der KPdSU wurde jetzt betont, die Grundsätze des 19. Parteitags ad acta gelegt. Am 23. Parteitag im Dezember 1977 *„zog die KPÖ Bilanz“* (ebd.: S. 226) und es wurde entschieden gegen den „Eurokommunismus“ Stellung bezogen, der sich mittlerweile als politische Strömung entwickelt hatte, die in ihren wesentlichen Punkten viel Ähnlichkeit mit den am 19. Parteitag der KPÖ beschlossenen Grundsätzen aufwies.

2.4 Frauen in der KPÖ

Die von der KPÖ selbst herausgegebene Literatur zum Thema „Frauen und KPÖ“ beschäftigt sich hauptsächlich mit der weiblichen Rolle im kommunistischen antifaschistischen Widerstand oder mit einer gesamtgesellschaftlichen Sicht auf Frauen. Deutliche Beschreibungen, was Frauen – vom antifaschistischen Kampf abgesehen – in der KPÖ konkret getan haben, beziehungsweise tun, waren schwer zu entdecken: Doch Frauen scheinen grundsätzlich auf den meisten Ebenen und in den meisten Organisationen der KPÖ genauso oder ähnlich aktiv gewesen zu sein wie Männer. Trotzdem schien es auch einen breiten Konsens darüber zu geben, dass Haushalts- und Betreuungspflichten Frauenaufgabe sind. Die Kollision dieser Pflichten mit dem Aktivismus innerhalb der KPÖ, der sich in vielerlei Formen äußern konnte (auch für Nicht-FunktionärInnen etwa Besuche von Sitzungen, Vorbereiten von Aktionen, Haustür-Verkauf der Volksstimme ...) war somit ein reines Frauenproblem. Dazu kommt, dass Frauen zwar oft

sehr engagierte Aktivistinnen waren, ihnen der Zugang zu den hohen Funktionen innerhalb der KPÖ aber weitgehend verwehrt war. So gab es im hier behandelten Zeitraum – wenn überhaupt – nie mehr als eine einzige Frau im Polbüro. Viele Frauen waren für die Frauenorganisation der KPÖ „Bund Demokratischer Frauen“ (BDFÖ) oder die Frauen-Zeitung „Stimme der Frau“ tätig. Häufig kann mensch sich des Eindrucks nicht erwehren, als wäre die Existenz der Frauenorganisation für KPÖlerInnen eine bequeme Ausrede gewesen, um sich davon abgesehen nicht mit „Frauenthemen“ auseinander setzen zu müssen. Gleichzeitig wurde Druck auf Aktivistinnen ausgeübt, sich im BDFÖ zu engagieren. Meisel (1986: S. 93) formuliert es so: *„[W]enn du eine eigene Frauenorganisation hast, wenn du willst, daß aus dieser Frauenorganisation etwas wird, dann werden die Frauen gezwungen, dort hinzugehen. Manche haben sich gewehrt bis zuletzt, aber fast alle mußten nachgeben, sind in dieser Frauenorganisation gelandet und wurden dort aktiv.“* Auffällig ist auch, dass in der im Hintergrund-Kapitel berücksichtigten Literatur Frauen kaum vorkommen. Namentlich erwähnt sind nur sehr wenige Frauen, darunter Maria Urban als Polbüro-Mitglied, Lisa Markstein, Tochter des langjährigen Parteivorsitzenden Koplenig und Antonia Lehr, die nach dem Bruch als Sekretärin beim Wiener Tagebuch beschäftigt war. Doch auch von diesen Frauen ist nicht viel mehr zu lesen als der Name, so dass eine weitgehende Unsichtbarkeit von Frauen festzustellen ist. Mit den folgenden Ausführungen will ich versuchen, verschiedene Aspekte des Themas „Frauen in der KPÖ“ darzustellen, um den LeserInnen ein einigermaßen aufschlussreiches Bild zu vermitteln. Neben der Suche nach Schilderungen, was KPÖ-Aktivität konkret bedeutet, werde ich einige organisatorische Fakten darstellen, auf Kritik eingehen sowie mich mit frauenpolitischen Ansätzen befassen und die gesamtgesellschaftliche Sicht der KPÖ auf die „Frauenfrage“ beleuchten. In diesem Zusammenhang erscheint es mir auch relevant zu fragen, wie die Genossinnen innerhalb der KPÖ wahrgenommen wurden (und sich selbst wahrnahmen).

Als Quellen für den vorliegenden Abschnitt dienen thematisch passende Passagen aus den (eigentlich mit einer anderen Fragestellung) für den empirischen Teil dieser Arbeit geführten Interviews. Obwohl nicht dezidiert danach gefragt wurde, äußerten sich zwei der fünf interviewten Frauen recht ausführlich zum Thema „Frauen in der KPÖ“, beide waren auch (zeitweise) für den BDFÖ tätig. Ich ziehe die entsprechenden Teile der Interviews heran, um die Informationen dieses Abschnitts auszubauen. Mit diesen Interviews beschäftige ich mich ausführlich und im Detail im folgenden Abschnitt „Ergebnisse der Interviews“ (S. 79–133). Neben den Interviews wurden zwei schriftliche Quellen herangezogen: Einige brauchbare Informationen finden sich in „Emanzipation der Frau – Schlagwort oder revolutionäre Aufgabe?“ (KPÖ 1974), dem Protokoll einer frauen- und familienpolitischen Konferenz der KPÖ. Auch wenn die Konferenz nach

dem Bruch stattfand, handelt es sich doch andererseits nur um wenige Jahre, so dass eine gewisse zeitliche Nähe und damit Aktualität der Diskussion gegeben ist. Die Konferenz setzte sich mit der Frauenpolitik der KPÖ auseinander, trotzdem können sogar einige in der Publikation dokumentierte Aussagen dazu herangezogen werden, klarere Auskünfte über politisches Handeln im Rahmen der KPÖ zu erhalten; so heißt es etwa im Beitrag von Friedl Zizlavsky [Es dürfte sich hier um einen Tippfehler handeln, da in anderen Publikationen häufiger die Schreibweise „Zislavsky“ auftaucht, Anm.] (KPÖ 1974: S.64): *„Ein großer Teil der Aktivität unserer Partei, vor allem der sogenannten ‚Kleinarbeit‘, wird von Genossinnen geleistet“* (schade nur, dass sich nirgends eine Definition von „Kleinarbeit“ findet). Spannend an dem Protokoll ist insbesondere, dass es Beiträge gibt, die Kritik am Umgang mit Frauen innerhalb der KPÖ enthalten. In ihrer Dissertation *„Mehrheit verpflichtet! Frauenorganisationen der politischen Parteien in der Nachkriegszeit in Österreich. Machtansprüche – Frauenbewegte Traditionsbildungen – Geschlechterkonzeptionen“* befasst sich Heidi Niederkofler mit den Frauenorganisationen der österreichischen Parteien im ersten Nachkriegsjahrzehnt, darunter auch ausführlich mit dem Bund Demokratischer Frauen. Für meine Ausführungen nutzbar sind insbesondere ihre Beschreibungen der Tätigkeiten des BDFÖ sowie Schilderungen der Stellung des BDFÖ wie auch weiblicher Aktivistinnen innerhalb der KPÖ. Der oben erwähnte Quellenmangel zum Thema „Frauen in der KPÖ“ bestätigt sich auch für den BDFÖ, wie Niederkofler (2007: S. 51f) ausführt: *„Die Quellen, die für die Frauenorganisation der KPÖ zur Verfügung stehen, lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen: Organisationsmaterialien einerseits und Publikationen des BDFÖ andererseits. Während wichtige Quellen zur Geschichte der KPÖ vorhanden sind, wurden die Organisationsmaterialien des BDFÖ selber nicht archiviert bzw. waren nicht zugänglich. Dies drückt ein gewisses archivalisches und auch organisationsinternes Desinteresse gegenüber der Frauenorganisation aus.“* Zuletzt möchte ich an dieser Stelle noch auf das Büchlein „Frauen der KPÖ. Gespräche und Porträts“ (KPÖ-Frauenreferat 1989) hinweisen, welches sich mit den Biografien von Kommunistinnen auseinandersetzt. Die kurzen Porträts lassen einen starken Schwerpunkt auf dem antifaschistischen Widerstand erkennen. Die Texte schildern überwiegend Aktivitäten gegen den Ständestaat und den Nationalsozialismus und Erfahrungen, die in diesem Rahmen gemacht wurden. Daneben werden ausgeübte Funktionen oder Berufe genannt, aber es gibt eigentlich keine Auseinandersetzung mit der Frage, was ihr KPÖ-Engagement für die Frauen konkret bedeutet (hat). Trotzdem kann die Publikation für Interessierte ein inspirierendes Leseerlebnis sein.

2.4.1 Die Frauenorganisation Bund Demokratischer Frauen

Am 18. Juni 1946 wurde der BDFÖ als überparteiliche Frauenorganisation gegründet, die sich als Teil der Tradition der Alten Frauenbewegung verstand. Innerhalb der KPÖ jedoch wird 1948 als Gründungsjahr behandelt. Diese Jahreszahl hat ihren Ursprung im Beitritt der Organisation zur Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF) am 15. Juni 1948. Niederkofler (2007: S. 56f, vergl. auch S. 53f) schreibt dazu: *„Zwischen 1946 und 1948 fanden im BDFÖ Prozesse statt, die die politische Ausrichtung sowie die Mitgliederstruktur veränderten. Soweit aus den vorhandenen Auflistungen der Vorstandsmitglieder zu eruieren ist, erhielt der ‚Bund‘ starken Zulauf von Frauen aus dem KPÖ-Umfeld. Parallel dazu erfolgte der Beitritt des ‚Bundes‘ zur IDFF, für den sich u.a. die KPÖ-Aktivistin Anna Grün engagierte. Die IDFF wurde zu diesem Zeitpunkt bereits als ‚kommunistisch‘ diffamiert: Im polarisierten Klima der Ost-West-Blockbildung konnte eine antifaschistische und antimilitaristische Haltung ohne weiteres in diese Richtung interpretiert werden. Zeitgleich jedoch waren Kommunistinnen stark in der Organisation vertreten, die Zuschreibung war also nicht ganz aus der Luft gegriffen. Als ein Effekt des am 15. Juni 1948 erfolgten Beitrittes des BDFÖ zur IDFF kann der nachfolgende Austritt einiger Aktivistinnen gewertet werden, der unterschiedlich erklärt wurde. [...] Die vorhandenen Hinweise in den Quellen [...] lassen vermuten, dass sich vor allem überparteilich orientierte bzw. frauenbewegte Frauen zurückzogen. Der stärkeren Anbindung des BDFÖ an die KPÖ ging in den Jahren 1946/47 eine parteiinterne Umgestaltung und -orientierung voraus: Die ‚Frauenaktiv‘ als basisorientierte KPÖ-Frauenorganisation wurden aufgelöst, stattdessen engagierten sich die Aktivistinnen vermehrt im BDFÖ. Vermutlich erhielt der vormals eher in der Bundeshauptstadt Wien agierende BDFÖ dadurch eine Organisationsstruktur in den Ländern. Finanziell und von der Infrastruktur her unterstützte die KPÖ den BDFÖ: Die Zeitschrift ‚Stimme der Frau‘, vordem das Organ des ‚Zentralen Frauenkomitees‘ der KPÖ, wurde nun zum Publikationsorgan des BDFÖ; die lokalen und zentralen Büros des BDFÖ waren in der Regel in Räumen oder Häusern der KPÖ untergebracht; die angestellten Frauen wurden von der KPÖ bezahlt. [...] Die Bindung an eine politische Partei bedeutete für den BDFÖ jedoch nicht das Ende der Selbstsetzung als ‚überparteiliche Frauenorganisation‘, im Gegenteil.“* Die Frage der Überparteilichkeit des BDFÖ war durchaus brisant. So schreibt Niederkofler (ebd.: S. 71), dass *„der Grundsatz der Überparteilichkeit des BDFÖ in der Praxis nicht so einfach umzusetzen war“* und es *„Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen Kommunistinnen und Nicht-Kommunistinnen“* gab. Diese Schwierigkeiten wirkten sich negativ auf die Zahl

unabhängiger Aktivistinnen aus, da diesen ein Einstieg in die Organisation erschwert wurde.

Zu Organisation und Aufbau des BDFÖ (ebd.: S. 68f): *„Der BDFÖ gliederte sich, ähnlich wie zuvor die kommunistische Frauenorganisation, in Gebietsgruppen, Bezirksgruppen, Landesgruppen und die bundesweite Dachorganisation. Der BDFÖ hielt ca. alle drei Jahre Bundeskongresse ab, auf denen der Vorstand und das Präsidium gewählt wurden. Eine erste Generalversammlung wurde 1949 abgehalten, Ida Flöckinger, Margarete Schütte-Lihotzky und Lina Loos wurden in diesem Rahmen zu Präsidentinnen gewählt. Für die BDFÖ-Funktionärinnen war keine Delegierung in die Parteigremien festgeschrieben, zumindest kann diese heute nicht mehr nachvollzogen werden. Ähnlich wie vor 1948 kann aber beobachtet werden, dass BDFÖ-Aktivistinnen sowohl im Politischen Büro als auch im Zentralkomitee vertreten waren. In den Jahren 1949 und 1950 wurden in den Bundesländern Organisationsgründungen verzeichnet: Dies deutet darauf hin, dass der BDFÖ bis 1948 ausschließlich auf Wien zentriert war, und erst die Umgestaltung und Angliederung an die KPÖ eine österreichweite Diffundierung möglich und notwendig machte. 1951 wurden österreichweit 480 Gruppen des BDFÖ gezählt, Postranecky bezeichnete den ‚Bund‘ im Rahmen des Parteitages wohl etwas beschönigend als ‚Massenorganisation der Frauen‘. Zu den Mitgliederzahlen des BDFÖ waren leider keine Zahlen vorzufinden.“* An anderer Stelle (ebd.: S. 72): *„Die Mitglieder des BDFÖ wurden nicht automatisch zu Mitgliedern der KPÖ. Leider geben die vorhandenen Quellen keinen Aufschluss darüber, wie viele Mitglieder der ‚Bund‘ hatte und aus welchen Berufsgruppen diese stammten. Einen Hinweis gibt möglicherweise eine Bemerkung von Hella Postranecky im Rahmen der Frauenkonferenz der KPÖ 1946, dass 34% der KPÖ-Mitglieder Hausfrauen seien. Es ist anzunehmen, dass ein Teil dieser mit dem Jahr 1948 in den BDFÖ überführt wurde. Auch kann aus verschiedenen Äußerungen geschlossen werden, dass Arbeiterinnen und Angestellte nicht in großer Zahl Mitglieder des ‚Bundes‘ waren.“* Für die Zeitung wurde ein offenes Konzept gewählt (ebd.: S. 73): *„Die ‚Stimme der Frau‘ versuchte durch ihr Konzept verschiedene Interessengruppen anzusprechen: Politische Artikel über Wahlen, Frieden, Versorgungslage, Erwerbsarbeit, Frauenrechte standen neben Ratschlägen für die Kindererziehung, Fortsetzungsromanen, Beiträgen zu Mode und Schnittmusterbögen. Die graphische Gestaltung mit vielen Bildern, verschiedenen Schrifttypen, mehreren Textspalten auf einer Seite ähnelte stark jener einer Illustrierten.“* Der BDFÖ finanzierte sich vor allem durch Mitgliedsbeiträge (und Spenden), über die er frei verfügen konnte, den Zeitungsverkauf sowie durch Subventionen, die von der KPÖ kamen. *„Die Funktionen der Präsidentinnen und der Sekretärinnen des ‚Bundes‘ waren ab 1948 fast durchwegs von KPÖ-Mitgliedern besetzt.“* Zudem veranstaltete die KPÖ Schulungen für BDFÖ-

Funktionärinnen. (Ebd.: S. 69.) Die Verbindung mit der KPÖ wurde auch bei Wahlen sichtbar: Der BDFÖ unterstützte ab 1949 in Wahlkämpfen die KPÖ, bis hin zur Kandidatur von BDFÖ-Aktivistinnen auf den KPÖ-Listen (ebd.: S. 72f).

Die „harten Fakten“ aus Heidi Niederkoflers Dissertation sollen an dieser Stelle durch Informationen aus den von mir geführten Interviews ergänzt werden, die auf einer unmittelbaren Ebene Erfahrungen von Funktionärinnen im BDFÖ widerspiegeln. Maria Verber (Interviewauswertung vergl. S. 111ff) begann schon vor 1948 als Sekretärin für den BDFÖ zu arbeiten. Sie erzählt: *„Es war sehr interessant. Wir haben halt geschaut, dass wir Leute ein bisschen interessieren. Das ist uns auch relativ gut gelungen. Wir haben uns als fortschrittlich, aber nicht unbedingt kommunistisch gegeben. [...] Ich bin dann übersiedelt, in den Bund Demokratischer Frauen, in den parteigebundenen in der Prinz-Eugen-Straße, da war ich Sekretärin. Das war eine abscheuliche Arbeit, weil ich total unfähig für so etwas bin. Ich musste den ganzen Tag tippen und habe einen großen Teil meines sehr dringend gebrauchten Einkommens als Parteisteuer abgeben müssen. Zu Hause habe ich den Haushalt gehabt, es war alles ziemlich durcheinander ... Irgendwann habe ich gesagt, ich kann das so nicht weitermachen. Die Hella Postranecky-Altmann, die eine sehr liebe Frau war, ist untermittags zur Schneiderin gegangen und ich weiß nicht wohin und um 6 Uhr am Abend ist sie gekommen und hat gesagt: ‚So, jetzt schreiben wir was.‘ Ich war eh so eine schlechte Maschinschreiberin. Sie war zwar sehr nett, aber sie hat keine Kinder gehabt und eine Hausgehilfin für den Mann und so habe ich gesagt, das kann ich nicht. Es war auch so schlecht bezahlt, dass wir nicht davon leben konnten. Dann haben sie mir offeriert, ich solle eintreten als politische Funktionärin – also nicht als Tippmamsell, was ich eh nicht konnte. Da habe ich ‚Ja‘ gesagt, weil da konnte man sich die Zeit ein bisschen besser einteilen. Nicht viel, weil da ist man in Atzgersdorf gesessen und bis man von Atzgersdorf – von einem Auto war keine Spur – wieder zurück in Wien war ... [...] Jetzt war ich also Funktionärin. Es war nicht uninteressant, muss ich sagen – allerdings schlecht bezahlt –, aber es war auch wieder etwas, was man einer Frau mit zwei kleinen Kindern eigentlich nicht zumuten kann. Ich höre mir das heute noch an. Meine älteste Tochter ist 60 Jahre und erzählt mir heute noch, was ich alles nicht gemacht habe. Es war furchtbar schwer, da ein Gleichgewicht zu finden. Wenn man aus Atzgersdorf gekommen ist, war man todmüde und es war Mitternacht. Und am nächsten Tag ist man wieder um 9 dort gesessen.“* Aufgrund der hohen Belastung, die ihre Arbeit im BDFÖ darstellte, beendete sie diese später: *„Ich habe aufgehört für die Partei zu arbeiten, als ich angefangen habe zu studieren. [...] Ich wollte nicht mehr politische Funktionärin sein, ich habe mich genug abgeplagt mit Terminen und zwei Kindern. Herumgeschickt zu werden von Wien nach Atzgersdorf und erst nach Mitternacht zu Hause ... Das war auch einer der Grün-*

de, warum ich mir gesagt habe, ich muss etwas anderes machen. Außerdem war ich dann auf mich selbst gestellt und habe zwei Kinder erhalten müssen. [...] [D]as ganze Haus hat sich verändert aufgrund meines Studiums und ich habe mit zwei Kindern und dem Studium nicht sehr viel Zeit gehabt, selbst für eine kleine Funktion nicht mehr. [...] Und ich musste sehr schnell studieren, weil ich dafür eine finanzielle Förderung bekommen habe, da habe ich also wirklich nichts anderes mehr im Kopf gehabt.“

Ilse M. Aschner (Interviewauswertung vergl. S. 84ff) begann 1950 als Funktionärin des BDFÖ in Linz zu arbeiten. Doch eigentlich wollte sie diesen Job gar nicht machen: *„Es war sehr unangenehm, weil dort war schon eine Sekretärin, mit der die Leute aber nicht zurechtgekommen sind. Die Partei hat beschlossen, sie abzuberufen und mir diesen Posten zu geben. So etwas ist immer sehr unangenehm ... Es hat so ausgeschaut, als hätte ich sie verdrängt. Das war aber überhaupt nicht so. Ich wollte gar nicht beim Bund Demokratischer Frauen arbeiten – ich hätte lieber demokratische Männer gehabt! Diese Teilung, so Frauen in extra Organisationen, das hat mir überhaupt nicht zugesagt. Aber ich war ein disziplinierter Mensch und wenn die Partei gesagt hat: ‚Hier bist du‘ ... dann war ich dort.“* Später führt sie die Problematik der Bevormundung von Frauen in der KPÖ näher aus: *„Die Frauenorganisation ist mir überhaupt nicht gelegen. Aber die Partei hat das so wichtig gefunden – und genau das hat mich daran gestört: Sozusagen, die ‚armen Tschapperln‘, die Frauen, die haben gar keine Ahnung, die wissen nicht, was Politik ist, die muss man ankurbeln, damit sie’s endlich lernen ... Das war ein Standpunkt, der mir überhaupt nicht getaugt hat. Weil in Wirklichkeit waren natürlich viele, viele Frauen sehr aktiv und mitten drin in der Parteiarbeit. Aber sie sind immer so ein bisschen abgetan worden: ‚Naja, sie braucht halt auch eine Abendbeschäftigung, damit ihr nicht fad ist ...‘ Sie sind nie wirklich ernst genommen worden.“* Aschner war leitende Sekretärin des BDFÖ Oberösterreich, was häufige Reisen durch das ganze Bundesland umfasste, die sie mit Hilfe eines Parteiautos und Parteichauffeurs bewältigte und auf die sie ihre Tochter mitnahm. Mit deren Einschulung verlagerten sich die Tätigkeiten mehr auf Linz selbst. Über die Arbeit dort sagt sie: *„Die Arbeit im Bund war nicht uninteressant, aber sie hat irgendwie nach alten Mustern funktioniert. Es hat keinen Schwung gegeben und so ‚Mutterln‘ haben dort Phrasen gedroschen. Sie haben mich für die Leitung aufgestellt. Ich bin gewählt worden und habe versucht, ein bisschen jugendlichen Schwung hineinzubringen.“*

2.4.2 Kritische Verhältnisse

Viele Zahlen zur Repräsentanz von Frauen in der KPÖ gibt es nicht, doch in Niederkoflers Dissertation findet sich folgende Angabe (ebd.: S. 66): *„Im Politischen Büro (18 Mitglieder) war bis 1954 eine einzige Frau (Helene Postranecky) vertreten, ins Zentralkomitee (zwischen 58 und 70 Mitgliedern) wurden im ersten Nachkriegsjahrzehnt bis zu fünf Frauen delegiert.“* Maria Zottl (Urban), die sich mir als Interviewpartnerin zur Verfügung stellte, war von 1965 bis 1970 einziges weibliches Polbüro-Mitglied. Für die Zeit zwischen 1954 und 1965 fanden sich in der mir vorliegenden Literatur keine Angaben. Das bedeutet, dass Frauen in leitenden Parteifunktionen äußerst gering vertreten waren (das Polbüro war de facto die Parteiführung). 1948, nach der Angliederung des BDFÖ an die KPÖ, sah die organisatorische Verankerung der in der KPÖ aktiven Frauen folgendermaßen aus (ebd.: S. 67): *„Organisatorischer Ausdruck für die ‚Arbeit unter den Frauen‘ in der Partei war nun die vom Zentralkomitee gewählte zentrale Frauenkommission, wie die auf Ebene der Landesleitungen geschaffenen Landesfrauenkommissionen. Vorgesehen war, dass diese Kommissionen die programmatische Arbeit erfüllen sollten. Bereits Mitte 1948 wurde eine zentrale Kommission für die ‚Arbeit unter den Frauen‘ einberufen, welche aus dem Parteivorsitzenden Johann Koplénig, Franz Marek, Edith Hoschek, Hermine Klapper, Hilde Mareiner und Helene Postranecky bestand. Die zukünftige Frauenarbeit sollte nach den maßgeblichen Vorstellungen des Vorsitzenden Koplénig in die Richtung gehen, dass nun nicht mehr nur am Frauentag, sondern öfters Frauenversammlungen und -kundgebungen abgehalten werden sollten, um einen stabileren Kontakt mit interessierten Frauen herzustellen. Er forderte auch die kommunistischen Gewerkschafts- und BetriebsfunktionärInnen auf, sich gezielt um die Frauen in den Betrieben zu kümmern.“*

Kritik an der Situation der Frauen – wenn auch häufig nur verhalten – ist vorwiegend in von der KPÖ veröffentlichten Protokollen zu finden, und zwar in jenen verschiedener Parteitage, aus denen Heidi Niederkofler zitiert, sowie in jenem bereits oben erwähnten der 1974 stattgefundenen frauenpolitischen Konferenz (KPÖ 1974). So schreibt Niederkofler (ebd.: S. 67f) über Diskussionen am 14. Parteitag im Oktober 1948: *„Die Delegierte Ruth Peringer aus der Steiermark forderte, dass aufgrund der neuen überparteilichen Frauenorganisation nicht vergessen werden sollte, ‚fähige Genossinnen auch in der Partei selbst mit verantwortlichen Funktionen zu betrauen‘. Damit äußerte sie die Befürchtung, dass Frauen aufgrund der nun praktisch ausgegliederten Frauenorganisation innerhalb der Partei noch schwieriger höhere Positionen erreichen würden. Beklagt wurde weiters, dass keine Mitglieder des Zentralkomitees an der Frauenkonferenz teilge-*

nommen hätten, was Ausdruck des geringen Stellenwerts der ‚Arbeit unter den Frauen‘ in der Gesamtpartei sei. [...] Eine Frauen adressierende Politik wurde [...] hauptsächlich vom ‚Bund‘ gemacht, die Aktivitäten der neu geschaffenen Frauenkommissionen schienen sich vor allem auf die Ausarbeitung politischer Richtlinien des BDFÖ zu konzentrieren, wie auf die gelegentliche Veranstaltung von KPÖ-Frauenversammlungen sowie Konferenzen.“

Auch auf den Parteitag 1952 und 1954 war die „Arbeit unter den Frauen“ Thema (ebd.: S. 70f): *„1952 wurde die Frauenarbeit ausführlich von der Parteispitze besprochen: Der Parteivorsitzende Koplénig stellte fest, dass ‚die Lage und die Entwicklung des Bundes in keiner Weise befriedigend ist‘. Er formulierte verschiedene Kritikpunkte: Der Arbeitsstil und die Vorgehensweise des ‚Bundes‘ sei ‚überzentralisiert‘, ein differenzierteres Vorgehen (was er damit meinte, ist im Protokoll leider nicht ausgeführt) sei notwendig; jährlich sollten nicht mehr als eine oder zwei gut vorbereitete Kampagnen durchgeführt werden, wobei er Themenvorschläge wie die Reform des Eherechts oder den Kampf gegen Schmutz und Schund machte. Neue Methoden und Formen der Arbeit seien notwendig, um parteilose und sozialistische Frauen zu erfassen, denn gegenwärtig seien zwei Drittel der BDFÖ-Mitglieder und die Mehrheit der Aktivistinnen Mitglieder der KPÖ, was zu einer fortwährenden Überlastung dieser Frauen führe. Die Kritik gipfelte darin, dass Koplénig dem BDFÖ vorwarf, manchmal als ‚Partei neben der Partei‘, als eine Art ‚Frauenpartei‘ zu agieren. Dies könnte dahingehend zu deuten sein, dass der ‚Bund‘ zu autonom agierte, und sich inhaltlich nicht mit der Partei absprach. Die Kritik war an den BDFÖ gerichtet, weniger an die Partei selbst und ihr Desinteresse gegenüber der Frauenorganisation. Einzig der Parteipresse wurde explizit vorgeworfen, dass sie kaum frauenspezifische Themen publiziere. Bezugnehmend auf diese recht fundamentale Kritik des Parteivorsitzenden am BDFÖ formulierte Irma Schwager zwei Jahre später am Parteitag 1954, dass die angestrebte Reform gelungen sei und sich nun der Erfolg einstelle: Viele Frauen hätten sich dem ‚Bund‘ angeschlossen und die Organisation sei dadurch gestärkt worden. [...] Andere Rednerinnen beklagten, dass vielen Aktivistinnen die ‚ideologische Grundlage‘ fehle, weswegen sie in politischen Diskussionen nicht sattelfest seien, öffentliches Auftreten scheuten und kaum in leitenden Funktionen tätig seien. Das Defizitäre wurde zum Teil den Frauen angelastet, zum Teil wurde dies mit Kritik an der Partei verbunden: Gefordert wurde, dass die Kommunistinnen von der KPÖ das ‚nötige Rüstzeug für ihre Arbeit bekommen‘ sollten, sowie grundsätzlich, ‚unsere Genossinnen mehr in die Arbeit unserer Partei einzuschalten!‘“*

Niederkoflers Fazit des Kapitels (ebd.: S. 73): *„Öffentlichen Verlautbarungen und Bekundungen zu Folge wurde der ‚Arbeit unter den Frauen‘ innerhalb der KPÖ große Bedeutung und Relevanz zugesprochen: So wurde z.B. am Wiener Landesparteitag im März 1946 die ‚Frauenarbeit‘ als eine der drei Hauptaufgaben bezeichnet. Dass diesen großen Worten jedoch selten Taten folgten und die programmatischen Äußerungen damit oft rein rhetorische blieben, darauf wiesen die verschiedentlich vorgebrachten Kritiken hin. Wiederholt wurde auf Parteitagen der geringe Stellenwert, der der ‚Frauenarbeit‘ innerparteilich zugemessen wurde, kritisiert: Die Kritik konzentrierte sich einerseits auf das mangelnde inhaltliche Engagement der Partei, andererseits auf die geringe Vertretung von Aktivistinnen in den politischen Gremien der KPÖ.“*

Bei Lektüre des Protokolls der frauenpolitischen Konferenz der KPÖ 1974 wird deutlich, dass die Diskussionen auch zwanzig Jahre später noch entlang sehr ähnlicher Linien verliefen. Passagen, die Aufschluss über die Situation von Frauen und den Umgang mit ihnen in der KPÖ geben, verdeutlichen gleichzeitig, wie der Beitrag der KPÖlerinnen wahrgenommen wurde. So gibt sich etwa der Parteivorsitzende Franz Muhri im Eröffnungsreferat selbstkritisch (KPÖ 1974: S. 11): *„Der Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft unserer Partei ist mit 42 Prozent relativ hoch. Tausende Genossinnen sind als Vertrauenspersonen der Partei tätig, und man [sic!] kann ohne Übertreibung sagen, daß sie in der Kleinarbeit in mancher Beziehung bessere Arbeit leisten in unserer Partei als die Männer. Unsere Genossinnen sind die Träger [sic!] der Arbeit, die aktivste und führende Kraft im Bund Demokratischer Frauen, der eine wichtige Arbeit im Kampf im Interesse der Frauen und der Familie leistet. Unsere Genossinnen sind aktiv tätig in der Fraktion des Gewerkschaftlichen Linksblocks, in der Demokratischen Organisation Kinderland-Junge Garde [Kinder(betreuungs)-Organisation der KPÖ, Anm.] und auf anderen Gebieten. Deshalb ist die stärkere Entwicklung und Einbeziehung der Genossinnen, vor allem auch junger Frauen, in die Leitungen der Partei notwendig. Dies wird für die gesamte Tätigkeit fruchtbringend sein, aber auch der Frauenarbeit der Partei neue Impulse geben. Denn eine entscheidende Schwäche in unserer Frauenarbeit besteht darin, daß sie zu sehr Angelegenheit der Genossinnen im Bund Demokratischer Frauen und in der Gewerkschaftsfraktion ist. Hier ist eine Umorientierung unserer ganzen Tätigkeit, unseres Arbeitsstils erforderlich. Der Kampf um die Forderungen der Frau muß wesentlich mehr als bisher zu einer Angelegenheit der ganzen Partei werden. Die ganze Partei, die Gewerkschaftsfraktion, vor allem unsere Betriebsorganisationen und Betriebsräte [sic!] müssen die Probleme und Anliegen der berufstätigen Frau wesentlich stärker als bisher zu einem festen Bestandteil der Betriebsarbeit und der Gewerkschaftsarbeit machen und systematisch für die Einbeziehung der Frau in diesen Kampf wirken.“* Maria Cäsar-Greilberger kritisiert die Einstellung der Genossen

zu Frauen in der Partei sowie dass in der KPÖ wenige Frauen in Leitungspositionen sind (ebd.: S. 47): *„Vor uns als Partei steht die Aufgabe, ein Umdenken zu erreichen. Ein solches Umdenken ist bis tief in unsere eigenen Reihen notwendig, um zu erkennen, daß mehr Frauen in den politischen Kampf einbezogen werden müssen. Es gibt genug Beispiele, daß Genossinnen Aufgaben, die ihnen von der Partei gestellt werden, gewissenhaft erfüllen. Daher ist es notwendig, daß mehr Frauen auch in Leitungen der Partei tätig sind. Hiezu mangelt es leider sehr oft an entsprechender Einstellung von Genossen.“*

Einige Sätze aus Christl Nischelwitzers Beitrag bieten einen Anhaltspunkt für die Vermutung, dass die Bereitschaft von Frauen sich in der Partei zu engagieren zumindest in den unteren Ebenen gut genutzt, teilweise auch ausgenutzt wurde (ebd.: S. 49): *„Trotz all dieser Schwierigkeiten spielt die Frau bei uns in der Partei keine geringe Rolle. Wie viele kleine Funktionäre [sic!], wie viele Vertrauensleute, wie viele Kassiere [sic!] sind Frauen. Nur zu oft erleben wir es, daß auch dort, wo Männer als Kassiere gewählt wurden, die Funktion praktisch von der Frau ausgeübt wird. In den höheren Funktionen haben allerdings wieder die Männer den Vorrang. Genosse Muhri hat ja die Notwendigkeit der Frauen in den höheren Funktionen aufgezeigt, und ich unterstütze ihn vollkommen, daß es eine schwierige Aufgabe ist, die Genossen zu erziehen.“* Dass keine Frau im Polbüro vertreten ist, kritisiert Auguste Moser mit folgenden Worten (ebd.: S. 70): *„Wir sprechen so viel von der Gleichberechtigung, von zuwenig Aufstiegschancen unserer Frauen, doch sollten wir es auch in unserer Partei ebenso wirklich machen. Wir haben in unserem Präsidium zwei sehr tüchtige, sehr anerkannte und fähige Genossinnen, aber keine Frau als Vertreterin im Polbüro der Partei. Ich glaube, es wäre an der Zeit, daß unser Zentralkomitee sich das überlegt und Frauen ins Polbüro hineinkommen.“* Offenbar war nach Maria Urbans Ausscheiden 1970 keine andere Frau, auch keine BDFÖ-Funktionärin, ins Polbüro bestellt worden.

Zentraler Aspekt des Kampfs für Frauenrechte innerhalb der kommunistischen Bewegung ist dessen enge Verbindung mit dem Klassenkampf. Der Klassenkampf nämlich, also der Kampf gegen die Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse durch die Bourgeoisie, liegt allen Kämpfen um Rechte zugrunde, da das kapitalistische System für alle Unterdrückung verantwortlich ist. Ergo würde nach dem erfolgreichen Sieg über den Kapitalismus nicht nur die Unterdrückung der ArbeiterInnen obsolet, sondern auch jede andere Unterdrückung, wie etwa die der Frauen. Diese Vorstellung wurde auch bei der frauenpolitischen Konferenz vertreten. So führte etwa Muhri in seinem Eröffnungsreferat aus (ebd.: S. 6f): *„Die Kommunistische Partei Österreichs betrachtet die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau als untrennbaren Bestandteil des all-*

gemeinen Kampfes um die Befreiung der Arbeiterklasse [sic!] von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung. Lenin hat unterstrichen: ‚Das Proletariat kann sich nicht endgültig befreien, ohne für die völlige Befreiung der Frau zu kämpfen.‘ Die Führung der ÖVP, SPÖ und FPÖ erfüllt, trotz gewisser Unterschiede, die es zwischen ihnen gibt, eine gemeinsame Funktion: Sie vertuschen, daß die Wurzeln der Ungleichheit im kapitalistischen System liegen, ja sie tun alles, um mit Hilfe der Massenmedien und der von ihnen beherrschten ÖGB-Führung das Bewußtmachen dieser Erkenntnis zu verhindern. Diese Parteien benützen Reformen im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung als Mittel zum Zweck der Beschönigung und Aufrechterhaltung dieser Ordnung. Sie versuchen, alle Entscheidungen in kleinsten Gremien der Sozialpartnerschaft [sic!], der Regierung, der Partei- und Regierungsspitzen und Verbände zu treffen und so die arbeitenden Menschen in einem Zustand der größtmöglichen Passivität und Zersplitterung zu erhalten. Im Gegensatz zu dieser Politik sieht die Kommunistische Partei Österreichs ihre Aufgabe darin, immer mehr werktätige Menschen, Männer wie Frauen, in den Klassenkampf einzubeziehen, sie zu aktivieren und eine möglichst breite Aktionseinheit von Sozialisten [sic!], Kommunisten [sic!], Parteilosen und Katholiken [sic!] herzustellen. Unsere Partei sieht dabei im Kampf für die aktuellen Tagesforderungen für die Frau und Familie ein Mittel, um soziale und demokratische Reformen durchzusetzen, die bereits im Rahmen der bestehenden Gesellschaft verwirklicht werden können; wir sehen darin auch den Weg, um in Verbindung damit bei den Frauen sowie den Männern anhand ihrer eigenen Erfahrungen das Klassenbewußtsein, das heißt, das Bewußtsein von der Notwendigkeit tiefgehender gesellschaftlicher Veränderungen, zu entwickeln und zu stärken.“

Irma Schwager, Bund-Vorsitzende seit 1972, berichtet von einer „Konferenz der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas“, an der sie zwei Wochen zuvor in Rom teilgenommen hatte (ebd.: S. 15f): *„Führende Vertreter [sic!] von 19 Parteien haben dort über die Lage der Frauen ihrer Länder, ihre Beteiligung an sozialen und politischen Kämpfen und den Beitrag der Kommunisten [sic!] zur Entwicklung der Einigung und gemeinsamen Aktionen im Kampf um die Rechte der Frau, für Demokratie und Frieden beraten. Und die Diskussion hat eindrucksvoll widerspiegelt, daß trotz verschiedener Bedingungen in den kapitalistischen Ländern Europas vieles, was das Leben der Frau betrifft, sehr ähnlich ist. Obwohl in fast allen Verfassungen den Frauen gleiche Rechte zugesprochen werden, ist die Diskriminierung der Frau in Beruf und Gesellschaft durch schlechtere Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeit, durch Lohndiskriminierung, durch den Mangel an Einrichtungen für die Kinder und die damit verbundene doppelte Belastung der Frau und sind andere wichtige Fragen, die das Leben der Frau weitgehend beeinflussen, nicht Probleme eines, sondern aller kapitalistischen Länder.“*

Ebenso sind es die Inflation, der Wohnungswucher und die zunehmende Sorge um den Arbeitsplatz. Die tiefgreifende Krise, in der sich das kapitalistische System befindet, hat überall negative Auswirkungen auf die arbeitenden Menschen. Sie bringt den Familien neue Belastungen. Die Konferenz in Rom hat deutlich gemacht, daß der Kampf um die gleichen Rechte für die Frau in allen kapitalistischen Ländern ein wichtiger Bestandteil des antimonopolistischen demokratischen Kampfes ist, in dem erhebliche Verbesserungen erzielt werden können. Die wachsende Teilnahme der Frauen an Aktionen für ihre eigenen Rechte, an den gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen der demokratischen und fortschrittlichen Bewegung hat neue Kräfte mobilisiert.“ Wie zuvor Muhri nutzt auch Schwager ihren Redebeitrag, um die herrschenden Parteien zu kritisieren (ebd.: S. 16f): *„Auf der Konferenz kam eindrucksvoll zum Ausdruck, daß die Herrschenden in den verschiedenen Ländern sehr ähnliche konservative Auffassungen über die Frau und ihre Rolle verbreiten und daß sie sehr große Anstrengungen machen und keine Mühen und Kosten scheuen, um die Frauen als Stützen der Gesellschaft zu gewinnen und ihnen die Ursachen ihrer Schwierigkeiten, die im kapitalistischen System liegen, zu verschleiern, sie vom Erkennen ihrer Gegner [sic!] und vom Kampf gegen sie abzuhalten. Man [sic!] stellt die Dinge so dar, als ob die großen Sorgen und Probleme, mit denen die Frauen heute in den kapitalistischen Ländern fertigwerden müssen, individueller Natur sind und daß sie eben persönlich eine Lösung finden müssen. Damit erreicht man gleichzeitig zwei Dinge, nämlich daß die sozialen Wurzeln dieser Probleme verdeckt werden, daß die Frauen isoliert bleiben und nicht den Ausweg sehen, der im gemeinsamen Kampf zur Durchsetzung ihrer Forderungen liegt. Sehr weite Verbreitung findet von seiten der Konservativen die Theorie von der ‚natürlichen Rolle‘ der Frau, ihrer ‚besonderen Mentalität‘, die man [sic!] nicht durch zuviel Emanzipation gefährden sollte.“*

Später nennt Irma Schwager die Sowjetunion (sowie andere sozialistische Länder) als positives Vorbild. Dort sei nämlich mit der Überwindung des Klassenantagonismus auch die Gleichberechtigung der Geschlechter erreicht worden (ebd.: S. 24f): *„Schon Lenin sagte, die Lage der Frau zeigt besonders sinnfällig den Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie. In den sozialistischen Ländern sieht man [sic!] deutlich, daß es durchaus nicht sein muß, daß die Frauen nur das ‚Fußvolk‘ der Wirtschaft sind. Täglich beweisen dort Millionen Frauen, daß sie den Männern ebenbürtig Großes zum Nutzen ihrer Völker leisten können, wenn man [sic!] ihnen nur die Möglichkeit dazu gibt. Die gesetzliche Gleichberechtigung wurde gleich beim Entstehen der Sowjetunion und ebenso dann in den anderen sozialistischen Staaten hergestellt. Es wird alles getan, damit immer mehr Frauen von ihrem gleichen Recht auch Gebrauch machen. In wenigen Jahrzehnten wurde für die Entwicklung der Frau dort mehr er-*

reicht als in Jahrhunderten auch in den fortgeschrittensten westlichen Industrieländern. Die ehemalige Rückständigkeit, die ökonomische Hilflosigkeit und die Abhängigkeit der Frau gehören der Vergangenheit an. Das Niveau ihrer Bildung und Kultur, ihrer Berufsausbildung und Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion bleibt nicht hinter den Männern zurück. [...] Die bürgerliche Propaganda versucht manchmal die Frauen mit der Behauptung zu schrecken, daß im Sozialismus die Frauen zur Arbeit gezwungen werden. Das ist eine Lüge. Wahr ist, daß es für niemanden [sic!] materielle Barrieren gibt, und daß jeder [sic!] die Möglichkeit hat, zu lernen, was er [sic!] gerne möchte, und daß das Problem der Verbindung von Berufstätigkeit und Mutterschaft, das die Frauen in den kapitalistischen Ländern größtenteils in der Familie oder im Verwandten- und Bekanntenkreis lösen müssen, in den sozialistischen Ländern durch die ganze Gesellschaft gelöst wird. Und wenn auch heute noch nicht für jedes Kind und überall ein Platz in der Krippe oder im Kindergarten ist, so ist das Niveau doch so, daß kein einziges kapitalistisches Land auch nur annähernd herankommt. Und wenn man [sic!] das Wachstumstempo der Kindereinrichtungen berücksichtigt, wird die Kluft zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus auf diesem Gebiet immer größer. Die Schaffung von Bedingungen, die es allen Frauen ermöglichen, von ihren Rechten und Möglichkeiten vollen Gebrauch zu machen, sind Aufgaben im Sozialismus, für die sich die Führung der Staaten in Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen zuständig fühlt. Der reale Sozialismus bestätigt glänzend die Klassiker des Marxismus, Marx, Engels, Bebel, Lenin, die feststellten, daß erst mit der Aufhebung der Ausbeuterordnung [sic!], mit dem Aufbau des Sozialismus die volle Gleichberechtigung der Frauen hergestellt wird.“

Maria Verber hingegen kritisiert im Interview die zu enge Orientierung der Partei an der Sowjetunion, da sowjetische Verhältnisse nicht ohne weiteres auf Österreich übertragbar seien: „Unsere Partei hat den Fehler gemacht, dass sie alles, was in der Sowjetunion vielleicht ganz günstig war, übertragen haben. Zum Beispiel die Tatsache, dass die Frauen in der Sowjetunion in winzigen Wohnungen gelebt haben und immer mindestens eine Babuschka da war – für sie war es eine Erholung, wenn sie nach der Arbeit im Betrieb essen konnten, so à la ‚Happy Hour‘, und nicht in dieses gedrängte Zuhause gehen mussten. Wenn sie gekommen sind, hat die Babuschka schon die Kinder ins Bett gebracht. Das war eine gescheite Idee, die Frauen im Betrieb an sich zu binden. Aber die war nur für die Sowjetunion. Die Partei hat geglaubt, sie macht dasselbe hier und das war ein kompletter Schlag ins Wasser. Warum? Weil die österreichische Frau hat keine Babuschkas gehabt, keine Waschmaschine – damals hat es noch einen Waschtag gegeben, einen Urlaubstag, das war alle vier Wochen an einem Samstag. Das hat hier überhaupt nicht gewirkt, die Leute im Betrieb sind nicht hingekommen oder nur unter Druck. Und dann haben sie gezappelt und den Popo gewetzt, dass sie schnell

nach Hause kommen. Den Haushalt zu führen, das war ja nicht wie heute. Wenn du nicht eine Hilfe gehabt hast, hast du es überhaupt nicht gepackt – entweder war es die Mutter oder die Großmutter. Du hast alles frisch machen müssen, einkaufen war nicht so leicht, Supermärkte hat es noch nicht gegeben ... Der Bund hat das schon besser verstanden, aber die Partei hat es überhaupt nicht verstanden. Einmal in einer Versammlung, quasi in einer Sitzung, habe ich gesagt: ‚Das ist nicht sehr opportun, dass wir alles kopieren, auch wenn’s dort gut ist.‘ Da habe ich eine auf den Deckel bekommen, dann habe ich nichts mehr gesagt.“

2.4.3 Weibliche Realitäten

Nach diesem eher allgemeinen, stark gesamtgesellschaftlich orientierten Überblick möchte ich jetzt den Blick auf die vielfältigen Erfahrungen richten, die Frauen innerhalb der KPÖ machten. Der Widerstand gegen den Faschismus etwa war (und ist) ein für die gesamte KPÖ wichtiger Identitätsbaustein. So spielte er auch für Frauen in der KPÖ eine große Rolle. Dies zeigt sich nicht nur in den als „Porträts“ von KPÖlerinnen getarnten Heldinnenerzählungen über antifaschistische Widerstandskämpferinnen (in der oben bereits erwähnten Publikation „Frauen der KPÖ“, 1989), sondern auch in den von mir geführten Interviews, in denen praktisch alle Frauen von ihren Erfahrungen im Kampf gegen den Faschismus sprachen. Auch Niederkofler (2007: S. 86f) führt aus, dass der BDFÖ sich zunächst auf Persönlichkeiten wie Rosa Kranz, Hedy Urach, Anna Winarsky oder Clara Zetkin bezog, die mit diesem Kampf verbunden sind, bevor begonnen wurde, sich stattdessen auf die Alte Frauenbewegung zu berufen (was nach der Umstrukturierung 1948 aus Gründen der Legitimation nötig wurde).

Doch was taten Frauen nach 1945 nun konkret in der KPÖ? Diese Frage lässt sich eher aus den Interviews beantworten. Ilse M. Aschner erzählt etwa, sie habe in Linz *„die Sektion, wo wir gewohnt haben, geleitet“*. In dieser Eigenschaft zählte es unter anderem zu ihren Pflichten, BewohnerInnen einer in der Nähe befindlichen Barackensiedlung zu betreuen. Es handelte sich, im heutigen Jargon, um „Sozialfälle“. Doch auch etwa der Wahlkampf oder die Suche nach UnterstützerInnen für politische Aktionen der KPÖ gehörten zum Aufgabenprofil. Eine andere Tätigkeit, die sie beschreibt, ist ihre Teilnahme am Oktoberstreik 1950: *„Ich bin nach Linz gekommen genau 1950, wo der Aufstand, oder wie immer man es nennen will, war ... Ich bin angekommen und empfangen worden von der Bund-Sekretärin, die gesagt hat: ‚So, jetzt gehst glei obi und setzt di auf die Straßenbahnschienen.‘ Und ich habe gesagt: ‚Naja, wort, i muass mi umziehen, i kann net mim Kostümchen mich auf ...‘ – ‚Des is ma wuascht. Jetzt gehst und setzt di auf*

die Schienen. ‘Mir war das so peinlich (lacht), richtig unangenehm, so etwas haben wir in Salzburg nie gehabt. Also habe ich mich auf die Schienen gesetzt, unter dem scheelen Blick der Bevölkerung und war schon eingefangen, war schon prädestiniert, im Bund zu arbeiten.’ Hannah Fischer (Interviewauswertung vergl. S. 126ff) erwähnt neben politischen Diskussionen und Lesekreisen die Volksstimme-Kolportage am Sonntag. Die ausführlichste Aufzählung liefert Lisa Markstein (Interviewauswertung vergl. S. 97ff): *„In der Partei habe ich die Volksstimme kolportiert. Bei den ersten Wahlen im Herbst 45 habe ich Listen lesen müssen und bin mit etwas Furchtbarem konfrontiert worden, nämlich, dass das kurrent geschrieben war. Ich konnte das überhaupt nicht lesen, also musste ich binnen einiger Tage das Kurrent zumindest lesen lernen. Ich habe Volksstimme kolportiert, ich war bei allen Wahlen aktiv ... Ich war zum Schluss, als die große Hoffnung war auf eine Erneuerung der Partei, sogar Gebietsobfrau hier bei uns im 22. Bezirk. [...] Was habe ich noch gemacht? Flugzettel ausgeteilt. Erster Mai natürlich, marschiert zu Fuß, von hier in die Stadt, das war unser großer Stolz, meiner und Heinz’ – mein Mann. Er hat immer die rote Fahne getragen oder ein Transparent und war auch sehr stolz.“* Eine Auffälligkeit besteht sicherlich darin, wie sehr das KPÖ-Engagement alle Lebensbereiche durchdrang, was für die Frauen auch mit der Tatsache einherging, dass sie über so gut wie keine Freizeit verfügten. Zudem waren offenbar meistens die Ehemänner ebenfalls Partei-Aktivisten und auch der Bekannten- und FreundInnenkreis war in dieser Hinsicht in der Regel relativ homogen. Ilse M. Aschner schildert, wie sie ihre Kinder als Babys einfach mit zur Arbeit nahm (ihre Tochter kam 1947 in Salzburg zur Welt, wo sie für die FÖJ arbeitete): *„In der Zwischenzeit habe ich meine Tochter zur Welt gebracht und wollte aber meine Arbeit nicht aufgeben. Ich habe das als nicht abendfüllend betrachtet, die Susi war ein unglaublich braves Baby. Ich konnte sie mitnehmen zu allen Versammlungen und Sitzungen und was immer da war. Sie ist in ihrem Wagerl gelegen, hat sich nicht gemuckst und war total brav, so dass ich sehr frei beweglich war.“* Auch bei ihrem neun Jahre später in Linz (wo sie für den BDFÖ arbeitete) geborenen Sohn ging sie gleichermaßen vor: *„Dann ist auch der Georgie geboren worden und ich habe ihn mitgenommen in die Arbeit. Die Leute haben das zwar furchtbar gefunden, dass ich die Kinder schon so indoktrinieren – das Baby im Kinderwagen muss schon kommunistische Parolen mitanhören –, aber es hat sehr gut geklappt. Ich habe lange und mit Vergnügen so gearbeitet.“*

Maria Verber thematisiert ihre Mehrfachbelastung explizit und nennt, wie weiter oben (S. 53f) bereits zu lesen war, diese auch als Grund für das Ende ihres Parteiengagements. Sie erinnert sich, dass es anderen Frauen ähnlich ging: *„Deine Großmutter war ja in Linz ... Sie musste auch noch anreisen. Sie hat noch dieses Problem gehabt, ich weiß, die Frauen haben das alle: ‚Ja, ich muss schon nach Hause laufen. Und*

das passiert ... Und dort ... “ Die bereits erwähnte „Parade-Tätigkeit“ Volksstimme-Kolportage betrachtet Verber ebenfalls unter dem Blickwinkel der Mehrfachbelastung von Frauen: *„Welche Frau, die gearbeitet hat, kann sich leisten, den ganzen Sonntag Vormittag Volksstimmen zu verkaufen. Die Idee ist verrückt! Hätte man die Männer schicken sollen, aber nicht die Frauen hauptsächlich.“* Die Partei hat eine Selbstaussbeutung politisch interessierter Frauen wohl nicht direkt „verlangt“ – sie hat sie aber gerne akzeptiert und durchaus davon profitiert. Maria Verber fand allerdings auch mit dem Ende ihrer Parteiarbeit keinen Weg aus der Zwickmühle Mehrfachbelastung: *„Jetzt habe ich zwar nicht mehr die Partei gehabt, die mich gehetzt hat, aber ein Substitut. Ich habe zwar Geld verdient, aber ich war frisch nicht da. Das war ständig mein Problem, das ganze Leben hindurch und ich glaube, es ist anderen auch so gegangen. [...] So wie in die Partei bin ich dann halt in den Beruf hineingewachsen. Ich konnte nie genau unterscheiden, was jetzt wichtig ist. Ist wichtig, dass mich die Partei irgendwo hinschickt oder auch, dass ich zum Dolmetschen gehe – jetzt war es das Dolmetschen? Oder ist es wichtig, dass ich jetzt zu Hause bleibe und mit meinen Kindern Mathematik lerne – was ich eh nicht konnte? Also, dieser Konflikt hat mich ständig begleitet. Zuerst war es der Konflikt mit der Partei, dann war es der Konflikt mit dem Beruf. Und das hat mich beinahe genauso getroffen, dass ich nicht imstande war, den zu lösen. Nicht nur ich, Unzählige ...*“

2.4.4 Auseinandersetzung mit Hausarbeit

Heidi Niederkofler (2007: S. 96–100) beschäftigt sich mit einer 1948 in der „Stimme der Frau“ erschienenen Artikel-Reihe „Ist das ‚Ewigweibliche‘ ewig?“, denn diese Diskussion war eine der wenigen theoretischen Auseinandersetzungen mit dem Geschlechterverhältnis, die heute nachvollziehbar sind (ebd.: S. 97): *„Das ‚Wesen der Frau‘ war das bestimmende Thema in der oben erwähnten Artikelserie ‚Ist das ‚Ewigweibliche‘ ewig?‘. Wie der Titel bereits nahe legt, ging es dabei um eine Dekonstruktion der Vorstellung, dass Weiblichkeit bzw. Frau eine geschichtslose Konstante sei. Die Hauptbotschaft der Serie ist, dass eine ‚Befreiung der Frauen‘ erfolgt sei: Fortschrittsgläubig vertraten die Autorinnen die Idee von einer sich linear zu einer besseren Zukunft hin entwickelnden Geschichte. [...] Im Rahmen der Serie ging es darum festzustellen, wie sich die Stellung der Frau verändert hatte und was dies bedeutete. Nachdem anfangs eher Artikel von Frauen aus dem öffentlichen Leben abgedruckt wurden, die ein Plädoyer für die weibliche Berufstätigkeit abgaben, wurden später anonyme Leserinnenbriefe veröffentlicht. In diesen wurden Berufstätigkeit und Mutterschaft sehr viel kontroverser diskutiert. Die*

Serie endete recht abrupt etwa sieben Wochen nach dem Beginn: Ich interpretiere dies dahingehend, dass die nunmehrige Richtung nicht den Erwartungen der Redaktion entsprach bzw. zu umstritten war.“ Auch die Grenzen der Gleichberechtigungs-Diskussion innerhalb der KPÖ werden in diesem Zusammenhang deutlich (ebd.: S. 99f): „Eindeutigkeit bestand jedenfalls darüber, was Gleichberechtigung nicht heißen könne. Eine Autorin formulierte das folgendermaßen: ‚Das heißt aber nicht, dass wir Männer werden wollen. Keine Nachahmung des Mannes kann uns gleichstellen.‘ Die Vermännlichung der Frau war auch für die KPÖ-Frauenorganisation das Schreckgespenst, von dem es sich zu distanzieren galt.“

Einige Anmerkungen Heidi Niederkoflers zum Verlauf der Diskussion rund um die Artikelserie (ebd.: S. 98): *„In der ersten Nummer wurde die Berufstätigkeit von Frauen positiv hervorgehoben, da sie ihnen eine größere Selbständigkeit und Ausgeglichenheit bringe. Berufstätige Mütter seien demnach für das Familienleben mit Kindern und Männern eine Bereicherung. Ein offener Punkt im Text war, in welcher Form die Hausarbeit organisiert werden könne. Die Autorin plädierte für die Vergesellschaftung der Hausarbeit nach sowjetischem Beispiel, damit die Frau von dieser entlastet sei. [...] Die gesellschaftliche Organisation der Hausarbeit und die Berufsarbeit der Frau galten nach dieser Darstellung als Voraussetzung für die ‚Befreiung der Frau‘. Aussagen wie diese stellten eine Ausnahme in der publizierten Position der kommunistischen Frauenorganisation dar: Die nicht-private Organisation der Hausarbeit war kein öffentlich diskutiertes Thema. Die Position ist jener in der Ersten Republik vergleichbar: Frauen wurden damals vom KPÖ-Frauenreferat vordergründig als Berufstätige angesprochen, die weibliche Zuständigkeit bzw. die Nicht-Zuständigkeit von Männern für Haus- und Familienarbeit war unbestritten. Die Idee der Kollektivierung der Haus- und Familienarbeit wurde bereits in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre fallen gelassen. Als ‚befreite‘ Frau galt die berufstätige und gleichberechtigte Frau, so der Tenor in der Reihe ‚Ist das ‚Ewigweibliche‘ ewig?‘. Um gängigen Vorurteilen vorzubeugen wurde wiederholt betont, dass Gleichberechtigung weder Kinderlosigkeit noch Partnerlosigkeit impliziere. Die ‚Funktion der Frau als Mutter der Kinder‘ bleibe auch in gleichberechtigten Beziehungen aufrecht, und die gleichberechtigte Frau werde sich eben von der ‚Sklavin‘ zur ‚Partnerin‘ des Mannes wandeln. Einen Bruch mit der bisherigen inhaltlichen Linie der Reihe stellte die Stellungnahme von Maria P. aus Wien dar: Sie charakterisierte das Leben als Hausfrau und Mutter als gänzlich erfüllt [...]“*

Die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern im Bereich Haushalt und Kinder wurde also gar nicht in die Diskussion eingebracht (ebd.: S. 99f): *„Zumindest anfänglich war die Berufstätigkeit der Frau in der Serie ‚Ist das ‚Ewigweibliche‘ ewig?‘ die Ga-*

rantie für die weibliche Gleichberechtigung. Diese frauenpolitische Position des BDFÖ wurde mit großer Vorsicht nach Außen vermittelt: Zwar wurde gleicher Lohn für gleiche Arbeit gefordert, doch gerade die Vereinbarkeitsproblematik von Beruf und Familie war kein Thema, das in der KPÖ offensiv diskutiert worden wäre. Am ehesten war dies der Fall bei der Forderung nach dem sogenannten ‚Wirtschaftstag‘ für Frauen. Berufstätigen Frauen sollte ein bezahlter freier Tag im Monat zuerkannt werden, an dem sie die Gelegenheit hätten, umfangreichere Haushaltsarbeiten zu erledigen. Wie selbstverständlich ging die kommunistische Frauenorganisation davon aus, dass Frauen für Haushalt und Kinder zuständig seien. Eine Aufteilung der Haus- und Erziehungsarbeit zwischen den Geschlechtern war kein Thema. Frauen wurde – allen Forderungen nach Gleichberechtigung zum Trotz – eindeutig die Verantwortlichkeit von Haushalt und Familie zugewiesen. Die kommunistische Frauenorganisation setzte sich weder für die Vergesellschaftung der Hausarbeit ein, noch für eine Umverteilung zwischen den Geschlechtern, sondern recht konventionell für die öffentliche Finanzierung der privatisierten Leistung in Form des Wirtschaftstags. Der Wirtschaftstag war in Österreich nach 1945 nicht in den Kollektivverträgen verankert, sondern als Sozialgesetz an die Ausführungsbestimmungen der Länder gebunden. Eine generelle Durchsetzung konnte nicht etabliert werden. Einzelne Unternehmen wie z.B. die Wiener Polizei oder die Gemeinde Wien hatten den monatlichen Wirtschaftstag für die weiblichen Beschäftigten gesetzlich verankert. 1946 bzw. 1950 wurde er abgeschafft, häufig mit dem richtigen Hinweis, es handle sich um eine Einführung aus der Zeit des Nationalsozialismus. Handlungsanleitend und unterstützend für die wiederholten Forderungen der kommunistischen Frauenorganisation nach einer gesetzlichen Verankerung des Wirtschaftstags für haushaltsführende Frauen war sicherlich das Vorbild der KPD in der sowjetisch besetzten Zone in Deutschland, die den ‚Hausarbeitstag‘ als Politikum einsetzte, um angesichts des geringen weiblichen Mitgliederanteils und Wählerinnenpotentials mehr Frauen zu gewinnen.“

Ein erdrückendes Indiz dafür, dass sich (nicht nur) die Sicht auf Hausarbeit bis 1974 im Großen und Ganzen nicht geändert hat, ist der folgende Diskussionsbeitrag von Heli Höllisch bei der frauenpolitischen Konferenz (KPÖ 1974: S. 72): „Die momentane Möglichkeit der Mitarbeit dieser Frauen [berufstätiger Mütter, Anm.] scheint sehr gering zu sein, da sie ja kaum über Freizeit verfügen. Aber das muß doch nicht so sein. Das liegt an der Einstellung unserer Genossen. Wenn nun einmal wirklich jeder Genosse alle zwei Wochen einmal [sic!] die Kinder füttert, badet, zu Bett bringt und die Wohnung in Ordnung bringt, hat die Frau Zeit, sich in unserer Frauenorganisation politisch zu schulen. Und er hat die Möglichkeit, mit seiner Frau zu diskutieren, und die Frau wird Verständnis für die politische Arbeit des Mannes haben. Nur wenn beide Partner [sic!],

Mann und Frau, politisch tätig sind, werden die Kinder der aktiven Genossen richtig erzogen werden und auch die Väter Zeit für die Kinder haben. Unsere Kinder sollen die Genossen [sic!] von morgen sein. Um sie ordentlich zu erziehen, sollen auch alle Gattinnen aktiver Genossen aktive Genossinnen werden. Ich kenne den Zeitmangel der berufstätigen Mutter und ich weiß, daß die aktive Arbeit der berufstätigen Frau ihr Hauptgewicht auf Schulung und Agitation zu legen hat. Doch hat man [sic!] ein Kind, hat man [sic!] auch schon einen Anknüpfungspunkt, um mit anderen zu diskutieren. Werden die Kinder größer, so werden auch die Möglichkeiten der berufstätigen Mütter zur Mitarbeit größer. [...] Es sollte die Parteiorganisation jedes Bezirkes die möglichen Genossen ansprechen, vielleicht am besten bei einem Vortrag, und ihnen nahelegen, mit ihren Frauen zu diskutieren und ihnen die Möglichkeit einzuräumen, auch selbst sich auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu schulen. Es müßte doch möglich sein, in Zusammenarbeit zwischen Partei und Frauenorganisation in jedem Bezirk eine Gruppe junger und jung gebliebener politisch interessierter Frauen und Genossinnen zu bilden. Sicherlich ist das eine schwierige Arbeit. Es ist nun einmal nicht möglich, Frauen plötzlich ohne die geringste politische Vorschulung in die Leitungsarbeit einzugliedern.“

2.4.5 Frauenpolitik und Feminismus

Als zwei zentrale Aktivitäten der im Rahmen der KPÖ organisierten Frauen bespricht Heidi Niederkofler (2007: S. 74f) die Abtreibungsgesetzgebung und das Friedensengagement: *„Die Aktivitäten des ‚Zentralen Frauenkomitees‘ der KPÖ und des späteren BDFÖ waren breit gefächert: Das Engagement für die Reform des Ehe- und Familienrechts, die Reform der Gesetzgebung betreffend den Schwangerschaftsabbruch, gleicher Lohn für gleiche/gleichwertige Arbeit, die Forderung nach dem bezahlten Wochentag, das Postulat für Frieden und Abrüstung, Regelungen betreffend die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf waren nur einige der Anliegen. Von der Vielzahl der vom BDFÖ initiierten Aktivitäten möchte ich zwei genauer behandeln, und zwar die Auseinandersetzung um die Reform des Gesetzes zum Schwangerschaftsabbruch (§ 144) und das friedenspolitische Engagement des ‚Bundes‘. Folgende Gründe waren ausschlaggebend für diese Auswahl: Der Paragraph 144 war in den ersten Nachkriegsjahren ein umstrittenes Thema für die kommunistische Frauenpolitik. In der Ersten Republik positionierte sich die KPDÖ in Differenz zur SDAP und trat für eine Abschaffung des § 144 ein, in der Zweiten Republik hingegen versuchte die KPÖ zumindest in der Zeit als Regierungspartei eine Position zu finden, die von einer gesellschaftlichen Mehrheit akzeptiert werden könnte. Das Friedensengagement hingegen bezeichne ich als das zen-*

trale Thema des BDFÖ: *Es war ein wesentlicher Impuls zur Gründung der Organisation, hatte eine wichtige identitätsstiftende Funktion und war das Anknüpfungsmoment für die internationale Kooperationen, die mit dem innenpolitischen Bedeutungsverlust des BDFÖ wie auch der KPÖ immer zentraler für den ‚Bund‘ wurden.*“ Die KPÖ und der BDFÖ traten nicht mehr für eine Streichung des § 144 ein, sondern für dessen Abänderung im Sinne medizinischer sowie auch sozialer Indikation. Wie Niederkofler (ebd.: S. 76) schreibt, wurde kritisiert, „*dass Abtreibungen mit den entsprechenden finanziellen Mitteln trotz gesetzlichem Verbot durchgeführt würden. Abtreibung wurde demnach als ökonomische Frage beurteilt, was sich auch im Begriff ‚Klassenparagraph‘ manifestierte. Damit wurde Bezug auf einen Topos genommen, der bereits in der Ersten Republik Teil der Rhetorik war und in der Rede um den § 144 bis in die 1970er Jahre verwendet wurde. Erst in den siebziger Jahren veränderte sich die Position des BDFÖ von der Forderung nach sozialer Indikation hin zur Fristenlösung, und damit vom theoretischen Erklärungsansatz des Klassengegensatzes hin zu dem der Geschlechterdifferenz.*“

Zum friedenspolitischen Einsatz schreibt Niederkofler zusammenfassend (ebd.: S. 78f): „*Das Friedensengagement des BDFÖ konzentrierte sich auf die Forderung nach Rüstungsbeschränkungen, nach dem Verbot von Atomwaffen, gegen die Wiedereinführung des Bundesheeres und gegen Treffen ehemaliger Wehrmachtssoldaten. Um diese Anliegen öffentlich zu machen, berichtete der BDFÖ in einer Ravag-Sendung [Österreichischer Rundfunk, damals noch nur Radio, Anm.], organisierte Friedenskundgebungen und rief zu Unterschriftensammlungen auf. Eine der ersten Aktionen, die der BDFÖ im friedenspolitischen Bereich in Österreich durchführte, war eine von der IDFF 1948 initiierte Unterschriftensammlung für den Appell für Rüstungsbeschränkungen und ein Verbot der Atomwaffen, gerichtet an die Vollversammlung der UNO. In den folgenden Nummern der ‚Stimme der Frau‘ wurden weitere Aufrufe abgedruckt; um die Mobilisierung voranzutreiben wurden Kundgebungen mit Prominenten und Großkampftage organisiert. Die Bemühungen dürften recht erfolgreich verlaufen sein, denn bereits im Januar 1949 wurden 100.000 Unterschriften gezählt.*“ Wie sich das friedensbewegte Engagement in das Frauenbild der KPÖ einfügte, führt Niederkofler an anderer Stelle aus (ebd.: S. 100f): „*Die Forderung nach Frieden hatte eine starke geschlechtsspezifische Komponente, da Frauen, und im speziellen Mütter, damit konnotiert wurden. Das Friedensengagement wurde als den Frauen und Müttern innewohnend begriffen bzw. ihnen als Pflicht nahe gelegt. Nicht zufällig wurden Frauentage teilweise zu Kundgebungen für den Frieden, vor allem in den vierziger und zu Beginn der fünfziger Jahre. Eine ‚wesensmäßige Nähe‘ zwischen Frauen bzw. Müttern und Frieden wurde behauptet, die vielfach nicht erklärt wurde, sondern deren ‚Selbstverständlichkeit‘ und ‚Natürlichkeit‘*

gerade durch die unhinterfragte Nennung hergestellt wurde. Frauen wurde in den entsprechenden Texten und Aufrufen vor allem der Part der friedliebenden Mutter zugewiesen. [...] Die politische Zielsetzung (Abrüstung, Entmilitarisierung, dauerhafter Frieden) wurde eng mit der symbolischen Bedeutung von Mütterlichkeit verbunden. Frauen wurden undifferenziert als Mütter angesprochen: Das Konzept Mutterschaft konnte allen Frauen zugeschrieben werden, ungeachtet der Tatsache, ob sie Kinder hatten oder nicht: Mütterlichkeit wurde demnach mit dem Frau-Sein gleichgesetzt. Frauen wurden aber auch konkret als potentielle Soldatenfrauen und -mütter angesprochen [...] Durch die Adressierung aller Frauen als Mütter und Österreicherinnen fand eine Streichung möglicher Differenzen statt, die einem gemeinsamen Handeln eventuell entgegen gestanden hätten. Die Anrufung erfolgte auf der Ebene naturalisierter Zuschreibungen wie Mütterlichkeit und nationale Zugehörigkeit. Eine besondere Prägung erhielten friedenspolitisches Engagement und Antimilitarismus dadurch, dass sie zunehmend mit Nationalbewusstsein verbunden wurden.“

Auch bei der frauenpolitischen Konferenz 1974 werden inhaltliche Schwerpunkte der „Frauenarbeit“ der Partei erwähnt. Das Thema Abtreibung etwa wird sehr ähnlich diskutiert, wie es Niederkofler für die 1950er-Jahre ausführt, nämlich mit dem Schwerpunkt auf der sozialen Ungerechtigkeit des § 144. Maria Grubauer schildert den Fall einer jungen sozial schwachen Burgenländerin, die noch wenige Wochen vor Inkrafttreten der Fristenlösung wegen einer illegalen Abtreibung verurteilt wurde (KPÖ 1974: S. 66f): *„Ich habe diesen Fall noch einmal so ausführlich geschildert, weil er zeigt, welche Frauen eigentlich vom Abtreibungsparagraphen betroffen werden. Es sind arme Frauen, die weder über das Geld noch über die Beziehungen verfügen, einen Schwangerschaftsabbruch sachgemäß durchführen zu lassen. Noch nie ist eine reiche Frau wegen Abtreibung vor dem Richter [sic!] gestanden. Wir Kommunisten [sic!] sind immer für die Abschaffung des Klassenparagraphen eingetreten, haben die Gleichstellung des Schwangerschaftsabbruches mit dem Krankheitsfall gefordert und fordern dies weiterhin. Außerdem verlangen wir: Keine Verurteilung mehr nach dem Paragraphen 144 in diesem Jahr! Natürlich ist vorbeugen besser als abtreiben. Das erscheint mir sehr wichtig in unserer Argumentation. Wir haben konkrete Forderungen. Jeder Mutterberatungsstelle (besonders auf dem Land) muß eine Aufklärungs- und Beratungsstelle über die Schwangerschaftsverhütung angegliedert werden; kostenlose Abgabe der Pille und anderer Verhütungsmittel sowie wissenschaftliche Sexuaufklärung in der Schule.“*

Irma Schwager geht in ihrem sehr ausführlichen Beitrag unter anderem auf die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt als einen weiteren frauenpolitischen Schwerpunkt der KPÖ ein. Dieser Themenkomplex hatte wahrscheinlich in den 1970ern eine größere

Bedeutung in der öffentlichen Diskussion als in den 1950ern (ebd.: S. 18ff): „So wie in allen kapitalistischen Ländern kann auch bei uns, obwohl in der Verfassung verankert, keine Rede von einer Verwirklichung der Gleichberechtigung oder gar von den gleichen Entwicklungsmöglichkeiten der Frau sein. Die Frauen müssen zwar sehr viel in Familie, in Stadt und Land, im Beruf leisten, aber ihre Stellung in der Gesellschaft entspricht in keiner Weise ihrer effektiven Rolle [...] Eine bemerkenswerte Studie des Wirtschafts- und Sozialbeirates bestätigt, daß die Frauen unseres Landes Objekte besonderer Ausbeutung sind – in der Bezahlung, in der Ausbildung, in den Aufstiegsmöglichkeiten – und daß sie durch den Mangel an sozialen Einrichtungen doppelt und dreifach ausgebeutet und belastet werden. Die Studie stellt fest, daß Frauen um ein Drittel weniger verdienen als Männer. Und das ist nur zum Teil auf ihre geringere Qualifikation zurückzuführen, sondern auch darauf, daß typische Frauenarbeit geringer gewertet wird. Aber auch bei gleicher Qualifikation werden die Frauen niedriger eingestuft und bezahlt. [...] Die bisher nur ungenügend bekämpfte Ungleichheit der Bezahlung von Frauen und Männern bedeutet nichts anderes als die Aufrechterhaltung einer zusätzlichen Profitquelle für das Kapital und damit verschärfte Ausbeutung der ganzen Arbeiterklasse [sic!]. Daher ist unser Kampf um die Durchsetzung des Grundsatzes ‚gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit‘ ein Kampf für die materielle Besserstellung der Arbeiterklasse [sic!] insgesamt. In den Produktionszweigen, in denen überwiegend Frauen beschäftigt sind – Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie – sind die Löhne besonders niedrig, so daß in diesen Betrieben auch die beschäftigten Männer davon betroffen sind. [...] Natürlich hängt der Beruf sehr eng mit der Bildung und Berufsausbildung zusammen. Tatsache ist, daß unser ganzes Bildungssystem die Mädchen besonders benachteiligt. Daß man [sic!] schon beim zehnjährigen Kind entscheiden muß, in welche Schule es weiter gehen soll, schafft bekanntlich für Arbeiter- und Bauernkinder [sic!] in der Praxis fast unüberwindliche Barrieren. [...] Unser Kampf gegen das Bildungsprivileg, für die demokratische Gesamtschule und für einen durchgehenden polytechnischen Unterricht ist [...] von ganz besonderer Bedeutung für die Mädchen. Entschieden müssen wir gegen die einseitige Lenkung auf sogenannte Frauenberufe und für eine Erziehung eintreten, die Buben und Mädels vom Kindergarten an gleich behandelt und später gleiche Bildungsmöglichkeiten schafft. Wenngleich durch die bessere Ausbildung der Frau die Wurzel ihrer Diskriminierung nicht beseitigt werden kann, so ist doch der Kampf um bessere Bildung und Berufsausbildung und Qualifizierung von größter Bedeutung um den Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen. Die mangelnde Qualifikation großer Massen von Frauen in allen kapitalistischen Ländern ist aber nicht die Ursache, sondern die Folge ihrer Diskriminierung. Solange es keine Alternativen zu den bestehenden Ausbildungsplänen gibt, solange eine systematische staatliche Förderung der weiblichen Ausbildung fehlt,

solange nicht die Voraussetzungen geschaffen werden, die es der berufstätigen Mutter ermöglichen, weiterzulernen, sich zu qualifizieren, gibt es keine gleichen Rechte für die Frauen. Immer noch wird der Lohn der Frau als Nebenverdienst angesehen. Frauenlohnarbeit als Zusatzarbeit entspricht den Interessen der kapitalistischen Wirtschaftspolitik, weil sie billig ist, und je nach Beruf wieder entlassen werden kann.“

Heidi Niederkofler befasst sich neben der Frauenpolitik auch mit der Frage, welche Position BDFÖ und KPÖ im Spannungsfeld zwischen Gleichheits- und Differenzfeminismus einnahmen. So heißt es etwa (Niederkofler 2007: S.96f): *„In der kommunistischen Frauenorganisation wurde die – vor allem in Bezug auf die Sowjetunion wiederholt genannte – Gleichberechtigung der Geschlechter vertreten. Dies zeigte sich in verschiedenen Forderungen, die sich vor allem auf die Einführung der gesetzlichen Gleichstellung in der Arbeitswelt und im Ehe- und Familienrecht bezogen. Auffallend ist allerdings, dass unterhalb dieser gleichheitsorientierten Oberfläche sehr wohl ein differenzorientiertes Denken vorhanden war, das sich vor allem in konkreten Auseinandersetzungen zum Geschlechterverhältnis äußerte. Auf dieser Ebene versuchte die kommunistische Frauenorganisation den gesellschaftlichen Konsens zu treffen. Dies geschah vor allem dadurch, dass Frauen traditionelle geschlechtsspezifische Eigenschaften und Zuständigkeiten zugeschrieben wurden, die teilweise einem gleichheitsorientierten Ansatz widersprachen.“* Und ganz am Ende des Kapitels (ebd.: S. 103): *„Die geschlechterpolitische Position des BDFÖ in Hinblick auf Frauen war geprägt von einer oberflächlichen gleichheitsorientierten Haltung, bezüglich der hier vorgestellten konkreten Politiken betreffend die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Friedenspolitik waren jedoch differenzpolitische Positionen vorherrschend. Frauen wurde eindeutig die Zuständigkeit für Haushalt und Familie zugeschrieben, sowie die Pflicht zum friedenspolitischen Engagement. Die Identitätsposition, mit der diese Zuschreibungen bevorzugt verbunden wurden, war jene der Mutter. Der BDFÖ schloss sich in seinen politischen Äußerungen den gesellschaftlich privilegierten Weiblichkeitsentwürfen an, marginalisierte Positionen wurden in der KPÖ-Frauenorganisation kaum vertreten.“*

In Irma Schwagers Redebeitrag bei der frauenpolitischen Konferenz findet sich ein Abschnitt (von weniger als einer Seite Länge), der hintereinander differenz- und gleichheitsfeministische Ansätze kritisiert (KPÖ 1974: S. 18): *„Früher hat man [sic!] von den klassischen 3 K für die Frau gesprochen: Küche, Kinder, Kirche. Heute geht das nicht mehr. Man [sic!] redet daher von der Partnerschaft [sic!] und kleidet die Unterdrückung der Frau in andere Worte. Man [sic!] will die Frau auf die ‚typischen weiblichen Bereiche‘ festlegen, die weder etwas mit ihrer sozialen noch mit ihrer ökonomischen Rolle zu tun haben. Man [sic!] billigt dem schwachen Geschlecht, das man [sic!] vorgibt, be-*

schützen zu müssen, große Tugenden im Gefühlsleben zu. Zärtlichkeit, Opferbereitschaft usw. Verstand und Logik aber werden für die Männer reserviert. Von dieser konservativen Einstellung, die die Frau ausschließlich als Gattin und Mutter sieht, ist es nicht mehr weit zu der Beschuldigung berufstätiger Frauen, daß sie für Unstimmigkeiten in der Ehe, für schlechte Schulresultate der Kinder, für das Anwachsen der Jugendkriminalität und der Trunksucht verantwortlich seien. [...] Oder es werden von Wohlmeinenden die Vorurteile der Männergesellschaft als Hauptgrund für die Diskriminierung der Frau angeführt wie bei der letzten Frauenkonferenz der SPÖ. Gewiß, rückständige Ansichten über die Frauen gibt es mehr als genug, aber die Ursachen für die Benachteiligung der Frau – und für diese Vorurteile – liegen tiefer. Sie haben ihre Wurzeln im kapitalistischen System, das an dieser Benachteiligung und Diskriminierung der Frau verdient. Außer der Theorie, daß sich die Frau nur befreien kann im Kampf gegen den Mann statt gegen das kapitalistische System, gibt es auch noch Anschauungen, die die Gleichberechtigung mit der Gleichheit von Mann und Frau verwechseln und die spezifischen Probleme der Frau ignorieren respektive verneinen. Die Anerkennung der sozialen Funktion der Mutterschaft durch Maßnahmen, die dieser Funktion entsprechen, bedeutet nicht die Schaffung von Privilegien für die Frauen, wie manchmal auch von Gewerkschaftsfunktionären [sic!] gesagt wird, sondern bedeutet Aufhebung der Benachteiligung der Frau. Im Zusammenhang mit diesen vielfältigen Ansichten und Theorien zum Thema Emanzipation der Frauen ist es wichtig, daß wir Kommunisten [sic!] die Wirklichkeit zeigen und die Bedingungen, unter denen die Frau von heute in Österreich lebt.“ Vielleicht ist es unter anderem diese recht ambivalente Haltung, die zur Skepsis vieler Frauen gegenüber der KPÖ-Frauenbewegung beitrug. Im Interview formulierte Hannah Fischer es so: „Die Frauenbewegung hat mich nie angesprochen. Ich sehe schon ein, dass die was gebracht hat, aber ich persönlich finde, dass das Geschlecht unwesentlich ist in Bezug auf den Menschen. Weil das kann sich ja keineR aussuchen. Ich habe sie immer unterstützt, aber mich da einzubringen, das war nicht meins.“

2.4.6 Fazit

Innerhalb der KPÖ waren Frauen mit sehr wirksamen Ausschlussmechanismen konfrontiert. Ihre Anliegen waren marginalisiert, ihre Aktivitäten und Kräfte sollten möglichst nur im Rahmen der Frauenorganisation genutzt werden, die wiederum in wichtigen Punkten (inhaltlich, finanziell) von der KPÖ bestimmt wurde. Zudem war der überwiegende Großteil der Führungspositionen von Männern besetzt. Überhaupt schienen Parteifunktionen (außer im BDFÖ) eher Männern vorbehalten gewesen zu sein – wie je-

doch gezeigt wurde, leisteten Frauen einen unentbehrlichen Beitrag in der Parteiarbeit. Konsequenterweise sind auch in der publizierten Literatur Frauen in der KPÖ weitgehend unsichtbar – bis auf wenige Ausnahmen, die sich dann allerdings dezidiert und exklusiv mit Frauen befassen. Auch die Wahrnehmung der/von den KPÖlerinnen ist in diesem Kontext zu sehen. Zu einem guten Teil wurden Frauen offenbar als defizitär wahrgenommen. Sie wurden als bedauernswerte Opfer des Kapitalismus repräsentiert, die von der Ausbildung bis zur Pension durch das kapitalistische System benachteiligt sind. Aufgrund dessen mangelte es ihnen auch an politischer Bildung und politischem Verständnis. Andererseits wurde ihnen zugeschrieben, politisches Engagement in der KPÖ trotz Mehrfachbelastung aufrechterhalten zu können. Allem Anschein nach gab es auch einen gewissen Konsens darüber, wie wichtig die Frauen für die „Kleinarbeit“ in der Partei waren. Das heißt, es wurde wohl von gewissem Eifer und Belastbarkeit ausgegangen, gleichzeitig aber nicht von einer Eignung für Leitungspositionen. Zudem ist festzustellen, dass sich (im relevanten Zeitraum) auch keine ausgeprägte feministische Identität herausgebildet hat – möglicherweise durch die Unterordnung des Kampfs für Frauenanliegen unter den Klassenkampf. Es wurde ein Spagat zwischen möglichst „massenkompatiblen“ frauenpolitischen Ansichten und frauenbewegtem Kampf versucht – aber nicht geschafft.

2.5 Politische Partizipation von Frauen

Zu Beginn der Einführung in ihr Studienbuch „Politische Partizipation von Frauen. Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik“ stellt Beate Hoecker zusammenfassend dar, wie der gesellschaftliche Ausschluss von Frauen aus der Politik funktioniert (1995: S. 16): *„Die Marginalität von Frauen in der politischen Öffentlichkeit ist eng verbunden mit der tradierten gesellschaftlichen Geschlechterideologie, wonach Frauen vorrangig für den familialen Bereich, Männer dagegen für den außerfamilialen Bereich zuständig sind. Da Frauen zudem erst wesentlich später als Männer politische Rechte erhielten, hatten sie als ‚Nachzüglerinnen‘ nur geringe Chancen, ‚die Formen politischer Arbeit, die Regeln des politischen Umgangs und die Definition politischer Probleme mitzubestimmen.‘ [Waltraud Cornelißen, Anm.] Eine Beteiligung an der Lösung gesellschaftlicher Fragen im politisch-administrativen System führte – und führt noch heute – zu einer Konfrontation mit Regeln, ‚die sich eine vorwiegend männliche Elite selbst gegeben hat.‘ [Waltraud Cornelißen, Anm.] Daß diese Erfahrungen das Interesse von Frauen an institutionalisierter Politik und damit zusammenhängend auch ihre politischen Beteiligungsformen beeinflussen, ist offensichtlich.“*

2.5.1 Ein Überblick

Die Definition von politischer Aktivität fällt laut Hoecker folgendermaßen aus (ebd.: S. 17): *„In modernen Industriegesellschaften sind gesellschaftliche und politische Sachverhalte heute dermaßen miteinander verflochten, daß nahezu ‚jedes Handeln, auch innerhalb eines explizit nicht-politisch abgegrenzten Umfeldes, politische Dimensionen im Sinne von politischer Bedeutsamkeit annehmen‘ [Max Kaase, Anm.] kann. Ein solch weit gefaßter Begriff von politischer Partizipation, der letztlich jedes soziale Handeln von Menschen erfassen würde, trägt allerdings nur wenig zur definitorischen Klärung bei; aus diesem Grunde wurde er so präzisiert, ‚daß darunter nur solche Handlungen gefaßt werden, die motivational (im Sinne von zweckrational) bewußt mit der Erreichung eines politischen Ziels verknüpft sind.‘ [Max Kaase, Anm.] Nach der in der Literatur eingeführten Definition sind unter politischer Beteiligung somit jene Verhaltensweisen von Bürgern/Bürgerinnen zu verstehen, ‚die sie allein oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluß auf politische Entscheidungen auszuüben.‘ [Max Kaase, Anm.]“*

In diesem Zusammenhang wichtig ist, dass es verschiedene Faktoren gibt, die die Möglichkeiten politischer Partizipation beeinflussen (ebd.: S. 19): *„Politische Aktivitäten finden offenkundig ‚nicht selbstinduziert im gesellschaftlich-politisch luftleeren Raum statt‘ [Max Kaase, Anm.], sondern sie unterliegen vielmehr bestimmten Einflußfaktoren. Die Partizipationsforschung hat hier die Bedeutung von situativen Elementen, z.B. im Sinne von mobilisierenden Ereignissen, als auch von Gruppeneinbindungen herausgestellt. Daneben spielen aber auch subjektive Einstellungen aus dem Bereich der politischen Kultur insofern eine wichtige Rolle, als sie die Wahrnehmung von individuellen Handlungsspielräumen strukturieren. So gelten beispielsweise die Überzeugung von eigenen effektiven Handlungsmöglichkeiten sowie das Vertrauen in die eigene politische Kompetenz als wichtige Partizipationsbedingungen. Schließlich stecken zudem institutionelle Gegebenheiten, wie z.B. das Wahlsystem oder auch die Zulassung von Volksentscheiden, den Rahmen für die Mitwirkung der Bürger/Bürgerinnen an politischen Entscheidungen ab.“* Doch auch sozioökonomische Faktoren spielen eine Rolle (ebd.): *„Je höher der Bildungsstand, je qualifizierter der Beruf und je höher das Einkommen, um so größer ist die Chance für konventionelle politische Teilnahme.“* Hoecker führt aus (ebd.: S. 22f), dass politische Beteiligung von Frauen anhand dreier Argumentationsmuster legitimiert beziehungsweise gefordert wird: Erstens werden die *„generellen Mitwirkungsrechte im Rahmen der Demokratie“* herangezogen, denn jede gesellschaftliche Gruppe soll die Möglichkeit der demokratischen Vertretung haben; zweitens sollen Frauen auf-

grund ihrer „*Andersartigkeit*“ und ihrer Betroffenheit weibliche Interessen vertreten, die andernfalls nicht berücksichtigt würden; drittens geht die feministische Argumentation von einem „*Interessenskonflikt*“ zwischen Männern und Frauen aus, weibliche Interessen werden zugunsten männlicher unterdrückt. „*Radikale Feministinnen*“ hingegen lehnen jegliche institutionalisierte Partizipation zum Zwecke der Durchsetzung von Frauenanliegen ab.

Hoecker beschreibt drei Ansätze der Partizipationsforschung (ebd.: S. 24–28): Nach dem „*traditionellen Ansatz*“ sind Frauen politisch weniger interessiert, informiert und engagiert, was durch ihre geringere Präsenz in politischen Belangen und geringere Wahlbeteiligung deutlich wird. Hoecker (ebd.: S. 25): „*Als Erklärungen für diese Partizipationsunterschiede zwischen den Geschlechtern wurden zum einen der weibliche Lebenszusammenhang und die damit verbundenen Restriktionen aus den familiären Verpflichtungen sowie die spezifisch weibliche sozio-ökonomische Ressourcenausstattung, d.h. der im Vergleich zu Männern geringere Bildungsstand und die geringere berufliche Qualifikation von Frauen, betont, zum anderen auch die politischen Einstellungen von Frauen als Ergebnis einer geschlechtsspezifischen politischen Sozialisation.*“ Der „*radikale Ansatz*“ geht demgegenüber davon aus, dass Frauen politisch nicht weniger partizipieren sondern vielmehr anders. Hoecker (ebd.: S. 25f): „*Die enge Definition von Politik und die damit verbundene Fixierung auf das politisch-administrative System haben demnach den Blick dafür verstellt, daß sich das durchaus hohe politische Interesse von Frauen in anderen politischen Arenen und Aktivitäten niederschlägt; so waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede im unkonventionellen Bereich von Anfang an wesentlich geringer ausgeprägt und scheinen zudem tendenziell abnehmend. Folglich entspricht die Beteiligung von Frauen im legalen unkonventionellen Bereich, also z.B. in Bürgerinitiativen [sic!], Protestgruppen oder an Demonstrationen, in etwa der männlichen Beteiligung. [...] Max Kaase interpretiert diesen empirischen Befund so: ‚Frauen haben sich in der gegenwärtigen historischen Periode offenbar für die Sicht entschieden, daß ihre Mitwirkungschancen im konventionellen Bereich nach wie vor so blockiert sind, daß sich politisches Engagement – wenn überhaupt – nur im unkonventionellen Raum lohnt.‘ Die Tatsache, daß der unkonventionelle Bereich – im Gegensatz zum institutionellen Politikbereich als historisches Männerterritorium – ein ‚unbesetztes Gebiet‘ darstellt, dürfte diese Entwicklung mit forciert haben. [...] Birgit Meyer [...] fordert in Übereinstimmung mit der neuen Frauenbewegung eine Ablösung des traditionellen, auf Institutionen bezogenen Politikbegriffs durch einen weiten institutionell-übergreifenden Politikbegriff, ‚der potentiell alles (Private) auch als politisch wahrnimmt.‘“*

Den dritten, „*revisionistischen*“ Ansatz lehnt Hoecker ab (ebd.: S. 26f), da er die Gemeinsamkeiten männlicher und weiblicher politischer Partizipation betont und geschlechtsspezifische Unterschiede negiert – insbesondere, als es, nach diesem Ansatz, die „*Annäherung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen und Männern*“ ist, die „*inzwischen auch im politischen Bereich Geschlechterdifferenzen unerheblich*“ hat werden lassen (ebd.: S. 26). Vielmehr verbindet Hoecker die ersten beiden Ansätze (ebd.: S. 27): „*Geht man [sic!] davon aus, daß Frauen ein anderes/eigenes politisches Verhalten haben, so kommt man [sic!] dennoch nicht um die Feststellung einer im Vergleich zu den Männern geringeren politischen Beteiligung im konventionellen Bereich herum. Die Bevorzugung neuer Partizipationsformen sowie die Distanz gegenüber den institutionalisierten politischen Beteiligungsformen ist vielmehr gerade Ausdruck des weiblichen Partizipationsmusters.*“ Nicht nur der Ort (un/konventionell), sondern auch die Ausgestaltung politischen Engagements ist bei Frauen anders. Sie übernehmen in (konventionellen) politischen Organisationen andere Aufgaben und Rollen, sie konzentrieren sich auf anderen Inhalte und sie treffen andere Wahlentscheidungen. Hoecker bedient sich also eines „*erweiterten Politikbegriffes, demzufolge Frauen nicht generell politisch desinteressierter sind als Männer*“ und entwickelt ein Verständnis von der „*weiblichen politischen Partizipation als einer eigenen (und nicht abweichenden bzw. defizitären) Beteiligung*“ (ebd.: S. 28).

Hoecker führt aus (ebd.): „*Begreift man [sic!] das Geschlecht als ein Grundprinzip gesellschaftlicher Organisation, dann konstituiert ‚gender‘ nicht länger eine unabhängige Variable im Erklärungsmodell für politische Partizipation, vielmehr öffnet sich der Blick für die spezifische Determinationsstruktur des weiblichen Partizipationsverhaltens. So ist die politische Beteiligung von Frauen im wesentlichen abhängig von kulturellen, sozialstrukturellen sowie institutionellen Einflußfaktoren, die wiederum untereinander in einem komplexen Wirkungszusammenhang stehen.*“ In der Folge geht Hoecker ausführlich auf diese drei Einflussfaktoren ein (ebd.: S. 29–36). So schreibt sie etwa über die *politische Kultur* (ebd.: S. 29): „*Gesellschaftliche Orientierungen gegenüber der politischen Rolle von Frauen sowie die damit verbundenen Einstellungen zur weiblichen politischen Partizipation sind somit eingebettet in die politische Kultur und variieren im internationalen Vergleich je nach Kulturgefüge. So haben Frauen z.B. in einigen Nationen das Wahlrecht sehr früh und gemeinsam mit den Männern erhalten, in anderen dagegen erst mit zum Teil erheblicher Zeitverzögerung. Auch die Repräsentanz von Frauen im öffentlichen politischen Leben ist aus komparativer Sicht durchaus unterschiedlich. Gleichwohl lassen sich die verschieden ausgeprägten politischen Kulturen auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Sie alle sind patriarchale politische Kulturen.*“

Zu den *sozialstrukturellen Einflussfaktoren* (ebd.: S.33): *„Politische Partizipation ist nicht allein von prädispositiven Faktoren abhängig, sondern sie wird zugleich durch strukturelle und situative Faktoren bestimmt. Der individuelle sozio-ökonomische Status, konstituiert vorrangig durch Bildung, Beruf und familiären Hintergrund, hat entscheidenden Einfluß auf die Chancen für eine politische Beteiligung wie auch für eine politische Karriere. Seit Mitte der 60er Jahre läßt sich für Frauen ein sozialstruktureller Wandel nachweisen, der zu einer Steigerung des weiblichen Partizipationspotentials geführt hat. Hervorzuheben sind hier insbesondere die Bildungsausweitung, die Veränderung der Frauenerwerbstätigkeit sowie der weiblichen Lebenssituation.“* Zuletzt die *institutionellen Faktoren* (ebd.: S.35): *„[D]ie oftmals konstatierte Fremdheit von Frauen in der Politik [gründet sich] auf ihre geschichtliche Nicht-Teilhabe am Aufbau der bis heute geltenden Strukturen und Prozesse im politisch-administrativen System. Demgegenüber können Männer in der Politik den Vorteil in Anspruch nehmen, ‚sich als Teil einer kollektiv-männlichen Tradition, innerhalb der die heute gültigen Muster und Formen der Politik entstanden sind, (zu) erleben‘ [Bärbel Schöler-Macher, Anm.]. Neben den Strukturen des Parteien- und Regierungssystems kommt auch der Ausgestaltung des Wahlsystems eine zentrale Bedeutung zu.“*

2.5.2 Relevanz für die vorliegende Arbeit

Somit sind die Rahmenbedingungen für die politische Aktivität meiner Interviewpartnerinnen nun durch die vorangehenden Ausführungen abgesteckt – sie sind Kommunistinnen, Frauen und nach dem Verlassen der KPÖ nicht mehr Parteimitglieder. So sind sie auch dreifach unsichtbar:

1. In einer antikommunistisch eingestellten Gesellschaft als Kommunistinnen.
2. In einer sexistischen Gesellschaft und einer androzentristischen Partei als Frauen.
3. In einer institutionalistisch geprägten Politikwissenschaft als Nicht-Parteimitglieder.

Diese Unsichtbarkeit aufzuheben ist Ziel meiner Arbeit. Aus diesem Grund nahm ich mir auch die Zeit und den Raum für ausführliche deskriptive Teile, nicht nur im Rahmen des vorliegenden Hintergrund-Kapitels, sondern auch im Rahmen der folgenden Interview-Auswertung, deren wichtiger Bestandteil die Wiedergabe der authentischen Worte der Interviewpartnerinnen ist. Im ersten Teil der Arbeit wurde also die Darstellung der „objektiven Daten“ vorgenommen, die den strukturellen Rahmen für das

bilden, was die Interviewpartnerinnen erlebt haben. Im zweiten Teil der Arbeit folgt nun die Deskription der „subjektiven Identitäten“ der Ex-KPÖlerInnen, der sich – unter Rückgriff auf das Wissen um die zugrundeliegenden Strukturen – die Interpretation dieser Erzählungen anschließt. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf die bereits in der Einleitung (S. 2) formulierte Hypothese zurückkommen: *Auch nach dem Bruch mit der Partei gab es weiterhin politische Betätigung der ausgeschiedenen ehemaligen KPÖlerinnen, weil das Bedürfnis nach politischem Engagement in ihren Biografien verwurzelt ist.* Daraus ergibt sich folgende – mehrteilige – Forschungsfrage: *Waren die Frauen, die die KPÖ in Folge der Intervention der Warschauer Fünf in der ČSSR verließen, nach dem Verlassen der Partei noch politisch aktiv? Änderten sich die Art ihres politischen Engagements und dessen Bedingungen? Wie wirkte sich diese Änderung aus? Wie begründen die Frauen ihre weitere politische Aktivität?* Auf dieser Grundlage erfolgt die Beschäftigung mit den Interviews, aus denen heraus die eben gestellten Fragen zu beantworten versucht werden.

3 Ergebnisse der Interviews

3.1 Methodische Vorbemerkungen

Das Thema der Interviews ist zweifach motiviert: Einerseits durch den Wunsch, (mehrfach) Unsichtbares sichtbar zu machen, andererseits durch den Wunsch, die Wurzeln auch des eigenen politischen Handelns zu ergründen. Trotzdem darf der empirische Teil nicht den Rahmen der Diplomarbeit sprengen. Folgend eine kurze Skizze meines Vorgehens: Bei der Auswahl der Interviewpartnerinnen ging ich von meiner Großmutter aus, kontaktierte dann zwei Frauen, deren Namen mir im (erweiterten) Bekanntenkreis genannt worden waren und zuletzt zwei weitere, die in der für diese Diplomarbeit verwendeten Literatur vorkamen. Die Interviews führte ich verteilt über einen Zeitraum von etwa drei Jahren. Die Interviews waren offen, jedoch auch themenzentriert im Sinne meiner Forschungsfrage. Zwar stützte ich mich auf einen groben Leitfaden, um für die Antwort auf die Forschungsfrage wichtige Aspekte nicht zu vernachlässigen sowie in einem Versuch, vergleichbare Texte zu erhalten, grundsätzlich unterbrach ich aber nicht den entstehenden Erzählfluss. Die Fragen waren nicht vorformuliert und wurden auch in keiner bestimmten Reihenfolge gestellt, sondern an die Gesprächssituation angepasst. Auch die Auswertung fokussiert auf die Forschungsfrage. Trotz dieses thematischen Fokus versuchte ich doch, aufmerksam und offen auf die mir vorliegenden Erzählungen zuzugehen.

3.1.1 Interviewpartnerinnen

Meine erste Interviewpartnerin stand bereits bei der Entscheidung für das Thema der Arbeit fest: Meine Großmutter, Ilse M. Aschner. Das Interview mit ihr führte ich auch bereits in der Konzeptphase, es half mir, die Forschungsfrage zu konkretisieren. Am schwierigsten bei der Auswahl erschien mir zunächst die Tatsache, dass mir verschiedene Verwandte und Bekannte Namen nannten, von denen wiederum andere sagten, die betreffenden Frauen hätten die KPÖ gar nicht zum fraglichen Zeitpunkt verlassen. Außerdem erhielt ich vor allem Namen, aber keine Telefonnummern oder Ähnliches. Daher

beschloss ich als nächstes, Hannah Fischer zu kontaktieren. Sie war in den 1960ern die Lehrerin meiner Mutter gewesen – meine Mutter hatte auch ihre Kontaktdaten und es stand außer Frage, dass sie aus der Partei ausgetreten war. Danach kontaktierte ich Irma Schwager, die nach wie vor in der Partei ist, mir aber empfohlen wurde, da sie auch gute Kontakte zu ausgetretenen Frauen gehabt hätte und nach wie vor habe. Irma Schwager nannte mir den Namen der dritten im Bunde, nämlich Maria Verber (bei der sie sich vor Herausgabe der Kontaktdaten noch rückversichert hatte). Der Name war übrigens auch schon von anderweitig gefallen, die Telefonnummer erhielt ich aber erst von Irma Schwager. Die letzten beiden Interviewpartnerinnen sind in der Literatur erwähnt, die ich zu diesem Zeitpunkt bereits in das Hintergrundkapitel eingearbeitet hatte: Elisabeth (Lisa) Markstein ist die Tochter des langjährigen Parteivorsitzenden Kopleinig – ihre Kontaktdaten fand ich im Telefonbuch. Maria Zottl (Urban) ist mit Lisa Markstein befreundet, welche mich auch bei der Kontaktaufnahme unterstützte. Maria Zottl war lange Zeit die einzige Frau im Polbüro. Drei dieser Frauen waren zumindest eine Zeit lang Angestellte der KPÖ, allerdings mit teilweise recht unterschiedlichen Aufgabenbereichen. Charakteristisch für die Zeit der Anstellung war die Tatsache, dass dann ihr Engagement in der KPÖ mit ihrer Erwerbsarbeit zusammenfiel. Waren Frauen „nebenberufliche“ Aktivistinnen (wie zwei meiner Interviewpartnerinnen), waren sie durch die Notwendigkeit, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, in der Regel etwas weniger stark involviert. Bis auf Hannah Fischer waren alle Frauen mit (ehemaligen) KPÖ-Aktivisten verheiratet.

3.1.2 Zur Vorgehensweise beim Führen der Interviews

Wie bereits erwähnt, handelte es sich um offene Interviews. Angesichts des engen Zeitrahmens, den eine Diplomarbeit setzt, ist es jedoch nicht machbar, mehrere Stunden Stegreiferzählung auszuwerten, wie sie etwa aus einem „klassischen“ biografischen narrativen Interview resultiert. So nahm ich methodisch die Einschränkung vor, themenzentriert zu interviewen. Nach dem Pretest, für den sich meine Großmutter anbot, beschloss ich, folgende Einstiegsfrage beizubehalten: „Was hat dazu geführt, dass Sie/du die KPÖ verlassen haben/hast?“ Denn diese Frage hatte meine Großmutter zu einer langen flüssigen Erzählung angeregt, die mit dem Beitritt [sic!] zur KPÖ begann. Diesen Erzählstimulus wollte ich wiederholen. Wie sich zeigte, gelang dies jedoch nicht bei allen Interviews. Nach dem Pretest fixierte ich zudem die Aspekte und Details, die ich konkret nachfragen wollte, da sie der Beantwortung der Forschungsfrage dienlich sind. Für diesen Zweck benutzte ich eine Art Interviewleitfaden, welcher stichwortartig

ebendiese Aspekte enthielt. Die konkrete Formulierung in Frageform erfolgte spontan beim Interview, war möglichst offen und erfolgte zu einem mir passend erscheinenden Zeitpunkt. Einzelne Punkte aus dem Leitfaden wurden nicht nachgefragt, wenn sie von den Interviewpartnerinnen bereits von selbst angesprochen worden waren. Der Leitfaden umfasste folgende Punkte: „Hard facts“ zur KPÖ-Aktivität (seit wann, was, bis wann, warum?) und zu Aktivitäten nach der KPÖ (beruflich, Freizeit). Um die Aktivitäten nach der KPÖ zu konkretisieren, erwähnte ich möglichst viele Beispiele, etwa verschiedene Neue Soziale Bewegungen, Handlungsformen (Veranstaltungen, Demos, Diskussionen, schreibende Tätigkeit) sowie die Gruppen, die ebenfalls mit der KPÖ gebrochen hatten (FÖJ, GE, Tagebuch). Ebenso fragte ich nach Kontakten, die zu anderen Ausgetretenen/Ausgeschlossenen beziehungsweise zu in der Partei Verbliebenen bestanden oder bestehen. Außerdem wollte ich herausfinden, wie die Frauen selbst die Rolle von Politik für ihr Leben einschätzen und wie eine politische Bewegung, die für sie heute interessant ist oder wäre, aussieht oder aussehen müsste. Alle Interviews fanden jeweils in den Wohnungen der Interviewpartnerinnen statt.

3.1.3 Zur Vorgehensweise bei der Auswertung

Im Grunde lassen sich drei wichtige Prinzipien identifizieren, die für die Auswertung der Interviews grundlegend waren. Diese Prinzipien sollten dazu beitragen, den politischen Anspruch des Empowerment zu erfüllen: Erstens sollte keine Anonymisierung der Interviewpartnerinnen erfolgen. Da einer der Kritikpunkte, die in die Motivation für diese Arbeit eingeflossen sind, der ist, dass Frauen als Parteiaktivistinnen anonym und unsichtbar bleiben (und dies natürlich nach dem Parteiaustritt/-ausschluss noch viel mehr) ging es mir hierbei um die Sichtbarmachung des Beitrags von Frauen als politische Aktivistinnen. Zweitens folgte aus diesem ersten Wunsch nach Benennung/Identifizierung der „Forschungsobjekte“ (die damit möglicherweise auch ein Stück aus dem Objektstatus heraustreten können), dass eine Analyse ihrer Erzählungen keineswegs in einer Form „bloßstellend“ sein konnte, die der Namensnennung widersprochen hätte. Meine Interpretationen der Darstellungen sollten nicht verletzend, peinlich oder entlarvend sein, so dass die Frauen die (Re-)Präsentation ihrer Aktivitäten in meiner Diplomarbeit ohne das Gefühl betrachten können, Teil einer „Enthüllungs-Story“ zu sein. Das bedeutet aber nicht, dass ich mich jeder „unbequemen Wahrheit“ oder sonstwie den Frauen unangenehmen, „heiklen“ Erkenntnissen und Interpretation entzog. Es ging vielmehr darum, eine Balance zwischen meiner Wahrnehmung ihrer Geschichten und ihrer Eigenwahrnehmung derselben zu finden. Diese Punkte führen drittens da-

hin, dass ich in der Beschäftigung mit den Interviews viel auf das wörtliche Zitieren relevanter Interviewpassagen zurückgriff, um die Ansichten der Interviewpartnerinnen möglichst unverfälscht wiederzugeben. Den Frauen soll so Raum für Selbstdarstellung gegeben werden, bevor ich meine Ansichten über ihre Schilderungen darlege. Da leider eine Diplomarbeit nicht nur mit einem ziemlich begrenzten Zeitrahmen sondern auch einer eher geringen Seitenzahl auskommen muss, porträtierte ich zwei Interviewpartnerinnen ausführlicher: Ilse M. Aschner und Maria Verber, deren Neuorientierung nach der KPÖ jeweils beispielhaft für eine von zwei Möglichkeiten politischer Aktivität von Frauen nach der KPÖ steht. Die Auswertungen der anderen drei Interviews wurden einem dieser Modelle zugeordnet, beziehen sich direkter auf die Forschungsfrage und behandeln die Biografien etwas knapper. Hannah Fischer teilt mit Maria Verber die Zuwendung zur berufsnahen politischen Arbeit, Lisa Markstein und Maria Zottl teilen mit Ilse M. Aschner das Engagement in losen, locker organisierten linken Gruppen.

Analog zu den themenzentriert geführten Interviews war auch die Auswertung primär problemstrukturiert. Das heißt, dass ich mich in der Wiedergabe der in den Interviews erhaltenen Informationen auf mögliche Antworten auf die Forschungsfrage konzentrierte. In einem ersten Schritt fasste ich einige „harten Fakten“ und das, was ich „politische Biografie“ nenne, aus den Interviews zusammen. (Zur „politischen Biografie“ vergl. unten, S. 83.) Der nächste Schritt war das wörtliche (zu einem angenehm flüssig lesbaren Deutsch „redigierte“) Zitat von Passagen aus der Erzählung, die sich auf den Parteiaustritt/-ausschluss und die Frage nach der politischen Aktivität von Ex-KPÖ-Aktivistinnen *nach* dem Verlassen der Partei beziehen. Dabei wurde die Chronologie der Erzählungen bei den Interviews zugunsten einer zeitlichen und inhaltlichen Chronologie verändert. Konkret ging ich bei der Auswertung so vor, dass ich aus den vorliegenden vollständigen Transkripten der Interviews zunächst die kleinstmöglichen thematischen Einheiten bestimmte. Danach legte ich fest, welche dieser Passagen wo und wie in die Arbeit einfließen sollten. In diesem Zusammenhang ist das Hintergrund-Kapitel von Bedeutung, in dem ausführlich die Rahmenbedingungen der Aktivität in der Partei dargestellt sind, auch und vor allem in Zeiten der Krise. Die „O-Töne“ der Frauen beziehen sich auf deren persönliche Erfahrungen beim und nach dem Verlassen der Partei sowie auf Aspekte, die aus der Literatur nur sehr bruchstückhaft zu erfahren waren – auch deshalb waren sie mir so wichtig. (Der Sinn des Hintergrundkapitels ist also, die Interviews von anderswo recherchierbaren Fakten zu entlasten, um die Möglichkeit zu haben, auf das einzugehen, was noch nirgends erfasst ist.) An dieser Stelle möchte ich auch darauf hinweisen, dass Informationen zur Thematik „Frauen in der KPÖ“ aus den Interviews in das Hintergrund-Kapitel eingeflossen sind (S. 54 und S. 61–64), um die spärliche Literaturlage auf diesem Gebiet auszugleichen.

Meine Interpretation der Interviews baut auf dem Einblick in die Biografien und Aktivitäten der Frauen auf, den vor allem die „O-Töne“ schaffen. Die Interpretationen setzen sich aus Beobachtungen am Text sowie einer inhaltlichen Analyse der für die Forschungsfrage relevanten Aspekte der Erzählung zusammen. Zunächst ging ich induktiv an die Interviews heran – ich gewann die Gliederung und erste Beobachtungen aus den Texten selbst –, dann kam ein deduktiver Ansatz hinzu, der aus der Forschungsfrage Relevanz ableitete – ich ließ also alles weg, was zu wenig Bezug zur Forschungsfrage hatte. Leider war es aus Platzgründen unmöglich, die gesamten Original-Erzählungen wiederzugeben. Abgesehen von der Streichung für diese Arbeit irrelevanter Passagen wurden manche Äußerungen aus Redundanzgründen nicht zitiert, anderes wurde von mir lediglich zusammengefasst. Nach der ausführlichen Beschäftigung mit zwei Interviews als Einzelfällen wurden die übrigen drei Interviews einem der beiden herausgearbeiteten Modelle zugeordnet und in diesem Rahmen interpretiert, wobei besonders auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede geachtet wurde. In einem letzten Schritt wurden die Erkenntnisse aus diesen Analysen verglichen, eventuelle offene Fragen identifiziert und so weiter ... So sollte auch eine möglichst starke Annäherung an die Hypothesenprüfung erfolgen – ich strebte eine temporär haltbare These an, die als Ausgangspunkt für weitere Forschung dienen kann und soll.

3.1.4 Die „politische Biografie“

Als Antwort auf meine Interview-Fragen erhielt ich von meinen Gesprächspartnerinnen Schilderungen, die ich als „politische Biografien“ bezeichne. Aufgrund der Art der von mir gestellten Fragen und auch, weil Politik eine so große Rolle für die Leben der interviewten Frauen spielt, stellten sich diese in Form ihrer politischen Biografien dar. Da die kompletten Biografien der Frauen ohnehin den Rahmen meiner Arbeit gesprengt hätten, beschränkte ich mich auch in der Auswertung auf die politischen Biografien, die ohnehin eine hohe Relevanz für die Forschungsfrage besitzen. Die Schilderung der politischen Biografien in den Interviews ging dabei so vor sich, dass die Ex-KPÖlerinnen ihr politisches Interesse und ihren politischen Aktivismus aus ihrer Biografie heraus begründeten. Sie schilderten ihre Lebenserzählungen parallel zu ihren politischen Aktivitäten – zu jedem Lebensabschnitt gehörte auch eine bestimmte politische Tätigkeit. Diese enge Verbindung der Biografien mit Politik resultiert aus der starken Verflechtung von Erwerbsarbeit, Hausarbeit und politischer Arbeit, die sozusagen charakteristisch für ihr KPÖ-Engagement war. Diese Verknüpfung kann sich so auswirken, dass politische Krisen auch in persönlichen Krisen resultieren. Ein an-

derer Aspekt ist, dass politische Arbeit so verwurzelt im Alltagsleben ist, dass eine komplette Aufgabe dieser Arbeit nicht vorstellbar ist. Weiteres dazu werden die nun anschließenden Interviewauswertungen zeigen.

3.2 „Basisaktivistinnen“: Aschner, Markstein, Zottl

In meinen fünf Interviews konnte ich zwei grob verallgemeinerbare Modelle von politischer Aktivität nach dem Verlassen der KPÖ ausfindig machen. Für das erste stehen drei Interviewpartnerinnen, mit denen ich mich im nun anschließenden Abschnitt der Arbeit beschäftige. Die Gemeinsamkeit in ihren sehr unterschiedlichen politischen Biografien ist, dass sie sich alle nach der Partei im Rahmen kleiner, intern nicht stark strukturierter und vor allem nicht hierarchischer Gruppen und Organisationen des politisch linken Spektrums betätigten. Näheres werden meine Ausführungen zeigen.

3.2.1 Ilse M. Aschner

Meine erste Interviewpartnerin, Ilse Maria Aschner, ist meine Großmutter. Ihre Geschichte ist mir einerseits vertraut, andererseits enthält das Interview mit ihr auch Details, die mir neu waren. Meine Großmutter ist seit den 1980er-Jahren als Zeitzeugin aktiv (als Scho'a-Überlebende), die vor allem mit SchülerInnen arbeitet. Vielleicht ist das der Grund, warum sie ihre Geschichte „immer schon“ erzählte und ich irgendwie das Gefühl habe, damit aufgewachsen zu sein. Natürlich erzählte sie (auch mir) vor allem den Teil über Exil und Nationalsozialismus, doch (positive) Bezüge auf die Aktivität in der Partei kamen nicht zu kurz. Zu unmittelbar scheint die Verbindung von Parteiarbeit und Exil, zu groß die Bedeutung der Partei für ihr Leben nach dem Exil. Die Geschichte meiner Großmutter, von der ich immer wusste, dass sie aus der KPÖ ausgetreten war, ist letztlich die grundlegende Inspiration für mein Diplomarbeitsthema gewesen. (Persönlich treibt mich dabei die Frage nach dem Zusammenhang zwischen den politischen Biografien meiner Vorfahrinnen und meiner eigenen an.) Weil mir die Geschichte so vertraut ist, flossen in die Auswertung des Interviews ebenso Informationen ein, die sie mir zu früheren Zeitpunkten gab; manches weiß ich auch von meiner Mutter. Hinzu kommt, dass ich für meine journalistische Arbeit bereits mehrere Interviews mit ihr geführt habe, die zu folgenden Artikeln wurden: „Bis heute kränkt mich, dass ich das Studium nicht beenden konnte ...“ (UNIQUE 3/04) über ihren erzwungenen Studienabbruch 1938, Exil und Rückkehr, „Nur Schweigegeld ...“

(UNIQUE 5/06) über den Themenkomplex Restitution und „Am eigenen Leib“ (PROGRESS 4/05), ebenfalls über den Studienabbruch, publiziert in Interviewform. Das Diplomarbeits-Interview hingegen lag dem Text „Vom Kampf für eine bessere Welt“ (UNIQUE 7/07) zugrunde, der sich mit ihrem antifaschistischen Engagement befasst. Informativ ist auch eine vor kurzem fertiggestellte Diplomarbeit aus dem Bereich der Germanistik, die sich mit Aschners Tätigkeit in der Grazer Autorinnen Autorenversammlung befasst: Wolfgang Pichler, „Funktion und Wirkung Ilse Maria Aschners in der Grazer AutorInnen Versammlung“ (2008).

3.2.2 Interviewsituation

Das Interview mit Ilse M. Aschner, IMA, wie sie ihren Namen selbst gegebenenfalls abkürzt, führte ich als Pretest am 25. 4. 2006, in einer relativ frühen Phase meiner Diplomarbeit, aber bereits nachdem ich mich einigermaßen in die Literatur zum Thema eingeleesen hatte (nämlich vor allem in die Texte, die dann auch zum großen Teil in den historischen Hintergrund eingeflossen sind). Das Konzept für meine Diplomarbeit stellte ich erst nach diesem Interview fertig (ich beendete es erst am 5. 5., dem Tag der Präsentation im DiplomandInnenseminar). Ich analysiere diesen Pretest parallel zu den anderen Interviews, da ich nicht nur die hier verwendete Einstiegsfrage beibehielt (sie hatte sich bewährt), sondern auch der später erstellte Leitfaden, der aus stichwortartigen Notizen zu jenen Aspekten bestand, die ich abfragen wollte, sollten sie nicht ohnehin von den Interviewpartnerinnen genannt werden, hauptsächlich auf meinen Erfahrungen aus diesem ersten Interview basierte. Trotzdem gibt es Unterschiede zwischen den Gesprächen: Bei diesem ersten Interview betrat ich in verstärktem Maße auch „Sackgassen“, das heißt, ich fragte auch in Bezug auf Dinge nach, die keine unmittelbare Relevanz für meine Forschungsfrage haben (die mir damals ohnehin noch nicht so klar war wie heute). Neben der Tatsache, dass dieses Interview für mich den Zweck einer ersten „Sondierung des Terrains“ hatte, mag auch mitgespielt haben, dass ich bei meiner Großmutter keine Hemmungen habe, sie „auszufragen“. (Konsequenterweise dauerte dieses Interview mit einer Stunde, zwanzig Minuten auch am längsten.) Hundertprozentige Gleichförmigkeit können offene Interviews ohnehin nicht leisten – und sie ist auch gar nicht erstrebenswert, da ja auch die Ecken und Kanten, die Widersprüche und Unterschiede interessant sind.

Am Tag des Interviews fuhr ich also in die Wohnung meiner Großmutter um sie zu befragen. Es handelt sich um eine Gemeindewohnung im 14. Bezirk, die im obersten Stockwerk liegt (und daher um einen Raum größer ist), die die Familie seit ihrer Rück-

kehr nach Wien 1962 bewohnt und die mir seit meiner Kindheit vertraut ist. Meine Großmutter ist starke Raucherin und zu trinken gibt es immer Schwarztee. Wir saßen im großen Wohnzimmer mit dem Bücherregal, das eine ganze Wand füllt und der Katzensammlung, die über den Raum verstreut ist, rauchten, tranken Tee (sie ganz schwarz, ich mit Zucker) und ich stellte meine Fragen. Es war ein warmer, sonniger Tag, so dass das Fenster offen stand. Immer wieder gab es Unterbrechungen des Interviews: Einmal wurde neuer Tee aufgesetzt, dann wieder fiel die Glut aus einer Zigarette . . . Doch war es jeweils möglich, gut an den Punkt anzuschließen, an dem die Unterbrechung passiert war. Sehr zu Beginn des Interviews bat meine Großmutter um eine kurze Aufnahme-Pause. Sie begründete diese nicht, aus dem Interviewverlauf ist jedoch wahrscheinlich, dass sie sich lediglich kurz sammeln wollte. Schließlich sprach sie auch nach der Pause praktisch nahtlos dort weiter, wo sie sich selbst unterbrochen hatte.

3.2.3 Familie, Herkunft

Ilse Maria Aschner ist 1918 als Ilse M. Römer in Wien geboren. Sie hatte einen fünf Jahre älteren Bruder (Wolfgang, gestorben 2000), ihr Vater war Angestellter, die Mutter Hausfrau. Aufgrund eines Schlüsselerlebnisses, das der Vater während seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg hatte, wurde die gesamte Familie evangelisch getauft, lebte jedoch a-religiös (der Vater war Freidenker). Ilse setzte den Besuch desselben Gymnasiums durch, das ihr Bruder besucht hatte – sie war in der ersten gemischten Klasse, die es dort je gab (Rainergymnasium). Im März 1939 floh Ilse, im August ihr Bruder Wolfgang nach England, die Eltern planten, nachzukommen. Als der Krieg ausbrach, war eine Einreise für sie allerdings unmöglich, nach dem Aufenthalt in einer Sammelwohnung in Wien wurden sie 1942 nach Riga deportiert, wo der Vater starb. Die Mutter starb Anfang 1945 im Konzentrationslager Stutthof. Ilse lernte ihren Partner Peter Aschner in England kennen, er war ebenfalls Emigrant aus Wien. Die beiden und auch ihr Bruder kehrten nach Ende der NS-Herrschaft und des Krieges nach Österreich zurück. IMA hat zwei Kinder (Susanna Claudia, geboren 1947, Georg Michael, geboren 1956). Peter Aschner verstarb 1984 an Krebs.

3.2.4 Politische Biografie

IMA führt ihre politische Biografie gleich mit ihren allerersten Sätzen ein: *„Also, ich bin zur Partei gekommen in der Emigration. Da gab es für die österreichischen Emi-*

grantInnen eine Erwachsenen-Organisation und eine Jugendorganisation und ich war zwar schon erwachsen, aber befreundet mit den Jugendlichen, daher ging ich nicht zu den Alten sondern zu den Jungen ...“ Die weitere Erzählung folgt verschiedenen Stationen ihres politischen Lebens. Als Schülerin engagierte sich Aschner beim Bund Sozialistischer MittelschülerInnen. Als Studentin der Germanistik und Psychologie war sie in ihrem ersten Semester mit dem Terror schlagender Burschenschaften konfrontiert, die einen jüdischen Bekannten schikanierten. Nach dem „Anschluss“ wurde ihr der weitere Zugang zur Universität verwehrt. Im Exil in Manchester stieß sie auf die KPÖ-Exil-Organisation Austrian Centre (die sich als unpolitisch „tarnte“, weil EmigrantInnen politische Organisation verboten war) und engagierte sich bald in deren Jugendorganisation (Young Austria). Die Arbeit dort war vor allem pädagogisch und diente unter anderem der Vorbereitung antifaschistischer Kräfte auf die Rückkehr in ein befreites Österreich. Noch in England wurde sie auch formal Mitglied der KPÖ. Nach dem Krieg wollte sie so schnell wie möglich nach Wien zurückkehren, um einen antifaschistischen Beitrag zum Wiederaufbau zu leisten. Die KPÖ schickte sie 1946 nach Salzburg, ein Leben in Wien war ohne Unterstützung unmöglich, so dass sie dem Wunsch der Partei folgen musste. In Salzburg war sie weiterhin in der Jugendorganisation – jetzt Freie Österreichische Jugend – tätig, als Gruppenleiterin. Es ging auch hier um die antifaschistische Erziehung junger Menschen nach der Nazi-Barbarei. Als sie sich zu alt fühlte, noch in der Jugendorganisation tätig zu sein (und ihr Mann als Mitarbeiter der KPÖ-Zeitung nach Linz versetzt wurde), wurde sie Sekretärin des Bundes Demokratischer Frauen Oberösterreich, der Frauenorganisation der KPÖ. Sie kamen 1950 während des Oktoberstreiks in Linz an. Neben der Leitungsfunktion im Bund Demokratischer Frauen – die vor allem in den ersten Jahren mit zahlreichen Reisen durch das gesamte Bundesland einherging, später noch mit regelmäßigen Reisen nach Wien – war sie auch Leiterin ihrer Wohnsektion, was insbesondere die Betreuung von BewohnerInnen einiger Sozialwohnungen beinhaltete. (Zu den Tätigkeiten in Linz vergl. S. 54 und S. 62, Frauen in der KPÖ.) Ab 1958 lebten sie in Prag, um nahe Peters Familie zu sein. Während er dort als Volksstimme-Korrespondent tätig war, war sie aufgrund ihrer mangelnden Tschechisch-Kenntnisse von der politischen Arbeit ausgeschlossen (sie arbeitete jedoch beim Rundfunk als Redakteurin in der Abteilung deutschsprachige Sendungen für Österreich). Der Versuch der Partei, sie von Prag nach Graz zu schicken, führte zur ersten großen Auflehnung. Sie weigerten sich, woanders hin als nach Wien zu gehen, auch auf die Gefahr hin, sich dann einen Job außerhalb der Partei suchen zu müssen. So weit kam es jedoch nicht, das Bedürfnis, nach Wien zurückzukehren (1962 – nach 23 Jahren!) wurde letztlich akzeptiert. Zurück in Wien

blieb IMA beim Journalismus, sie kam zur Frauenzeitung der KPÖ, Stimme der Frau, Peter hingegen musste künftig in der Parteileitung arbeiten.

3.2.5 Parteiaustritt

Über ihren Parteiaustritt erzählt IMA: *„Die ersten Zweifel hat natürlich der Peter gehabt, der in der Parteileitung hinter den Kulissen gesehen hat, dass da auch nichts anders ist als in anderen Parteien, dass da auch die Bonzen das Wort führen und das für gewöhnliche Mitglieder also in Wirklichkeit uninteressant ist . . . Und dann kam der Prager Frühling und da haben wir Hoffnung daran geknüpft, dass jetzt alles vermenschlicht werden wird und nicht mehr die Bonzen das große Sagen haben werden, sondern dass das jetzt wirklich eine freie Partei wird, eine demokratische oder wie immer man sagen will. Das hat sich aber als Trugschluss erwiesen. Sie haben Leute wie uns, die den Sozialismus, in Führungszeichen, ‚von innen‘ her gekannt haben, nämlich aus einem sozialistischen Land, als feindselig betrachtet und gefunden, wir machen die Partei nur schlecht. Und das hat sich zu solchen Ausmaßen gesteigert, dass der Peter gesagt hat, er tritt jetzt aus, bevor sie ihn rausschmeißen – er selbst will diese Entscheidung treffen. Und da sind wir also beide ausgetreten . . . Hat uns aber sehr gefehlt, diese Betätigung in der Partei, es hat ein Jahr gedauert, bis wir sozusagen darüber hinweg waren, dass wir jetzt freiwillig nicht mehr dazugehören. Wir haben ja die Entscheidung getroffen – aber sie hätten uns eh rausgeschmissen, in Kürze. Wir sind plötzlich im luftleeren Raum gewesen, wir haben nichts mehr gehabt, wo wir uns anhalten konnten. Idiotisch – wir waren erwachsene Menschen und konnten unsere eigenen Entscheidungen treffen . . . Aber das war, als wenn du ein Kind weglegst. Wir haben das sehr schlecht verkraftet. Mein Mann, der Peter, hatte einen Freund, der war Spanienkämpfer gewesen. [Leopold Spira, mit dem er in der Parteileitung zusammenarbeitete, Anm.] Der hat diese ganzen Geschichten in Spanien mit den Russen und Partei-Schwierigkeiten mitgemacht und hat deinem Großvater immer erzählt vom Spanischen BürgerInnenkrieg und gemeint, er unterliege einer Illusion, wenn er die Partei so hochhalte und glaube, das sei das Gelbe vom Ei. Er hat das alles von innen gesehen und versucht, zu zeigen, dass die Partei auch kein Wundermittel ist. Es gab also heftige Diskussionen – Peter wollte das nicht wahrhaben. Aber wir sind dann später selbst draufgekommen.“*

Der Parteiaustritt erfolgte im September 1969, also kurz vor dem endgültigen Ausschluss Ernst Fischers: *„Wir haben noch gehofft, dass die sozusagen positiven Leute in der Partei einen Umschwung herbeiführen können. Aber es war zu spät, da war nichts mehr zu holen. Die Partei ist ihr altes Selbst geblieben und Leute wie wir, die etwas*

Neues machen wollten, mussten einfach weggehen. Es war keine Hoffnung mehr. Aber, wie gesagt, es war ein großer Verlust für uns. [...] Wir waren eine Gruppe von Leuten, die die Partei als etwas wirklich Großartiges betrachtet hat, aber es nicht so wollte, wie es gelaufen ist, nämlich, dass ein paar Bonzen den Weg bestimmen. Wir wollten es viel demokratischer, das hat uns an den Rand gedrängt. Es hat nicht lange gedauert und wir haben das Gefühl gehabt, wir gehören nicht mehr wirklich dazu, die denken völlig anders als wir und für uns ist da eigentlich kein Platz mehr. Hat uns sehr gequält, diese Entwicklung.“ Selbstkritisch äußert sie sich zum Thema Intellektuelle in der KPÖ: *„Ich bin überzeugt, dass das unsere Illusionen waren und dass das die einfachen Parteimitglieder – ‚der Mann von der Straße‘ – nicht mitgetragen haben. Das war auch ein bisschen unsere intellektuelle Überheblichkeit, dass wir alles besser wissen. Und so haben wir die Partei auch ruiniert, die Leute sind weggegangen, wollten nicht mehr. [...] Wir haben uns immer deklariert: ‚Wir ProletarierInnen.‘ Das war eine reine Lüge. Bei uns war keine Rede von ProletarierInnen, aber wir haben uns so gefühlt, mit dem Volk sozusagen. Das war zumindest eine Illusion. Wir sind völlig daneben gestanden, da unten war das Volk und wir waren die wunderbaren Intellektuellen, die das alles besser machen ...“*

3.2.6 Nach dem Austritt

Über Aktivitäten und Kontakte der Ausgetretenen: *„Wenn ich das jetzt richtig in Erinnerung habe, aus dem engsten Kreis Redaktion Volksstimme und diese Organisationen sind 35 RedakteurInnen weggegangen. Das war ein Schlag, weil das die besten Leute waren. Es hat Tendenzen gegeben, wir müssen jetzt unbedingt eine neue Partei gründen. Der Peter – ich weiß nicht, ob das auch von mir ausgegangen ist, aber sicherlich von ihm – hat gesagt, eine neue Partei, das macht überhaupt keinen Sinn. Denn wenn die Leute, die bis gestern in der Kommunistischen Partei waren, morgen in einer neuen Partei sind, werden sie nicht anders agieren. Das sind sozusagen die eingefahrenen Spuren. Er war also ganz dagegen und es ist auch nie passiert. [...] Wir hätten das auch gar nicht gekonnt, wir hätten unser Denken total umdrehen müssen – wir waren so in dieser Schiene drin, dass es auch illusorisch war, daran zu denken. Eine neue Partei wäre nie eine neue Partei gewesen. Und außerdem haben wir dann die Erkenntnis gewonnen, es gibt schon genug Parteien, die nichts machen oder es schlecht machen, wozu noch eine weitere? [...] Der Peter hat von Anfang an im Tagebuch geschrieben. [Nämlich seit der Rückkehr nach Wien 1962, Anm.] Das hat er in seiner Freizeit gemacht. Wie sich dann das Tagebuch abgesplittert hat, ist der Peter mitgegangen. Und*

hat bis zum Ende des Tagebuchs dort geschrieben. [Frage: Wie lange gab es die Zusammenarbeit zwischen den drei Gruppen Tagebuch, FÖJ und Gewerkschaftliche Einheit?] Bis vorgestern ... Der Makomaski – den kennst du, ja? – agiert noch immer genauso wie damals. Da war er ein junger Bursch, der die FÖJ mitgegründet hat und auch irgendwie eine leitende Position hatte. [Erich Makomaski, Mitbegründer der FÖJ – Bewegung für Sozialismus, nämlich der Organisation nach dem Bruch mit der Partei und Herausgeber eines Buchs über die FÖJ, Anm.] Das hat sich nicht verändert, er denkt noch immer genauso ... Aber es war schon ein Fortschritt. Irgendwie haben wir uns dort sehr zugehörig gefühlt, zu dieser neuen Bewegung. [Frage: Hat es auch Menschen gegeben, bei denen der Kontakt sofort weg war oder passierte das eher später, mit der Zeit?] Erst später ... Zuerst hat man ja etwas gesucht, wo man sich festhalten kann. Du warst plötzlich wie ausgestoßen aus Allem und diese Leute, die weggegangen sind, haben einander eben aufgerichtet und gesagt: ‚Wird schon wieder, die Partei wird schon wieder Fuß fassen ...‘ Aber das ist nie passiert. Wir haben dann nach und nach auch keinen gemeinsamen Stoff mehr mit den Leuten gehabt, kein gemeinsames Thema. Wir haben also eigentlich immer etwas gesucht, wo wir hingehören – aber nie das Richtige gefunden ...“

Erwerbsarbeit fand sie im NEUEN FORVM: „Also, mit dem Austritt aus der Partei bin ich natürlich auch vom Bund Demokratischer Frauen weggegangen. [...] Dann sind wir am Trockenen gesessen, sozusagen. [Zunächst war IMA beim Buchklub der Jugend beschäftigt, wo sie aufgrund des unangenehmen Chefs aber nicht lange blieb, Anm.] Ich bin zum Nennung gegangen, der war Chef der JournalistInnengewerkschaft, und habe ihn um Rat gefragt, ob er für mich eine Arbeit wüsste, habe ihm meinen Lebenslauf geschildert und er hat gesagt, er wird sich umhören in der Gewerkschaft, ob irgendwo wer gesucht wird. Ich bin hoffnungsvoll nach Hause gegangen, obwohl der Peter zu mir gesagt hat: ‚Na, er redt halt so, als Chef der Journalistengewerkschaft ... Du musst dich schon selber umschaun, der wird nicht wirklich was tun.‘ Und ich bin also zu Hause angekommen, das Telefon hat geläutet, die Sekretärin vom Nennung war am Telefon und hat gesagt: ‚Der Günther lässt ausrichten, er ist ein Idiot und Sie sollen bitte sofort zurückkommen.‘ Ist mir sonderbar vorgekommen, bin aber wirklich zurückgefahren – er hat gesagt: ‚Na, warum arbeiten Sie nicht bei mir in der Redaktion, das ist doch das Naheliegendste ... Ich hab eh immer Mangel an Redaktionsmitgliedern.‘ [Ihre Tätigkeit im NEUEN FORVM umfasste sowohl Sekretariats- als auch Redaktionsaufgaben, war insgesamt stark organisatorisch und ein wenig journalistisch; inhaltlich hat IMA sich vor allem intensiv mit der Thematik Zivildienst befasst, Anm.] Das war für mich also höchst erhebend, beim großen Nennung arbeiten zu dürfen – da habe ich’s noch nicht besser gewusst. Ich habe sofort dort angefangen zu arbeiten und er war ein

sehr angenehmer Chef, der eineN in Ruhe gelassen hat, man hat seine Arbeit gemacht, jedeR hat gewusst, was er/sie zu tun hat. Und der Nennung hat dort an Ort und Stelle in der Redaktion auch gewohnt, Tür an Tür mit meinem Zimmer, was mir einen tiefen Einblick in sein Privatleben gewährt hat. [...] Also es war nicht sehr journalistisch, die Arbeit, aber sehr angenehm. Dreiviertel der [linken, Anm.] Wiener Jugend ist dort verkehrt beim Nennung. Er war für sie der große Revolutionär – was er theoretisch war, aber in der Praxis eben nicht – und die sind dort den ganzen Tag herumgesessen und haben Schule geschwänzt und dafür mit dem Nennung tiefgründige Gespräche geführt. Es war also ein sehr angenehmer Arbeitsplatz ... Der Nennung hat mir, wie ich eingetreten bin, gesagt, er habe überhaupt kein Geld, er könne mir nicht das bezahlen, was ich vorher bei der Kommunistischen Partei verdient hätte. Der Ahnungslose, ich habe so schlecht verdient bei der Partei, die haben derartige Elendslöhne gezahlt, dass das direkt wunderbar war, was ich beim Nennung verdient habe! [...] Dann ist die Zeit der Pension gekommen für mich. Der Nennung hat mir furchtbar zugeredet, ich solle bleiben, aber ich wollte eigentlich nicht mehr. Er hat gemeint, so einen bequemen Posten würde ich nie wieder finden und ich habe gesagt: ‚Ich will gar nicht mehr, ich will zu Hause bleiben und auch einmal einen schönen Lebensabend genießen.‘ Es hat nicht lange gedauert – also das hat nichts mit mir zu tun gehabt – und das FORVM ist zugrunde gegangen. Dort waren so heimatlose junge Burschen, die alle furchtbar revolutionär waren und keinen Boden für ihre Revolution gefunden haben – also haben sie’s im FORVM gemacht, die Revolution. Es sind den ganzen Tag junge fortschrittliche Leute herumgesessen und haben große Reden geschwungen. Dann bin ich in Pension gegangen. Habe den Nennung immer wieder getroffen und er hat immer wieder gesagt, ob ich nicht doch noch einmal zurückkommen würde – aber es war vorbei.“

Eine Organisation, in der sie politisch aktiv war (die sie aber im Interview nicht erwähnte), ist das österreichische ČSSR-Solidaritätskomitee. Dieses wurde 1973 von Georg Breuer gegründet und bestand bis 1990, mit dem Zweck, (finanzielle) Unterstützung für die in der ČSSR politisch Verfolgten zur Verfügung zu stellen. (Vergl. auch weiter oben, S. 46ff.) Leider ist mir nicht bekannt, wie lange IMA dort tätig war. Während der Waldheim-Affäre wurde sie Mitglied in einer anderen politischen Organisation: „Das war der Republikanische Club [Republikanischer Club – Neues Österreich, Anm.], die mich eingeladen haben, eben, weil ich so am Rande der Partei dahingedümpelt bin und – pathetisch gesagt – keine Erfüllung mehr gefunden habe. Irgendwer vom Republikanischen Club, eh die Elisabeth [Schmidt, Anm.], glaube ich, ist draufgekommen, dass da jemand wäre, der gern politische Arbeit machen möchte, aber nicht den Platz gefunden hat. Sie haben mich eingeladen, mal zu ihren Versammlungen zu kommen und mir das anzuschauen. Und das war eigentlich am nächsten zu dem, was ich gerne als Partei-

arbeit [Gemeint: politische Arbeit, Anm.] gemacht hätte – und habe . . . Ich bin immer noch beim Republikanischen Club, aber der ist leider sanft entschlafen, der hat keine wirkliche Tätigkeit mehr. Ein paar so NärrInnen wie ich selbst, die glauben, politische Arbeit muss sein, sind dabei, aber es hat keine Auswirkung und keine Bedeutung im politischen Leben. [Frage: In der Zeit zwischen deinem Parteiaustritt und dem Republikanischen Club hast du das Politische ruhen lassen und Abstand gewonnen?] Da war Ebbe . . . Ich habe Abstand gewonnen und bin total im Abseits gestanden. Abstand gewonnen nur insoweit, dass ich draufgekommen bin, alles das, was existiert, ist nicht das, was ich geträumt habe. Es gibt alle möglichen politischen Richtungen, aber so wie wir geglaubt haben, dass es sein soll, ist es nie geworden. [Frage: Das Ausschlaggebende deines Engagements beim RC war, dass sie dich von sich aus angesprochen haben?] Ja. Ich war ein oder zwei Mal bei Vorträgen dort oder Diskussionen und habe die recht erfrischend gefunden, also weg von den ausgetretenen Pfaden. Und dann hat mich mal jemand gefragt, ob ich nicht Lust hätte mitzuarbeiten. Also eigentlich, ob ich nicht in die Leitung möchte. Das habe ich aber nicht gewollt, nach meinen Erfahrungen in allen möglichen Leitungen (lacht). Sie sind ohne Bedeutung im öffentlichen Bewusstsein, aber Leute voller Illusionen und Wünsche und Hoffnungen und Glauben, dass sie sich eines Tages durchsetzen werden, aber dazu sind sie viel zu schwach. Das sind lauter so Leute, die alles Mögliche ausprobiert haben und nirgendwo Fuß fassen konnten, eben auch Ex-KommunistInnen.“ Auch wenn Aschner hier erzählte, sie wollte nicht in der Leitung mitarbeiten, war sie Vorstandsmitglied des Republikanischen Clubs.

Nach ihrer Pensionierung im NEUEN FORVM war IMA vor allem kulturell aktiv. So 1978–1988 als Generalsekretärin der Grazer Autorinnen Autorenversammlung (GAV), ab 1992 im Ersten Wiener Lesetheater und zweiten Stegreiftheater (1.WrLT), dort auch im Vorstand: „Sowohl GAV als auch Lesetheater sind total eigenständig. Sie sind sozusagen nicht gewachsen aus dem Bisherigen sondern sie sind einem Bedürfnis von einzelnen Menschen gefolgt, die so etwas wollten. Für mich persönlich ist es der kulturelle Aspekt hauptsächlich – aber ich sehe schon auch einen politischen Aspekt. [. . .] Das interessiert mich sehr, aber ich will's nicht losgelöst vom normalen politischen Leben, ich will's integriert . . .“ A propos „eigenständig“ (nämlich nicht in der organisierten ArbeiterInnenbewegung verankert): „Für mich hat's eigentlich in Wirklichkeit immer nur die Partei gegeben als Basis. Die Autonomen, habe ich gefunden, die sollten ihre Kräfte lieber woanders einsetzen . . .“ Und über die Ökobewegung: „Darin habe ich schon irgendwie eine Sonderbewegung gesehen, die eigentlich sonst mit unseren Ansichten wenig zu tun hat, aber doch eine bestimmte Schicht von Leuten anspricht. Das kann man ja auch nicht einfach so abtun, es hat schon etwas für sich . . . Aber für mich ist das gar nichts.“

So etwas wie eine Bilanz: *„Das 68er-Jahr hat schon einen großen Aufschwung mit sich gebracht. [...] Wir waren total euphorisch, total – umso tiefer sind wir dann abgestürzt, als sich erwiesen hat, dass das keine Sache von Dauer oder von Intensität ist. Und dann haben wir uns erst recht verlassen von Gott und der Welt gefühlt. Das Bedürfnis, aktiv in einer Partei mitzuarbeiten, das ich vorher registriert hatte, ist nach und nach vergangen. Irgendwie habe ich das Gefühl gehabt, das ist alles nur Theaterdonner und in Wirklichkeit interessieren sich die gewöhnlichen Leute überhaupt nicht für Politik. Die wollen ihr Auto und ihr Wochenendhäuschen, aber das, was wir so angestrebt haben, das hat die überhaupt nicht interessiert. Das war eine bittere Erkenntnis, aber sie hat einfach in die Realität geführt. [...] [Frage: Würdest du dich heute noch als Marxistin oder Kommunistin bezeichnen?] Ja. Marxistin, Kommunistin, alles – nur keine Parteizugehörigkeit mehr. Ich bin so oft enttäuscht worden in dieser Hinsicht, dass ich eigentlich das nicht mehr will. Aber empfinde mich selbst immer noch durchaus als Kommunistin – was ja kein Parteibuch braucht. [Frage: Das war's von mir, willst du noch etwas ergänzen?] Ja. Ich frage mich manchmal, wo ich heute stehe ... Also, wie sehr habe ich noch ein Zugehörigkeitsgefühl? Oder bin ich total weg? Das glaube ich aber nicht, ich denke sicher noch in den Bahnen, in denen ich damals gedacht habe. Nur vielleicht realistischer, ohne soviel Illusionen ...“*

3.2.7 Interpretationen

Die erste interessante Beobachtung ist, dass die Antwort auf die Einstiegsfrage „Was hat dazu geführt, dass du die KPÖ verlassen hast?“ zunächst einmal eine Begründung für den Beitritt [sic!] zur KPÖ ist. Diesbezüglich sind mehrere Schlüsse möglich: Erstens könnte es eine Rechtfertigung aus „Post-KPÖ-Sicht“ sein, warum frau überhaupt Mitglied war, zweitens könnte ein Einblick in die KPÖ-Aktivitäten als nötig erachtet werden, um den Austritt verstehen zu können, drittens könnte es sein, dass das Sprechen über den Austritt, der ja nicht naht- und reibungslos vor sich ging, belastender, frustrierender, unangenehmer ... ist als das Sprechen über die Zeit in der KPÖ. Zu den ersten beiden Punkten ist anzumerken, dass ein wichtiges Motiv der Erzählung die Kritik an der Partei „von innen“ ist. Das heißt, nicht Antikommunismus oder Vorurteile sind die Motive für die Kritik (wie es die umgebende Gesellschaft übermächtig vorlebt), sondern vielmehr eine profunde Innensicht und das Bedürfnis, Veränderungen *innerhalb* der K-Bewegung zu bewirken. Dies ist etwa erkenntlich an der Begründung für den Parteiaustritt, den Peter beschlossen hatte, weil er *„in der Parteileitung hinter den Kulissen gesehen hat, dass da auch nichts anders ist als in anderen Parteien, dass da auch*

die Bonzen das Wort führen und das für gewöhnliche Mitglieder also in Wirklichkeit uninteressant ist“ und etwas später noch einmal an der Passage über Leopold Spira, der zuvor vergeblich versucht hatte, Peter seine Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Spanischen BürgerInnenkrieg nahe zu bringen. Als Ursache für die Parteikrise identifiziert IMA festgefahrene, schlechte Strukturen (in dem Abschnitt über Bestrebungen eine neue Partei zu gründen sowie ansatzweise auch schon davor in hier nicht zitierten Äußerungen über die Jugend- und Frauenorganisation). Bemerkenswert ist auch, dass die zweite Ursache für die Schwierigkeiten in „intellektueller Überheblichkeit“ gesehen wird. Bezüglich des dritten oben erwähnten Punktes (Sprechen über die KPÖ ist angenehmer) könnte ein Zusammenhang mit der Tatsache bestehen, dass der Austritt aus der KPÖ einer Unsichtbar-Werdung gleichkommt. Passend dazu formuliert IMA zweimal explizit, dass sie sich politische Arbeit (die auch etwas bewirken kann!) praktisch nur im Rahmen einer Partei vorstellen kann. Zum Beispiel (im Zusammenhang mit einer Frage nach den autonomen Bewegungen ab den 1970er-Jahren): *„Für mich hat's eigentlich in Wirklichkeit immer nur die Partei gegeben als Basis.“* In dieselbe Kerbe schlägt sie auch, wenn sie den Republikanischen Club als *„ohne Bedeutung im öffentlichen Bewusstsein, aber Leute voller Illusionen und Wünsche und Hoffnungen und Glauben, dass sie sich eines Tages durchsetzen werden, aber dazu [...] viel zu schwach“* bezeichnet und ihre Tätigkeit in kulturpolitischen Organisationen als *„nicht gewachsen aus dem Bisherigen sondern [...] einem Bedürfnis von einzelnen Menschen gefolgt, die so etwas wollten“* sowie die Ökobewegung als *„Sonderbewegung“* charakterisiert.

Ein weiteres wiederholt vorkommendes Motiv bewegt sich im Themenbereich Parteidisziplin–Auflehnung gegen die Partei. Da sich dessen Erwähnungen auf die Zeit als Parteiaktivistin beziehen, sind sie im Text oben nicht zitiert. Die erste Nennung der Thematik Parteidisziplin erfolgte bereits in den ersten fünf Minuten des Interviews: *„Die Organisation [Young Austria bzw. FÖJ, Anm.] war gebaut nach dem Muster des Kommunistischen Jugendverbandes, mit sehr straffer Disziplin, was mir eigentlich gar nicht so angenehm war, weil ich von mir aus sowieso ein disziplinierter Mensch war und mir nicht gerne so von oben herunter Aufträge erteilen ließ.“* Die weiteren zwei Vorkommnisse sind kürzer, prägnanter und stehen in Zusammenhang mit der ungeliebten Tätigkeit in der Frauenorganisation: *„Ich war ein disziplinierter Mensch und wenn die Partei gesagt hat: ‚Hier bist du‘, dann war ich dort.“* Sowie: *„Parteidisziplin war das oberste Gebot.“* Doch wo auf Disziplin Wert gelegt wird, ist offenbar die Auflehnung nicht fern. Ihre erste (mir bekannte) Auflehnung erwähnt IMA im Interview nicht, es handelt sich um ihre zweite Schwangerschaft, mit der die Partei nicht einverstanden war (weil sie zunächst – diszipliniert – abwartete, kam ihr Sohn neun Jahre nach der Tochter zur Welt). Die zweite Auflehnung schildert sie: Nachdem sie 23 Jahre nicht in

Wien gelebt hatten, weigerten sich meine Großeltern, aus Prag nach Graz zu ziehen – auf die Gefahr hin, damit ihrer Erwerbsarbeit beraubt zu werden. Doch die Partei hatte ein Einsehen: *„Dann hat die Partei also beschlossen, als nächste Station müssen wir nach Graz und da habe ich mich zum ersten Mal gewehrt gegen Parteibeschlüsse [...] und habe gesagt: ‚Also, es kommt nicht in Frage, ich such mir selber eine Arbeit, ich geh nicht nach Graz sondern ich will jetzt zurück nach Wien ...‘ Und das mussten sie akzeptieren, da konnten sie nichts dagegen machen, ich war wild entschlossen und der Peter auch, wir haben es satt gehabt, in den Bundesländern herumzukugeln. Aber die Partei wollte uns halt nicht auslassen und sie haben zugestimmt und wir haben dann in Wien in der Partei gearbeitet ...“* Als finale Auflehnung innerhalb der KPÖ wäre wohl die Hinwendung zur progressiven Strömung zu nennen, die jedoch letztlich in Form des freiwillig unfreiwilligen Austritts geahndet wurde. (*„Wir haben ja die Entscheidung getroffen – aber sie hätten uns eh rausgeschmissen, in Kürze.“*)

Ein anderes großes Thema in IMAs Lebensgeschichte sind enttäuschte Hoffnungen. Die erste große Enttäuschung, die sie im Interview allerdings nicht explizit angesprochen hat, war die Erkenntnis nach der Rückkehr aus dem Exil, dass die EmigrantInnen keineswegs freudig begrüßt wurden (als aufrechte AntifaschistInnen – so hatte sie es sich vorgestellt) sondern vielmehr als Menschen jüdischer Herkunft, als KommunistInnen und sogar aufgrund der Tatsache, dass sie die NS-Zeit nicht in Österreich verbracht hatten, misstrauisch beäugt sowie kritisiert oder angegriffen wurden. Eine weitere Enttäuschung dürfte in der Unmöglichkeit bestanden haben, gleich nach Wien zurückzukehren und dort auch ihr Studium wieder aufzunehmen. Ebenso kann als Enttäuschung die strenge Parteidisziplin genannt werden, verbunden damit, dass sie zunächst in der Jugendorganisation tätig sein musste, obwohl sie sich schon als erwachsen wahrnahm, und später in der Frauenorganisation, wohin Frauen „abgeschoben“ wurden (vergl. „Frauen in der KPÖ“, S. 48–73). Der Prager Frühling weckte die Hoffnung, dass es möglich sein werde, einen anderen Sozialismus zu entwickeln, der freier und demokratischer ist. Doch nicht nur durch die Intervention der Warschauer Fünf in der ČSSR sondern auch durch die darauf folgenden Ereignisse innerhalb der KPÖ wurden diese Hoffnungen bitter enttäuscht. Daher war die Reaktion auch stark: *„Wir sind plötzlich im luftleeren Raum gewesen, wir haben nichts mehr gehabt, wo wir uns anhalten konnten. Idiotisch – wir waren erwachsene Menschen und konnten unsere eigenen Entscheidungen treffen ... Aber das war, als wenn du ein Kind weglegst. Wir haben das sehr schlecht verkraftet.“* Auch: *„Wir haben noch gehofft, dass die sozusagen positiven Leute in der Partei einen Umschwung herbeiführen können. Aber es war zu spät, da war nichts mehr zu holen. Die Partei ist ihr altes Selbst geblieben und Leute wie wir, die etwas Neues machen wollten, mussten einfach weggehen. Es war keine Hoffnung mehr.“* Weitere Beispiele bietet der

oben wiedergegebene Interview-Text. In Zusammenhang mit dieser enttäuschten Hoffnung steht auch die bereits dargestellte Ansicht, dass politische Arbeit eigentlich nur im Rahmen einer Partei wirksam sein könne: IMA ist sozusagen verdammt dazu, in ihrer politischen Tätigkeit künftig unwirksam zu sein. Dieses Motiv spiegelt sich in ihrer Erzählung in Worten über das NEUE FORVM und den Republikanischen Club. Dazu passt auch die Nicht-Erwähnung ihres Engagements für das ČSSR-Solidaritätskomitee. Möglicherweise ist die Hinwendung zur kulturpolitischen Arbeit ein (unbewusster?) Versuch, aus diesem Dilemma auszubrechen.

Diese enttäuschten Hoffnungen führten letztlich zu großer Resignation bezüglich der Frage, was politisch überhaupt zu erreichen ist. Ein Beispiel: *„Das Bedürfnis, aktiv in einer Partei mitzuarbeiten, das ich vorher registriert hatte, ist nach und nach vergangen. Irgendwie habe ich das Gefühl gehabt, das ist alles nur Theaterdonner und in Wirklichkeit interessieren sich die gewöhnlichen Leute überhaupt nicht für Politik. Die wollen ihr Auto und ihr Wochenendhäuschen, aber das, was wir so angestrebt haben, das hat die überhaupt nicht interessiert. Das war eine bittere Erkenntnis, aber sie hat einfach in die Realität geführt.“* Doch trotz dieser Einsicht war es ihr weder möglich, sich nicht mehr für Politik zu interessieren, noch, jegliche politische Aktivität einzustellen. Der Grund dafür ist die tiefe Verwurzelung von Politik in ihrer Biografie.

3.2.8 Politische Aktivitäten nach der KPÖ

An dieser Stelle ist es sinnvoll, sich die Forschungsfrage erneut in Erinnerung zu rufen: *Waren die Frauen, die die KPÖ in Folge der Intervention der Warschauer Fünf verließen, nach ihrem Austritt/Ausschluss noch politisch aktiv? Welche Veränderungen des politischen Engagements gab es und wie wirkten sie sich aus? Welche Begründungen für die politische Aktivität werden angeführt?* Die Antwort auf diese Frage fällt für Ilse M. Aschners Erzählung folgendermaßen aus: IMA war auf jeden Fall weiterhin politisch aktiv. Der Grund hierfür ist, dass politisches Interesse schon früh in ihre Biografie Eingang fand. Politische Aktivität ist tief in ihrem Leben verwurzelt – diese Verknüpfung des Politischen mit der Biografie habe ich in meinen Ausführungen bereits aufgezeigt. Die Art der politischen Aktivität veränderte sich, und zwar war IMA künftig im Rahmen sehr kleiner Organisationen tätig, sie wurde nicht Mitglied einer anderen Partei. Sie selbst führt die Strukturen der KPÖ als eine Ursache für die Probleme beziehungsweise ihre Unzufriedenheit mit dem Status quo an – wodurch die Ablehnung anderer Parteien als Rahmen für politisches Handeln verständlich wird. Eine Folge dieser veränderten Umstände war, dass IMA selbst ihr politisches Handeln als unwirksam

wahrnahm. Diese Wahrnehmung sagt jedoch weniger über den tatsächlichen Einfluss aus, den diese Organisationen gesamtgesellschaftlich gesehen erreichen konnten (insbesondere im Vergleich zur ohnehin nie wirklich einflussreichen KPÖ) sondern viel mehr über IMAs eigene Vorstellungen von Politik. Die ungeliebten Strukturen der KPÖ hatte sie inzwischen so verinnerlicht, sie waren in ihrer Vorstellung praktisch identisch mit „dem Politischen“ geworden, so dass sie anders agierende Organisationen nie vollends akzeptieren konnte. Dazu kam eine sehr starke Orientierung am parlamentarischen System, die politisches Handeln immer mit einem Streben nach parlamentarischer Vertretung verband und damit nicht grundsätzlich systemkritisch war. In diesem Sinne konsequent ist auch Aschners Position *innerhalb* der KPÖ für mehr Demokratie und einen friedlichen Weg zum Sozialismus (im Gegensatz zu Revolution und Diktatur des Proletariats).

3.2.9 Lisa Markstein

Als ich den historischen Hintergrund dieser Arbeit (S. 11–48) formulierte, fand ich die Namen dreier weiterer Frauen, die die KPÖ verlassen hatten. Über eine davon, Antonia (Toni) Lehr, erhielt ich die Auskunft, sie lebte nicht mehr. Eine zweite war Lisa Markstein, die (wahrscheinlich) in der betreffenden Literatur deshalb erwähnt ist, weil sie die Tochter des langjährigen Parteivorsitzenden Johann Koplenig ist. Die dritte Frau war Maria Urban (heute Zottl), die in den 1960ern die einzige Frau im Polbüro war – ihr widme ich mich weiter unten (S. 103ff). Ich beschloss, Markstein und Zottl zu interviewen, da es sich – sozusagen – um den höchsten Grad an „Prominenz“ handelt, den eine Frau erreichen konnte, die damals die KPÖ verlassen hatte. Ich war neugierig, ob sie nach der Partei andere Erfahrungen gemacht hatten als die „weniger Prominenten“. Lisa Markstein (wie sie innerhalb der Partei offenbar durchgehend genannt wurde, als Wissenschaftlerin verwendete sie eher Elisabeth) steht im Telefonbuch, so dass die Kontaktaufnahme eigentlich einfach war. Während ich das erste Interview 2006 und die beiden nächsten 2007 geführt hatte, fanden die beiden letzten erst 2008 statt. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits der historische Teil des Hintergrundkapitels fertig geschrieben und die ersten drei Interviews transkribiert. Ich ging bei der Kontaktaufnahme diesmal etwas anders vor: Ich rief gleich an, um einen Termin zu vereinbaren anstatt vorher brieflich mein Thema kurz vorzustellen und meinen Anruf anzukündigen, weil ich zuvor die Erfahrung gemacht hatte, dass die Bereitschaft, sich zum Interview zu treffen ohnehin sofort da war. Auch von Lisa Markstein erhielt ich einen Termin nur wenige Tage nach dem Anruf. Markstein wohnt in einem großen Gemeindebau im 22. Bezirk,

ich musste also die Donau überqueren. Es war der Vormittag des 29. 5. 2008, die Sonne schien, aber es wehte ein kühler Wind (in der Nacht hatte es geregnet). Wir saßen im Wohnzimmer am Esstisch, direkt hinter mir war ein Fenster, das offenstand und durch das die Geräusche irgendwo im Hof spielender Kinder zu hören waren. Lisa Markstein schreibt gerade ihre Memoiren, von denen sie mir einige Seiten ausdrückte, die sich um die Ereignisse rund um den Prager Frühling und um ihren Parteiausschluss drehen. Dazu gab sie mir noch zwei wissenschaftliche Texte, die sie verfasst hatte, als Beispiele für ihre Tätigkeit als Slawistin. Sie hat einen wunderbaren Schreibstil. Ich traf auch ihren Mann Heinz kurz, der beim Verlassen der Wohnung das Wohnzimmer durchquerte und mich begrüßte. Dieses Interview war das kürzeste von allen, die Aufnahme dauerte knapp eine dreiviertel Stunde – dessen ungeachtet hatte ich das Gefühl, dass es uns beiden sehr gefallen hat. Kurz nach dem Interview erhielt ich noch einen Anruf von Lisa Markstein, bei dem sie zwei Dinge ergänzte, an die sie zuvor nicht gedacht hatte.

3.2.10 Politische Biografie

Im Vergleich mit den drei zuvor geführten Interviews fällt auf, dass es kaum längere Erzählpassagen gibt, schon gar nicht in Bezug auf die KPÖ. Die zwei Themen, bei denen sie etwas weiter ausholte und thematisch länger verweilte, sind ihre Arbeit mit den sowjetischen DissidentInnen und die heutige Situation in Russland. So enthielt ihre Reaktion auf die Einstiegsfrage auch keine Erklärung dafür, wie sie zur Partei gekommen war sondern bezog sich tatsächlich nur auf ihren Parteiausschluss. Das führte dazu, dass ich mehr Fragen stellte als bei den bisherigen Interviews, vor allem, was ihre politische Biografie *während* der KPÖ anbelangte; ihre Bereitschaft, über die Aktivitäten nach der Partei zu erzählen, war deutlich höher. Marksteins Vater war, wie erwähnt, KPÖ-Vorsitzender – von den frühen 1920ern bis zum 19. Parteitag der KPÖ 1965. Die Mutter war KPÖ-Aktivistin, Übersetzerin und Schriftstellerin. Während der Vater aus einer steirischen KleinhäuslerInnenfamilie stammte, war der Hintergrund der Mutter eine bürgerliche Familie mit jüdischen Wurzeln. Lisa wurde 1929 geboren und hatte einen jüngeren Bruder namens Ernst. Die Eltern hielten sich in der Zeit der Illegalität in Prag und Paris auf (wo sich jeweils die gesamte exilierte KPÖ-Führung befand), Lisa wurde in dieser Zeit von Pflegeeltern aufgenommen, was ihr nicht gefiel. Erst nach Kriegsbeginn im September 1939 sollte die Familie in Moskau wieder zusammensein. Die Rückkehr nach Österreich erfolgte 1945. In den 1950ern heiratete Lisa Heinz Markstein, Volksstimme-Redakteur mit jüdischem Hintergrund, der die Zeit der Emigration

in Bolivien und Argentinien verbracht hatte. In dem mir vorliegenden Ausschnitt ihrer Memoiren erwähnt Markstein zwei in den 1950ern geborene Töchter (Barbara und Kathrin), ich fand außerdem Hinweise auf eine dritte Tochter (Miriam, geboren 1964). Heinz Markstein starb im Juni 2008. Über die Rolle, die der (teilweise) jüdische Hintergrund für die Familie spielte: *„[U]nsere Tochter Barbara hat im ‚profil‘ einen sehr schönen Artikel geschrieben über ihr Jüdinntum [Anlässlich der Waldheim-Affäre, Anm.], wobei wir nie in der Familie die Kinder jüdisch erzogen hätten, aber sie sind alle jüdisch geworden (lacht) . . . Unsere Kinder, sie sind alle jüdisch geworden.“*

In der Sowjetunion hatte Lisa Markstein die Schule abgeschlossen und das Slawistik-Studium begonnen, das sie in Österreich 1952 mit der Promotion abschloss. Danach studierte sie Übersetzen und Dolmetschen. Die KPÖ hatte große Auswirkungen auf ihr Leben als Kind, da sie aufgrund der Illegalität der Partei sechs Jahre bei Pflegeeltern verbrachte. Ihr Beitritt zur KPÖ erfolgte 1945 nach der Rückkehr aus dem Exil: *„Beigetreten bin ich begeistert sofort 1945, da war ich sechzehn Jahre, wir sind aus Russland zurückgekommen und ich bin sofort beigetreten. Ich war restlos begeistert.“* Nach ihrem Studium arbeitete sie als freiberufliche Übersetzerin und Dolmetscherin, ab 1967 unterrichtete sie *„an verschiedenen Universitäten“* als Lektorin. Markstein zählte einige „typische“ Tätigkeiten von KPÖ-AktivistInnen auf, die ich bereits im Kapitel „Frauen in der KPÖ“ zitiert habe (S.63). Lisa Markstein trat aus der Partei nicht aus sondern wurde ausgeschlossen: *„[Frage: Was hat dazu geführt, dass du die KPÖ verlassen hast?] Erstens einmal habe ich sie nicht verlassen, sondern sie haben mich ausgeschlossen. Das tut mir sehr leid, dass ich sie nicht verlassen konnte, ich habe sie nicht verlassen wegen meines Vaters. Weil diese Kränkung . . . Er war schon todkrank und er hat sich sehr tapfer benommen nach dem Prager Frühling und hat, das sage ich gerne dazu, eine Delegation der Sowjetischen Botschaft mehr oder weniger hinausgeschmissen. Die wollten, dass diese erste Ablehnung, der negative Beschluss der KPÖ, revidiert wird – dann wurde das eh zurückgenommen, aber da war er schon gestorben [Koplenig starb am 13. 12. 1968, Anm.]. Das war der Hauptgrund, warum ich nicht von selbst ausgetreten bin, ich hätte das natürlich schon früher gemacht, das war das Entscheidende. Ich bin dann ausgeschlossen worden [. . .] von der Partei, ich glaube 71, wegen ‚parteischädigender Tätigkeit und Mitarbeit beim Tagebuch‘.“* Ihrer Unsicherheit an dieser Stelle des Interviews zum Trotz gibt sie auch in ihren Memoiren März 1971 als Datum für den Ausschluss an – und stimmt so mit Spira (1979) überein (vergl. in dieser Arbeit S. 43, Chronologie des Bruchs). In einem Anruf kurz nach dem Interview ergänzte Lisa Markstein noch zwei, wie sie sagte *„wesentliche“*, Aspekte ihres nicht erfolgten Austritts, die sie zuvor vergessen hatte: Erstens hatte sie zunächst, auch 1969 noch, geglaubt, eine Wende in der Partei zu mehr Demokratie, zu einer *„anständigen“*

Partei, sei möglich; zweitens harrte sie aus Solidarität mit jenen aus, die (noch) in der Partei verblieben waren, um für ebendiese Wende zu kämpfen (etwa Kodicek und Spira).

Nach ihrem Parteiausschluss trat Lisa Markstein keiner anderen Partei bei und war „im parteimäßigen Sinn“ nicht aktiv. Einige Jahre blieb sie in der Tagebuch-Redaktion, die sie wegen einer Meinungsverschiedenheit 1979 verließ: *„Ich bin aus der Tagebuch-Redaktion ausgeschieden – überhaupt nicht im Streit – als Spira Herausgeber wurde. Weil wir grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten hatten. Er wollte mir einreden, dass Lenin und der Leninismus das Heil seien und ich war schon längst über diese Phase hinweg. [...] Da bin ich aus der Redaktion weg, ich glaube, ich habe dann auch noch geschrieben, aber jedenfalls war ich nicht mehr in der Redaktion.“* Während der Waldheim-Affäre nahm Lisa Markstein an der Mahnwache am Stephansplatz teil. Aber auch an anderen Kundgebungen und Demonstrationen beteiligte sie sich: *„Ja, solche Sachen haben wir schon gemacht, Mahnwachen oder wie bei den Roma diese Massakrierung war, diese Rohrbombe in Oberwart, war am Heldenplatz eine große Veranstaltung, da waren wir natürlich auch. Dann waren wir auch dort bei ‚A Letter To The Stars‘. Und jetzt, bei der letzten Großveranstaltung, ich weiß nicht mehr, was es war, war ich nicht mehr, weil ich nicht stehen kann. Ich habe Probleme mit der Wirbelsäule und Stehen ist für mich das Ärgste, Gehen ist nicht angenehm, aber Stehen kann ich nicht, also das hat aufgehört. Und auch Demos haben aufgehört. [...] 81 ist in Polen das Kriegsrecht erklärt worden, vom General Jaruzelskij und wir haben öffentlich protestiert, mein Mann und ich, da war eine große Protestaktion. Und sogar im Fernsehen, kann ich mich erinnern, ist dann gekommen, wer alles unterschrieben hat. Das haben uns noch viele ehemalige KommunistInnen übel genommen. Aber jedeR hat seine/ihre Zeit gebraucht ... Wahrscheinlich hat der Spira zum Schluss auch schon den Lenin begraben (lacht).“* Außerdem ging sie ganz in ihrer wissenschaftlichen und Lehrtätigkeit auf. Als Wissenschaftlerin publizierte sie viel zu Russland, als Lehrende fand sie Gefallen an politischen Diskussionen mit StudentInnen. Erst mit 75 Jahren ging sie endgültig in Pension.

Schon seit den 1960ern unterstützte Markstein russische EmigrantInnen und DissidentInnen: *„Ich war doch sehr lange in Amnesty International und damit komme ich auch zu meinem Hauptbereich in dieser Zeit: Das war die Betreuung sowohl russischer Gefangener für Amnesty – also Übersetzungen und so weiter – als auch die Betreuung von EmigrantInnen, die hier durchkamen. Das waren also die 60er-Jahre, das ging un-aufhörlich mit Besuchen und dann war das auch eine Arbeit, die ich lange gemacht habe. [...] Mit Alexander Solschenizyn habe ich gearbeitet und war seine Vertreterin*

im Westen, also sein offizieller Vertreter war der Dr. Heeb in Zürich, Rechtsanwalt, aber ich war die Vermittlerin. Und ich war auch die Vermittlerin für DissidentInnen in Russland, zum Beispiel Wilhelmine Slavutzkaja und Lew Kopelew, Vermittlerin von Literatur, die ich teils selbst aus dem Land gebracht habe, teils durch die Botschaft, teils durch andere Kanäle, damit sie herausgegeben werden kann. Ich habe mit Georges Haupt in Paris zusammengearbeitet, der ein Fachmann für Marxismus war. Er hat Beziehungen zu Verlagen gehabt, die ich nicht hatte, und er hat dann viele Texte veröffentlicht und redigiert. Das war meine politische Arbeit, die für mich sehr wesentlich war. Diese Texte und dann der Kontakt mit Böll, auch ausgehend von diesen sowjetischen Sachen, das war meine politische Arbeit. Offiziell lief das nur über Amnesty. [...] Das war also meine Tätigkeit. Vor allem mit Solschenizyn und mit diesen vielen illegalen Texten, die aus Russland gekommen sind. [...] Und ich habe auch noch fürs Tagebuch Briefe, Artikel von Kopelew vermittelt und einer hat dann letztendlich bewirkt, dass Kopelew emigrieren musste, weil man ihm sehr zugesetzt hat. Ich habe in diesem Zusammenhang viele sehr, sehr interessante Menschen kennen gelernt, die auch in diesem Bereich waren ... Das war eine sehr schöne Zeit – ‚schöne Zeit‘ ist ein schlechter Ausdruck, interessante Zeit. [Frage: Wann hast du diese Arbeit aufgegeben?] Diese Art Arbeit habe ich in dem Moment aufgegeben, als Gorbatschow an die Macht kam. War das vorbei ...“ Anlässlich Solschenizyns Tod wurde Lisa Markstein für das Ö1-Mittagsjournal am 4. August 2008 interviewt, dazu gibt es einen kurzen Text auf der Ö1-Homepage („Archipel Gulag war die Bombe“).

Überhaupt ist Markstein *„innerlich noch immer sehr engagiert an Geschehnissen in Russland“*. Ihr enger Bezug zu diesem Land, in dem sie den Großteil ihrer Schulzeit verbracht hat und mit dem sie bis heute auch FreundInnenschaften verbindet, ist ein wichtiger Antrieb für ihr politisches Interesse und Engagement. Während ihrer Zeit in der KPÖ etwa unterschied sie ihr langer Sowjetunion-Aufenthalt von anderen KPÖlerInnen: *„[I]ch war überhaupt natürlich in der Erkenntnis der Lage viel früher als andere, weil ich bis 1945 die entscheidenden Jahre, die Schule und so weiter, in Russland war und sehr viel mehr gewusst habe als man hier wusste, schon bevor Chruschtschow ... Was Chruschtschow gesagt hat, habe ich schon gewusst – es war nur gut, dass er’s gesagt hat. Also, ich habe da immer einen Vorsprung gehabt.“* Auch als Wissenschaftlerin blieb sie Russland treu: *„Ich habe sehr viel geschrieben in dieser Zeit, wissenschaftliche Artikel, vor allem aus dem Bereich Russland, russische Geschichte, russische Probleme. [...] Das [Der von ihr verfasste Text „Die Russische Seele als Werbeslogan“, Anm.] ist ein einstweiliger Schwanengesang, wo ich mir einen Wunsch erfüllt habe, den ich gehegt habe. Es war mein Wunsch, über die ‚Russische Seele‘ herzuziehen ... Weil mir dieser Kult um die ‚Russische Seele‘ schon immer, seit Beginn meines Slawistik-*

Studiums, ein Dorn im Auge war. Jetzt habe ich das im Alter von 75 noch zustande gebracht. Diese Besudelung – dieses Beweihräuchern der ‚Russischen Seele‘, das ist alles ein Quatsch. Das russische Volk hat zum ersten Mal in vollkommener Freiheit die Diktatur gewählt. Also mit ‚Russischer Seele‘ soll mir keineR mehr kommen. Weil soviel die Wahlen vielleicht gefälscht waren und alles, aber sie waren eindeutig. (Ich meine die letzten Wahlen.)“ Noch heute folgt sie auch dem russischen tagespolitischen Geschehen mit großer Aufmerksamkeit und Anteilnahme: *„Ich höre durch den Computer russisches Radio, Radio Liberty. Da war ein Bericht, in der Duma wurde ein Geschichtslehrbuch für alle Schulen Russlands abgesegnet. Und darin ist Stalin Sieger im Krieg, ohne irgendeine Einschränkung, er ist Schöpfer des industrialisierten Russland und es ist kein (!) Satz über seine Verbrechen! Kannst du dir das vorstellen? [...] Das hat mich so betroffen, das ist grauenvoll! Grauenvoll – kein Wort! Sie haben im Radio auch noch einzelne Leute gefragt: ‚Die Jugend soll die Heimat positiv sehen.‘ – Das war die Begründung. Das hat der Putin gesagt und das haben auch die Befragungen ergeben, das war die Logik: Die Jugend soll nichts Schlechtes über ihr Land erfahren. [...] Russland ist halt meine zweite Heimat – und meine FreundInnen leiden sehr. Wir werden das aber nicht mehr erleben, dass da etwas anders wird. Ein zweites Wunder so wie Gorbatschow wird noch sehr lange dauern. Ich hoffe nicht auf den Medwedew ...“* Sie beklagt auch Solschenizyns unkritisches Verhältnis zu Putin, dass die (von Gorbatschow gestartete) Untersuchung zum Massaker von Katyn eingestellt wurde sowie dass Michail Chodorkowskij in einem neuen Prozess zu lebenslanger Haft verurteilt werden soll (wozu auch Amnesty International nichts zu sagen hat).

3.2.11 Politische Aktivitäten nach der KPÖ

Auf meine Frage „Welche Rolle spielte, rückblickend, und spielt Politik für dein Leben?“ antwortete Lisa Markstein: *„Also für meine Kindheit war das schrecklich ... Sonst würde ich sagen, dass ich unverändert bis heute ein politischer, politisch linker Mensch geblieben bin, trotz all dieser Sachen. Ein links denkender politischer Mensch.“* Ein „links denkender politischer Mensch“ zu sein, das ist nichts, was allein im stillen Kämmerchen funktioniert. Vielmehr beinhaltet das Selbstverständnis von sich als „Linker/Linkem“ auch politisches Engagement. In Lisa Marksteins Fall ist dieses Engagement stark von ihrer engen Beziehung zu Russland/zur Sowjetunion geprägt: Sie unterstützte DissidentInnen und Häftlinge, sie publizierte wissenschaftliche Texte zum Thema Russland, sie diskutierte mit engagierten Russistik-StudentInnen ... Doch natürlich ist Russland nicht ihr gesamter Horizont, im Gegenteil, neben der österreichi-

schen Tagespolitik nimmt sie auch international Anteil. Sie erwähnte etwa Berlusconi und Chávez sowie Michelle Bachelet. Und auch über diese Themen wird sie sicher ausführlich diskutieren, nicht nur im FreundInnenkreis. Bevor ihr ihr Gesundheitszustand langes Stehen unmöglich machte, nahm sie an vielen öffentlichen Veranstaltungen und Kundgebungen in Wien teil. Auffallend dabei ist jedoch, dass sie mit all ihren Aktivitäten nach der Partei (wohl mit Ausnahme ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit) in einem extrem informellen Rahmen angesiedelt war. Die Teilnahme an Demos und dergleichen erfolgte individuell, ohne Verbindungen zu den jeweils Organisierenden. Ebenso war die „Literaturvermittlung“ (die auch den Schmuggel von Texten ins Ausland beinhaltete) an und für sich nicht die Aktivität einer Gruppe. (Es ist anzunehmen, dass bei dieser Arbeit, sollte sie auf längere Zeit fortgeführt werden, auch eine gewisse Diskretion geboten war.) Auch wenn Amnesty International, das einen losen Rahmen für Marksteins Tätigkeiten in der Sowjetunion bot, eine weltweit agierende Organisation ist, können die einzelnen Gruppen im Rahmen von AI sehr unabhängig agieren.

3.2.12 Maria Zottl

Maria Urban (nach der Partei heiratete sie Peter Zottl) war die höchste weibliche Funktionärin, die die Partei als Folge der Intervention in der ČSSR verließ (sie war Mitglied des Politischen Büros). Dies ist insofern spannend, als sie in ihrer Zeit in der KPÖ in der Öffentlichkeit in weniger großem Maße unsichtbar war als die anderen Interviewpartnerinnen. Ich wollte sie also interviewen, um zu sehen, ob es da einen Unterschied gab: Vielleicht war sie nach der Partei nicht mehr politisch aktiv? Oder auf andere Art als die anderen? Die erste Kontaktaufnahme (auch sie steht im Telefonbuch) erfolgte gleichzeitig mit Lisa Markstein, doch während ich Lisa Markstein bei meinem zweiten Anruf erwischte, konnte ich Maria Zottl nur eine Nachricht auf dem Anrufbeantworter hinterlassen. Als ich Lisa Markstein interviewte, erzählte sie mir, sie sei mit Maria Zottl befreundet, die auch ganz in der Nähe wohne – ich hätte die Interviews nacheinander machen können. Ich erzählte Lisa Markstein, dass ich eine Nachricht hinterlassen hatte, aber noch auf Rückruf wartete. Während ich nach dem Interview noch irgendwo unterwegs war, rief mich Maria Zottl zu Hause an und hinterließ, sie wäre gerne zu einem Interview bereit. Lisa Markstein hatte ihr erzählt, worum es ging und das fand auch Maria Zottl interessant. Das Interview fand dann gleich am nächsten Tag statt, dem 30. 5. 2008. Ich fuhr also noch einmal über die Donau. Diesmal war es Nachmittag und schon richtig sommerlich heiß. Ich war zu früh dort (ich war in Sorge wegen des Freitag-Nachmittag-Verkehrs gewesen) und ging noch in dem Gemeindebau spazieren,

in dem Zottl wohnt. Dort fand gerade irgendein Fest statt, im Zentrum des kleinen Geschäfts-Komplexes, der die Nahversorgung der BewohnerInnen sicherstellt. Maria Zottls Wohnung war ein bisschen abgedunkelt (die Sonne hätte sonst durch die Fenster gebrannt, da die Wohnung relativ hoch liegt und auch kein anderes Haus für Schatten sorgt), im Wohnzimmer, wo das Interview stattfand, befanden sich ein Esstisch, eine Sitzgarnitur und das obligatorische Bücherregal (jede der Interviewpartnerinnen hatte ein mindestens wandfüllendes). Zottl hatte einen Ausdruck ihrer Memoiren (die sie zu ihrem 80. Geburtstag verfasst hatte) bereits für mich vorbereitet – ich darf sie behalten und beliebig verwenden. Nach dem Interview borgte sie mir zum Lesen noch weitere Dokumente, hauptsächlich von ihr verfasste Texte, und meinte, sie würde an mich denken, wenn sie ihren Keller ausräumt. Ein paar Tage nach dem Interview trafen wir einander noch einmal kurz, weil sie mir weitere Texte borgen wollte, diesmal Zeitungsartikel und Leserinnenbriefe.

Nach Lisa Marksteins Interview war das mit Maria Zottl das zweitkürzeste. Ich finde es auffällig, dass gerade die zwei zuletzt geführten Interviews so kurz sind. Zwar konnte ich keinen eindeutigen Grund dafür feststellen, dafür aber drei Unterschiede dieser Interviews zu den anderen: Maria Zottl schrieb ihre Memoiren vor wenigen Jahren, Lisa Markstein war zum Zeitpunkt des Interviews gerade damit beschäftigt. Die Tatsache, dass sie ihre Lebens-Erinnerungen bereits in ihren eigenen Worten selbst niederschreiben konnten, führte vielleicht dazu, dass kein Bedarf bestand, so ausführlich mit mir darüber zu sprechen. Die beiden anderen Unterschiede hängen mit mir zusammen. Einerseits schickte ich diesmal das Diplomarbeitkonzept nicht vorher per Post – vielleicht hatten die anderen schon vor dem Interview über die von mir aufgebrachte Fragestellung nachgedacht, so dass sie beim Interviewtermin dann mehr zu erzählen wussten; dafür, dass ihnen manches erst später einfiel, spricht auch, dass mich beide, Markstein und Zottl nach dem Interview noch anriefen, um Dinge zu ergänzen (allerdings nur wenige). Die Ursache für den dritten Unterschied ist bei mir selbst zu suchen. Zum Zeitpunkt der zwei letzten Interviews hatte ich den historischen Hintergrund der Arbeit bereits fertig formuliert. Vielleicht führte das bei mir unbewusst dazu, dass ich eine weniger aufmerksame oder offene Frage- und Zuhörhaltung einnahm. Ich konnte diesen Verdacht allerdings nicht erhärten, da ich selbst auch im Nachhinein beim Hören der Interview-Aufnahmen nicht den Eindruck habe, anders gefragt zu haben beziehungsweise anders aufgetreten zu sein. Die Hauptfolge der Kürze dieser zwei Interviews ist übrigens, dass die Schilderung der „politischen Biografie“ weitaus weniger ausführlich ausfällt (das spricht wieder für die Memoiren als Ursache).

3.2.13 Politische Biografie

Wie auch schon Lisa Markstein vor ihr, bezieht Maria Zottl die Einstiegsfrage direkt auf den Parteiausschluss und nützt sie nicht, um auch zu erklären, wie und warum sie zur KPÖ gekommen ist. Daher stellte ich Fragen auch zu ihrer Zeit in der KPÖ. Ebenso wie Lisa Markstein spricht Maria Zottl ausführlicher von ihren Aktivitäten nach der Partei als von ihrer Zeit als Parteigestellte. Maria Zottl wurde 1923 als Maria Amsüß in Krems geboren. Ihre Familie war gläubig katholisch, sie hatte zwei Brüder (Karl, geboren 1921, wahrscheinlich gefallen in Stalingrad 1943 und Erich, geboren 1925), ihre Mutter war Hausfrau und Heimarbeiterin. Ihr Vater war ab 1929 sechs Jahre lang arbeitslos, eine Zeit, die Maria sehr prägte. Zottl besuchte eine Klosterschule, die sie, da es eine konfessionelle Schule war, nach der NS-Machtübernahme bald verließ und in einer Fabrik als kaufmännische Angestellte zu arbeiten begann. Ihren ersten Ehemann Franz Urban, der 19 Jahre älter war, heiratete sie 1947, die beiden haben eine Tochter (Eva, geboren 1948). Sie trennte sich 1951 von Franz, um für sich zu sein. Nach dem Parteiausschluss heiratete sie Peter Zottl, der ebenfalls ausgeschlossen worden und davor niederösterreichischer Landesparteiobmann gewesen war. Seit 1998 ist sie verwitwet.

Von 1939 bis 1952 arbeitete Maria Zottl in der Schuh- und Lederfabrik Schmitt AG (in Krems-Rehberg). Dort hatte sie während dem NS ein politisches Schlüsselerelebnis: *„Da hat es ein Außenlager gegeben, es war eine Art Konzentrationslager, ein Arbeitslager, wo bei der Heeresschuhherstellung bestimmte Teile einer Arbeit ausgelagert wurden und die Häftlinge haben das gemacht. Zu meinen Aufgaben hat gehört, Begleitpapiere und so weiter auszustellen und da habe ich irgendwoher gewusst, dass einer Lehrer und da in dem Lager ist. Dem habe ich dann ein paar freundliche Worte dazugeschrieben und dann hat man mich – das klingt jetzt so arg, aber es ist keine Heldentat von mir gewesen – aufmerksam gemacht, auf die Seite genommen, ich solle das unterlassen, weil wenn man mit einem politischen Häftling, der dort im Lager ist, könnte das ... Das klingt jetzt, wie soll ich sagen, so mutig oder weiß nicht – das war absolut nicht mutig, das war einfach eine menschliche Geste, so wie sie jeder Mensch tun kann. Und ein anderer sagt: ‚Hearst, bist du blöd, kannst du dir nicht vorstellen, dass man das nicht machen kann?‘“* Dieser Lehrer war Kommunist, wie auch andere politische Häftlinge im Lager. Die Schuhfabrik wurde nach Kriegsende als USIA-Betrieb unter sowjetische Verwaltung gestellt, wodurch Maria Zottl zur KPÖ kam. Mit drei Kommunisten, die dieses Lager überlebt hatten, hatte Zottl Kontakt. Sie erinnert sich an eine Geschichte, die die Frau eines dieser Männer betrifft: *„Da war ein Maiaufmarsch in Krems oben, da*

ist die KPÖ nach der SPÖ gegangen, durch die Landstraße. Und bei der Post, bei der oberen Landstraße, ist die SP dann stehengeblieben und da war dann die Aufforderung, die Losung in der Partei, man soll mit seinen Fähnchen zur SP hinübergrüßen. Das war so eine Periode, wo man den Kontakt und nicht den Gegensatz gesucht hat. Sie ist vor mir gegangen – man hat sie als Kommunistin von der SP fürchterlich behandelt und gekränkt und erniedrigt – und ist dort zusammengebrochen. Sie konnte nicht die Fahne heben. Das sind so Dinge, wo man merkt, wie tief eigentlich Menschen oft eine Bewegung geht und wie verletzlich sie dadurch werden. Und wenn das zwischen zwei ArbeiterInnenparteien passiert, ist das ein Drama. Das ist ein Moment, der ist hängen geblieben an mir ... Weil man Menschen, wie soll ich sagen, zutiefst verletzt durch so etwas. Ihr Mann war im Konzentrationslager und nur weil er Kommunist war, hat man sie beschimpft.“ So erfuhr Zottl bereits in den ersten Jahren nach dem Nationalsozialismus, dass Politik auch persönliche Enttäuschungen mit sich bringt. Den Sozialismus jedoch sah sie als eine notwendige Alternative zum Kapitalismus an und damit als eine Bereicherung.

1946 trat Maria Zottl der KPÖ bei und wurde 1952 Parteiangestellte. Von 1954 bis 1957 besuchte sie die Hochschule für Gesellschaftswissenschaft („Parteihochschule“) in Moskau. Maria Zottl war Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ, ihr Aufgabengebiet als Parteiangestellte lag zuerst in der Leitung des Bundes Demokratischer Frauen, später im Polbüro. Teil davon war *„der Einsatz in den Parteiorganisationen draußen“*, sie hielt Schulungen ab und *„erarbeitete Referate zu bestimmten Themen“*. Dafür ist sie *„oft viele Stunden gesessen und hat überlegt“*. Doch nach der Intervention in der ČSSR wurde alles anders: *„[Frage: Was hat dazu geführt, dass Sie die KPÖ verlassen haben?]* *Das letzte ausschlaggebende Erlebnis war der Einmarsch der Sowjetunion in die Tschechoslowakei, also der Prager Frühling, den man zerschlagen hat. Denn wir, ein Teil der Partei, – die Trennlinie war nicht so deutlich, aber wir sind der italienischen Parteipolitik näher gestanden – glaubten und waren überzeugt davon, dass wir für Europa ein anderes Modell des Sozialismus brauchen. Und dass das in der Tschechoslowakei versucht worden ist. Da wurde das eben zerschlagen – und damit ist eigentlich die Bewegung zerschlagen worden.“* Nachdem Zottl als Progressive auf ein *„stummes Gleis“* geschoben worden war, beschloss sie, ihre Funktion niederzulegen und informierte den Parteivorsitzenden Muhri im November 1969 in einem Brief davon. Auf dem 21. Parteitag (Mai 1970) war sie noch anwesend und hielt ihre letzte Rede. Über diese Zeit erzählt sie: *„Ich bin dort gesessen, man hat mich als Referentin überhaupt nicht benutzt. Üblich war, dass man eingeteilt wäre zu einer Mitgliederversammlung, zu einer Landesleitungssitzung, was weiß ich, in Innsbruck und in Linz und so weiter. [...] Da habe ich halt dann das Handtuch geworfen. Ich wäre sicherlich beim nächsten Partei-*

tag abgewählt worden, das ist keine Frage. Bis dorthin wollte ich aber nicht warten. Und da hat sich dann das ergeben. [...] Man hat dann schon auch eine Solidarität gespürt, dass manche angerufen haben, von Landesleitungen und so: ‚Wie geht’s dir?‘ Und: ‚Was machst jetzt?‘ Die haben gewusst, ich habe damals allein gelebt mit meiner Tochter, also für mich war’s ja auch eine Existenzfrage. Ich habe also schon auch Solidarität gespürt. Es war eine ungeheure Solidarität von Dr. Löw-Beer, dieser Firma [Loba Chemie, Anm.], mir das Anbot zu machen.“ In der Loba Chemie arbeitete sie vom 1. März 1970 bis zu ihrer Pensionierung im Dezember 1983 (obwohl sich zunächst der kommunistische Betriebsrat gegen ihre Einstellung ausgesprochen hatte). „Ich war ein politischer Mensch und mich haben die Dinge interessiert, die vor sich gehen, aber ich war nicht in der Partei tätig, ich habe dort meine Funktion niedergelegt und dann auch meine Mitgliedschaft. Das heißt, der Genosse, der mich kassieren hätte sollen, ist auch nicht zu mir gekommen, weil zu einer Renegatin zu gehen ist ja nicht ehrenhaft (lacht).“ Sie erzählte weiters, dass manche ehemalige GenossInnen bei einer Begegnung sogar die Straßenseite wechselten. Auch wenn Maria Zottl es im Interview anders schilderte, schreibt Spira (1979), dass sie gleichzeitig mit Lisa Markstein (und anderen) aus der Partei ausgeschlossen wurde, das wäre im März 1971 gewesen (vergl. S. 43, Chronologie des Bruchs).

Nach dem Parteiausschluss war Maria Zottl zunächst politisch nicht aktiv, da sie beruflich neu Fuß fassen musste und mit der Einarbeitung in den neuen Job vollauf beschäftigt war. Außerdem hat sie „irgendwo die Nase voll gehabt“ und widmete sich ihrem Privatleben: „Eine Zeitlang war ich in Krems oben, wo das Elternhaus auch war, und gar nicht in Wien herunten. Ich habe mich da eigentlich ... zurückgezogen kann man’s nicht nennen, aber ich habe halt mein privates Leben geführt, war beschäftigt mit Enkelkind und so weiter (lacht) ... Ein politischer Mensch ist man natürlich geblieben. Das ist eh klar.“ Ganz dürfte das mit der Inaktivität aber doch nicht stimmen, denn aus ihren Memoiren geht hervor, dass sie Kassierin im ČSSR-Solidaritätskomitee und dort überhaupt sehr engagiert war. (Zum ČSSR-Solidaritätskomitee vergl. weiter oben S. 46ff.) Auch aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem Antikommunismus in der SPÖ fiel es Zottl schwer, nach der KPÖ eine neue politische Heimat zu finden: „Ich habe natürlich auch ein bisschen eine Hemmung gehabt, mich irgendwo zu engagieren, weil man hat ja auch eine solche antikommunistische Stimmung in der SP gehabt. Es ist ein großes Drama gewesen, dass es hier in Wirklichkeit keine Brücken gegeben hat. [...] Das sind schon menschliche Tragödien, die entstehen, wenn man politisch engagiert ist. Aber ich möcht’s nicht missen, keine Frage.“ Seit vier oder fünf Jahren engagiert sich Maria Zottl ehrenamtlich im „Entwicklungshilfeklub“ (<http://www.eh-klub.at/>), einer Organisation, die vor allem auf die Förderung kleinerer Projekte und Initiativen im

Bereich der Entwicklungshilfe setzt und Spenden zu 100 Prozent an das Projekt weiterleitet, für das sie eingegangen sind. Die vier hauptamtlichen MitarbeiterInnen, die für manche Aufgaben nötig sind, werden aus Mitgliedsbeiträgen finanziert, die beispielsweise von den ehrenamtlichen MitarbeiterInnen bezahlt werden, zu denen Maria Zottl zählt. Sie wurde von Renate Horvat, einer Freundin, die sie aus der Partei kennt, auf das Projekt aufmerksam gemacht und hatte sie ein paar Mal begleitet, bevor sie auch selbst einen ehrenamtlichen Dienst übernahm. Neben der finanziellen Unterstützung übernehmen die etwa 50 Ehrenamtlichen weitere Aufgaben wie Adressieren und Kuvertieren für Postaussendungen oder vorbereitende EDV-Tätigkeiten für die Buchhaltung (regelmäßig wöchentlich). Auch der Schauspieler und frühere KPÖ-Sympathisant Otto Tausig engagiert sich im Entwicklungshilfeclub, er versucht vor allem KünstlerInnen für die Anliegen des Vereins zu gewinnen. Einmal im Jahr findet ein „Friedenslauf“ um das Wiener Rathaus statt, bei dem pro erlaufener Strecke Geld gespendet wird. Ihre Aktivität dort hat für Maria Zottl auch etwas Lustvolles: *„Ich kenne dort jetzt schon 20, 30 Leute. Man tut etwas, was einen Sinn hat. Solidarität mit denen, die viel weniger haben als wir. [...] Und die Leute sind ernsthaft und gut aufgelegt. [...] Das sind jede Woche drei, vier Stunden Arbeit ... Vergnügen ...“* Vergnügen mit einem guten Zweck also.

Seit etwa acht Jahren ist Maria Zottl Teil einer Frauenrunde, die sich aus lauter Ex-KPÖlerInnen zusammensetzt (um die 20 alles in allem), von denen etwa zwei Drittel zur Zeit des NS aufgrund ihrer jüdischen Herkunft im Exil waren. Fast alle dieser Frauen sind Witwen (Ausnahmen bestätigen die Regel: Ehepaare sind auch erlaubt). Jeden Mittwoch Vormittag gehen sie zusammen in ein Museum. Aber auch sonst unternehmen sie (als verschieden große Gruppen) zusammen kulturelle Aktivitäten (Theater, Konzert) oder unterhalten sich einfach nur, spielen Karten und stehen einander mit Ratschlägen und aller möglichen Unterstützung zur Seite. Es geht vor allem darum, sich um einander zu kümmern: *„Es geht nicht nur um die Unterhaltung sondern man ist irgendwo ein bisschen aufgefangen, wie in einer Familie. Und dadurch bewahrt man auch, ich sehe das bei mir, eine Eigenständigkeit. Man ist nicht so sehr auf die eigene Familie konzentriert.“* Auf meine Frage, ob sie sich in der Frauenrunde jetzt der Kultur statt der Politik widmeten, antwortete Zottl: *„Naja, politisieren tut man wahrscheinlich automatisch, weil man eine Meinung hat ... Aber so eine Mentalität wie früher, dass man glaubt, man muss Gott und die Welt von dem überzeugen, wovon man selbst überzeugt ist, haben wir nicht mehr. Die Kurzfassung wäre: Wir sind, was wir sind und genießen unser Leben ... Ungefähr so.“*

3.2.14 Politische Aktivitäten nach der KPÖ

Gleich zu Beginn des Interviews, nachdem sie ihre Gründe für das Verlassen der Partei beschrieben hatte, ging Maria Zottl auch auf ihre heutige politische Einstellung ein: *„Wenn man schaut, was übrig geblieben ist: In der Gesellschaft ist kaum als politische Kraft diese Linke spürbar, die eine Alternative wäre zur Profitgesellschaft, die sie aber meiner Meinung nach unbedingt nötig hätte. Auch im Interesse der Umwelt. Der Kreis der Notwendigkeiten ist größer geworden als es zu der damaligen Zeit sichtbar gewesen ist.“* In ihren weiteren Äußerungen mit Gegenwartsbezug wird deutlich, dass sie sich eineN aktuelleN GesellschaftsanalytikerIn vom Format eines Marx oder Engels wünscht – sowie eine politische Bewegung, die diese Analyse dann umsetzt. Die Menschheit steuert ihres Erachtens heute auf eine Katastrophe zu, weil sie sich selbst ihrer Lebensgrundlagen beraubt und das Profitsystem über Grundwerte des Menschseins stellt. Doch es ist weder einE AnalytikerIn noch eine politische Bewegung in Sicht. Auch die Ex-KPÖlerInnen schafften es damals nicht, eine neue Bewegung zu werden. Nach der Partei machte sie daher eine Pause von der politischen Aktivität, die sie für das Private, für ihr Familienleben nutzte. Meine These bezüglich dieser Pause ist, dass sie darauf zurückzuführen ist, dass Zottl hohe Partei-Funktionärin war *und* nach der Partei ihre Arbeit in einem nicht-politischen Umfeld aufnahm (im Gegensatz zu Aschner, deren Arbeitsumfeld politisch war). Es war für sie daher von allen Frauen am schwersten, nach der Partei politisch wieder Fuß zu fassen. Nach dem Tod ihres Mannes beschreitet Maria Zottl mit der Frauenrunde kein dezidiert politisches Terrain, doch greift auf Kontakte zurück, die auch mit dem Verlassen der Partei nicht ganz verloren gegangen sind. Die Frauenrunde ist ein Beweis dafür, dass politische Gemeinsamkeiten FreundInnenschaften über die Jahre hinweg aufrecht erhalten helfen. Nach vielen Jahren wendet sich Zottl dann (doch wieder) einer politischen Organisation zu – dem Entwicklungshilfeklub. Die Auswirkungen ihres politischen Handelns sind dabei relativ unmittelbar spürbar. Einerseits nämlich wird mit den finanziellen Mitteln konkrete Hilfe geleistet, die bei den hilfsbedürftigen Menschen auch wirklich ankommt, andererseits gibt es immer wieder Vorträge, in denen ProjektpartnerInnen, die in den jeweiligen Ländern direkt involviert sind, von den positiven Auswirkungen der Hilfe berichten. Zudem verfügt der Entwicklungshilfeklub über so gut wie keine Hierarchie (ausgenommen diejenige zwischen bezahlten Haupt- und unbezahlten Ehrenamtlichen, die für Menschen, die bereits in Pension sind, wahrscheinlich keine Rolle mehr spielt), dafür hat jedeR dort das Gefühl, als Rädchen im Getriebe unerlässlich zu sein.

3.2.15 „Basisaktivistinnen“ (Modell 1)

Wie bereits mehrfach erwähnt, ist das Gemeinsame an den drei Interviewpartnerinnen, die hier Modell 1 repräsentieren, dass sie nach der Partei politisch in kleinen, „basisnahen“ Gruppen tätig wurden. Abgesehen von dem Mangel an Hierarchie und Formalisierung liegt eine weitere Gemeinsamkeit des Engagements darin, dass die Auswirkungen des politischen Handelns sehr unmittelbar spürbar sind; sei es, weil das Handeln darin besteht, an einer Demonstration oder Kundgebung teilzunehmen, Unterschriften zu sammeln, Überzeugungsarbeit zu leisten . . . , sei es, weil es darum geht, Texte aus der Sowjetunion im Westen zu publizieren, sei es, weil Berichte über erfolgreiche Projekte zu den Selbstverständlichkeiten im Entwicklungshilfeklub gehören. Diese großen Gemeinsamkeiten sind der Grund, warum es mir so naheliegend erschien, diese Frauen als „Basisaktivistinnen“ zu einem Modell für politische Aktivität von Frauen nach der KPÖ zusammenzufassen. Die Unterschiede in den Details dieser Aktivitäten werden in den vorhergehenden Einzel-Analysen ohnehin deutlich. Auf einen Unterschied möchte ich an dieser Stelle dennoch eingehen: Es ist dies die Pause in der politischen Aktivität, die Ilse M. Aschner und Maria Zottl nach der Partei einlegten. Allerdings hatte Aschner mit dem NEUEN FORVM ein politisches Arbeitsumfeld, wandte sich dann einer kulturpolitischen Organisation (GAV) zu, um Mitte, Ende der 1980er mit der Waldheim-Affäre dem Republikanischen Club beizutreten und zu beginnen, als Zeitzeugin Schulen zu besuchen. Die letzte Organisation, der sich Aschner anschloss, ist mit dem Lesetheater kulturell, in geringerem Maße auch kulturpolitisch orientiert. Maria Zottl arbeitete jedoch in einer Chemie-Firma, hatte also keineswegs ein politisches Arbeitsumfeld. Erst nachdem ihr Mann gestorben war, verstärkte sie den Kontakt zu anderen Ex-KPÖlerInnen und begann schließlich im Entwicklungshilfeklub tätig zu werden. Dieses Engagement ist auch im Kontext ihrer Sorge über die Auswirkungen des Kapitalismus auf die Menschheit weltweit zu sehen. Lisa Markstein war länger und ausgiebiger als Aschner und Zottl in einem gemeinsamen Umfeld mit anderen Ex-KPÖlerInnen aktiv. Zwar waren jene im ČSSR-Solidaritätskomitee, doch Markstein war bis 1979 in der Tagebuch-Redaktion und auch nach ihrem Ausstieg aus der Redaktion war sie weiterhin als Tagebuch-Autorin aktiv. Außerdem zog sich der auf Russland bezogene Teil ihrer Tätigkeit nahtlos durch, die Arbeit mit den Gefangenen und DissidentInnen bis zum Ende der Sowjetunion, ihre wissenschaftliche und Lehrtätigkeit praktisch bis heute.

3.3 „Interessenvertreterinnen“: Verber, Fischer

Das zweite der bereits erwähnten beiden Modelle wird von zwei Interviewpartnerinnen repräsentiert. In diesem Fall besteht die Gemeinsamkeit darin, dass die politische Aktivität nach der KPÖ in einem berufsnahen Engagement bestand und damit im Rahmen von Organisationen, die stärker formalisiert sind. In den nun anschließenden Ausführungen möchte ich Details dazu aufzeigen und auch auf die Unterschiede eingehen, die diese erste hier formulierte Verallgemeinerung außer Acht lässt.

3.3.1 Maria Verber

Ich weiß nicht mehr, wann es war, aber jedenfalls handelte es sich um eine sehr frühe Phase meiner Diplomarbeit (vermutlich irgendwann in der ersten Jahreshälfte 2006), als der Name Maria Verber erstmals bei einem „Brainstorming“ im Familienkreis zu möglichen Interviewpartnerinnen fiel. Ich hatte allerdings nicht mehr als den Namen. Im Herbst 2006 traf ich dann Irma Schwager, eine langgediente Funktionärin im BDFÖ, die bis heute Mitglied der KPÖ ist. Ich glaube, es war ein Genosse aus dem KSV-Umfeld, der mir geraten hatte, sie anzusprechen, da sie Kontakt zu vielen Frauen hätte – auch zu ausgetretenen. Irma Schwager fiel nur eine potenzielle Interviewpartnerin ein: Maria Verber. Sie wollte diese allerdings um Erlaubnis fragen, ob sie mir ihre Telefonnummer und Adresse geben dürfe. Wenige Tage später erhielt ich von Irma Schwager telefonisch die Kontaktdaten. Übrigens hatte ich die ganze Zeit über den Namen immer nur gehört und nie gelesen, so dass mein erster postalischer Kontakt an „Maria Färber“ ging (allerdings trotzdem richtig zugestellt wurde).

3.3.2 Interviewsituation

Obwohl der briefliche Erstkontakt bereits im Herbst stattgefunden hatte, meldete ich mich erst Anfang Februar wieder, um einen konkreten Interviewtermin auszumachen: Den 15. Februar 2007. Im naßgrauen Februarwetter machte ich mich an diesem Nachmittag auf in die Wohnung im 1. Bezirk. Ich wurde gleich sehr herzlich empfangen, jedoch auch mit der Mitteilung, dass ihre ganze Tagesplanung etwas durcheinander geraten wäre und wir deshalb weniger Zeit hätten. Ich blieb, um das Interview aufzunehmen, bis ihr (fast blinder parkinsonkranker) Partner mit einer Pflegerin nach Hause kam. Die Aufnahme umfasst eine Stunde und zehn Minuten und mir wurde sehr

freundlich angeboten, jederzeit anzurufen, falls noch Fragen offen seien oder dergleichen. Kaum hatte ich die Wohnung betreten, kam das Gespräch auf mein Diplomarbeitsthema, das sie aus dem von mir zugeschickten Konzept kannte. Maria Verber erzählte mir, dass sie eigentlich gar nicht ausgetreten sei und ihren Partajob auch schon Jahre vor dem Prager Frühling aufgegeben habe. Auch wenn mir daher zu diesem Zeitpunkt nicht ganz klar war, ob sie als Interviewpartnerin für meine Arbeit „geeignet“ wäre, wollte ich das Interview durchführen. Als mir bewusst wurde, dass es bereits um für meine Diplomarbeit Relevantes ging, schaltete ich das Aufnahmegerät ein – schon vor der ersten Frage. Das (Vor-)Gespräch ging dann fließend ins Interview über, allerdings stellte ich nicht die übliche Einstiegsfrage, weil Verber ja bereits begonnen hatte, mir zu erzählen, was dazu geführt hatte, dass sie die Partei verließ. Das Ende war vielleicht ein klein wenig überstürzt, weil wir versuchten, fertig zu werden, bevor ihr Partner zurückkam, mit dem gemeinsam sie dann Abend essen wollte. Doch ein erstes Wieder-Hören des Interviews machte mir wenig später klar, dass eigentlich alle Fragen beantwortet waren und auch, dass das Interview in Hinblick auf Art und Zeitpunkt der Lösung von der Partei durchaus in die Diplomarbeit passte. Darauf werde ich weiter unten näher eingehen.

3.3.3 Familie, Herkunft

Als einziges wirkliches Defizit aufgrund des überstürzten Interview-Endes ist der Bereich der familiären Daten zu nennen. Im Vergleich zu den anderen Interviewpartnerinnen weiß ich über Maria Verbers Familie und Herkunft am wenigsten. Ich halte diesen Mangel aber für verschmerzbar, da alle wichtigen Informationen zur politischen Biografie, zum Parteiaustritt und zur Aktivität nach der Partei vorhanden sind. Geboren wurde Maria Verber 1923 in Wien. Sie beschreibt ihre Mutter als streng, ihr Vater war Sozialdemokrat und daher nicht recht mit ihrem Engagement beim KJV einverstanden. 1939 musste Maria Verber aufgrund ihrer jüdischen Herkunft aus Wien fliehen. Zunächst war sie auf einem Internat in England, Ende 1940 ging sie gemeinsam mit ihren Eltern in die USA. Nach Kriegsende wollte sie möglichst schnell zurück nach Österreich und reiste mit ihrem Mann, einem Arzt, und ihrer drei Monate alten Tochter nach Europa, wo sie zunächst etwa ein Jahr in der Schweiz verbrachten, bevor sie nach Österreich einreisen konnten. Nach ihrer Rückkehr nach Wien tauschten sie ihre US-Pässe sofort gegen österreichische. Verbers Eltern blieben in den USA. In den 1950ern ließ sie sich scheiden; später heiratete sie Otto Verber. Maria Verber hat insgesamt drei Töchter (die jüngste ist 1961 geboren).

3.3.4 Politische Biografie

1936 wurde Maria Verber Mitglied des Kommunistischen Jugendverbands (KJV), den sie als ihre „*Heimat*“ bezeichnet. Sie war sehr aktiv in ihrer Arbeit dort, die sie auch als erzieherisch wichtig sieht. Einmal wurde sie wegen Flugblätter Verteilens verhaftet. Nachträglich erinnert sie diese Zeit als schrecklich (wegen der herrschenden großen Armut), aber schön. Schön deshalb, weil es so eine idealistische, solidarische und aufregende Zeit war (die KPÖ befand sich bereits in der Illegalität). 1939 musste sie dann nach England emigrieren, wo sie in einem Internat war und wegen der einschränkenden fremdenpolizeilichen Bestimmungen kaum Möglichkeiten hatte, nach London zu fahren. Daher stand sie auch mit KJV (hier: Young Austria) und Austrian Centre nur in schriftlichem Kontakt. Auch nachdem sie „*auf etwas abenteuerliche Weise*“ Ende 1940 gemeinsam mit ihren Eltern nach New Jersey gekommen war, blieb der Kontakt zur Jugendorganisation auf die Wochenenden beschränkt. Das änderte sich mit dem Umzug nach New York, wo sie wieder sehr aktiv im KJV war. Der hatte dort ein Heim gemietet, wo mehrmals wöchentlich Abende für Exil-ÖsterreicherInnen gestaltet wurden. Die Organisation war vor allem auf Jugendliche ausgerichtet, die ohne Eltern emigriert waren. Es lief gut bis Ende 1941 oder bis 1942, als viele der Aktivisten der Armee beitraten und es sich „*zerbröselte*“. Eine Rückkehr nach Österreich wünschten die meisten; wie Maria Verber betont, gab es kaum Informationen über die Situation im NS- und mittlerweile befreiten Österreich. Verbers Rückkehr nach Europa führte sie zunächst in die Schweiz, wo sie etwa ein Jahr verbrachte, da die Einreise nach Österreich unmöglich war. Dort war sie in einem Kreis von Theaterleuten tätig, der von SympathisantInnen Geld für die KPÖ sammelte, welches wiederum Maria Verber mit ihrem US-Pass über die Grenze im Tessin brachte.

Endlich zurück in Wien, nahm sie sofort Kontakt mit der KPÖ auf und beteiligte sich an der Arbeit ihrer Sektion. Die Tatsache, dass ihr Mann als Arzt zu der Zeit sehr schlecht verdiente, aber ein Kleinkind zu versorgen war, führte dazu, dass sie sich nach weniger als einem Jahr nach Erwerbsarbeit umsah. Eine Bekannte holte sie als Sekretärin zum Bund Demokratischer Frauen (BDFÖ), der damals noch nicht der KPÖ angegliedert worden war, sondern gerade erst seine Gründung hinter sich hatte. Obwohl sie zunächst aus der Partei dafür getadelt wurde, dass sie den Posten dort „*ohne zu fragen*“ angenommen hatte, blieb sie beim BDFÖ und war auch nach dessen Mutation zur Frauenorganisation der KPÖ weiterhin Sekretärin. Doch diese Arbeit war nicht ganz das Richtige, erstens, weil sie nicht gut tippen konnte, zweitens wegen der schlechten Bezahlung und drittens wegen des Arbeitsrhythmus ihrer direkten Vorgesetz-

ten Hella (Helene) Postranecky-Altman, die Diktate gerne am Abend erledigte. Als sie beschloss, so nicht mehr weitermachen zu wollen, wurde ihr angeboten, künftig als politische Funktionärin im BDFÖ tätig zu sein. Die Vorteile dieser Stelle waren, dass sie durch den Wegfall der Sekretärinnenaufgaben interessanter war und es die Möglichkeit gab, die Zeit freier einzuteilen. Allerdings war die Bezahlung nicht besser und der Arbeitsplatz war in Atzgersdorf, was eine tägliche weite Anreise durch halb Wien bedeutete. Als sie sich scheiden ließ, traf sie mit ihrem (Ex-)Mann das Abkommen, dass sie jetzt studieren würde. Die Jobs in der KPÖ waren zu schlecht bezahlt, so dass sie ein Studium als Qualifizierung für besser bezahlte Erwerbsarbeit sah. Unter großem Zeitdruck absolvierte sie das Dolmetschstudium und promovierte 1961 – das war der Anfang vom Ende ihrer Parteiaktivität. (Zu ihrer Tätigkeit in der Partei vergl. S. 53f, Frauen in der KPÖ.) Über die Möglichkeit eines Lebens ohne politische Aktivität sagt Maria Verber: *„Rückblickend auf mein Leben kann ich weder sagen, dass es uninteressant war, noch, dass es ganz fruchtlos war. Aber es war halt mit allen Fehlern behaftet, alle, die so alt werden wie deine Oma und ich, stellen einige Dinge rückblickend fest: ‚Was hat man da für Blödsinn angestellt?‘ Aber andererseits, die Frauen, die sich nur ihrer Familie gewidmet haben ...“*

3.3.5 Parteiaustritt

Maria Verber führt sich (und die Geschichte ihres Parteiaustritts) mit einer relativ langen Erzählpassage ein, die bereits kurz vor der Aufnahme begonnen hatte, sich ohne Einstiegsfrage meinerseits entwickelte und von mir nur einmal durch eine kurze Zwischenfrage unterbrochen wurde (s.u.): *„[Ich habe aufgehört für die Partei zu arbeiten, als ich] angefangen habe zu studieren. Es hat schon auch mit der Partei zu tun gehabt, aber nicht ganz so stark, hauptsächlich wollte ich irgendetwas anderes machen. Ich wollte nicht mehr politische Funktionärin sein, ich habe mich genug abgeplagt mit Terminen und zwei Kindern. Herumgeschickt zu werden von Wien nach Atzgersdorf und erst nach Mitternacht zu Hause ... Das war auch einer der Gründe [...] Außerdem war ich dann auf mich selbst gestellt und habe zwei Kinder erhalten müssen. Ich habe gewusst, ich muss irgendetwas anderes tun. Also war das nicht wirklich ein Bruch damals, sondern es war ein Bruch mit meiner PartEIFunktion und mit meinem hauptamtlichen Einsatz, sagen wir so. Es hat schon mit gewissen Entwicklungen zu tun gehabt, das stimmt auch. [Frage: Du bist doch ausgetreten?] Nein, ich bin nicht ausgetreten, aber ich habe mich langsam, aber sicher zurückgezogen. Ich habe hier und da noch Kleinigkeiten gemacht ... Aber das ganze Haus hat sich verändert aufgrund*

meines Studiums und ich habe dann auch mit zwei Kindern und dem Studium nicht sehr viel Zeit gehabt, selbst für eine kleine Funktion nicht mehr. Ich habe also nicht von heute auf morgen meinen Arbeitsplatz verloren, sondern ich bin von dem Arbeitsplatz selbst weggegangen, um etwas ganz anderes zu machen. Und ich musste sehr schnell studieren, weil ich dafür eine finanzielle Förderung bekommen habe, da habe ich also wirklich nichts anderes mehr im Kopf gehabt. Ich befasse mich immer noch sehr mit Politik, aber weniger mit den Details der Partei, die so ohnehin schon praktisch nicht mehr existiert. Ich war sehr involviert in alle möglichen Dinge, schlechte und gute Dinge. Ich will nicht sagen, dass alles schlecht war, aber es war verschärft dadurch, dass ich mit einem Mann verheiratet war, der sieben Jahre in Amerika gesessen ist [Im Gefängnis, Anm.]. Auf Wunsch der Partei hat er diese Tätigkeit [Spionage, Anm.] durchgeführt und ist dann fallengelassen worden, nach sieben Jahren Gefängnis, einfach wie eine heiße Kartoffel. Das hat meine Einstellung nicht gerade ... Ich bin noch immer politisch sehr interessiert, ich glaube nur nicht, dass wir im Lichte der heutigen Situation irgendetwas bewirken können, das sinnvoll ist. [...] Ich glaube halt nicht daran, dass es die Zeit ist für irgendwelche Veränderungen in dieser Richtung – das wissen wir ja alle. Und je kleiner die Partei ist, desto mehr streiten sie herum, das hat ja überhaupt keinen Sinn. Der gegen den und der gegen den ... [...] Ich sehe keinen Weg, wie man irgendetwas tun kann. Ich meine, so wie sich die gesamtpolitische Situation darstellt, die ist so grauslich, ob's jetzt der Nahe Osten ist oder ob's jetzt die Umweltkatastrophen sind ...“ Hier unterbrach sie ihre Ausführungen und forderte mich auf, zu „sagen, was ich von ihr wolle“. Wie schon erwähnt, erschien es mir nach diesen Ausführungen nicht sinnvoll, die übliche Einstiegsfrage – was dazu geführt hat, dass sie die Partei verließ – zu stellen. Vielmehr fragte ich nach dieser Aufforderung als erstes, was sie in der Partei eigentlich gemacht habe, da sich die Frage an dieser Stelle aufdrängte. Wie ich schon im Abschnitt „Frauen in der KPÖ“ (S. 53f und S. 63f) ausführlich mit Zitaten belegt habe, ist ein großes Thema in Maria Verbers Interview ihre Mehrfachbelastung als berufstätige Frau, Mutter und politische Aktivistin. Diese Mehrfachbelastung war einer der Gründe für ihre Ablösung von der Partei.

Ich habe ja bereits geschrieben, dass ich entschied, Verber sei als Interviewpartnerin geeignet, auch wenn der Trennungsprozess schon gute zehn Jahre vor dem Prager Frühling begann. Ich werde diese Entscheidung im Rahmen meiner Interpretation noch weiter begründen, möchte an dieser Stelle aber einige Passagen zitieren, die sich mit Positionen und Erfahrungen der Progressiven überschneiden: „Dann kam der XX. Parteitag. Das war der große Bruch mit der Treue. Da habe ich bemerkt, dass alles schöngefärbt ist. Ich erinnere mich, da waren die FunktionärInnen geladen und der Friedl Fürnberg ist aus Moskau gekommen. In der New York Times ist bereits die ganze Geschichte

vom Chruschtschow gestanden. Diese New York Times konnte man bei jedem Standl kaufen, alles war voll davon. Und er ist dort aufgestanden und hat irgendwelche Banalitäten erzählt, vom XX. Parteitag, ohne auch nur eine Sekunde darauf einzugehen.“ Zwei Aussagen über die Tschechoslowakei lassen darauf schließen, dass bis zur Intervention noch größeres Interesse an der und größere Involviertheit in die KPÖ bestand: *„Die Probleme haben sich zu häufen begonnen, teilweise mit Ungarn und der Tschechoslowakei. Da hat es zu kriseln begonnen.“* Und: *„Dann kam die Tschechoslowakei und dann kamen die verschiedenen politischen Situationen, die man schwer nachvollziehen konnte. Es war beides: die innerparteilichen Schwierigkeiten, die Intrigen, die Streitereien und die internationale Situation ...“* Es wird deutlich, dass es gerade die Innensicht von der K-Bewegung ist, die Kritik hervorruft: *„Es war schwierig und es waren Konflikte. Ich war in der Wiener Organisation und dadurch habe ich doch mehr Einblick gehabt, auch in die Strukturen der Partei und was da alles passiert ist.“* Auch als Dolmetscherin erhielt sie solche Einblicke: *„Ich habe in den so genannten Volksdemokratien gedolmetscht, in Ungarn, in der Tschechoslowakei, in der Sowjetunion. Da habe ich halt Dinge gesehen, die mir nicht gefallen haben. Ich hätte sie wahrscheinlich auch nicht anders machen können.“* Ein ausführliches Beispiel bezieht sich auf die DDR: *„Dann waren die Geschichten von der DDR. Ich habe sehr viel gedolmetscht, auch für den Friedensrat und so weiter ... Ich bin herumgekommen, in die DDR, und habe mit den Genossen gesprochen. Da sind halt auch unschöne Dinge herausgekommen, die nicht notwendig waren. Ich meine, das waren menschliche Schwächen. Die deutschen DolmetscherInnen aus der DDR haben sie nicht rausgelassen, die durften nicht weggehen, lauter solche kleinen Blödheiten. Und ich bin mit einer Genossin aus der DDR Kaffee trinken gegangen (der Kongress war beim Hübner), daraufhin hat der Kaderbeauftragte der Wiener Partei gesagt, ich wäre ein parteischädigendes Element, weil ich sie dazu überredet habe, die Sicherheitsvorkehrungen der Partei, dass nur ja keiner abspringt, zu umgehen. Dabei ist die eh nicht abgesprungen, die hat gar keine Absichten gehabt.“*

Große Probleme der Partei waren die falsche Einschätzung von Menschen und der herzlose Umgang miteinander. So erwähnt Maria Verber etwa die Fehleinschätzung des WählerInnenpotenzials unter KPÖ-SympathisantInnen, Volksstimme-LeserInnen . . . , die zu unrealistischen Erwartungen bezüglich der Wahlergebnisse und damit zu Schuldzuweisungen nach den Wahlen führte. Ebenso erzählt sie von einigem Misstrauen, das ihr und anderen, die in den USA im Exil gewesen waren, entgegengebracht wurde (aufgrund von Angst vor SpionInnen). Verber durfte beispielsweise ihren Eltern nicht schreiben, weil diese in den USA lebten. Auch KPÖ-Personalentscheidungen sind Thema, teilweise waren Kader und FunktionsträgerInnen ungeeignet: *„Es ist schwer, diese*

Leute zu verurteilen, da waren sehr viele Helden dabei und die waren halt nicht geeignet für Funktionen in einem Nachkriegsösterreich . . . Zum Beispiel der Albert Hirsch, der ist am Totenhaufen gelegen. So jemanden kann man nicht als Kader-Mann einsetzen, das geht einfach nicht. Der hat keine Sicht, die man braucht nach dem Krieg, wo alle so böse waren auf ‚die Russen‘ und wo man eh schon so viele Schwierigkeiten gehabt hat. Man hat Leute in die USIA-Betriebe geschickt, die keine Ahnung gehabt haben vom Geschäft, aber gesagt haben: ‚Ich war immer ein Kommunist . . . ‘ Man gibt niemandem die Schuld, aber es war äußerst schwierig, es waren überall die falschen Leute. Nicht falsch im Sinne von parteifeindlich, sondern rein fachlich . . . Es hat keine ManagerInnen gegeben oder wenn, waren sie korrupt.“ Neben HeldInnentum gab es also in der KPÖ auch Opportunismus. Das illustriert auch eine Äußerung in Bezug auf Stalins Verbrechen: „Natürlich versteht man nicht, dass soundsoviele Leute verschwunden sind. Eine Sache muss man dem Koplénig wirklich zugute halten, der ein sehr aufrechter und geradliniger Mann war: Dass er zum Stalin gegangen ist und gefragt hat, wo verschiedene Leute sind, das hat was geheißen und das muss man hochhalten. Es ist ihm nicht viel gelungen, aber allein schon, dass er menschlich gehandelt hat. Das taten sicher viele, andere wieder waren KarrieristInnen und OpportunistInnen. Der Stalin hat sich halt mit OpportunistInnen umgeben.“ Doch nicht nur die Probleme innerhalb der Partei machten alles so schwierig, sondern selbstverständlich auch die Rahmenbedingungen der österreichischen Gesellschaft. So erwähnt Verber mehrfach den Antikommunismus, mit dem sie sich als KPÖ-Aktivistin konfrontiert sah, sehr prägnant zum Beispiel in dieser Äußerung: „Die KommunistInnen waren schlecht angeschrieben und zum Teil bitter unrecht. Was da an HeldInnentum hingelegt worden ist . . . Es war sehr schwierig, den Leuten irgendetwas verständlich zu machen.“

All das bedeutete für Maria Verber persönliche Enttäuschungen: „Die Schwierigkeiten in der Partei haben mich gekränkt, geärgert. Die Frau oder die Ex-Frau vom Brichacek hat einmal bei einer Sitzung gesagt: ‚Naja, dort kömma ja di net hinschicken, weil erstens bist a Jidin (lacht) und zweitens hast du eine Hausgehilfin.‘ Das war so der Ton . . . Das hat mich schon sehr getroffen, weil ich ja wirklich viel investiert habe. [. . .] Diese ganzen Geschichten in der Partei – das ist nicht nur politisch gewesen, sondern zu viel Gerangel. Das ist eigentlich überall so, wenn ich heute in einem Betrieb arbeiten würde, wär’s ja genau dasselbe, aber mich hat das damals getroffen, weil ich voller Illusionen war und immer noch geglaubt habe, irgendwie wird’s schon gehen.“ Etwas später kommt sie noch einmal auf den Vergleich der KPÖ mit „irgendeiner“ Arbeitgeberin zurück und führt den Gedanken weiter aus: „Wenn das im Beruf ist, sagt man, das ist der Beruf – in meinem Beruf hat’s auch Intrigen gegeben und weiß ich was . . . Aber wir waren alle beseelt von der Idee, dass der Kommunist ein spezieller Mensch ist – und das hat sich

als falsch erwiesen. Es gab viele echte HeldInnen in der Partei. Und dann gab es Leute, die waren genauso wie andere Schichten der Bevölkerung. Das hat mich sehr getroffen, weil ich als Dreizehnjährige geglaubt habe, ich bin jetzt in einer Gemeinschaft von ganz speziellen Menschen. Und dann hat sich ein Teil der ganz speziellen Menschen genauso mies verhalten (lacht) wie andere auch.“ Der zweite Aspekt in diesem Zusammenhang ist das Verhalten der Partei gegenüber ihrem zweiten Mann, Otto Verber: „Mein zweiter Mann war sieben Jahre in Haft gesessen [In den USA, Anm.], dann ist er zurückgekommen. Er hat gefragt, was er jetzt machen soll – nachdem er auf Wunsch der Partei ja das Ganze gemacht hat und dann sieben Jahre gesessen ist. Da haben sie gesagt: ‚Die Unterlagen sind alle weg.‘ Wir haben kein Geld gehabt ... Das waren lauter so Sachen. [...] Gut, sie [Otto Verber und Kurt Ponger, Anm.] sind gesessen, so etwas ist schon mal passiert, sie waren ja nicht geschult. Es ist ihnen besser gegangen als in der Sowjetunion manchen GenossInnen, die verschwunden sind. Aber trotzdem war das ein Einschnitt, der nicht mehr gutzumachen war. Und da hat die Partei sich sehr unschön benommen und hauptsächlich auf irgendwelche Raubersg’schichten reagiert und das war der zweite Bruch. Nicht nur politisch sondern hauptsächlich menschlich.“ Sie kommt später noch einmal darauf zurück: „Da sind so viele Dinge passiert, besonders mit meinem Mann und mit der Partei. Er hatte keine Wohnung, er ist mit Gewand aus der Gefängnisschneiderei gekommen und hat nicht einen Groschen bekommen. Er hat sicher Fehler gemacht. Ein Spion ist nur ein guter Spion, wenn er auch als Spion ausgebildet ist. Die haben alles so deppat gemacht, sicher, die haben sich den Amis vor die Füße gepackt und haben sich fotografieren lassen ... Aber sie haben es gut gemeint und die Partei hat sie dort eingesetzt – und dann: ‚Aso ja, nein, das tut uns leid.‘ Aus. Das hat mir natürlich einen negativen Kick gegeben.“

Trotzdem fällt die Ablösung schwer, vor allem, weil es sich um ihren „Jugend-Traum“ handelt: „Ich habe mindestens zwei oder drei Jahre gebraucht, denn ich war noch immer sehr in dieser jugendlichen Begeisterung verhaftet und mich davon zu lösen war ein echtes Problem: Also, es ist doch nicht so – und was soll man jetzt machen? Soll man sich ganz anderen Dingen widmen, wie wird das werden und haben die eine Chance?“ Auch die Rolle der Partei für Verbers Leben in der Emigration ist nicht zu unterschätzen: „In der Emigration – mein Gott, da war man jung und die Partei hat einem darüber hinweggeholfen, dass man nicht in ein Loch gefallen ist.“ So gab es auch keinen formalen Parteiaustritt: „Ich bin lange, lange nicht ausgetreten, weil ich doch so eine emotionale Bindung hatte. Ich bin eigentlich nicht ausgetreten, sondern auf mich haben sie vergessen. Wir haben einen lieben, alten Genossen gehabt, im fünften Bezirk und der war schon so alt und ist immer noch gelaufen mit den blöden Marken [Bestätigung über die Bezahlung des Mitgliedsbeitrags, einzukleben in das Parteibuch, Anm.] und ich war die

größte Spenderin. Er war schon so krank, ich habe ihm immer wieder Geld gebracht, Spenden, weil er mir so leid getan hat, er war so ein aufrechter Typ. Ich konnte nicht einmal sagen: ‚Du, ich scheiß auf die Partei ...‘ (lacht) Dann ist er gestorben ...“ Schwer zu sagen, ob sie desillusioniert oder resignativ ist: „Schön langsam hat sich halt die Illusion gelegt, dass man in meiner Zeit noch etwas tun kann ...“ Jedenfalls fällt der Rückblick relativ versöhnlich aus: „Trotzdem sehe ich mein Leben deswegen nicht ganz als negativ oder weggeschmissen an. Das wäre ein Unsinn, ich habe vieles gelernt, auch von der Partei.“

3.3.6 Nach dem Austritt

Nach dem Studienabschluss war Maria Verber als Dolmetscherin erfolgreich: „Ich bin in eine sehr interessante Periode gekommen, in der es faktisch keine DolmetscherInnen gegeben hat und in der man sich sehr rasch einen Namen machen konnte. Es war sehr interessant und ich würde, wenn ich könnte, heute noch davon profitieren, indem ich ein bisschen arbeite. Aber es war immer ein Konflikt. Und es war nicht nur der Konflikt mit der Partei – den habe ich dann schon ausgesetzt, das hat mich nicht mehr so berührt. Es hat mich lange Zeit berührt, weil das mein Jugend-Traum war und meine Jugend-Verbindungen. [...] Da war dann halt nichts mehr und ich habe mir einen Substituten ausgesucht, das war vielleicht auch ein Fehler. Wenn ich einen anderen Beruf gehabt hätte, von neun bis fünf, vielleicht wär’s leichter gewesen, aber erstens hätte ich weniger verdient und ich habe doch soviel verdient, dass ich mir mehr oder weniger alles leisten konnte. Aber ich muss sagen, es war eine interessante Tätigkeit. Ich würde sogar noch – ich mache jetzt nicht mehr viel, weil ich sehr schlecht höre. Das Dolmetschen habe ich schon vor ein paar Jahren aufgegeben, weil mit einem Hörgerät kann man nicht dolmetschen, da pfeift’s dort und dann pfeift’s da. Aber ich bin froh, dass ich noch irgendwie herumlaufen kann. Und ich unterrichte noch, soweit es mein Hörvermögen erlaubt.“ Der neue Beruf und die bereits erwähnte Mehrfachbelastung erlaubten eigentlich keine politische Aktivität mehr: „Zuerst habe ich studiert und zwei Kinder gehabt und dann als Dolmetscherin war ich viel im Ausland. Sehr viel, ich habe im Jahr wahrscheinlich zweihundert Tage gearbeitet. Ich muss dir gestehen, ich habe auch die Grünen immer gewählt, obwohl sie mir jetzt gar nicht mehr gefallen. Ich habe sie unterstützt, aber ich war nicht mehr aktiv. Ob das jetzt richtig oder falsch war – ich war nicht mehr aktiv. Teilweise habe ich die Kraft nicht mehr gehabt, das alles unter einen Hut zu bringen oder wohin zu gehen und ich war übersättigt mit Sitzungen ...“ Und: „Ich habe alle möglichen Publikationen gemacht, aber eine wirkliche Aktivität ...“

Teilweise auch aus Zeitgründen, ich habe so wenig Zeit gehabt. Dann war das und dann waren Schulprobleme und es war immer irgendetwas. Ich war froh, wenn ich nach Hause gekommen bin und etwas tun konnte. Wenn ich nach Hause gekommen bin, aus dem Ausland, habe ich immer gehört: ‚Warum warst du nicht da? Und ich hab das ... Und die Schularbeit ...‘ Und so weiter.“ Doch das politische Interesse blieb trotz einer gewissen Orientierungslosigkeit erhalten: *„Das Politische ist in den Hintergrund getreten – nicht mein politisches Interesse. Natürlich bin ich sehr links orientiert, nur habe ich nichts, wo ich mich anhalten könnte.“*

Allem Zeitmangel zum Trotz gab es doch immer wieder Aktivitäten: *„Wir haben da auch mit einem Genossen, der leider schon gestorben ist, unsere Partei-Beziehungen benützt. Der hat eine Gruppe um sich geschart von DolmetscherInnen, die auch alle so zumindest entweder sehr links oder überhaupt Partei oder ausgetreten oder ausgeschlossen waren. Diese Beziehungen kann man ja nicht alle sozusagen ad acta legen, das soll man ja auch gar nicht.“* Schließlich übernahm sie eine Funktion im Berufsverband: *„Dann habe ich mich halt für den Beruf engagiert. [...] Ich war Präsidentin der österreichischen ÜbersetzerInnen- und DolmetscherInnen-Vereinigung [Österreichischer ÜbersetzerInnen- und DolmetscherInnenverband UNIVERSITAS, Anm.], dann war ich Sekretärin der internationalen Interessenvertretung der DolmetscherInnen. Also gar nichts, G’schaftlhuberei, aber musste auch sein. Das war nicht so anstrengend wie die Partei. Auch nicht so vielfältig, aber doch ... Da hätte ich wahrscheinlich ‚Nein‘ sagen sollen, dann hätte ich etwas mehr Zeit gehabt, aber das hat mich wieder interessiert. Ich bin immer wie ein Schiff hin und her geschwommen ... Aber jedeR macht Fehler.“* Wie es zur Übernahme dieser Funktion kam: *„Das Schreckliche ist, wenn man sich irgendwie interessiert, kriegt man dort wieder eine Funktion angehängt, weil das machen die Leute nicht gerne. Also habe ich mich ständig in einem Konflikt zwischen diesen zwei Interessen bewegt. Jetzt werde ich Urgroßmutter, da werden wir sehen, vielleicht wird’s anders.“* Ganz ohne außerberufliches Engagement auskommen will sie nicht: *„Eine Parteifunktion hätte ich auf keinen Fall mehr haben wollen. Aber irgendetwas wollte ich trotzdem machen, was nicht rein beruflich ist. Aber vielleicht war das auch falsch.“* Außerdem fällt es schwer, abzulehnen: *„Und dann sagt man ‚Ja‘, obwohl man gar nicht ‚Ja‘ sagen wollte ...“*

Weil es nichts mehr gab, was so begeistern konnte, wie Maria Verber das als Teenagerin im KJV erlebt hatte, war es schwer, den Töchtern politisches Interesse zu vermitteln: *„Meine Kinder waren bei den Sturmvögeln [KPÖ-Organisation für Kinder von 6–9, Anm.], aber so eine Begeisterung haben sie nicht mehr entwickelt, wie wir damals gehabt haben. Sie sind ganz gerne zu den Sturmvögeln und auch im Sommer zu*

Kinderland gegangen [Kinderland war die Eltern- und Kinderorganisation der KPÖ, neben Sturmvögeln und Junger Garde (10–13-Jährige) gab es u.a. mehrere Ferienheime, Anm.], das war in Ordnung, aber diese Begeisterung ... Meine älteste Tochter ist die politischste von allen. Wahrscheinlich bin auch ich schuld daran, ich war nicht imstande – aber es war auch nichts da, wo man sie begeistern konnte. Ja, sie sind auch auf Demos gegangen ... Meine älteste Tochter war sehr aktiv zuerst bei der Partei und dann bei den Grünen, aber jetzt hat sie das auch aufgegeben. Naja, so ist das ...“ Auch die Rahmenbedingungen hatten sich verändert: „Das, was wir gehabt haben, dieses gewisse gesellschaftliche Leben, was sehr gut war, das gibt's alles nicht mehr. Und das waren die positiven Dinge.“ Kontakt zu Irma Schwager besteht bis heute, über sie erfährt Maria Verber auch nach wie vor ein bisschen, was in der Partei so los ist. Dass Irma Schwager noch KPÖ-Mitglied ist, spielt dabei keine Rolle: „Die Irma ist eine sehr gescheite Frau, von der ich sehr viel gelernt habe. Sie konnte etwas, was die anderen nicht gekonnt haben: Sie hatte einen wunderbaren Kontakt zu Menschen ... Mein Gott, dann hat sie halt gefunden, die Partei hat Recht und hat das halt weggesteckt. Das ist auch eine Art. Die einen sind traurig, die anderen sind böse, die dritten haben sich arrangiert mit dem, was ist, weil mehr geht nicht ...“

3.3.7 Interpretationen

Zunächst fällt die Einstiegserzählung auf, die sich bereits entwickelte, bevor das Interview formell begonnen wurde. In dieser Passage führt Verber ihre wichtigsten Themen ein: Ihre Mehrfachbelastung und das Verhalten der KPÖ gegenüber Otto Verber, ihren langsamen Rückzug aus der KPÖ und ihr heutiges politisches Interesse, das allerdings von einer gewissen Resignation geprägt ist. Diese Motive spielen für das gesamte Interview eine große Rolle. Gleichzeitig wird der Zusammenhang ihres Erlebens deutlich, insbesondere weil der Erzählbogen beim Aufgeben des Erwerbsjobs in der Partei beginnt und in folgender Aussage gipfelt: „Ich sehe keinen Weg, wie man irgendetwas tun kann. Ich meine, so wie sich die gesamtpolitische Situation darstellt, die ist so graulich, ob's jetzt der Nahe Osten ist oder ob's jetzt die Umweltkatastrophen sind ...“ Konsequenz der persönlichen Enttäuschungen durch die Partei war also der Verlust des Vertrauens in politische Gestaltungsmöglichkeiten. Doch nicht nur die Partei enttäuschte, sondern es ist auch die österreichische Bevölkerung, die daran zweifeln lässt, dass politisch überhaupt etwas zu erreichen ist. Denn sogar die ArbeiterInnenklasse, für deren Befreiung die KommunistInnen kämpfen, hatte gar kein Interesse am Klassenkampf. Im Gegenteil, es herrschte Antikommunismus und eine feindliche Einstellung

gegenüber den BefreierInnen von der Roten Armee. Auch als Re-Migrantin fühlte sich Maria Verber unerwünscht. Während ihr Interesse an (linker) Politik grundsätzlich erhalten blieb, schlich sich Resignation ein, die von politischer Orientierungslosigkeit nach der Ablösung von der KPÖ noch verstärkt wurde. Diese resignative Haltung übertrug Maria Verber auch auf ihre Töchter, die sie politisch nicht begeistern konnte, da es nichts mehr gab, was geeignet war, Begeisterung hervorzurufen. Ein Satz fasst diese Gedanken gut zusammen: *„Schön langsam hat sich halt die Illusion gelegt, dass man in meiner Zeit noch etwas tun kann ...“*

Das Thema „Mehrfachbelastung“ nimmt im gesamten Interview eine sehr prominente Position ein. Ausführlich und im Kontext von weiblicher Aktivität im Rahmen der KPÖ wurde es auch bereits im Abschnitt „Frauen in der KPÖ“ (S. 53f und S. 63f) besprochen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Maria Verbers Erwerbsarbeit in der KPÖ zu viel Zeit in Anspruch nahm und zu schlecht bezahlt war, um auf Dauer mit ihren Pflichten als Hausfrau und Mutter vereinbar zu sein. Doch die Mehrfachbelastung war nicht nur ein mit der KPÖ verbundenes Problem sondern „verfolgte“ Verber ihr Leben lang. Auch als Dolmetscherin war sie zu wenig zu Hause und hatte zu wenig Zeit für das Familienleben. Allerdings war die Bezahlung besser, so dass (u.a.) bezahlte Hilfe im Haushalt leistbar wurde. Nach der Aufgabe ihres Partejobs wollte Verber neben dem Dolmetschen *„irgendetwas machen, was nicht rein beruflich“* war. Auch wenn es für sie praktisch unvorstellbar war, sich *„nur ihrer Familie zu widmen“*, ist sie nicht sicher, ob ihr politisches Engagement in der beruflichen Interessenvertretung ein Fehler war. Wenn es ein Fehler war, dann war er aber unvermeidlich (*„Da hätte ich wahrscheinlich ‚Nein‘ sagen sollen, dann hätte ich etwas mehr Zeit gehabt, aber das hat mich wieder interessiert. [...] Aber jedeR macht Fehler.“*). Es ist wahrnehmbar, dass Maria Verber Schuldgefühle wegen ihres politischen Engagements, wegen ihres Umgangs mit ihrer Mehrfachbelastung hat. Während sie Erwerbsarbeit als finanzielle Notwendigkeit ansieht, ist die politische Aktivität Luxus. Ich denke, es geht hier um das Thema, sich selbst politisches Interesse und entsprechendes Engagement zu erlauben. Verber erlaubte es sich zwar, bezahlte aber einen hohen Preis dafür, nämlich ständig zu wenig Zeit für die Familie zu haben. Die Konsequenzen dieses Opfers (der Familie für die Politik) sind ihr schlechtes Gewissen und gelegentliche Vorwürfe ihrer Töchter, sie sei zu wenig da (gewesen).

Es gibt im Großen und Ganzen drei Gründe für Maria Verbers Abwendung von der KPÖ. Erstens war die Bezahlung so schlecht, dass es nötig wurde, einen besser bezahlten Beruf außerhalb der Partei zu ergreifen, zweitens war da der Umgang des Parteiapparats mit den Parteimitgliedern und insbesondere FunktionärInnen und drittens

spielte die politische Situation in den Volksdemokratien eine Rolle: *„Es war beides: die innerparteilichen Schwierigkeiten, die Intrigen, die Streitereien und die internationale Situation . . .“* Auffällig ist, dass Verber das Finanzielle normalerweise getrennt von den politischen und zwischenmenschlichen Gründen nennt, vielleicht, weil es stärker mit ihrer Mehrfachbelastung zusammenhängt als direkt mit der Partei. Dabei kann allerdings festgestellt werden, dass die Geldproblematik sozusagen am Anfang stand. Denn hätte sie nicht deshalb begonnen, als Dolmetscherin zu arbeiten, wer weiß, wie ihre Parteikarriere noch verlaufen wäre. Andererseits hängt der Umgang mit Otto Verber eng mit dem Finanziellen zusammen. Denn dieser war völlig mittellos aus der Haft zurückgekehrt, die Partei weigerte sich jedoch, ihn zu unterstützen – umso nötiger wurde ein akzeptabler Verdienst. Durch die Wahrnehmung menschlicher Schwächen dürfte Maria Verbers Verhältnis zur Partei schon bald nach ihrer Rückkehr ambivalent gewesen sein – über die Zeit davor (KJV, Exil, das Jahr in der Schweiz) ist nur Positives zu hören. Ein Beispiel dafür sind die Probleme, die sie bekam, als sie begann für den BDFÖ zu arbeiten: *„Da habe ich einen Rüffel bekommen, von der Parteiorganisation, wie ich es wagen kann, einen Posten anzunehmen, ohne mich zu melden bei ihnen und zu fragen . . .“* Und auch die für die Betreuung der KPÖ zuständigen Rote-Armee-Offiziere sah sie zwiespältig, da diese *„wirklich von nichts eine Ahnung gehabt“* hätten, aber mit Kritik schnell bei der Hand waren. Mit der Zeit gab es immer mehr Vorfälle, die Verber zeigten, dass KommunistInnen keineswegs die *„speziellen Menschen“* waren, für die sie sie als Mädchen gehalten hatte. Da war etwa der (unter „Frauen in der KPÖ“, S. 61f beschriebene) Vorfall, als sie in einer Sitzung die Tatsache kritisierte, dass versucht wurde, sowjetische Verhältnisse 1:1 auf Österreich zu übertragen: *„Da habe ich eine auf den Deckel bekommen, dann habe ich nichts mehr gesagt.“* Außerdem wurde sie als „parteischädigendes Element“ bezeichnet, weil sie mit einer Dolmetscherin aus der DDR außerhalb des Konferenz-Geländes Kaffee trinken gegangen war. In diesem Zusammenhang möchte ich zuletzt noch eine Erinnerung einbringen, die die Grüppchenbildung innerhalb der Partei zum Thema hat (hier stehen einander diejenigen gegenüber, die während der NS-Zeit EmigrantInnen in der Sowjetunion beziehungsweise in England und den USA gewesen waren): *„Ich erinnere mich an eine Begebenheit: Da hat’s ein Kinderland-Heim gegeben am Semmering, da konnte man während der Ferien billig und gut [. . .] mit den Kindern ein bisschen Urlaub machen. Wir waren dort an einem Silvestertag und da haben sich halt die Grüppchen gebildet. Die ‚Engländer‘ und die ‚Amerikaner‘ haben immer ein bisschen zusammengehalten und ‚die Sowjetunion‘ – das waren also die Großen – sind dort in einer Ecke gesessen, also der Koplenig und der Fürnberg und alle . . . Wir hatten keinen Kontakt außer so, wir sind halt zusammengesessen. Dann kam Mitternacht. Da sind wir hingegangen und wollten Neujahr*

wünschen, mit einem Glas wahrscheinlich. Sie haben uns nicht die Hand gegeben.“ Auch das Misstrauen, ob sie SpionInnen wären, vor allem jenen gegenüber, die im Exil in den USA gewesen waren, war (und ist) für Verber unverständlich.

Während so der Einblick in die K-Bewegung – und als Dolmetscherin auch in die Volkdemokratien – ihr immer mehr Informationen über Fehler und Schwächen verschaffte, begann die langsame Distanzierung. In dieser Distanzierung ist der erste eindeutig relevante Punkt der XX. Parteitag der KPdSU, doch schon wenige Jahre später folgten die Erlebnisse, die mit Otto Verbers Entlassung aus dem Gefängnis und Rückkehr nach Österreich zusammenhängen. Und Ende der 1960er-Jahre wurde auch die Intervention der Warschauer Fünf in der ČSSR als bedeutsames Ereignis wahrgenommen: *„Dann kam der XX. Parteitag. Das war der große Bruch mit der Treue. Da habe ich bemerkt, dass alles schöngefärbt ist. [...] Die Probleme haben sich zu häufen begonnen, teilweise mit Ungarn und der Tschechoslowakei. Da hat es zu kriseln begonnen.“* Sie bezieht sich auf keine Ereignisse der K-Bewegung nach dem Prager Frühling – mit Ausnahme einiger kleiner Anmerkungen zur heutigen Situation der KPÖ Steiermark und des KSV. Verber erzählt weiters, sie sei nicht ausgetreten sondern die Partei habe nach dem Tod des für sie zuständigen Parteikassiers auf sie vergessen. Auf die Praxis von KPÖ-Mitgliedern „still und heimlich zu verschwinden“ anstatt formell auszutreten, sich erst einmal aus der aktiven Arbeit zurückzuziehen, um sich mit der Zeit mehr und mehr von der Partei zu entfernen, habe ich bereits im Hintergrund-Teil dieser Arbeit hingewiesen (vergl. S. 29f, Vorgeschichte). Ich halte es allerdings für sehr unwahrscheinlich, dass innerhalb der KPÖ auf Mitglieder „vergessen“ wurde. Vielmehr denke ich, dass es Absicht war, wenn keinE KassierIn mehr zu Maria Verber kam. Vermutlich passierte das (spätestens) im Rahmen der „Normalisierung“ nach der Intervention in der ČSSR, als die KPÖ-Mitgliedschaft ohnehin neu strukturiert wurde. Wie ich bereits im vorangegangenen Absatz ausgeführt habe, stand Verber nicht nur einigen Erscheinungen in der KPÖ kritisch gegenüber, sondern sie wurde allem Anschein nach auch von Seiten der Partei kritisch betrachtet. Diese Probleme auf der persönlichen Ebene standen neben den politischen Bedenken, beide Aspekte sind aber nicht zu trennen. Diese Parallelen zu den anderen Interviewpartnerinnen – die gegenseitige Kritik Verbers und der Partei, die Bedeutung des XX. Parteitags und Prager Frühlings sowie der letzte Bruch der Beziehungen während der „Normalisierung“ – waren letztlich für meine Entscheidung ausschlaggebend, Maria Verbers Interview in meiner Diplomarbeit gleichwertig mit denen zu berücksichtigen, in denen die Distanzierung von der KPÖ erst später einsetzte.

Einen letzten Punkt möchte ich hier noch einbringen: Verbers Bemühen, die Dinge nicht nur negativ darzustellen. Über die Zeit im KJV im Ständestaat und in den USA spricht sie ohnehin nur voller Begeisterung, menschliche oder politische Schwächen erwähnt sie für diese Phase nicht. Ein Aspekt davon mag sein, dass sie zunächst eine Teenagerin und dann eine junge Frau ohne Kind war, die Mehrfachbelastung also noch keine Rolle spielte. Außerdem waren es keine demokratischen Verhältnisse, in denen sich die KPÖ zu jener Zeit behaupten musste und der antifaschistische Kampf hatte einen mächtigen und eindeutig identifizierbaren Gegner (den Stände- bzw. NS-Staat), so dass vor allem die politischen Schwächen weniger stark sichtbar waren. Doch auch das Jahr in der Schweiz unmittelbar vor der Rückkehr nach Wien ist ausschließlich positiv besetzt, ihre Tätigkeit dort (Geld sammeln) nahm sie als sehr nützlich und erfolgreich wahr. Zurück in Wien gibt es plötzlich auch negative Erinnerungen zu berichten. Doch immer wieder werden diesen positive Erfahrungen entgegengehalten. So sagt sie etwa: *„Es gab viele echte HeldInnen in der Partei“* und lobt Koplenig, der *„menschlich gehandelt hat“*, indem er *„zum Stalin gegangen ist und gefragt hat, wo verschiedene Leute sind . . .“* Kritik hingegen gibt es für Opportunismus und falsche Personalentscheidungen der Partei, die Menschen auf Posten setzte, für die sie ungeeignet waren. Daneben gibt es so etwas wie „positive Gesamt-Rückblicke“, in denen sie immer wieder die angenehmen Seiten betont, die es durchwegs heute nicht mehr gäbe. Interessant in diesem Zusammenhang ist ihre Betonung, dass das gesellschaftliche Leben im Rahmen der Partei eine erfreuliche Sache gewesen sei: *„Das, was wir gehabt haben, dieses gewisse gesellschaftliche Leben, was sehr gut war, das gibt's alles nicht mehr. Und das waren die positiven Dinge.“* Denn in gewisser Weise widerspricht diese Feststellung der ausführlichen Kritik am zwischenmenschlichen Umgang – es sei denn, das „gute gesellschaftliche Leben“ bezieht sich mehr auf den FreundInnenkreis innerhalb der KPÖ, auf Gleichgesinnte, die es gab und zu denen sie den Kontakt mit ihrer Distanzierung von der Partei verlor.

3.3.8 Politische Aktivitäten nach der KPÖ

Nun möchte ich konkret auf die Forschungsfrage eingehen und einen letzten Blick auf Maria Verbers politische Aktivitäten nach der KPÖ werfen. Im Interview stellte sie in Bezug auf politisches Engagement zunächst fest, sie hätte als Dolmetscherin keine Kraft und Zeit mehr dafür gehabt, erzählte aber gleich anschließend – fast nebenbei – dass sie sich in der beruflichen Interessenvertretung einsetzte: *„Ob das jetzt richtig oder falsch war – ich war nicht mehr aktiv. Teilweise habe ich die Kraft nicht mehr gehabt, das alles unter einen Hut zu bringen oder wohin zu gehen und ich war*

übersättigt mit Sitzungen . . . Dann habe ich mich halt für den Beruf engagiert.“ Erst mein Einhaken an dieser Stelle ließ sie das näher ausführen: *„Ich war Präsidentin der österreichischen ÜbersetzerInnen- und DolmetscherInnen-Vereinigung, dann war ich Sekretärin der internationalen Interessenvertretung der DolmetscherInnen. Also gar nichts, G’schaftlhuberei, aber musste auch sein. Das war nicht so anstrengend wie die Partei. Auch nicht so vielfältig, aber doch . . .“* Hier zeigt sich zweierlei: Erstens, dass ihr politisches Engagement keineswegs zu Ende war, zweitens, dass sie die berufliche Interessenvertretung als eine andere Art von Aktivität betrachtete als ihre politische Arbeit als KPÖ-Funktionärin. Meine Thesen sind: Sie war weniger anstrengend, weil es trotz hohen Arbeitsaufwands eine klarere Abgrenzung von Beruf, politischer Arbeit und Privatleben gab; sie war weniger vielfältig, weil es nicht darum ging, gleich die ganze Welt zu retten, wie es sich die KommunistInnen zur Aufgabe gestellt hatten, sondern vielmehr sehr konkret um Dinge, die ÜbersetzerInnen und DolmetscherInnen betrafen. In diesem Punkt liegt aber andererseits ein Vorteil: Denn die Auswirkungen des Handelns auf dieser Ebene sind viel unmittelbarer spürbar. Ich gehe davon aus, dass das auch der Grund ist, warum die im Interview artikulierte Resignation in Bezug auf Politik sich immer nur auf die „hohe Politik“ bezieht, nie auf die Interessenvertretung. Ganz zum Schluss möchte ich darauf hinweisen, dass die Tatsache, dass Maria Verber diese Aufgabe übernahm, von der sie nicht einfach nur der Meinung war, *irgendwer* müsse das übernehmen, sondern vielmehr sie selbst, auch zeigt, wie tief das Bedürfnis nach (irgendeiner Art von) politischem Engagement in ihrem Leben verankert ist.

3.3.9 Hannah Fischer

Meine Mutter war Schülerin der ersten Klasse, die Hannah Fischer als Pädagogiklehrerin an der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik unterrichtete, und schätzt sie bis heute als gute Lehrerin. Sie nannte mir ihren Namen, weil sie ganz genau wusste, dass Fischer aus der Partei ausgetreten war. Für die erste briefliche Kontaktaufnahme konnte ich davon profitieren, dass meine Mutter Hannah Fischers Adresse hatte. Die Telefonnummer (die nicht im Telefonbuch steht) erhielt ich von meiner Mutter nach einem in diesem Zeitraum stattfindenden Klassentreffen, wo sie bezüglich deren Richtigkeit nachgefragt hatte. Fischer war nach meinem Anruf sofort gerne bereit, mich zu sich einzuladen, um das Interview durchzuführen. Dieses fand am 19. 3. 2007, vormittags, statt. Das Wetter war bereits frühlingshaft und aus dem Wohnzimmerfenster des Wohnhauses, das in einer hügeligen Gegend des 16. Bezirks steht, waren blühende Bäume und viel Grün zu sehen, kaum hingegen, dass die Stadt sich zu Füßen des

Hügels ausbreitet. Bevor ich den Blick auf die Inhalte von Hannah Fischers Erzählung richte, möchte ich noch erwähnen, dass sie mir auch einige Namen und Telefonnummern von Frauen nannte, bei denen sie allerdings nicht immer sicher war, ob sie nicht noch in der KPÖ wären sowie eines Mannes, der Aktivitäten (Ausflüge) für ehemalige KPÖlerInnen organisiert. Die Unmöglichkeit, diesen Hinweisen nachzugehen, ergab sich aus den allgegenwärtigen Beschränkungen, die diesem Forschungsprojekt auferlegt sind, das nur die Diplomarbeit einer Einzelperson ist. Es gibt zu Hannah Fischer zwei publizierte biografische Texte, die von weiterem Interesse für LeserInnen sind. In den „IWK-Mitteilungen“ Nr. 1–2/2005 findet sich ein zweieinhalbseitiger, von Fischer selbst verfasster Text über ihre Exil-Erfahrung. The Central Europe Center for Research and Documentation (<http://at.centropa.org/>), eine US-ungarisch-österreichische Kooperation, hat (u.a.) fast 100 Wiener JüdInnen interviewt und deren Lebensgeschichten in Verbindung mit Familienfotos auf seiner Website veröffentlicht. Hannah Fischer wurde in diesem Zusammenhang im Juli 2004 interviewt, das Ergebnis ist ein sehr ausführlicher Text.

3.3.10 Politische Biografie

Auf meine Einstiegsfrage antwortete Hannah Fischer zunächst (der Reaktion Ilse M. Aschners entsprechend): *„Ich würde eigentlich nicht mit dem Rauswurf beginnen sondern mit der Begründung, warum ich überhaupt bei der KPÖ war ...“* Hannah und ihr Zwilling Bruder Rafael Erwin wurden am 27. September 1925 in Wien geboren. Ihr Vater war als Seelsorger bei der Israelitischen Kultusgemeinde angestellt, die Mutter war Journalistin, Schriftstellerin und auch politisch aktiv. Ihre Politisierung hatte Hannah durch das Engagement der Mutter, die im Ständestaat als Aktivistin der „Roten Hilfe“ inhaftiert war und auch sofort nach der Machtergreifung der Nazis eine Wohnungsdurchsuchung erlebte sowie durch die Inhaftierung des Vaters im KZ Dachau im Frühjahr 1938 (er hatte Streit mit einem Nachbarn, der NSDAPler war). Im September 1938 reisten die Geschwister nach England. Die Mutter versuchte noch den Vater freizubekommen, da es auch für ihn eine Einreiseerlaubnis für England gab, folgte den Kindern aber etwa drei Wochen später, da sie sehr besorgt war, dass ein Krieg unmittelbar bevorstünde. Der Vater wurde im Sommer 1939 aus Dachau entlassen, doch die britische Botschaft, wo sein Visum deponiert lag, hatte bereits geschlossen. 1940 schaffte er es, sich nach Palästina durchzuschlagen (wo er bis zu seinem Lebensende lebte, nach dem Krieg gemeinsam mit der Mutter). In der Emigration hatte Hannah Fischer Kontakt mit Young Austria, auch ihre Mutter war im Austrian Centre aktiv.

Nachdem Fischer als Trainee in Anna Freuds „Hampstead War Nurseries“ ausgebildet worden war, arbeitete sie als Kindergärtnerin für den österreichischen Kindergarten des Austrian Centre.

Im September 1946 kehrte sie – bereits Mitglied der KPÖ – nach Wien zurück. Hier arbeitete sie weiterhin als Kindergärtnerin für die KPÖ, zunächst im Werkskindergarten eines USIA-Betriebs, dann in einem Kinderland-Kindergarten. Dabei war die KPÖ für sie auch so etwas wie eine Ersatzfamilie: *„Ich bin als überzeugte Kommunistin zurückgekommen nach Österreich. Ich hatte hier eigentlich nur die Unterstützung der Partei, ich hatte ja keine – sofern sie nicht ausgewandert sind, ist unser gesamter familiärer Anhang umgekommen und ich war sozusagen als Einzige in Wien. Ich hatte also nur die Unterstützung der Partei.“* Später legte sie als Externistin die Prüfung der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik ab und arbeitete danach in einem Kindergarten der Gemeinde Wien. Nebenberuflich studierte sie Pädagogik und Psychologie und promovierte 1952. 1957 wurde sie, die dank ihrer Ausbildung bei Anna Freud über in Österreich sehr seltene Kenntnisse der Kleinkindpsychologie (und -pädagogik) verfügte, Leiterin des Wiener Zentralkinderheims. Anfang der 1960er bekam sie durch Adoption eines der Heimkinder ihren Sohn (Franz Anton, geboren 1960). Im Schuljar 1966/67 begann sie als Pädagogik-Lehrerin an der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik zu arbeiten, wo sie in den 1980ern Direktorin wurde, was sie bis zu ihrer Pensionierung blieb. Als KPÖ-Mitglied war sie vor allem im Rahmen einer „Gruppe Kommunistischer KindergärtnerInnen“ sehr aktiv – organisatorisch Teil der KPÖ-LehrerInnenorganisation „Bund Demokratischer LehrerInnen Österreichs“. Die Auseinandersetzung dieser Gruppe mit Kommunismus und den Volksdemokratien beinhaltete auch kritische Betrachtungen (wie es bereits in England in Fischers Young-Austria-Gruppe der Fall gewesen war). Schließlich trat sie aus der Partei aus: *„Wir waren über Ungarn auch sehr unglücklich, aber die Geschehnisse in der Tschechoslowakei haben viel deutlicher gezeigt, was los war und die Rolle der Sowjetunion in Bezug auf die Volksdemokratien. Und es war ja eigentlich schon der Anfang vom Ende ... Das ist uns dann klargeworden und mit dem Einmarsch der Sowjetunion nach Prag sind wir dann eigentlich korporativ aus der KPÖ ausgetreten, die ganze Gruppe.“* Der Austritt erfolgte nach dem 20. Parteitag der KPÖ, wahrscheinlich schon vor Ernst Fischers formalem Parteiausschluss, spätestens aber nach diesem. Kontakte zur KindergärtnerInnen-Gruppe bestehen bis heute: *„Jedes Jahr zu Weihnachten lade ich die Gruppe der KindergärtnerInnen hierher ein – die, die noch da sind. Das war schon unter der Franzi [Eckstein-Schreiner, Anm.] ein Ritus, dass wir zu Weihnachten eine Zusammenkunft hatten, die Franzi hat eingeladen und ich habe ihr immer assistiert. Diese Tradition führe ich also weiter. Es sind natürlich schon etliche gestorben und*

etliche sind schon zu krank, um zu kommen. Aber wir waren doch auch heuer zu Weihnachten, glaube ich, sechzehn Leute, die zusammengekommen sind. Das ist doch etwas, immerhin, nach so vielen Jahren . . . Und wir treffen uns auch bei anderen Gelegenheiten. [Frage: Hast du Kontakte zu Menschen, die damals in der KPÖ geblieben sind?] Die eine oder andere von uns ist ja in der KPÖ geblieben. Zum Beispiel die Regina – ihr Vater ist justifiziert worden unter den Nazis. Die ist in der Partei geblieben. Aber das hat keinen Einfluss – ich meine, es soll jedeR machen, wie er/sie glaubt.“

Nach dem Austritt fühlte sie sich politisch orientierungslos: *„Jedenfalls sind wir damals ausgetreten und waren also alle eigentlich in einem politischen Niemandsland. Denn meine Erfahrungen mit der Sozialistischen Partei (wie sie ja damals noch hieß) – Erfahrungen, die ich da gemacht habe in Bezug auf die Zurückstellung, die mir zuteil wurde – haben mich natürlich geprägt. Naja, die ÖVP ist ja kaum in Frage gekommen und es war aber doch so, dass das Bedürfnis bestanden hat, irgendwo dazuzugehören, irgendwie. Das ist einfach . . . Wenn man sein ganzes Leben lang politisch gedacht hat und irgendwo dazugehört und irgendwo mitgekämpft hat . . .“* Hannah Fischer war vor allem an Engagement im kindergartenpädagogischen Bereich interessiert. War sie vor dem Parteiaustritt in der kommunistischen KindergärtnerInnen-Gruppe tätig gewesen, landete sie danach in der sozialdemokratischen KindergärtnerInnen-Gruppe: Von einer Bekannten wurde sie eingeladen, sich bei den Sozialistischen KindergärtnerInnen zu beteiligen, die organisatorisch ein Teil des SPÖ-LehrerInnenbunds waren. *„[. . .] Hilde Bogner [. . .] kam eines Tages zu mir und sagte, warum ich eigentlich nicht dem LehrerInnenbund beitrete, das sei ja nicht die Partei, sie würde das sehr willkommen heißen. Und das war für mich ein Anreiz, ich habe gefunden, das ist wahr, ich kann dort wirklich pädagogisch, psychologisch mein Wissen verwenden und verwerten und außerdem auch im Sinne einer sozialistischen Erziehung . . . Also, kurzum, ich bin damals dem Sozialistischen LehrerInnenbund beigetreten. Das hat natürlich in der Folge eigentlich dazu geführt, dass ich dann irgendwann auch in die SP eingetreten bin. Denn ich habe herausgefunden, was ich nicht wusste, dass es in der SP zwar diese sehr rechten Leute gibt, aber es gibt ebenso eine sehr linke Sparte, die sich absolut bemüht haben, die Politik der SP im Sinne des Fortschritts zu beeinflussen. Und so habe ich dann eigentlich gefunden, dass das eine ganz gute Idee wäre.“* Als LehrerInnenbund-Mitglied hielt Hannah Fischer auch Kurse und war publizistisch tätig. Noch heute geht sie regelmäßig zu Sitzungen einer Gruppe des Bunds sozialdemokratischer AkademikerInnen im 16. Bezirk, die „relativ fortschrittlich“ ist und wo sie versucht, ihre Standpunkte durchzubringen. Fischer arbeitete in all den Jahren in ganz verschiedenen Projekten im Kindergartenbereich mit, auch solchen, an denen Nicht-SPÖlerInnen beteiligt waren/sind.

In engem Zusammenhang mit ihrem kindergartenpädagogischen Interesse steht auch ihr Einsatz für die Polisario (Frente Polisario: politische und militärische Organisation, die für die Unabhängigkeit der Westsahara kämpft): *„Man muss in seinem Wirkungsbereich doch versuchen, manches, was geht, auszugleichen. In dem Sinn habe ich zum Beispiel für die Polisario gearbeitet – obwohl die Polisario auch keine wirklich ideale Organisation ist ... Da gibt's einiges, was ich kritisch beurteilen würde, aber im Wesentlichen führen sie doch einen Kampf, der berechtigt ist. Und es gibt auch eine Menge Menschen bei ihnen, die sehr wohlmeinend sind und sich wirklich selbstlos für ihr Volk und ihr Land einsetzen. [...] Ich habe die Ausbildung von Kindergärtnerinnen für das [Flüchtlings-]Lager in Algerien ins Leben gerufen und organisiert. In dem Zusammenhang habe ich mit der Polisario viele Jahre zusammengearbeitet.“* Nach sechzehn Jahren wurde Fischer nach der blau-schwarzen Regierungsübernahme 2000 vom Außenamt von diesem ehrenamtlichen Einsatz „abberufen“. Es wurde eine bezahlte Stelle geschaffen, die von einem ÖVPLer besetzt wurde. Abseits der Pädagogik engagierte Fischer sich etwa gegen Waldheim und interessiert sich heute für die Exilforschung: *„Also der Waldheim war mir in die Haut hinein unsympathisch. Er war ja auch als Mensch unsympathisch, finde ich. Und da habe ich auch bei den ganzen Protestaktionen und so weiter mitgetan. Das ist ganz klar. Da hat sich auch die Israelitische Kultusgemeinde dagegen gewehrt. [...] In den letzten Jahren habe ich eigentlich am ehesten mitgetan – das hat sich irgendwie entwickelt, ich weiß gar nicht, wie das begonnen hat – in der Bewegung des Exils [öge – Österreichische Gesellschaft für Exilforschung, Anm.]“*

Hannah Fischer kann Marx' Lehren noch heute etwas abgewinnen: *„Ich mache kein Hehl aus meiner ehemaligen kommunistischen Überzeugung – die eigentlich noch immer da ist. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass Marx zu seiner Zeit eine sehr fortschrittliche Gesellschaftstheorie entwickelt hat, die heute natürlich nicht Buchstabe für Buchstabe vollinhaltlich verwirklicht werden kann, obwohl er sehr viele Dinge vorausgesehen hat, die dann tatsächlich eingetreten sind, zum Beispiel den unerhörten Einfluss des Kapitals auf die gesamte Weltpolitik und so weiter ... Ich glaube, dass Marx und Engels und etliche andere der TheoretikerInnen, die in der Folge im Rahmen der KommunistInnen gedacht und geschrieben haben, sehr viel Richtiges gesagt haben. Aber das kann natürlich nicht genau in der Form, in der es zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts geschrieben wurde, heute Geltung haben.“* Andererseits ist sie betreffend die Frage nach politischen Perspektiven relativ desillusioniert: *„Heute im fortgeschrittenen Alter habe ich beinahe die Überzeugung, dass wahrscheinlich die Menschen für den echten Kommunismus nicht geeignet sind, ehrlich gesagt. Dass man im kleinen Rahmen sicher etliches tun kann, das fortschrittlich ist und dass wahrscheinlich eine echte Demokratie im Sinne der bürgerlichen Demokratie, wie sie in Europa entwickelt wur-*

de – Amerika, das ist für mich keine wirkliche Demokratie, weil dort regiert das Geld – am ehesten noch die mögliche Verwirklichung der Ideale ist, die wir angestrebt haben in meiner Jugend. [...] Ich sehe unsere Zeit eigentlich nicht als eine Zeit des Fortschritts und fürchte für die kommenden Generationen, was da noch stattfinden wird. Weil die Zeichen der Zeit sind ... Ich pflege zu sagen, ich bin froh, dass ich schon so alt bin. Obwohl das natürlich eigentlich im Grunde kontraproduktiv ist, aber ich habe doch sehr viel erlebt und ich weiß nicht, ob unsere Kinder, deine Kinder sehr glücklich werden in dieser Welt – wenn sie überhaupt überleben. Die Überlebensfrage steht ja auch am Tapet. [...] Wie gesagt, ich zweifle, dass die Menschheit in ihrer Gesamtheit – einzelne Menschen schon, aber die Menschheit in ihrer Gesamtheit nicht – imstande ist, einen so idealistischen Zustand herbeizuführen ...“ Diese Resignation wurzelt wohl in den enttäuschenden Erfahrungen, die Hannah Fischer in ihrem Leben machte. Vor allem sind hier die Rückkehr nach Österreich zu nennen, die mangelnde Bereitschaft zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus hierzulande und der Antikommunismus, der sich praktisch durch die gesamte Bevölkerung zog und den sie vor allem in Form von beruflicher Diskriminierung durch SPÖ-FunktionsträgerInnen erlebte. *„Nach unserer Rückkunft sind die Dinge ja ganz anders gelegen [...] als wir uns idealistisch vorgestellt hatten ... Die Kriegsgeschehnisse und all das haben eine ganz andere Atmosphäre hier zurückgelassen, als wir dachten, dass sie sein würde.“*

Ein Motiv, das in diesem wie in fast jedem anderen Interview auftaucht, nenne ich „Kritik durch Innensicht“. Das bedeutet, dass betont wird, dass die eigene Kritik an der K-Bewegung aus tiefen Kenntnissen der und Einblicken in die Bewegung resultiert – wahrscheinlich, um eine Abgrenzung zum ansonsten vorherrschenden Antikommunismus zu treffen. Diese Innensicht wird erstens strukturell erlangt, also durch Ausübung von Funktionen, zweitens theoretisch/inhaltlich durch kritisches Lesen der KlassikerInnen marxistischer Theorie und drittens auch international fundiert, durch Reisen und temporäre Aufenthalte in den Volksdemokratien. Einen weiteren Aspekt dieses Motivs stellt die Betonung der Heterogenität der GenossInnen dar, unter denen die Mehrheit *„überzeugte ehrliche KommunistInnen“*, *„kämpferische Naturen“* gewesen wären (vergl. Maria Verber: *„echte HeldInnen“*, S. 125), eine Minderheit aber von Menschen gebildet wurde, die ihre Augen vor offensichtlichen negativen Erscheinungen (z.B. in den Volksdemokratien) verschlossen oder diese sogar aktiv vertuschten und verheimlichten (vergl. Verber: *„OpportunistInnen“*, ebd.).

3.3.11 Politische Aktivitäten nach der KPÖ

Hannah Fischers politisches Engagement hatte immer einen großen Schwerpunkt im Bereich Kindergartenpädagogik, hing also schon lange relativ eng mit ihrem Beruf zusammen – wobei die Kindergartenpädagogik in diesem Zusammenhang ebenso als Einstieg und Anknüpfungspunkt für allgemeinpolitische Aktivität zu sehen ist. So passierte es auch nach ihrem Austritt aus der KPÖ, dass sie sich zunächst einer SP-KindergärtnerInnen-Gruppe anschloss und nur LehrerInnenbund-Mitglied wurde, um erst später der SPÖ überhaupt beizutreten. Über die negativen Erfahrungen, die sie früher als Kommunistin mit der SPÖ gemacht hatte, konnte sie in diesem Fall wahrscheinlich deshalb hinwegsehen, weil die Einladung zur Mitarbeit von einer befreundeten Frau kam; danach entdeckte sie sozusagen das „linke Potenzial“ innerhalb der SPÖ, das zu stärken sie als ihre Aufgabe empfand – vielleicht als neuer, jetzt aktueller Ausdruck des Widerstands gegen die antikommunistischen Tendenzen in der SPÖ. Und zu alledem gesellte sich ein tief sitzendes Bedürfnis nach Anschluss (an eine politische Organisation): *„Ganz ohne Anschluss, das kann man auch nicht, wenn man zeitlebens organisiert war. Es gibt viele Leute, die fortschrittlich sind, die so denken wie ich. Die sind eben in der Partei und sagen: ‚Wir müssen auch in der Partei bleiben, weil wenn wir weggehen, dann bleiben ja nur die Rechten.‘ Ich versuche, die Linken zu unterstützen, weiß ich, den Aigner zum Beispiel. Der Aigner ist so jemand, der eigentlich recht fortschrittlich ist. Und es gibt Etliche ...“* Die Begründung für das SP-Engagement kommt auch noch aus einer anderen Richtung, folgt nämlich aus einer Alternativenlosigkeit: *„Weil ich eben nicht ÖVP und nicht FPÖ, noch BZÖ bin – so meine ich, es ist meine Aufgabe, die SPÖ zu stärken und gleichzeitig eben dort irgendwie mitzutun, wo eine mehr fortschrittliche Politik vertreten wird.“* Das SPÖ-Engagement spielt zwar im politisch-strategischen Sinn eine herausragende Rolle unter den Aktivitäten nach der KPÖ, ist aber noch lange nicht alles. Hannah Fischer engagiert sich auch im informellen Rahmen, etwa gegen Waldheim sowie international, für die Polisario. Die Organisation der Kindergärtnerinnen-Ausbildung für das sahrauische Flüchtlingslager in Algerien unterstand dem österreichischen Außenamt, es kann also davon ausgegangen werden, dass diese Aktivität in einen streng formalen und auch hierarchischen Rahmen eingebettet war – wohingegen die Auswirkungen dieser Tätigkeit für die Betroffenen (und damit für Fischer, die mit diesen in Kontakt stand) sehr unmittelbar spürbar waren.

3.3.12 „Interessenvertreterinnen“ (Modell 2)

Die zwei großen Gemeinsamkeiten, die als „Rechtfertigung“ für das zweite Modell politischer Aktivität von Frauen nach der KPÖ – „Interessenvertreterinnen“ – dienen, sind die Berufsnähe ihrer politischen Arbeit und der stärkere Grad an Strukturiertheit und Formalisierung im Vergleich zu den anderen drei Interviewpartnerinnen. Das Spektrum ist dabei auch wieder breit: Es reicht vom österreichweit beziehungsweise sogar international operierenden offiziellen Berufsverband der ÜbersetzerInnen und DolmetscherInnen über die KindergärtnerInnen-Gruppe im Rahmen des SP-LehrerInnenbunds bis zur Organisation der kindergartenpädagogischen Ausbildung für das Polisario-Lager, dem Außenministerium unterstellt. Beide Interviewpartnerinnen eint dabei auch, dass es nur eine kurze Pause der politischen Aktivität gegeben hat. Zuletzt möchte ich allerdings noch den einen großen Unterschied herausstreichen, der sich aufdrängt: Hannah Fischer wurde letztlich SPÖ-Mitglied. Sie ist damit die einzige meiner fünf Interviewpartnerinnen, die den Beitritt zu einer neuen Partei vollzog. Ein Grund dafür ist wahrscheinlich, dass sie von allen die loseste Bindung an die KPÖ hatte: Sie war nie Parteifunktionärin und arbeitete auch nur in den ersten Nachkriegsjahren überhaupt für die KPÖ. Die Erfahrungen, die die anderen Frauen als Funktionärinnen gemacht hatten (bzw. Lisa Markstein durch ihre enge Verbindung zur UdSSR machte), teilte Hannah Fischer nicht als direkte Erfahrungen sondern lediglich „aus zweiter Hand“. Maria Verber hatte im Gegensatz dazu offenbar nach ihrer Etablierung als Dolmetscherin wirklich genug von Parteien, wurde dafür Präsidentin des Österreichischen ÜbersetzerInnen- und DolmetscherInnenverbands und war auch in einer internationalen DolmetscherInnenvereinigung tätig. Diese Form der Interessenvertretung ist sehr stark durchstrukturiert – wahrscheinlich die „formellste“ aller vertretenen Gruppen. Das spricht dafür, dass Maria Verber mit ihrer vergleichsweise früh stattfindenden Loslösung von der KPÖ nicht so negativ gegenüber Strukturen und Hierarchien eingestellt ist wie die drei „Basisaktivistinnen“ mit ihren langen Parteikarrieren. Interessanterweise handelt es sich aber auch bei diesem berufsnahen Engagement letztlich um Aktivitäten, deren Auswirkungen einigermaßen direkt spürbar sind – eben weil es um den Beruf geht und nicht um parlamentarische Repräsentation.

4 Conclusio

Die vorliegende Diplomarbeit folgt der Zielsetzung, politische Aktivistinnen, die einstmals Mitglieder der Kommunistischen Partei waren, ein wenig sichtbarer zu machen. Denn sie sind mehrfach marginalisiert und ihre Geschichte wurde bislang noch gar nicht erzählt. Trotz widrigster Umstände waren diese Frauen fast ihr ganzes Leben hindurch politisch aktiv (und sind es heute noch). Der Grund für dieses lebenslange Engagement ist die Verwurzelung des politischen Interesses in der jeweiligen Biografie. Und diese Wurzeln reichen bereits tief in den Boden – meine ursprüngliche Motivation für die Arbeit lag auch in der Neugier auf die Ursprünge *meiner eigenen* politischen Basis-Orientierung. Wer weiß, ob es „nur“ daran liegt, dass meine Großmutter eine der Betreffenden ist – vielleicht gibt es hier, heimlich, still und leise, eine vom Mainstream abweichende politische Sozialisation? Warum nicht aus den Erfahrungen der eigenen Vorfahrinnen lernen? Weil meine Großmutter das Vertrauen in Parteien und andere hierarchische Organisationen verloren hatte, gewann ich es nie. Immer schon sah ich meine politische Erfüllung in den „Graswurzeln“ (um irgendwie bei der Metapher von vorhin zu bleiben). Hierin liegt auch die Bedeutung dieser Arbeit: Den Beitrag politisch linker Aktivistinnen zu zeigen und sich dabei nahe am „Forschungsgegenstand“ zu befinden, dadurch höchst motiviert für Erkenntnisgewinn zu sein. Im Laufe der Arbeit habe ich ausführlich dargestellt, was KPÖ-Mitglied-Sein bedeutet (im ersten Teil, anhand „objektiver Daten“, nämlich aus der Literatur) und was es bedeutet, nicht mehr KPÖ-Mitglied zu sein (im zweiten Teil anhand der „subjektiven“ Erzählungen). Doch da schon allein die Darstellung etwas ist, das es in dieser Form noch nicht gab (also als Zusammenfassung verschiedener Quellen), bewegte ich mich bereits in diesem Teil an der Grenze zur Unsichtbarkeit.

In diesem Rahmen will ich nun eine abschließende Hypothesen-Prüfung vornehmen. Aufgrund von fünf vorliegenden Interviews kann leider noch keine langfristige Generalisierung vorgenommen werden. Jedoch hat sich durch sie die zu Beginn aufgestellte Hypothese bestätigt, dass *es auch nach dem Bruch weiterhin politische Betätigung der ausgeschiedenen ehemaligen KPÖlerinnen gab, weil das Bedürfnis nach politischem Engagement in ihren Biografien verwurzelt ist*. Zudem kann diese Hypothese zum jetzigen

Zeitpunkt weiter präzisiert werden, nämlich dahingehend, dass *die Ex-KPÖlerinnen sich Organisationen zuwandten, die nicht auf parlamentarische Vertretung abzielen, weniger streng organisiert sind als die KPÖ und wo die Auswirkungen politischen Handelns unmittelbarer spürbar sind*. Wie bereits erwähnt, ist es aber leider aufgrund der geringen Zahl an Interviews unmöglich, mehr als eine temporär haltbare These als Ergebnis zu erhalten. Es wäre allerdings wünschenswert, wenn diese als Ausgangs- und Anknüpfungspunkt für weitere Forschung diene. So wäre es etwa interessant, sich auf die Suche nach weiteren „Modellen“ politischer Aktivität von Ex-KPÖlerinnen zu machen; sich etwa auch mit jenen zu befassen, die bei den Grünen gelandet sind (die es – dem Hörensagen nach – gibt, die ich aber aus Zeitgründen nicht berücksichtigen konnte); natürlich wären auch noch andere Formen oder Ausformungen politischer Aktivität denkbar ... sowie der Fall, dass die politische Aktivität vollständig eingestellt wurde.

Ein weiterer offener Punkt ist das Geschlechterverhältnis – im Sinne der Frage, ob Männer nach der Partei anders politisch aktiv waren als Frauen. Im Laufe meiner Recherchen fand ich vereinzelte Hinweise darauf, dass den Männern die Umstellung weitaus schwerer fiel als den Frauen, dass sie nach der Partei weniger politisch aktiv waren. Ein Grund dafür könnte sein, dass die veränderten Rahmenbedingungen der Aktivitäten im unkonventionell-politischen Bereich (wo die AktivistInnen tendenziell landeten) – die „Bedeutungslosigkeit“ des politischen Handelns – für die Frauen ein weniger großer Bruch war, da sie bereits in der KPÖ marginalisiert waren (als Frauen). Eine weitere Vermutung an dieser Stelle, der nachzugehen ebenfalls äußerst spannend wäre: Die Frauen blieben politisch aktiv, weil sie nicht bereit waren, sich plötzlich auf das Private zu beschränken. Es ist zu sehen, dass meine Arbeit, auch wenn sie sehr ausführlich ist, angesichts der bisherigen Ignoranz der Forschung gegenüber Fragestellungen wie der nach der politischen Aktivität von ehemaligen Parteimitgliedern, den Blick auf eine Baustelle eröffnet, auf der noch Jahre gearbeitet werden könnte – einen Einstiegspunkt für diese Bauarbeiten will ich mit meiner Arbeit bieten.

Zuletzt noch eine Anmerkung: *„Die Serie ‚Unsere roten Großmütter‘ von Lotte Podgornik (Porträts von Malke Schorr, Anna Grün, Anna Hornik-Ströhmer, Steffi Hofmann, Dr. Marie Frischauf, Mela Ernst und Rosa Hoffmann) erschien in der ‚Volksstimme‘, beginnend am 19. Oktober 1985, in loser Folge.*“ („Frauen der KPÖ“, KPÖ-Frauenreferat 1989: S. 76 – Quellennachweis) Der Titel meiner Arbeit ist vom Titel dieser Volksstimme-Serie inspiriert.

Literatur

Zitierte Literatur

- Breuer 2003:** Georg Breuer, Rückblende. Ein Leben für eine Welt mit menschlichem Antlitz; Horitschon 2003
- Gärtner 1979:** Heinz Gärtner, Zwischen Moskau und Österreich. Analyse einer sowjet-abhängigen KP; Wien 1979
- Grünwald 1979:** Leopold Grünwald, Wandlung. Ein Altkommunist gibt zu Protokoll; Wien 1979
- Hoecker 1995:** Beate Hoecker, Politische Partizipation von Frauen: Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik. Ein einführendes Studienbuch; Opladen 1995
- KPÖ 1974:** Kommunistische Partei Österreichs (Hg.in), Emanzipation der Frau – Schlagwort oder revolutionäre Aufgabe? Protokoll der Konferenz der KPÖ, 30. Nov. 1974, Wien; Wien 1974
- Meisel 1986:** Josef Meisel, Die Mauer im Kopf. Erinnerungen eines ausgeschlossenen Kommunisten 1945–1970; Wien 1986
- Muhri 1995:** Franz Muhri, Kein Ende der Geschichte; Wien 1995
- Niederkofler 2007:** Heidi Niederkofler, „Mehrheit verpflichtet!“ Frauenorganisationen der politischen Parteien in der Nachkriegszeit in Österreich. Machtansprüche – Frauenbewegte Traditionsbildungen – Geschlechterkonzeptionen; Wien 2007 (Diss)
- Prager 1975:** Theodor Prager, Bekenntnisse eines Revisionisten; Wien 1975
- Spira 1979:** Leopold Spira, Ein gescheiterter Versuch. Der Austro-Eurokommunismus; Wien 1979
- Spira 1981:** Leopold Spira, Feindbild „Jud“. 100 Jahre politischer Antisemitismus in Österreich; Wien/München 1981
- Spira 1992:** Leopold Spira, Kommunismus adieu. Eine ideologische Biographie; Wien 1992

Weitere Literatur

- Ulrich von Alemann (Hg.), unter Mitarbeit von Wolfgang Tönnesmann und Volker Sommer, Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriß für Studium und Forschung; Opladen 1995
- Martina Althoff/Mechthild Bereswill/Birgit Riegraf, Feministische Methodologien und Methoden. Traditionen, Konzepte, Erörterungen; Opladen 2001
- Sherna Berger Gluck/Daphne Patai (Hg.innen), Women's Words. The Feminist Practice of Oral History; New York/London 1991
- Elke Biester/Barbara Holland-Cunz/Birgit Sauer (Hg.innen), Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion; Frankfurt/New York 1994
- centropa.org (The Central Europe Center for Research and Documentation), Interview mit Hannah Fischer, Interviewerin: Tanja Eckstein, Juli 2004. Online: http://centropa.org/module/ebooks/files/AT_FisherHannah_A4.pdf (50-Seiten-Broschüre, gelayoutet, inklusive Fotos; 30. 9. 2008) oder <http://at.centropa.org/index.php?nID=30&bioID=511> (einfacher Text, Fotos extra; 30. 9. 2008)
- Bernhard Fetz (Hg.), Ernst Fischer – Texte und Materialien; Wien 2000
- Paul Feyerabend, Wider den Methodenzwang; Frankfurt am Main (u.a.) 1999
- Ernst Fischer, Erinnerungen und Reflexionen; Reinbek bei Hamburg 1969
- Ernst Fischer, Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955; Wien 1973
- Hannah Fischer, „Mein Leben im Exil“; in: Helga Kaschl (Red.), Frauen im Exil. Die weibliche Perspektive, Mitteilungen des Instituts für Wissenschaft und Kunst (IWK), 60. Jahrgang 2005, Nr. 1–2, S. 20–22
- Uwe Flick/Ernst von Kardorff/Ines Steinke (Hg.Innen), Qualitative Forschung. Ein Handbuch; Reinbek bei Hamburg 2004 (3. Auflage)
- Frauenreferat der KPÖ (Hg.in), Frauen der KPÖ. Gespräche und Porträts; Wien 1989
- Bruno Furch, Das schwache Immunsystem. Historisch-kritischer Essay über den Niedergang der Kommunistischen Partei Österreichs und seine politischen Hauptursachen; Wien 1995
- Johanna Gehmacher/Maria Mesner (Hg.innen), Frauen- und Geschlechtergeschichte. Positionen/Perspektiven; Innsbruck/Wien (u.a.) 2003

- Brigitte Geißel/Virginia Penrose, Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung – Politische Partizipation von Frauen und Männern; Online-Paper, 2003. Online: http://web.fu-berlin.de/gpo/geissel_penrose.htm (Gender-Politik-Online, Internet-Portal des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin; 15. 10. 2008)
- Andrea Griesebner, Feministische Geschichtswissenschaft. Eine Einführung; Wien 2005
- Leopold Grünwald, Legende Weltkommunismus. Die Spaltung in der kommunistischen Bewegung; Graz 1974
- Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ (Hg.in), Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik; Wien 1987 sowie Wien 1989 (2., durchgesehene Auflage)
- Beate Hoecker (Hg.in), Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa; Opladen 1998
- John Holloway, Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen; Münster 2002
- Udo Kelle/Susann Kluge, Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung; Opladen 1999
- Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), Paradigmen deutscher Geschichtswissenschaft. Ringvorlesung an der Humboldt-Universität zu Berlin; Berlin 1994
- Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.innen), Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin; Frankfurt/New York 1997
- Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.innen), Geschlecht und Eigensinn. Feministische Recherchen in der Politikwissenschaft; Wien (u.a.) 1998
- Ursula Kubes, Auch eine. Kritik der weiblichen Geschichtslosigkeit; Wien 1985 (Dissertation)
- Erich Makomaski (Hg.), Die Freie Österreichische Jugend. (Ehemalige) Mitglieder erzählen ihre Geschichte; Wien 2002 (Eigenverlag)
- Elisabeth Markstein, „Die Russische Seele als Werbeslogan oder ‚Russkaja duša na markete‘“; in: Ursula Doleschal (Hg.in), Sprache und Diskurs in Wirtschaft und Gesellschaft. Slawistische Perspektiven, Wiener Slawistischer Almanach, Sonderband 66 (2007), S.193–206
- Philipp Mayring, Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken; Weinheim/Basel 2002 (5., überarbeitete und neu ausgestattete Auflage)

Philipp Mayring, *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*; Weinheim 2007 (7. Auflage)

Ö1-Mittagsjournal vom 4. 8. 2008, „Archipel Gulag war die Bombe“, Beitrag von Barbara Ladinser mit O-Tönen von Lisa Markstein. Online: <http://oe1.orf.at/info-radio/94253.html> (4. 10. 2008)

Lutz Niethammer (Hg.), unter Mitarbeit von Werner Trapp, *Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der „Oral History“*; Frankfurt am Main 1985

Wolfgang Pichler, *Funktion und Wirkung Ilse Maria Aschners in der Grazer AutorInnen Versammlung*; Wien 2008 (Diplomarbeit)

Elisabeth Reinthaler, *Die Parteikrise der KPÖ*; Salzburg 1985 (Dissertation)

Sieglinde K. Rosenberger/Birgit Sauer (Hg.innen), *Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven*; Wien 2004

Hazel Rosenstrauch, *Beim Sichten der Erbschaft: Wiener Bilder für das Museum einer untergehenden Kultur. Eine Nacherzählung*; Mannheim 1992

Vera Schwarz, „Am eigenen Leib“; in: *PROGRESS* 4/05 (2005), S. 21 (Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft)

Vera Schwarz, „Bis heute kränkt mich, dass ich das Studium nicht beenden konnte . . .“; in: *UNIQUE* 3/04 (2004), S. 4 (Zeitung der ÖH Uni Wien). Online: <http://www.univie.ac.at/unique/?tid=297> (25. 9. 2008)

Vera Schwarz, „Nur Schweigegeld . . .“; in: *UNIQUE* 5/06 (2006), S. 9 (Zeitung der ÖH Uni Wien). Online: <http://www.univie.ac.at/unique/?tid=1042> (25. 9. 2008)

Vera Schwarz, „Vom Kampf für eine bessere Welt“; in: *UNIQUE* 7/07 (2007), S. 13 (Zeitung der ÖH Uni Wien). Online: <http://www.univie.ac.at/unique/?tid=1531> (25. 9. 2008)

Rainer Strobl/Andreas Böttger (Hg.), *Wahre Geschichten? Zu Theorie und Praxis qualitativer Interviews. Beiträge zum Workshop Paraphrasieren, Kodieren, Interpretieren . . . im Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen am 29. und 30. Juni 1995 in Hannover*; Baden-Baden 1996

Stefan Titscher/Ruth Wodak/Michael Meyer/Eva Vetter, *Methoden der Textanalyse. Leitfaden und Überblick*; Opladen/Wiesbaden 1998

Anhang

Abstract

Die vorliegende Diplomarbeit befasst sich mit politischer Aktivität von Frauen, die die KPÖ als Folge der Beendigung des Prager Frühlings verlassen haben. Anhand von fünf Interviews frage ich nach der Art des politischen Engagements nach der Partei und arbeite zwei Modelle heraus, denen sich alle Interviewpartnerinnen zuordnen lassen.

So weit die Kurzfassung ... Etwas ausführlicher beschrieben, stellt sich die Arbeit folgendermaßen dar: Zunächst werden in einem ausführlichen Hintergrundkapitel wichtige Begriffe und Grundlagen geklärt, es wird auf die Rahmenbedingungen des KPÖ-Engagements von 1945 bis 1968 eingegangen. In einem weiteren Abschnitt wird die Chronologie des Bruchs dargestellt, der in der KPÖ als Folge der Intervention von fünf Warschauer-Pakt-Staaten in der ČSSR zur Beendigung des Prager Frühlings stattfand. Auch das Thema „Frauen in der KPÖ“ ist Teil des Hintergrundkapitels, da es essenziell für das Verständnis der Interviews ist. Der theoretische Hintergrund der Arbeit wird über die Frage nach politischer Aktivität, besonders von Frauen, aufgerollt.

Sind somit alle für das Verständnis notwendigen Informationen aufbereitet, können die Interviews (teilweise) wiedergegeben und analysiert werden. Zwei Interviewpartnerinnen (jeweils repräsentativ für eines von zwei Modellen politischer Aktivität nach der KPÖ) werden ausführlich vorgestellt, bevor es an die Beantwortung der Fragen zum Thema Parteiaustritt/-ausschluss und politischem Engagement danach geht. Die drei anderen Interviewpartnerinnen werden etwas weniger ausführlich porträtiert, doch auch von ihnen ist vieles in ihren eigenen Worten zu lesen. Nachdem ich die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Repräsentantinnen der Modelle herausgestrichen habe, gilt es zuletzt noch, einen abschließenden Rück- und Ausblick vorzunehmen.

Die zwei Modelle nenne ich „Basisaktivistinnen“ und „Interessenvertreterinnen“. Die erste Gruppe, durch Ilse M. Aschner, Lisa Markstein und Maria Zottl vertreten, wandte sich nach dem Verlassen der Partei „basisnahen“, also wenig strukturierten oder hierarchischen Organisationen und politischen Gruppierungen des linken Spektrums zu. Für die zweite Gruppe – Vertreterinnen: Maria Verber und Hannah Fischer – war berufliches oder berufsnahes Interesse ausschlaggebend für die politische Tätigkeit nach der Partei. Sie wandten sich Organisationen zu, die vor allem interessenvertreterisch aktiv waren, wobei es sich in einem Fall um einen Berufsverband handelt, im anderen Fall um eine SP-Vorfeldorganisation.

Lebenslauf

Ich wurde am 18. April 1980 in Wien geboren und wuchs gemeinsam mit meiner jüngeren Schwester als LehrerInnenkind auf. Ich besuchte Volksschule und Gymnasium (AHS) im 23. Wiener Gemeindebezirk. 1998 schloss ich die Schule mit der Matura ab und inskribierte das Studium der Politikwissenschaft und Judaistik an der Universität Wien. Ab 1999 absolvierte ich neben dem Studium ein HAK-Kolleg, das ich 2002 ebenfalls mit der Matura abschloss.

In den folgenden Jahren widmete ich mich als Aktivistin der HochschülerInnenschaft an der Universität Wien (ÖH Uni Wien) neben dem Studium vor allem der Uni- und Bildungspolitik sowie der feministischen Theorie und Praxis. Als ÖH-Aktivistin war ich Studien(richtungs)vertreterin und Studentisches Mitglied in verschiedenen Kollegialorganen (Senat, Gewi-Fakultätskonferenz, Gremien am Institut für Judaistik), ich engagierte mich auf drei Ebenen der ÖH. Von 2003 bis 2005 war ich im Referat für Öffentlichkeitsarbeit der ÖH Uni Wien. Von 2005 bis 2008 übernahm ich das Lektorat der UNIQUE, Zeitung der ÖH Uni Wien, für die ich auch unzählige Artikel verfasste. Bei der ÖH-Wahl 2005 kandidierte ich als Spitzenkandidatin für den KSV (Kommunistischer StudentInnenverband), übte das Amt der (stellvertretenden) Vorsitzenden jedoch nicht aus, um Zeit für den Studienabschluss zu finden.

Seit 2005 bin ich eTutorin des Projektzentrums Lehrentwicklung der Uni Wien. In dieser Funktion unterstütze ich Lehrende wie Studierende beim Einsatz der universitätsweiten eLearning-Plattform. Zuletzt (2007/2008) betreute ich als Tutorin auch den eCompetence-Lehrgang, der von MitarbeiterInnen der Universität besucht wird und nahm selbst an einigen Kursen dieses Lehrgangs teil. Im Rahmen des österreichweiten ÖH-Tutoriumsprojekts wurde ich zur Frauen- und Erstsemestrigentutorin ausgebildet, was vor allem auf das Anleiten von Gruppen abzielt. Von 2007 bis 2008 nahm ich am Tutoriums-TrainerInnen-Lehrgang teil. Diese Ausbildung qualifiziert mich als Trainee, die beispielsweise künftig selbst TutorInnen im Rahmen des ÖH-Tutoriumsprojekts ausbilden kann.

Meine Diplomarbeit spiegelt deutlich mein Bestreben wider, das Politische in meinen Alltag zu integrieren – auch wenn das sehr zeitraubend ist. Die gesamte Zeit, in der ich an meiner Diplomarbeit gearbeitet habe, war sehr lehrreich, die Studienabschlussphase war wohl die bisher spannendste Phase in meinem Leben. Daraus entstand mein Wunsch, der wissenschaftlichen Arbeit treu zu bleiben.

